

Inhaltsverzeichnis

1	Das Jahr 2002 im Rückblick	5
2	Hauptziele des Stadtrates 2002	6
3	Ergebnis der Rechnung 2002.....	8
3.1	Gesamtüberblick	8
3.2	Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten	10
3.2.1	Aufwand	11
3.2.2	Ertrag	13
3.2.3	Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen	14
3.2.4	Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 Ziff. b GO	14
3.2.5	Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 Ziff. c GO	14
3.3	Laufende Rechnung / Zusammenfassung nach funktionaler Gliederung.....	16
3.3.1	Übersicht nach Funktionaler Gliederung und Nettobelastung	17
3.3.1.1	Funktionale Gliederung	17
3.3.1.2	Vergleich der Nettobelastung 2000 / 2001	17
3.3.2	Vergleich der Nettobelastung, der Steuerkraft und der Nettoschuld der Stadt Luzern mit den Agglomerationsgemeinden	19
3.4	Investitionsrechnung	21
3.5	Bestandesrechnung	22
3.6	Ausserbilanzgeschäfte.....	26
3.6.1	Eventualverpflichtungen per 31. Dezember 2002	26
3.6.2	Nicht bilanzierte Verpflichtungen per 31. Dezember 2002	26
3.6.3	Nicht bilanzierte Guthaben per 31. Dezember 2002	27
3.7	Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze	27
3.8	Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern.....	28
3.8.1	Nettoschuld	28
3.8.2	Selbstfinanzierungsgrad	28
3.8.3	Entwicklung der Laufenden Rechnung nach Kostenarten	29
3.8.4	Entwicklung der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung	29
3.9	Aktiengesellschaften im Alleinbesitz der Stadt Luzern.....	30
3.9.1	ewl Holding AG	30
3.9.2	Verkehrsbetriebe Luzern AG	30
3.9.3	ÖKK Öffentliche Krankenkasse Luzern	31
3.10	Abnahme der Jahresrechnung 2001 durch den Regierungstatthalter.....	31
4.	Kennzahlen aus dem Personalbereich	32
4.1	Entwicklung der Teilzeitstellen.....	32
4.2	Personalfuktuation	32
4.3	Nationalitäten	32
4.4	Alterspyramide.....	33
4.5	Pyramide nach Dienstjahren	33

5. Direktionen	35
5.1 Sozialdirektion	35
Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor	36
5.1.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele	37
5.1.2 Rechnungsergebnis im Überblick	38
5.1.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	40
5.1.4 Kennzahlen	45
5.1.4.1 Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ)	47
5.1.4.2 Zusatzleistungen für Familien und allein Erziehende (FAZ)	48
5.1.4.3 Sozialamt	49
5.1.4.4 Wirtschaftliche Sozialhilfe	50
5.1.4.5 Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe	53
5.1.4.6 Amtsvormundschaft	55
5.1.4.7 Sekretariat Vormundschaftsbehörde	56
5.1.4.8 Heime und Alterssiedlungen / Betagtenzentren	58
5.2 Bildungsdirektion	63
Vorwort von Urs W. Studer, Bildungsdirektor	64
5.2.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele	65
5.2.2 Rechnungsergebnis im Überblick	66
5.2.3 Schulpflege	68
5.2.4 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	69
5.2.5 Kennzahlen	74
5.2.5.1 Stadtarchiv	75
5.2.5.2 Kindergärten	76
5.2.5.3 Primarschulen	77
5.2.5.4 Kleinklassen	78
5.2.5.5 Sekundarstufe I	79
5.2.5.6 Hallenbelegungen und Drittbelegungen in Schulhäusern	80
5.2.5.7 Kulturförderung	81
5.2.5.8 Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten	82
5.2.5.9 Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes	84
5.2.5.10 Ferienpass	85
5.2.5.11 Stadtbibliothek	86
5.2.5.12 Musikschule	87
5.2.5.13 Gewerbliche Berufsschule	88
5.2.5.14 Mittelschulen DMS, ZVL und WML	89
5.3 Sicherheitsdirektion	91
Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Sicherheitsdirektorin	92
5.3.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele	94
5.3.2 Rechnungsergebnis im Überblick	95
5.3.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	96
5.3.4 Kennzahlen	100
5.3.4.1 Polizei	101
5.3.4.2 Gewerbe- und Gesundheitspolizei	103
5.3.4.3 Einwohnerdienste	105
5.3.4.4 Zivilstandsamt und Bürgerrechtswesen	106
5.3.4.5 Büro Wahlen und Abstimmungen	108
5.3.4.6 Feuerwehr	109
5.3.4.7 Zivilschutzorganisation	110
5.3.4.8 Umweltschutz	111
5.3.4.9 öko-forum	113
5.4 Baudirektion	114
Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor	115
5.4.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele	116
5.4.2 Rechnungsergebnis im Überblick	117
5.4.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	118

5.4.4 Kennzahlen	120
5.4.4.1 Liegenschaften des Finanzvermögens	121
5.4.4.2 Tiefbau / Strassenraum, Grün- und Sportanlagen, Friedhof	122
5.4.4.3 Stadtentwässerung	125
5.4.4.4 Abfallwirtschaft	127
5.4.4.5 Baulicher Unterhalt für die Verwaltungsliegenschaften	129
5.4.4.6 Stadtplanung	132
5.4.4.7 GIS-Dienstleistungszentrum	134
5.5 Finanzdirektion	135
Vorwort von Franz Müller, Finanzdirektor	136
5.5.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele	138
5.5.2 Rechnungsergebnis im Überblick	139
5.5.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen	140
5.5.4 Kennzahlen	142
5.5.4.1 Steuerveranlagungen und -bezug	143
5.5.4.2 Teilungsamt	144
5.5.4.3 Prozesse und Informatik	145
5.5.4.4 Gastrodienste	146
5.6 Beitragswesen	149
5.6.1 Rechnungsergebnis im Überblick	149
Antrag des Stadtrates	151
Beschluss des Grossen Stadtrates von Luzern	152
Anhang	154
a) Gesamt-Organigramm per 1.1.2003	154
b) Separate Berichte	155
c) Berichte Regionaler Trägerschaften / Gemeindeverbände	156

**Bericht und Antrag des Stadtrates von Luzern an den
Grossen Stadtrat von Luzern B+A 10/2003**

Stadtratsbeschluss 410 vom 16. April 2003

1 Das Jahr 2002 im Rückblick

Die Rechnung des Jahres 2002 schliesst mit einem erfreulichen Plus deutlich besser ab als erwartet. Der Konjunkturverlauf hätte einen solchen Abschluss nicht erwarten lassen.

Das ganze Jahr war von rezessiven Tendenzen und der Hoffnung auf den Aufschwung gekennzeichnet. Auch Ende 2002 ist die weltwirtschaftliche Lage als labil einzustufen. Im ersten Halbjahr 2002 waren leichte konjunkturelle Erholungstendenzen auszumachen, aus denen sich aber kein anhaltender Aufschwung ergab. Im Gegenteil: Aktienkurse brachen ein, Negativmeldungen drückten auf das Vertrauen der Anleger, der Dollar erfuhr eine Abwertung. Folge waren schwache Investitionstätigkeiten, gerade in Europa. Über das ganze Jahr betrachtet muss die Stimmung in der schweizerischen Wirtschaft als gedrückt betrachtet werden. Das reale BIP nahm gerade mal um 0,1% zu, die Inlandnachfrage blieb rezessiv, die Exporte stagnierten, die Importe waren rückläufig. Die Arbeitslosigkeit nahm spürbar zu.

Im Gegensatz zu dieser welt- und schweizweiten Entwicklung nahm das Steueraufkommen in der Stadt Luzern nicht ab, sondern zu. Verantwortlich dafür waren zur Hauptsache die Steuerleistungen der hier ansässigen juristischen Personen. Einerseits sind in Luzern diverse Unternehmen aus Branchen domiziliert, die verhältnismässig wenig rezessionsabhängig sind. Hinzu kommt, dass einige ehemals staatliche Betriebe mit deren Privatisierung neu steuerpflichtig wurden. Das Steueraufkommen der natürlichen Personen wuchs gegenüber dem vergangenen Jahr leicht, nämlich um gut 3 Prozent.

Überdies konnte der Trend zu Desurbanisierung, wie 2001 angedeutet, im Berichtsjahr klar gebrochen werden. Die ständige Wohnbevölkerung nahm um zirka 500 Personen zu.

Die seit sechs Jahren laufende Wohnbauinitiative der Stadt Luzern trägt offenbar erste Früchte. Eine nicht geringe Anzahl Eigentums- und Mietwohnungen wurde im Jahr 2002 fertig gestellt und dem Markt übergeben. Mehrere hundert Wohnungen sind noch geplant

oder befinden sich in Bau. Die gestiegene Beliebtheit als Wohnort widerspiegelt die ausserordentlich hohe Lebensqualität, die Luzern in verschiedenen Bewertungen regelmässig zubilligt wird.

Zwei Beispiele mögen erhellen, wie die Lebens- und Wohnqualität in Luzern weiter verbessert wird. Mit dem Bericht über die strategischen Grundlagen der Sozial- und Gesundheitspolitik und dem Entwicklungsbericht zur stationären Alterspolitik liegt eine umfassende Auslegeordnung für den Sozialbereich vor. Auf diesen Grundlagen wurden in der Alters- und Langzeitpflege diverse Investitionsbeiträge zu Gunsten von Elisabethenheim, Steinhof und Pflegeheim Eichhof gesprochen. Damit kann sichergestellt werden, dass das bestehende Bettenangebot bei gleich bleibender Quantität qualitativ weiter ausgebaut werden kann.

Am anderen Ende der soziodemografischen Skala stehen Kinder und Jugendliche. Ebenfalls vor dem Hintergrund der strategischen Grundlagen der Sozial- und Gesundheitspolitik wurde die Erweiterung des Chinderhus Maihof mit einer Bürgerschaft unterstützt, sodass das Platzangebot verdoppelt werden kann. Eine zusätzliche Weichenstellung in Richtung einer familienfreundlichen Stadt Luzern erfolgte in der ersten Debatte über den Bericht zur familienergänzenden Kinderbetreuung. Darüber hinaus sprach das Parlament 2002 den Kredit zum Neubau des Jugendhauses.

Ein funktionierendes System des öffentlichen und individuellen Verkehrs ist Voraussetzung für eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Region, die auf die natürlichen Umweltressourcen Rücksicht nimmt. Vor dem Hintergrund des Letter of Understanding fand sich mit dem Projekt "Luzern mobil" ein Weg, die städtischen Anliegen, Bedürfnisse und Lösungsvorschläge gegenüber dem Kanton klar und fassbar zu artikulieren. Im Rahmen dieses Projektes werden Mittel und Wege evaluiert, die Verkehrsproblematik auf Strasse und Schiene in und um Luzern zu entschärfen.

2 Hauptziele des Stadtrates 2002

Wie in den Vorjahren hat der Stadtrat mit dem Voranschlag 2002 im B+A nicht nur die Zahlen für das Jahr 2002 präsentiert, sondern auch seine Hauptziele für das Berichtsjahr und die Jahresziele der Direktionen beschrieben. Mit

dem vorliegenden B+A xx/2003 erstattet er nun Bericht über die erreichten Ziele, die ergriffenen Massnahmen und die erreichten Ergebnisse im Rechnungsjahr 2002.

- Integrationsförderung als koordinierte Querschnittsaufgabe in vernetzten Strukturen organisiert, und erste Massnahmen zur Integrationsförderung auf Quartierebene umgesetzt
- Agglomerations- und Zentralschweizer Regionalpolitik: Umsetzungskonzepte erarbeitet
- Über die zukünftigen Nutzungen auf der Allmend entschieden
- Gesamtkonzeption für die ausserfamiliären und ausserschulischen Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche erstellt

Integrationsförderung

Mit dem Bericht und Antrag 44/2001 Integration in der Stadt Luzern konnte eine breit abgestützte Grundlage zur Integrationsförderung geschaffen werden. Das Integrationsverständnis sowie auch die entsprechenden Instrumente wurden damit definiert. Die Interkommunale Integrationskonferenz wurde gestartet und wird ständig auf weitere Gemeinden ausgeweitet. Die Runden-tische für Integration auf Quartierebene wurden mit privaten Institutionen geplant und die ersten kommen – mit finanzieller Unterstützung des Bundes und des Kantons – 2003 zur Umsetzung. Ebenso wurde das Orientierungsangebot Leben in Luzern im Grundsatz entwickelt und kann ab 2003 Schritt für Schritt umgesetzt werden. Mit dem Verein Sentitreff wurde ein neuer Leistungsvertrag ausgehandelt. Einige Integrationsprojekte von Privaten wurden fachlich und finanziell unterstützt und konnten dadurch ihre Wirkung in der Stadt Luzern entfalten.

Agglomerations- und Zentralschweizer Regionalpolitik

Das Projekt PASL ging im Sommer 2002 in die Realisierungsphase. Hildisrieden ist aus dem Konsortium ausgetreten, während Hergiswil (NW) neu dazugestossen ist. Zwei wesentliche Projekte befinden sich in Arbeit.

In einer Arbeitsgruppe aus Fachpersonen der Gemeinden wird die Planungsgrundlage für den regionalen Aufbau einer familienergänzenden Kinderbetreuung erarbeitet. Die Stadt selbst entwickelt ihre Konzeptionen der familienergänzenden Betreuung weiter. Aus diesem internen Prozess ergeben sich Inputs für die Arbeit innerhalb von PASL.

Unter dem Titel Neue Agglo Zusammenarbeitsstruktur wird versucht, die generelle Zu-

sammenarbeit in der Agglomeration vor dem Hintergrund des PASL-Leitbildes gezielt weiterzuentwickeln. Gegen aussen soll die Position der Agglomeration Luzern im Standortwettbewerb verbessert werden, gegen innen soll das regional vorhandene Wissen für die Lösung von Problemen genutzt werden. An einem Workshop Ende 2002 wurde als erster Schritt die Entwicklung eines Netzwerkes beschlossen. Zu einem späteren Zeitpunkt ist ein Mehrzweckverband im Sinne einer ausbaufähigen Lösung zu planen.

Ein regionales Kulturprojekt unter der Federführung der RKK wird im Frühsommer 2003 stattfinden.

Noch 2001 hatte der Stadtrat entschieden, die Bereiche Verkehr und Wirtschaftsförderung prioritär zu behandeln. Im Berichtsjahr hat die Stadt ein entsprechendes verkehrspolitisches Konzept ausformuliert. Sie will damit den Kanton bei der Erarbeitung eines nachhaltigen Mobilitätskonzepts massgebend unterstützen. Sie hat dazu eine Vision formuliert. Die Umsetzung dieser Vision in eine konkrete Strategie erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton und den anderen Agglomerationsgemeinden. Die Strategie bezieht sich auf den Zeitraum von 2003 bis 2015.

Das Projekt Wirtschaftsstandort Luzern zur zukünftigen Positionierung der Stadt Luzern als Wirtschaftsstandort und Wohnort sowie die Situation der verschiedenen Wirtschaftsförderungsinstitutionen zeigte, dass der Einbezug des gesamten Kantons Luzern mit seinen verschiedenen regionalen Institutionen und Organisationen für ein möglichst gutes Resultat von zentraler Bedeutung ist. Der Kanton hat darum beschlossen, das Wirtschaftsprojekt Luzern im Sinne eines Joint Ventures zwischen dem Kanton und der Stadt Luzern weiterzu-

führen. Dabei werden neben Stadt und Agglomeration Luzern weitere Wirtschaftsregionen (Sursee, Seetal und Hinterland) in die Überlegungen mit einbezogen und die Neuorganisation der Wirtschaftsförderungsorganisationen aus dem Blickwinkel des gesamten Kantons Luzern angegangen.

Was nicht als Ziel angegeben werden konnte, ergab sich durch die Umstände. Bei einem Treffen zwischen dem Gemeinderat von Littau und dem Stadtrat von Luzern wurde beschlossen, eine gemeinsame Studie in Auftrag zu geben, die Vor- und Nachteile einer Gemeindefusion klären sollte. Gleich lautende Motionen in Littau und Luzern fordern dasselbe. Im Herbst 2003 soll die von externen Fachleuten erstellte Studie vorliegen.

Zukünftige Nutzungen auf der Allmend

In einer ersten Phase wurde ein Externer beauftragt, die Bedürfnisse und Erwartungen der Allmendnutzer zu erheben. Aus dem Anfang 2002 abgelieferten Bericht wurde ersichtlich, dass heute auf der Allmend unter den Nutzern ein labiles Gleichgewicht besteht. Der Bericht zeigt jedoch auch Konflikte und unterschiedliche Vorstellungen, die mit einer Nutzungsintensivierung bzw. zusätzlichen Flächenansprüchen noch grösser werden dürften. Der Stadtrat hat daher beschlossen, vorgängig zur eigentlichen Allmendplanung ein Thesenpapier zu erarbeiten, welches Grundsätze der Planung formuliert. Dieses wurde im September 2002 publiziert und in Workshops zur Dis-

kussion gestellt. Die Ergebnisse werden im Rahmen der Folgeplanung mit berücksichtigt. Bedingt durch diese Vernehmlassung wird der B+A Planungsbericht, welcher die nötigen Planungskredite beantragt, erst in der 2. Hälfte 2003 dem Parlament unterbreitet werden können.

Ausserfamiliäre und ausserschulische Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche

Im Frühbereich der familienergänzenden Kinderbetreuung wurden die Grundlagen geschaffen für eine neue, bedarfs- und leistungsorientierte Krippenpolitik. Dazu gehört insbesondere ein neues Reglement, das dem Grossen Stadtrat im Sommer 2003 vorgelegt wird. Damit wird die Zusammenarbeit mit der Stadt und den Krippeninstitutionen künftig auf der Basis von Leistungsvereinbarungen erfolgen. Das neue Reglement eröffnet zudem Optionen für eine verstärkte Kooperation mit der Region und der Wirtschaft. Im Bereich Schulalter wurden die Planungsarbeiten für die Modelle Tagesschule und Schule+Betreuung vorangetrieben, damit Ende 2003/Anfang 2004 ein dreijähriges Pilotprojekt beschlussfähig wird. Bei den Horten wurde mit dem Aufbau einer Qualitätssicherung begonnen. Die Frage der koordinierten Planung und der Koordination der Angebote wurde in das Organisationsentwicklungsprojekt Kinder, Jugend mit einbezogen und bearbeitet, sodass diesbezüglich 2003 erste Lösungen vorliegen werden.

3 Ergebnis der Rechnung 2002

3.1 Gesamtüberblick

Die Zahlen der Laufenden Rechnung 2002 präsentieren sich im Überblick wie folgt:

[Mio. Fr.]	Rechnung	Budget
Aufwand	662,6	558,6
Ertrag	667,4	557,0
Ergebnis	+4,8	-1,6

Eine Analyse der Aufwands- und der Ertragsseite mit ihren grossen Budgetabweichungen zeigt ein noch erfreulicheres Bild als der Blick auf das Ergebnis allein: Ausserordentliche Erträge konnten dazu verwendet werden, ausserordentliche Aufwände abzudecken.

Der Ertrag der ordentlichen Gemeindesteuern liegt mit Fr. 246,7 Mio. um rund Fr. 30,4 Mio. über dem Voranschlag. Erneut sind dafür in aller erster Linie die Erträge der juristischen Personen verantwortlich. Sie nahmen gegenüber dem Vorjahr nochmals um 30% zu und machen rund 30% des gesamten Steuerertrags aus.

Die Kantonalisierung der Berufsschulen führte insgesamt zu einmaligen Erträgen in der Höhe von über Fr. 17 Mio.: Fr. 7,5 Mio. beträgt der Buchgewinn aus Veräusserung der Berufsschulgebäude, rund Fr. 10 Mio. resultieren aus der Schlussabrechnung, d. h. aus der vollständigen Abrechnung der Bundes-, Kantons- und Gemeindebeiträge, welche üblicherweise erst im Folgejahr ausbezahlt wurden.

Tiefe Investitionen führten zu einem tiefen Abschreibungsbedarf. Es wurden nur Projekte im Wert von Fr. 13,4 Mio. realisiert. Die budgetierten Abschreibungen (80% des Plafonds = Fr. 26,4 Mio.) reduzieren sich um rund Fr. 12 Mio.

Auf der anderen Seite stehen folgende ausserordentliche Aufwände:

Fr. 7,5 Mio. (Buchgewinn Berufsschulliegenschaften) wurden gemäss dem Beschluss im entsprechenden B+A 19/2002 für zusätzliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen verwendet.

Der Stadtrat hat beschlossen, im Sinne einer vorsichtigen Bilanzierung für mögliche Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Entschuldung des KKL Fr. 18 Mio. zurückzustellen. Da diese Verpflichtung mit einer hohen Wahr-

scheinlichkeit auf die Stadt zukommt, ist die Rückstellung erforderlich. Dieses Vorgehen bedeutet kein Präjudiz im Hinblick auf die bevorstehende Volksabstimmung zum KKL-Kredit. Bei einem negativen Ausgang kann die Rückstellung wieder zu Gunsten der Laufenden Rechnung aufgelöst werden.

Auf der aktivierten Schuld gegenüber der Pensionskasse soll eine Teilabschreibung in der Höhe von Fr. 28 Mio. erfolgen. Wie in der Gesamtplanung 2003–2006 (B+A 36/2002, S. 24 f.) erläutert, handelt es sich bei diesem Aktivum faktisch um negatives Eigenkapital. Es macht daher keinen Sinn, im grossen Stil aus dem Rechnungsergebnis Eigenkapital zu bilden und gleichzeitig dieses negative Eigenkapital stehen zu lassen.

Aus dem gleichen Grund soll auch – wie ebenfalls bereits angekündigt – die nicht mehr benötigte Marktöffnungsreserve ewl vollständig aufgelöst werden. Mit dem Ertrag erfolgt eine weitere Teilabschreibung auf der aktivierten PK-Schuld in der Höhe von Fr. 45,4 Mio. Diese Transaktionen sind erfolgsneutral.

Noch stärker als auf die Laufende Rechnung wirken sich die ausserordentlichen Faktoren auf die Entwicklung der Nettoschuld aus – weil hier der gesamte Erlös aus dem Verkauf der Berufsschulgebäude zu Buche schlägt. Die Nettoschuld reduziert sich gegenüber 2001 um Fr. 86 Mio. und beträgt jetzt Fr. 127 Mio. Der Schuldenabbau aus dem Betriebsergebnis beläuft sich auf rund Fr. 17 Mio., während fast Fr. 70 Mio. der Reduktion auf ausserordentliche Faktoren zurückzuführen sind (Berufsschule: Verkauf Fr. 38,5 Mio., Schlusszahlungen Fr. 10 Mio.; Investitionen um Fr. 20 Mio. unter Plafond).

Die Effekte aus der Kantonalisierung der Berufsschulen sind sicher einmalig. Das massive Unterschreiten des Investitionsplafonds ist hoffentlich einmalig. Es ist nicht im Sinne einer nachhaltigen Politik, regelmässig hinter dem geschätzten Investitionsbedarf zurückzubleiben. Nach dem Wegfall der hohen Investitionsbeiträge an die Kulturrumbaute stehen wieder die eigenen Investitionen der Stadt im Vordergrund. Aufgrund des Planungsstandes war es im Jahr 2002 noch nicht möglich, mehr Projekte zur Ausführungsreife zu bringen.

Bei den Steuererträgen der juristischen Personen gehen aktuelle Schätzungen davon aus, dass rund Fr. 10 Mio. Franken des Ertrags 2002 einmalige, nicht wiederkehrende Nachträge sind. Gleichwohl – und trotz des rauerer konjunkturellen Klimas – wird zurzeit davon ausgegangen, dass sich die Erträge im laufenden und im nächsten Jahr auf hohem Niveau stabilisieren. Die Erträge der juristischen Personen bilden allerdings weiterhin eine Risikoposition, nicht zuletzt, weil 73% des Ertrags von nur 10 Firmen stammen. Es ist daher gerechtfertigt – wie bereits im Budget 2003 vorgesehen – einen Teil der überdurchschnittlich hohen Erträge in eine Steuerausgleichsreserve einzulegen.

Mehr als nur einen Wermutstropfen in der Beurteilung des Rechnungsabschlusses stellt die Entwicklung der Konsumausgaben dar. Als Konsumausgaben wird der Nettoaufwand für die Gemeindeaufgaben gemäss funktionaler Gliederung 0–8 bezeichnet, ohne die unter den Gemeindeaufgaben verbuchten Abschreibungen und bereinigt um ausserordentliche Positionen wie die Rückstellung KKL und die Schlussabrechnung Berufsschulen. Der Konsumaufwand betrug 2001 Fr. 212,5 Mio. Für 2002 waren Fr. 217,4 Mio. budgetiert, effektiv ausgegeben wurden Fr. 219,6 Mio. Dieses Resultat ist wesentlich schlechter, als es auf den ersten Blick scheint. Die Tatsache, dass im Jahr

2002 eine Lohnteuering von 1,8% budgetiert, aber nur eine solche von 0,8% ausbezahlt worden ist, hätte automatisch zu einer Ergebnisverbesserung um rund Fr. 4 Mio. führen müssen (Fr. 2 Mio. für tiefere Teuerung auf den Löhnen und Fr. 2 Mio. für geringere Einkaufssumme für Teuerung auf PK-Renten). So gesehen beträgt die Budgetüberschreitung mindestens Fr. 6 Mio. Das Wachstum der Konsumausgaben gegenüber dem Vorjahr beläuft sich auf 3,3% – dies bei einem Anstieg des BIP um nur rund 1%.

Wenn man bedenkt, dass das Planbudget 2004 – bei Realisierung aller geplanter Vorhaben – gegenüber dem Vorjahr ein Wachstum der Konsumausgaben um über 4% ausweist, so wird deutlich, wie rasch die Wachstumsspirale bei den Konsumausgaben wieder zu drehen beginnen kann. Die einmaligen Erträge aus dem abgelaufenen Jahr werden sich nicht wiederholen, und selbst wenn die Erträge der juristischen Personen auf hohem Niveau verharren, werden die städtischen Finanzen sehr rasch wieder ins Ungleichgewicht geraten, wenn das Wachstum der Konsumausgaben nicht in dem Rahmen gehalten werden kann, der durch die parlamentarischen Zielsetzungen gegeben ist. Ein konsequentes Kostenmanagement wird daher zu einer vorrangigen finanzpolitischen Aufgabe.

3.2 Laufende Rechnung / Ergebnis nach Kostenarten

Die Rechnung 2002 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 4,8 Mio. ab. Budgetiert war ein Fehlbetrag von Fr. 1,6 Mio.

Die Rechnung 2002 zeigt im Überblick folgende Ergebnisse:

Aufwand	Rechnung 2002	Voranschlag 2002	Ergebnisver- besserungen	Ergebnisver- schlechterungen
Personalaufwand	253'118'072	254'874'300	1'756'228	
Sachaufwand	69'084'938	61'892'900		7'192'038
Passivzinsen	14'269'646	17'125'700	2'856'054	
Abschreibungen	110'845'373	35'961'400		74'883'973
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	401'450	100'000		301'450
Entschädigungen an Gemeinwesen	11'805'260	11'773'900		31'360
Eigene Beiträge	123'776'768	118'174'400		5'602'368
Durchlaufende Beiträge				
Einlagen in Spezialfinanzie- rungen und Stiftungen	28'185'521	8'493'600		19'691'921
Interne Verrechnungen	51'130'501	50'166'800		963'701
Total	662'617'530	558'563'000	4'612'282	108'666'812
Mehraufwand			104'054'530	
Ertrag	Rechnung 2002	Voranschlag 2002	Ergebnisver- besserungen	Ergebnisver- schlechterungen
Steuern	281'560'093	246'275'000	35'285'093	
Konzessionen und Regalien	3'991'567	3'998'000		6'433
Vermögenserträge	31'331'736	23'783'100	7'548'636	
Entgelte	150'391'704	144'859'400	5'532'304	
Rückerstattung von Gemeinwesen	25'027'846	19'885'400	5'142'446	
Beiträge für eigene Rechnung	65'648'318	57'215'900	8'432'418	
Durchlaufende Beiträge				
Entnahmen aus Spezial- finanzierungen und Stiftungen	58'364'472	10'812'400	47'552'072	
Interne Verrechnungen	51'130'501	50'166'800	963'701	
Total	667'446'237	556'996'000	110'456'671	6'433
Mehrertrag				110'450'237
Ergebnis	4'828'707	-1'567'000		
Differenz zum Voranschlag			6'395'707	

Abweichungen gegenüber Vor-
anschlag (**fett = kommentierte
Abweichungen**)

3.2.1 Aufwand

Der **Personalaufwand** liegt mit Fr. 253,1 Mio. um Fr. 1,8 Mio. oder um 0,7% tiefer als budgetiert.

Die ausgerichteten Teuerungszulagen von 0,8% lagen beim Verwaltungs- und Betriebspersonal um 1% oder rund Fr 1,3 Mio. tiefer als angenommen (StB 1355 vom 12.12.2001). Bei der Sozialdirektion wurde der Voranschlag innerhalb des Globalbudgets HAS um Fr. 2,1 Mio. überschritten, davon Besoldungen von Fr. 1 Mio. für nicht budgetierte temporäre Arbeitskräfte. Die Baudirektion sparte durch Mutationsgewinne und Pensenreduktionen rund Fr. 0,5 Mio. ein. Im Bereich des Globalbudgets TBA liegt der Personalaufwand um zirka Fr. 0,6 Mio. unter dem Budget. Bei der Finanzdirektion wirkte sich die um 1% tiefere Teuerung beim Einkauf von Teuerungszulagen auf Renten mit weniger Aufwand in der Höhe von Fr. 2,7 Mio. aus.

Der **Sachaufwand** beträgt total Fr. 69,1 Mio. und übersteigt somit das Budget um Fr. 7,2 Mio. Die hauptsächlichsten Abweichungen betreffen:

Innerhalb vom Globalbudget HAS wurden die übrigen Dienstleistungen neu im Umfange von rund Fr. 0,6 Mio. brutto ausgewiesen. Für die frühere Sanierung Hochhaus Eichhof musste nach einem Vergleich eine Restzahlung von Fr. 0,3 Mio. geleistet werden. Am Gebäude Jugendsiedlung Utenberg fielen Unwetterschäden über Fr. 0,5 Mio. an. Im Bildungsbereich reduzierten sich die Transportkosten als Folge der Tagesschulen um Fr. 0,1 Mio. weniger als angenommen. Bei den GBL entstand Mehraufwand durch die Abgrenzung 2002 der Energiekosten, die zusätzliche Miete Hubelmatt für das SOS-Projekt und die Abschlussveranstaltungen vor der Kantonalisierung von insgesamt Fr. 0,4 Mio.

Bei der Sicherheitsdirektion mussten unvorhergesehen Fahrzeuge der Stadtpolizei und der Feuerwehr über Fr. 0,2 Mio. ersetzt werden. Die Fremdenpolizeigebühren sind neu mit Fr. 0,4 Mio. brutto ausgewiesen. In der Baudirektion mussten für die Bauten des Verwaltungsvermögens umfangreiche, zusätzliche Unterhaltsarbeiten ausgeführt werden: Fr. 1,3 Mio. für Unwetterschäden und insgesamt Fr. 0,3 Mio. für Vandalenschäden, für Lärmschutz bei der Schiessanlage Allmend und für den Ersatz einer Heizung. Das TBA weist innerhalb des Globalbudgets rund Fr. 1,4 Mio. mehr Sachaufwand aus als budgetiert. Bei der Finanzdirektion ergaben

sich Mehrausgaben beim Steueramt von Fr. 0,2 Mio. wegen der einjährigen Veranlagungen, bei der PIT Fr. 0,2 Mio. für Beraterhonorare und Beschaffungen für Dienstabteilungen sowie bei den Gastrodiensten Fr. 0,2 Mio. für nicht budgetierte Wareneinkäufe betreffend Drittbetriebe.

Die **Passivzinsen** sind mit Fr. 14,3 Mio. um Fr. 2,9 Mio. tiefer ausgefallen als budgetiert. Dieser Minderaufwand entstand, weil im 2001 nach Abschluss der Budgetierung einige langfristige Darlehen vorzeitig zurückbezahlt werden konnten und kein Finanzierungsbedarf für die eigene Rechnung bestand. Im Weiteren mussten für die Verzinsung der Depotkonti, der Zuwendungen und Spezialfinanzierungen durchwegs tiefere Zinsen bezahlt werden als budgetiert. Hingegen mussten aufgrund der vorzeitigen Steuereingänge und des attraktiven Zinssatzes rund Fr. 0,4 Mio. mehr Vorauszahlungszinsen an die Steuern angerechnet werden.

Die **Abschreibungen** übersteigen die budgetierten Fr. 36 Mio. um rund Fr. 74,8 Mio. Die budgetierten zusätzlichen Abschreibungen von Fr. 11,8 Mio. entfallen, da die Investitionen innerhalb des Plafonds nur 13,4 Mio. betragen und somit bereits mit den ordentlichen Abschreibungen vollständig abgeschrieben werden.

Der Buchgewinn aus dem Verkauf der Berufsschulzentren von Fr. 7,5 Mio. wurde für zusätzliche Abschreibungen verwendet. Durch die Auflösung der Marktöffnungsreserven ewl können die aktivierten PK-Schulden von Kanton und Stadt um Fr. 45,4 Mio. abgeschrieben werden. Aufgrund der guten Ertragslage kann die aktivierte Schuld gegenüber der städtischen PK um zusätzliche Fr. 28 Mio. abgeschrieben werden. Im Weiteren wurden Mehrinvestitionen zu Lasten von Spezialfinanzierungen in der Höhe von insgesamt Fr. 1,9 Mio. abgeschrieben. Die Abschreibungen auf den Gemeindesteuern, Erlasse und Verluste, sind Fr. 1,3 Mio. über den budgetierten Fr. 3 Mio. Zudem musste die Rückstellung für Steuerdebitoren, Konto Delkredere, um Fr. 1,9 Mio. erhöht werden.

Für **eigene Beiträge** mussten Fr. 5,6 Mio. mehr aufgewendet werden als budgetiert. Im Bereich SOD, Wirtschaftliche Sozialhilfe, lagen die Beiträge Fr. 2,5 Mio. über dem Voranschlag. Die Inkassohilfen für Alimente über Fr. 1,1 Mio. waren als durchlaufende Beiträge

nicht budgetiert. Die Beiträge an die Berufsschuldefizite erhöhten sich um Fr. 1,8 Mio. als Folge der Abgrenzung 2002 betreffend die Kantonalisierung. Mehr städtische Schüler an der Kantonsschule machen zusätzliche Beiträge von Fr. 0,4 Mio. aus. Weniger Schüler aus anderen Gemeinden und Kantonen an den städt. Mittelschulen ergaben einen Ertragsausfall von Fr. 0,4 Mio., der durch Zuschüsse der Stadt kompensiert werden musste. Der Beitrag an das Luzerner Theater fiel aufgrund der geringeren Teuerung um Fr. 0,1 Mio. kleiner aus.

Bei den Denkmalpflegebeiträgen verzögerten sich die Abrechnungen, und somit machten die Auszahlungen rund Fr. 0,6 Mio. weniger aus.

Die **Einlagen in Spezialfinanzierungen** und Spezialfonds fielen um Fr. 19,7 Mio. höher aus als budgetiert.

Dank höheren Feuerwehrpflicht-Ersatzabgaben konnten Fr. 0,3 Mio. in die Rückstellung Spezialfinanzierung eingelegt werden. Zusätzliche Einlagen in die Spezialfinanzierungen erfolgten bei der Baudirektion: Stadtentwässerung Fr. 0,2 Mio., Kehrlichtbeseitigung Fr. 0,3 Mio., Rückstellung für Spielplätze Fr. 0,1 Mio. Die Billettsteuererträge als Einlage zu Gunsten von Kultur und Sport fielen um Fr. 0,4 Mio. höher aus. Für zugesicherte Denkmalpflegebeiträge mussten Fr. 0,2 Mio. mehr zurückgestellt werden. Aufgrund der sehr guten Ertragslage wird mit dem Rechnungsabschluss eine Rückstellung für einen Entschuldungsbeitrag KKL von Fr. 18 Mio. gebildet.

3.2.2 Ertrag

Der Ertrag aus **ordentlichen Einkommens- und Vermögenssteuern** (ohne Verzugszinsen, Ordnungsbussen sowie Nach- und Strafsteuern) von Fr. 256,7 Mio. übertraf das Budget um Fr. 31,8 Mio. oder 14%. Davon stammen Fr. 13,7 Mio. aus Steuernachträgen früherer Jahre. Diese Abweichungen lassen sich wie im Vorjahr hauptsächlich mit den höheren Erträgen bei den juristischen Personen erklären. Erstmals seit längerem sind auch die Erträge der natürlichen Personen wieder angestiegen, sie liegen um gut 3% über dem Vorjahr. Auch die Nach- und Strafsteuern sowie die Verzugszinsen übersteigen die geschätzten Erträge um insgesamt Fr. 0,8 Mio.

Bei den **übrigen Steuern** liegen die Grundstückgewinnsteuern mit Fr. 1,2 Mio. und die Handänderungssteuern mit Fr. 0,5 Mio. über dem Voranschlag. Der Anteil an den kantonalen Erbschaftssteuern ist um Fr. 0,7 Mio. höher ausgefallen.

Die **Vermögenserträge** brachten mit Fr. 31,3 Mio. rund Fr. 7,5 Mio. mehr ein als budgetiert. Dieser Mehrertrag erklärt sich hauptsächlich mit dem Buchgewinn von Fr. 7,5 Mio. aus dem Verkauf der Berufsschulzentren. Im Übrigen konnten die Mindereinnahmen praktisch vollständig durch Mehreinnahmen kompensiert werden: Ertragsausfälle von rund Fr. 1,1 Mio. entstanden durch tiefere Verzinsung der Geldmarktgeschäfte, geringere Dividenden, vorzeitige Ablösung der Darlehen ewl sowie den Wegfall der Verzinsung der Barinvestitionen Werkhof Ibach. Zusätzliche Einnahmen in etwa gleicher Höhe ergaben Neuvermietungen von Liegenschaften des Finanzvermögens und Mehreinnahmen von Baurechtszinsen. Zudem fielen die Verzugszinsen auf den Steuerausständen um rund Fr. 0,4 Mio. höher aus als angenommen.

Die Mehreinnahmen bei den **Entgelten** von Fr. 5,5 Mio. setzen sich aus sehr vielen Positionen von Mehr- oder Mindererträgen zusammen. Bei der Sozialdirektion fielen vermehrt Rückerstattungen von Fr. 4,9 Mio. an: Fr. 2,6 Mio. bei der Wirtschaftlichen Sozialhilfe, Fr. 1,2 Mio. beim HAS für übrige Dienstleistungen und Versicherungsleistungen. Die Inkassohilfen für Alimente waren über Fr. 1,1

Mio. nicht als durchlaufende Beiträge budgetiert. Dazu sind die Heimtaxen und Kostgelder Fr. 0,7 Mio. höher ausgefallen als budgetiert. Die Feuerwehrpflicht-Ersatzabgaben fielen um Fr. 0,4 Mio. höher aus. Im Bereich Baudirektion machten die Versicherungsleistungen aus Elementarschäden rund Fr. 0,6 Mio. aus. Innerhalb des Globalbudgets TBA liegen die Einnahmen für Dienstleistungen Fr. 1 Mio. höher als angenommen. Im Abschnitt Finanzertrag machen die nicht budgetierten Einnahmen für unbenützte Kreditüberträge, für unbenütztes Rentenskapital AML sowie für erblose Verlassenschaften insgesamt Fr. 0,8 Mio. aus. Gegenüber diesen Mehreinnahmen konnten bei den GBL, infolge der Abgrenzung 2002, Fr. 2,2 Mio. weniger Schulgelder vereinnahmt werden, und bei den Polizeibussen wurde das Budget um Fr. 1,5 Mio. unterschritten. Unterbestände bei der Stadtpolizei liessen es nicht zu, die Kontrollen im üblichen Ausmass vorzunehmen.

Bei den **Rückerstattungen an Gemeinwesen** sind die Mehrerträge von Fr. 5,1 Mio. auf die Abgrenzung 2002 betreffend die GBL zurückzuführen.

Auch die Mehrerträge von Fr. 8,4 Mio. bei den **Beiträgen für eigene Rechnung** ergeben sich mit Fr. 7,3 Mio. hauptsächlich aus den Abgrenzungen der GBL von Bundes- und Kantonsbeiträgen. Erstmals erhielten wir vom Kanton einen Anteil von Fr. 141'000 an den Gebühren der LSVA.

Die **Entnahmen aus Spezialfinanzierungen** und Rückstellungen fielen rund Fr. 47,6 Mio. höher aus als vorgesehen. Die Auflösung der Marktöffnungsreserven ewl über Fr. 45,4 Mio. zu Gunsten von zusätzlichen Abschreibungen auf den aktivierten PK-Schulden gegenüber Kanton und Stadt war nicht budgetiert. Zurückgestellte Denkmalpflegebeiträge im Betrage von Fr. 0,4 Mio. konnten aufgelöst werden, da sie unbenützt verfielen. Das TBA hat für die Aufwendungen der Stadtentwässerung rund Fr. 1 Mio. mehr entnommen und zusätzlich für Parkraum sowie Spielplätze Fr. 0,3 Mio.

Kennzahlen Steuerertrag	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Total Steuerertrag pro Einheit	101'299'841	99'958'717	103'571'409	118'284'281	110'778'625	118'364'857	128'510'769
Anteil jur. Personen am Steuerertrag	11,19%	12,27%	15,64%	19,31%	18,00%	25,57%	29,60%
Ertrag nat. Personen pro Steuerpfl./Einh.	2'211	2'166	1'984	2'428	2'310	2'501	2'447
Ertrag jur. Personen pro Steuerpfl./Einh..	2'753	2'953	3'587	5'056	4'415	6'702	11'420
Erlasse, Verluste, Abschreibungen	2'920'520	2'971'658	2'732'521	2'974'757	2'672'349	5'331'173	3'715'223
E, V + A in % des Steuerertrages	1,86%	1,92%	1,70%	1,62%	1,56%	2,31%	1,48%

3.2.3 Abweichungen der Rechnung zum Budget / Hinweis auf Begründungen

Die Abweichungen gegenüber dem Voranschlag sind bei den einzelnen Kreditpositionen im Zahlenband ausgewiesen. Soweit notwendig sind Kreditüberschreitungen im Anhang detailliert begründet. Auf die Begründung der Abweichungen bei den Konten des Personal-

aufwandes, bedingt durch Teuerung, Beförderungen und Besserstellungen sowie den Einbau von Realloohnerhöhungen in die pensionsversicherten Besoldungen, wird bei den einzelnen Rechnungs-Budgetpositionen verzichtet.

3.2.4 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 Ziff. b GO

Für gebundene, nicht voraussehbare Ausgaben mussten vom Stadtrat Kredite im Umfang von Fr. 11,42 Mio. gesprochen werden. Weitere Fr. 3,44 Mio. sind als Ertragsausfall während dem Umbau des Wohnheimes 2 des BZ Eich-

hofes als Zusatzkredit (Art. 62 Abs. 2 Ziff. b GO) zu Lasten der Investitionsrechnung gesprochen worden. Die Detail-Liste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen.

Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 Ziff. b GO

	2001	2002
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	82'800.-	96'200.-
Sozialdirektion	5'434'900.-	2'865'700.-
Bildungsdirektion	2'073'400.-	4'560'900.-
Sicherheitsdirektion	329'800.-	590'200.-
Baudirektion	1'223'900.-	1'779'100.-
Finanzdirektion	229'200.-	544'600.-
Zentrales Beitragswesen	2'662'200.-	281'400.-
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	444'100.-	304'100.-
Investitionsrechnung	100'000.-	400'000.-
Total	12'579'700.-	11'422'200.-

3.2.5 Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 Ziff. c GO

Die Nachtragskredite für frei bestimmbare, nicht voraussehbare Ausgaben in der Kompetenz des Stadtrates sind hier zusammengefasst. Die Detail-Liste wird am Ende des Zahlenteils ausgewiesen. Die pauschalierte

Limite von Fr. 5 Mio. wurde im Jahr 2002 im Umfang von Fr. 3,62 Mio. beansprucht. Der Stadtrat hat mit StB 89 vom 30.1.2002 auf Fr. 1 Mio. seiner Ausgabenkompetenz verzichtet.

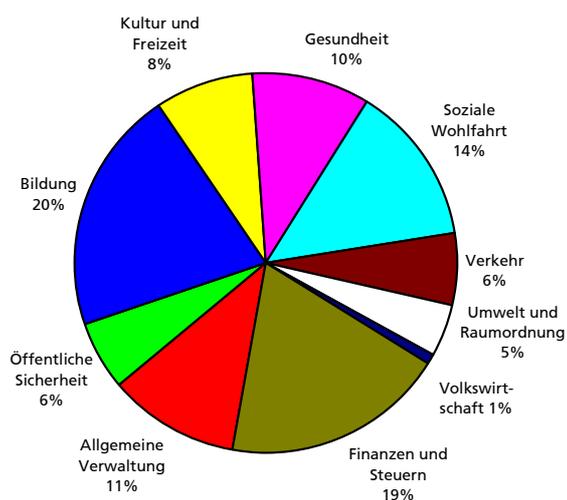
Übersicht Nachtragskredite nach Art. 60 Abs. 2 Ziff. c GO

	2001	2002
Behörden, Präsidialstab, Stadtkanzlei, Personalamt	259'000.–	583'300.–
Sozialdirektion	1'131'800.–	560'200.–
Bildungsdirektion	558'900.–	502'600.–
Sicherheitsdirektion	653'800.–	204'400.–
Baudirektion	1'330'000.–	978'700.–
Finanzdirektion	403'600.–	277'700.–
Zentrales Beitragswesen	461'700.–	120'000.–
Steuern, Kapital- und Zinsendienst, Abschreibungen	72'700.–	228'800.–
Investitionsrechnung	0.–	160'000.–
Total	4'871'500.–	3'615'700.–

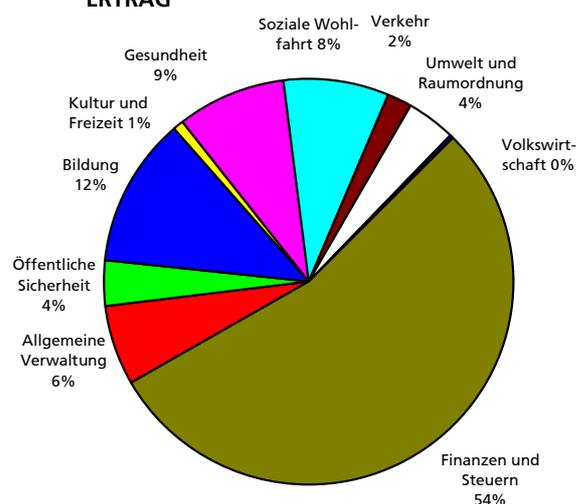
3.3 Laufende Rechnung / Zusammenfassung nach funktionaler Gliederung

Brutto	Rechnung 2002 (in 1'000 Fr.)		Voranschlag 2002 (in 1'000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Mindereertrag)
Allgemeine Verwaltung	73'832	42'820	76'929	42'597	(3'097)	223
Öffentliche Sicherheit	38'377	24'273	38'927	24'982	(549)	(709)
Bildung	138'029	79'880	132'094	67'401	5'935	12'479
Kultur und Freizeit	54'825	4'963	36'887	4'657	17'938	307
Gesundheit	66'499	57'209	64'113	55'366	2'386	1'843
Soziale Wohlfahrt	89'641	55'929	84'492	52'120	5'149	3'810
Verkehr	41'320	13'914	39'568	12'431	1'752	1'483
Umwelt und Raumordnung	30'097	24'797	28'914	23'602	1'183	1'195
Volkswirtschaft	4'671	2'991	4'184	4'509	487	(1'518)
Finanzen und Steuern	125'325	360'670	52'455	269'332	72'871	91'338
Total	662'618	667'446	558'563	556'996	104'055	110'450

AUFWAND



ERTRAG



Netto

Netto	Rechnung 2002 (in 1'000 Fr.)		Voranschlag 2002 (in 1'000 Fr.)		Abweichungen	
	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Mehraufwand (Minderaufwand)	Mehrertrag (Mindereertrag)
Allgemeine Verwaltung	31'012		34'332		(3'319)	
Öffentliche Sicherheit	14'104		13'945		159	
Bildung	58'149		64'693		(6'544)	
Kultur und Freizeit	49'862		32'230		17'631	
Gesundheit	9'290		8'747		543	
Soziale Wohlfahrt	33'712		32'373		1'339	
Verkehr	27'407		27'138		269	
Umwelt und Raumordnung	5'300		5'312		(12)	
Volkswirtschaft		(1'680)		325		(2'005)
Finanzen und Steuern		235'345		216'877		18'468
Ergebnis	(4'829)		1'567		(6'396)	

3.3.1 Übersicht nach Funktionaler Gliederung und Nettobelastung

3.3.1.1 Funktionale Gliederung

Die anteilmässige Verteilung der Nettoaufwände spiegelt die Hauptaufgaben der Stadt wider. Dabei ist zu beachten, dass in den Aufgabenbereichen noch nicht die Vollkosten aus-

gewiesen werden. Insbesondere die Kapitalkosten (Zinsen und Abschreibungen) sind separat im Bereich 9 Finanzen und Steuern erfasst.

3.3.1.2 Vergleich der Nettobelastung 2000 / 2001

Das kantonale Amt für Statistik veröffentlicht regelmässig die Kennziffern aus dem Finanzhaushalt der Luzerner Gemeinden. Der neuste Bericht Der Finanzhaushalt der Gemeinden 2001 erschien im Januar 2003. Somit können wiederum direkte Vergleiche der Gesamtaus-

gaben und der Ausgaben pro Kopf nach funktionaler Gliederung gezogen werden. In den folgenden Tabellen sind die Nettoausgaben insgesamt und pro Kopf für die Aufgabenbereiche 0 bis 7 für die Jahre 2000 und 2001 dargestellt.

Tabelle 1: Vergleich Nettobelastung zwischen der Stadt, dem Agglomerationsgürtel und den übrigen Gemeinden des Kantons Luzern

Jahr 2001 in Fr. 1'000.–	Nettobelastung absolut			Vergleichsausgaben [Anzahl Einw. Stadt Luzern x Nettobelastung pro Kopf]		Differenz Netto-Mehrbelastung der Stadt Luzern	
	Stadt Luzern	Agglomera- tionsgürtel (14 Gemeinden)	92 übrige Ge- meinden des Kt. Luzern	des Agglomera- tionsgürtels (14 Gemeinden)	der 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern	gegenüber dem Agglome- rationsgürtel	gegenüber den 92 übrigen Gemeinden
Funkt. Gliederung							
1 Sicherheit	14'025	6'347	7'263	2'987	2'445	11'038	11'580
2 Bildung	61'299	145'817	204'928	69'152	68'995	-7'853	-7'696
3 Kultur und Freizeit	28'086	14'314	11'637	6'777	3'918	21'309	24'168
4 Gesundheit	4'881	7'226	4'456	3'446	1'500	1'435	3'381
5 Soziale Wohlfahrt	37'587	62'496	78'328	29'636	26'371	7'951	11'216
6 Verkehr	23'130	24'093	17'550	11'430	5'909	11'700	17'221
7 Umwelt und Raumordnung	7'125	5'944	9'732	2'814	3'277	4'311	3'848
0 Allgemeine Verwaltung	29'336	48'361	65'550	22'917	22'069	6'419	7'267
Total Nettobelastung	205'469	314'598	399'444	149'159	134'484	56'310	70'985
Mittlere Wohnbevölkerung:	57'435	121'157	170'593				

In Tabelle 1 werden die absoluten Nettoausgaben der Stadt verglichen mit den Ausgaben der Gemeinden des Agglomerationsgürtels sowie den 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern. Wenn die Stadt netto gleich hohe Pro-Kopf-Ausgaben tätigen würde wie der Durchschnitt der 14 Agglomerationsgemeinden bzw. der übrigen 92 Luzerner Gemeinden des Kantons Luzern, so läge ihre Belastung um rund Fr. 56,3 Mio. bzw. Fr. 71,0 Mio. tiefer, als dies effektiv der Fall ist. Im Jahr 1995 betrug dieser Unterschied gegenüber den Agglomerationsgemeinden Fr. 85,4 Mio. (./ 34%), gegenüber den 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern noch rund Fr. 98 Mio. (./ 28%). Die Mehrbelastung der Stadt konnte in diesem Zeitraum also merklich reduziert werden!

Hauptgründe für diese Verbesserung sind Optimierungen und Einsparungen im eigenen Bereich, Ertragssteigerungen sowie erfolgreich realisierte Lösungen im Bereich der zentralörtlichen Leistungen. Im Bericht B 12/2000 Der Weg zum Rechnungsausgleich II – erster Berichtsteil weist der Stadtrat für die letzten Jahre allein in den Bereichen Optimierungen und ZöL Verbesserungen von gegen Fr. 40 Mio. aus. Der weiterhin bestehende grosse Unterschied erklärt sich aus der Zentrumsfunktion der Stadt. Im ersten Bericht B 5/1998 Der Weg zum Rechnungsausgleich wurden rund Fr. 90 Mio. als Ausgaben für die zentralörtlichen Leistungen der Kernstadt ausgewiesen, wovon über ein Drittel für auswärtige Nutzniesser erbracht werden.

Tabelle 2: Vergleich Steuerkraft zwischen 2000 und 2001 pro Einheit in Fr. 1'000.– und pro Kopf in Fr.

Angaben aus der Steuerstatistik	Stadt Luzern			übrige 92 Gemeinden des Kt. LU [Kanton Luzern ohne Stadt Luzern und 14 Agglomerationsgemeinden]			Mehrertrag der Stadt Luzern [Anz. Einw. Stadt x Mehrertrag pro Kopf der Stadt Luzern]		
	2000	2001	Veränd.	2000	2001	Veränd.	2000	2001	Veränd.
Steuerertrag pro Einheit	111'024	121'203	9%	165'018	177'202	7%	32'528	37'200	14%
St.-Ertrag pro Kopf u. Einheit	1'947	2'110	8%	1'377	1'463	6%	571	648	14%

Die absolute und relative Steuerkraft der Stadt Luzern (ersichtlich in Tabelle 2) ist im Vergleich zum Kanton und den übrigen 92 Luzerner Gemeinden bedeutend höher. Für das Jahr 2002 liegt der Steuerertrag einer Einheit (absolute Steuerkraft) bei rund Fr. 128,5 Mio. (vgl. Tabelle in Kapitel 3.2.2 Ertrag). Die absolute Steuerkraft übersteigt seit 1999 das langjährige Mittel von rund Fr. 100 Mio. Diese Zunahme der Steuerkraft der Stadt Luzern in den vergangenen 4 Jahren resultierte fast ausschliesslich aus Mehreinnahmen aus Steuererträgen von juristischen Personen. Diese Entwicklung hat sich auch im Jahr 2002 fortgesetzt (vgl. Abschnitt 3.2.2.).

Damit ist der langfristige Trend gebrochen worden. Die jährliche Wachstumsrate der absoluten Steuerkraft lag für die Stadt Luzern von 1981 bis 1998 meistens unter dem Kantonsdurchschnitt. So ist der Anteil der Stadt Luzern am Steuerertrag aller Luzerner Gemeinden von 32,8% im Jahr 1981 auf 24,3% im Jahr 1998 gefallen. Per Ende 2001 lag er bei 25,1%. Diese Steuererosion hatte ihre Ursachen unter anderem im Bevölkerungsrückgang (Einbusse an Steuersubstrat) und der durch die Wanderungsströme bewirkten Veränderung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung (Strukturveränderung).

Tabelle 3: Vergleich Nettobelastung pro Kopf in Franken zwischen 2000 und 2001

Funkt. Gliederung	Nettoaussgaben der Stadt			14 Agglomerationsgemeinden			übrige 92 Gden Kt. LU		
	2000	2001	Veränd.	2000	2001	Veränd.	2000	2001	Veränd.
1 Sicherheit	252	244	-3%	53	52	-2%	44	43	-2%
2 Bildung	1'063	1'067	0%	1'183	1'204	2%	1'162	1'201	3%
3 Kultur und Freizeit	503	489	-3%	114	118	4%	66	68	3%
4 Gesundheit	118	85	-28%	48	60	25%	23	26	13%
5 Soziale Wohlfahrt	604	654	8%	519	516	-1%	454	459	1%
6 Verkehr	324	403	24%	193	199	3%	98	103	5%
7 Umwelt und Raumordnung	86	124	44%	46	49	7%	54	57	6%
0 Allgemeine Verwaltung	612	511	-17%	384	399	4%	369	384	4%
Total Nettobelastung pro Kopf	3'562	3'577	0%	2'540	2'597	2%	2'270	2'341	3%
Mittlere Wohnbevölkerung	57'011	57'435	424	119'923	121'157	1'234	169'233	170'593	1'360
Mittlere Wohnbevölkerung des Kantons Luzern: 2000: 346'167; 2001: 349'185									

In der dritten Tabelle sind die Ausgaben pro Kopf für die Stadt Luzern, die 14 Agglomerationsgemeinden sowie die 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern dargestellt. Hier erkennt man auch, welche Aufgaben besonders "stadtlässig" sind.

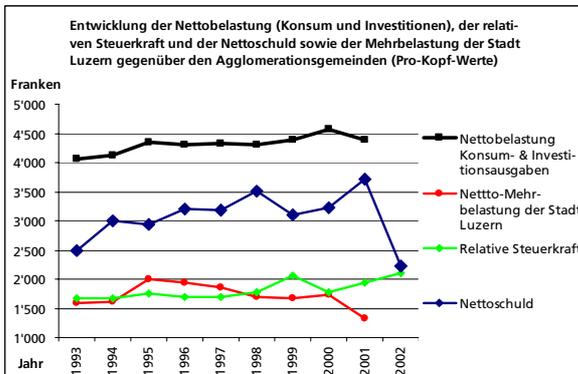
Insgesamt ist die Nettobelastung in der Stadt Luzern pro Kopf leicht angestiegen. Sie liegt im Durchschnitt immer noch um mehr als 38% über derjenigen der Agglomerationsgemein-

den oder 53% über dem Durchschnitt der übrigen Gemeinden des Kantons Luzern.

Der Stadtrat hat seit dem Bericht über die zentralörtlichen Leistungen verschiedene Massnahmen eingeleitet, um das strukturelle Ungleichgewicht im Finanzhaushalt zu beheben und um die Problematik der hohen Ausgabenbelastung anzugehen.

Weitere Schritte sind im Rahmen des Ausgaben- und Kostenmanagements angeordnet.

3.3.2 Vergleich der Nettobelastung, der Steuerkraft und der Nettoschuld der Stadt Luzern mit den Agglomerationsgemeinden

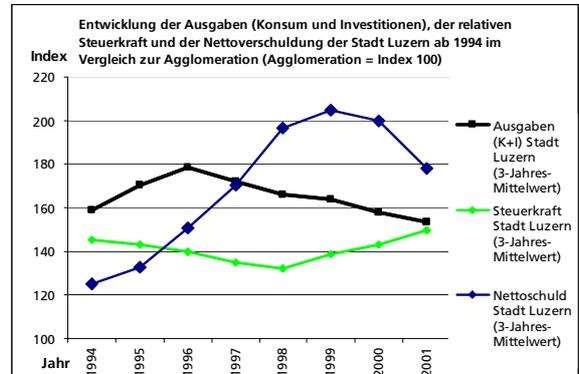


In der Gesamtplanung 2003–2006 (B+A 36/02) hat der Stadtrat seine finanzpolitischen Strategien und Massnahmen erörtert. Er will den Finanzhaushalt nachhaltig konsolidieren und hat seine Überlegungen auf die Eckpunkte des finanzpolitische Dreiecks (Schuldenabbau, Ausgabenwachstum, Steuersenkung) bezogen.

Im Verlauf der parlamentarischen Beratung wurde das Anliegen geäussert, die Werte von Ausgabenbelastung, Steuerkraft und Verschuldung einheitlich und konsistent auf die Referenzwerte der Agglomeration zu beziehen. Eine höhere Steuerkraft ermöglicht – bei gleich hohem Steuerfuss – entsprechend höhere Ausgaben und macht eine höhere Verschuldung tragbar. Ein Blick auf die Nettobelastung (Konsum- und Investitionsausgaben der Laufenden Rechnung) zwischen 1993 und 2001 zeigt, dass diese pro Kopf in der Stadt um 8% oder rund Fr. 320.– gestiegen sind (von Fr. 4'066.– auf Fr. 4'387.–)¹. Bei den Agglomerationsgemeinden betrug das Ausgabenwachstum im gleichen Zeitraum 24% oder rund Fr. 586.– (von Fr. 2'477.– auf Fr. 3'063.–).

Nimmt man die Konsum- und Investitionsausgaben der Agglomerationsgemeinden als Referenzwert (d. h. Basis 100), so zeigt die obenstehende Grafik rechts, dass sich diese Ausgaben bei der Stadt Luzern rund 1,5 bis 1,8 Mal über dem Niveau der Vergleichsgemeinden bewegen, Tendenz sinkend.

Die relative Steuerkraft (Ertrag pro Steuereinheit dividiert durch Mittlere Wohnbevölkerung) ist zwischen 1992 und 2001 um 26% gestiegen. Nimmt man auch bei der relativen Steuerkraft die Agglomerationsgemeinden als



Referenzwert (d. h. Basis 100), so stellt man fest, dass die relative Steuerkraft der Stadt Luzern sich zwischen 1,3 bis 1,5 Mal über dem Niveau der Vergleichsgemeinden befindet, Tendenz steigend.

Vergleicht man noch die Nettoschuld, so zeigt sich, dass diese in der Stadt Luzern Ende 2002 mit Fr. 2'217.– pro Kopf wieder etwa auf der Höhe des Wertes von 1992 ist (vgl. dazu auch Kap. 3.8).

Stellt man auch die städtische Nettoschuld der Entwicklung der Agglomerationsgemeinden gegenüber, so erkennt man, dass die städtische Verschuldung Ende des 20. Jahrhunderts mehr als doppelt so hoch war. In den letzten Jahren konnte sie jedoch merklich reduziert werden. Ende 2001 war sie noch rund 1,8 Mal höher als der Schnitt der Agglomerationsgemeinden. Die massive Reduktion der städtischen Nettoschuld im Jahr 2002 wird den Abstand zu den Agglomerationsgemeinden nochmals deutlich verringern.

Die Grafik oben rechts² zeigt eindrücklich, dass die Jahre seit 1996/97 eine finanzpolitische Sanierungsphase darstellten. 1996 lag die Ausgabenbelastung noch 80% über dem Niveau der Agglomeration, während die städtische Steuerkraft jene der Agglomerationsgemeinden nur um 40% überstieg. Entsprechend verschlechterte sich auch die Situation bei der Verschuldung rasch. In der Folge gelang es, das Wachstum auf der Ausgabenseite durch Optimierungen und durch Entlastungen bei den zentralörtlichen Leistungen stark zu begrenzen, sodass die Mehrbelastung gegenüber der

¹ Vergleiche Grafik oben links
Quelle für beide Grafiken: Finanzhaushalt der Gemeinden, eine Publikation des kantonalen Amtes für Statistik.

² Um Ausreisser zu glätten, wurden sowohl für den Referenzwert (Zahlen der Agglomerationsgemeinden) wie auch für die Ausgaben, die Steuerkraft und die Nettoschuld der Stadt Luzern der rollende Mittelwert aus 3 Jahren ermittelt.

Agglomeration sank. Ab 1998 stieg auf der anderen Seite die Steuerkraft – wegen der Erträge der juristischen Personen – wieder deutlich an, sodass sich die Mehrbelastung bei den Ausgaben heute fast auf dem gleichen Niveau befindet wie die Mehrerträge infolge der höheren Steuerkraft – immer gemessen am Agglomerationsdurchschnitt. In der Zukunft gilt es,

diese gute Ausgangslage nicht aufs Spiel zu setzen. Die Steuerkraft wird kaum mehr so stark wachsen wie in den letzten vier Jahren. Umgekehrt droht auf der Ausgabenseite eine neue Wachstumsspirale in Gang zu kommen. In dieser Situation könnte sich die Schere zwischen Kosten- und Ertragspotenzial leicht wieder öffnen.

3.4 Investitionsrechnung

Funktionale Gliederung [Mio. Fr.]	Rechnung 2002			Budget 2002			Netto- Abweichung	
	Aus- gaben	Ein- nahmen	Netto	Aus- gaben	Ein- nahmen	Netto	in Mio. Fr.	in %
0 Allgemeine Verwaltung	2,16		2,16	3,80		3,80	1,64	43,1%
1 Öffentliche Sicherheit	0,67	0,01	0,67	4,16	1,80	2,36	1,69	71,6%
2 Bildung	4,78	31,30	-26,52	5,23	0,49	4,74	31,26	659,3%
3 Kultur und Freizeit	3,64	0,41	3,23	7,40	0,36	7,04	3,81	54,2%
4 Gesundheit	2,81		2,81	2,59		2,59	-0,22	-8,4%
5 Soziale Wohlfahrt	1,46		1,46	2,40	1,43	0,97	-0,49	-50,8%
6 Verkehr	3,50	0,50	3,01	7,58	1,20	6,38	3,37	52,9%
7 Umwelt und Raumordnung	3,46	3,30	0,17	5,95	2,00	3,95	3,78	95,8%
8 Volkswirtschaft	0,27		0,27	0,20		0,20	-0,08	-40,5%
9 Finanzen und Steuern		0,77	-0,77			0,00	0,77	
Total	22,76	36,27	-13,51	39,30	7,28	32,03	-45,53	-142%
Zunahme / Abnahme der Nettoinvestitionen								

Arten-Gliederung	Rechnung 2002		Budget 2002	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
50 Sachgüter	19'357'989		36'923'175	
500 Grundstücke	20'357			
501 Tiefbauten	5'932'580		12'550'000	
503 Hochbauten	9'271'228		21'828'175	
506 Mobilien, Masch., Fahrz.	3'963'125		2'095'000	
509 Konservierung	170'699		450'000	
52 Darlehen und Beteilig.				
56 Eigene Beiträge	3'356'514		2'380'000	
58 Übrige zu aktivierende Ausgaben	48'165			
60 Abgang von Sachgütern		31'451'215		
61 Nutzungsabgaben		2'758'914		3'000'000
63 Versicherungen				
66 Beiträge für eigene Rech- nung		2'061'132		4'277'513
5 Ausgaben	22'762'668		39'303'175	
6 Einnahmen		36'271'261		7'277'513

Das Investitionsbudget für das Jahr 2002 wurde deutlich unterschritten. Hauptursache sind einerseits die mangelnde Planungsreife verschiedener Projekte sowie Verzögerungen in den Planungs- und Projektierungsphasen. Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von Fr. 22,76 Mio. brutto bzw. Fr. -13,51 Mio. netto auf. Die Brutto-Investitionen liegen Fr. 16,54 Mio. und die Netto-Investitionen Fr. 45,53 Mio. unter den budgetierten Werten. Wie aus der Detailübersicht im Zahlenteil ersichtlich, belaufen sich die Investitionen innerhalb des für die Abschreibung massgebenden Plafonds auf Fr. 13,5 Mio. und sind somit um rund Fr. 7,4 Mio. unter dem Budgetwert. Die Einnahmen sind rund Fr. 29 Mio. höher er-

folgt als budgetiert. Die Haupteinnahme betraf die Desinvestition aus dem Verkauf der Liegenschaften der gewerblichen Berufsschule in der Höhe von Fr. 31,04 Mio.

In der Rechnung 2002 sind verschiedene Verschiebungen gegenüber dem budgetierten Investitionsprogramm 2002 zu verzeichnen. Alle Details sind in der Kontrolle über die Voranschlags- und Sonderkredite im Zahlenteil der Rechnung 2002 aufgeführt.

Im Zahlenteil zur Rechnung sind die im Jahre 2002 abgeschlossenen Sonderkredite aufgelistet. Die Abrechnungen wurden mit B+A 47/2002 vom Grossen Stadtrat am 5. Dezember 2002 genehmigt.

3.5 Bestandesrechnung

	Stand am 31. Dezember 2002	Stand am 31. Dezember 2001	Veränderungen
Total Aktiven	624'226'573.43	775'526'507.14	-151'299'933.71
10. Finanzvermögen	421'099'774.47	460'205'820.10	-39'106'045.63
100. Flüssige Mittel	4'724'242.15	24'245'775.88	-19'521'533.73
101. Guthaben	267'798'124.69	276'259'284.36	-8'461'159.67
102. Anlagen	134'764'620.10	154'621'501.13	-19'856'881.03
103. Transitorische Aktiven	13'812'787.53	5'079'258.73	8'733'528.80
11. Verwaltungsvermögen	203'126'798.96	315'320'687.04	-112'193'888.08
114. Sachgüter	83'193'398.86	116'853'189.04	-33'659'790.18
115. Darlehen und Beteiligungen	21'870'000.00	21'491'000.00	379'000.00
116. Investitionsbeiträge	45'982'878.10	50'126'000.00	-4'143'121.90
117. Übrige aktivierte Ausgaben	52'080'522.00	126'850'498.00	-74'769'976.00
12. Spezialfinanzierungen	0	0	0
13. Bilanzfehlbetrag	0	0	0
Total Passiven	624'226'573.43	775'526'507.14	-151'299'933.71
20. Fremdkapital	548'473'829.52	673'472'017.51	-124'998'187.99
200. Laufende Verpflichtungen	72'187'924.55	106'986'240.48	-34'798'315.93
201. Kurzfristige Schulden		-	
202. Langfristige Schulden	392'561'458.20	482'204'055.00	-89'642'596.80
203. Verpflichtungen Sonderrechnungen	51'213'693.93	51'721'540.89	-507'846.96
204. Rückstellungen	26'133'757.34	24'463'379.89	1'670'377.45
205. Transitorische Passiven	6'376'995.50	8'096'801.25	-1'719'805.75
22. Spezialfinanzierungen	63'013'413.19	48'745'597.19	+14'267'816.00
23. Kapital	12'739'330.72	53'308'892.44	-40'569'561.72

Die Bilanzsumme (inklusive Ertragsüberschuss 2002) ist gegenüber dem Vorjahr um Fr. 151,3 Mio. auf Fr. 624,2 Mio. gesunken.

von Geldmarktgeschäften fiel der Stand des Kontokorrents der Bank per Stichtag 31. Dezember 2002 gegenüber dem Vorjahr um Fr. 20 Mio. tiefer aus.

Finanzvermögen

Das Finanzvermögen weist einen Jahresendbestand von Fr. 421,1 Mio. auf, der 2/3 der Bilanzsumme ausmacht. Die Abnahme von Fr. 39,1 Mio. verteilt sich auf diverse Positionen und wird nachfolgend erläutert.

Flüssige Mittel

Die Verschiebung der Steuerfälligkeit auf Ende Jahr veranlasst viele, ihre Einzahlungen auf Ende Jahr zu terminieren. Durch den Abschluss

Guthaben

Die Guthaben sind im Berichtsjahr um rund Fr. 8,5 Mio. gesunken. Die Steuerausstände haben gegenüber dem Vorjahr, insbesondere auch dank dem sehr attraktiven positiven Ausgleichszinssatz, um Fr. 17,5 Mio. abgenommen und belaufen sich auf Fr. 28,3 Mio. Die offenen Debitoren sind mit Fr. 9,1 Mio. um Fr. 2,4 Mio. unter dem Vorjahr. Der Bestand an Festgeldern von Fr. 120,1 Mio. ist um Fr. 21,3 Mio. gesunken. Alle Festgeldguthaben dienen zur

Abdeckung von Verbindlichkeiten, die bis Anfang Februar 2003 zur Zahlung fällig werden. Unter dem Verbindungskonto sind im Umfang von Fr. 43,2 Mio. mehr Zahlungen im Januar 2003 eingegangen, die noch die Jahresrechnung 2002 betrafen. Darin enthalten ist auch der Erlös über Fr. 38,5 Mio. aus dem Verkauf der Liegenschaften der GBL an den Kanton. Die übrigen Guthaben haben um Fr. 8,6 Mio. zugenommen. Hier sind Abgrenzungen aus der Kantonalisierung der Gewerblichen Berufsschulen über Fr. 9,7 Mio. bilanziert. Die Annuitätendarlehen bei der städtischen Pensionskasse betreffend die ewl, die vbl sowie die übrigen angeschlossenen Arbeitgeber wurden um rund Fr. 1 Mio. zurückbezahlt bzw. abgeschrieben.

Anlagen

Die Anlagen sind im Berichtsjahr um Fr. 19,8 Mio. auf Fr. 134,8 Mio. gesunken. Die Liegenschaften im städtischen Finanzvermögen stehen mit Fr. 120,7 Mio. zu Buch. Die Liegenschaft Tribtschen ist darin noch mit Fr. 28,8 Mio. bilanziert.

Im Berichtsjahr wurden von der Bürgergemeinde übernommene Schuldbriefe auf eigenen Liegenschaften im Umfange von Fr. 2 Mio. im Grundbuch gelöscht.

Unter der Rubrik Darlehen sind die im Zusammenhang mit der Verselbstständigung entstandenen Aktivdarlehen an die ewl-Gesellschaften ausgewiesen. Das letzte Darlehen über Fr. 10 Mio. wurde per Ende Jahr zurückbezahlt. Die Vorräte sind mit Fr. 1,3 Mio. gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert.

Transitorische Aktiven

Die Transitorischen Aktiven erhöhten sich im Berichtsjahr um Fr. 8,7 Mio. auf Fr. 13,8 Mio. Die grössten Abgrenzungsposten sind: Fr. 4,9 Mio. Dezember-Rechnungen der Heime und Alterssiedlungen, Fr. 2,7 Mio. Abrechnungen Wirtschaftliche Sozialhilfe, Fr. 0,8 Mio. Restguthaben aus der kant. Heimfinanzierung, Fr. 0,8 Mio. IV- und Kantonsbeiträge, Fr. 0,6 Mio. unbezahlte Polizeibussen, Fr. 1 Mio. Anteil an den kantonalen Motorfahrzeugsteuern, Fr. 1,5 Mio. Abwassergebühren 4.Quartal 02 sowie rund Fr. 1 Mio. ausstehende Nebenkosten und Versicherungsleistungen im Liegenschaftsbereich.

Verwaltungsvermögen

Das Verwaltungsvermögen hat um Fr. 112,2 Mio. abgenommen und weist einen Jahresendbestand von Fr. 203,1 Mio. auf. Insgesamt

32,5% der Bilanzsumme entfallen auf das Verwaltungsvermögen. Die ausserordentliche Abnahme ergab sich einerseits aus der Desinvestition und dem Buchgewinn von insgesamt Fr. 38,5 Mio. betreffend den Verkauf der Gewerbeschulzentren an den Kanton und andererseits aus den zusätzlichen Abschreibungen der aktivierten PK-Schulden von rund Fr. 73,4 Mio.

Bei den Sachgütern, bilanziert mit Fr. 83,2 Mio., entfallen Fr. 57,7 Mio. auf die Hochbauten. Der Gebäudeversicherungswert aller Liegenschaften des Verwaltungsvermögens beträgt per Jahresende rund Fr. 670 Mio. Die Mobilien, Maschinen und Fahrzeuge sind mit Fr. 10,2 Mio. bilanziert. Davon machen die Fahrzeuge der Baudirektion Fr. 6 Mio. und das Informatikprojekt Steueramt 2001 Fr. 2,2 Mio. aus. Die Darlehen und Beteiligungen sind mit Fr. 21,9 Mio. ausgewiesen. Diese teilen sich auf in Anteile von Fr. 3,2 Mio. der Stiftung KKL und Fr. 15 Mio. Aktienkapital der vbl AG. Die Darlehen an die privaten Unternehmungen über Fr. 3,5 Mio. für die Gütschbahn, das Parkhaus Gütsch, das stattkino und das Regionale Eiszentrum (REZ) sind durch Rückstellungen im gleichen Ausmass gesichert.

Die aktivierten Investitionsbeiträge, u. a. für das KKL, das Bourbaki, die Schliessungskosten Schlachthof und für das Pflegeheim Steinhof, konnten durch die ordentlichen Abschreibungen 2002 um Fr. 4,1 Mio. bis auf Fr. 46 Mio. abgeschrieben werden. Bei den übrigen aktivierten Ausgaben sind noch Planungskosten NSL und VBL im Umfang von Fr. 1,5 Mio. sowie die Aufzahlungsschuld gegenüber der städtischen PK mit Fr. 50,5 Mio. ausgewiesen.

Fremdkapital

Das Fremdkapital ist um Fr. 125 Mio. auf Fr. 548,5 Mio. gesunken. 87,8% der Bilanzsumme ist Fremdkapital.

Laufende Verpflichtungen

Die laufenden Verpflichtungen haben um Fr. 34,8 Mio. abgenommen, was hauptsächlich auf die geringeren Steuerkreditoren zurückzuführen ist. Die Restguthaben des Kantons und der Kirchgemeinden an den Steuern über Fr. 52,8 Mio. sind per Mitte Januar abgeliefert worden. Die ordentlichen Kreditoren betragen per Bilanzstichtag Fr. 7,4 Mio., das sind rund Fr. 2,1 Mio. mehr als im Vorjahr.

Die Depotgelder haben im Berichtsjahr um Fr. 1 Mio. auf Fr. 6,6 Mio. zugenommen. Vorwiegend sind die Depots der Heime und Alterssiedlungen ausschlaggebend. Mit Fr. 0,4 Mio. ist auch der Beitrag von Stadt und Kan-

ton an die Jugendförderung des FCL (im Zusammenhang mit dem gerichtlichen Nachlass) in einem Sperrkonto passiviert.

Das Verbindungskonto alte/neue Rechnung nahm gegenüber dem Vorjahr um Fr. 1 Mio. ab und weist einen Bestand von Fr. 0,8 Mio. aus.

Langfristige Schulden

Die langfristigen Schulden konnten im Berichtsjahr um insgesamt Fr. 89,6 Mio. abgebaut werden. Davon entfielen Rückzahlungen über Fr. 24,5 Mio. auf fällig gewordene feste Darlehen. Diese weisen einen Jahresendbestand von Fr. 273 Mio. auf. Der durchschnittliche Zinssatz aller langfristigen Darlehen per Jahresende konnte von 3,77% auf 3,51% gesenkt werden.

Die Annuitätendarlehen der städtischen Pensionskasse sind mit total Fr. 119,2 Mio. passiviert. In dieser Summe sind auch die Anteile der ewl AG mit Fr. 20,2 Mio., der vbl AG mit Fr. 24,6 Mio. sowie der angeschlossenen Arbeitgeber mit Fr. 11,2 Mio. enthalten und in der Bilanz gleichwertig unter den übrigen Guthaben aktiviert. Die Reduktion von total Fr. 63 Mio. konnte hauptsächlich durch die Rückzahlung des gesamten Darlehens von Fr. 16 Mio. gegenüber der LUPK und, nach Vereinbarung mit der städtischen Pensionskasse, durch vorzeitige Abzahlungen im Umfang von Fr. 45 Mio. erzielt werden.

Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen

Die Verpflichtungen gegenüber Sonderrechnungen verringerten sich mit Fr. 0,5 Mio. nur geringfügig auf Fr. 51,2 Mio. Die Verbindlichkeiten gegenüber der städtischen Pensionskasse belaufen sich auf Fr. 30,5 Mio. Davon entfallen Fr. 30 Mio. auf drei Darlehen mit Fälligkeiten per Ende 2006 bis 2008. Die städtische Pensionsordnung hat um die budgetierte Einlage 2002 von Fr. 1 Mio. zugenommen und ist mit Fr. 3,1 Mio. ausgewiesen. Die Zuwendungen haben gegenüber dem Vorjahr um Fr. 0,3 Mio. auf Fr. 8,0 Mio. abgenommen. Mit Fr. 2,1 Mio. weist der Sozialfonds den höchsten Bestand aus. Insgesamt mit Fr. 2,5 Mio. sind unter den übrigen Verpflichtungen die Bestände des K+S-Fonds, des FUKA-Fonds, des Fonds Förderung Jugendsport sowie des ALI-Fonds passiviert.

Rückstellungen

Die Einlagen in die Rückstellungen übertrafen die Entnahmen um Fr. 1,7 Mio. Die Rückstellungen machen neu Fr. 26,1 Mio. aus. Sie setzen sich zusammen aus Rückstellungen der Laufenden Rechnung von Fr. 20,1 Mio., aus Rückstellungen der Investitionsrechnung von Fr. 3,4 Mio. und aus Kreditübertragungen von Fr. 2,6 Mio. Zusätzliche Rückstellungen erfolgten mit Fr. 2 Mio. für das zinslose Darlehen REZ und mit der Erhöhung des Delkredere für Steuerdebitoren um Fr. 1,9 Mio. auf total Fr. 12,1 Mio. Die Kreditübertragungen gingen gegenüber dem Vorjahr um Fr. 0,2 Mio. zurück. Die Sanierungen des Rathausdaches, der Fenster im Felsberg-Schulhaus und der Fassade des Luegislandturms wurden ausgeführt und die betreffenden Rückstellungen von rund Fr. 1,6 Mio. aufgebraucht.

Transitorische Passiven

Die passiven Rechnungsabgrenzungen weisen eine Bestandeszunahme von Fr. 1,7 Mio. auf und sind mit Fr. 6,4 Mio. bilanziert. Die grössten Posten betreffen die Abrechnungen der AHV- und SUVA-Beiträge mit Fr. 2,9 Mio. und die Abgrenzungen in der Liegenschaftsverwaltung von Fr. 0,4 Mio. Die Marchzinsen auf den langfristigen Darlehen betragen Fr. 2,8 Mio. Diese nahmen aufgrund der Rückzahlungen um Fr. 0,4 Mio. ab.

Spezialfinanzierungen

Die Spezialfinanzierungen haben netto um Fr. 14,3 Mio. auf Fr. 63,0 Mio. zugenommen. Die Spezialfinanzierung Stadtentwässerung hat jedoch aufgrund von höheren Aufwendungen 2002 um Fr. 2,9 Mio. abgenommen. Die Spezialfonds blieben mit insgesamt Fr. 9,0 Mio. praktisch unverändert. Das gilt auch für den darin enthaltenen Energiefonds mit Fr. 3,9 Mio. In den Vorfinanzierungen sind neu Fr. 18 Mio. für einen Sonderbeitrag an das KKL eingelegt. Von der im Vorjahr gebildeten Vorfinanzierung für die Entsorgung von verschmutztem Erdreich über Fr. 8,5 Mio. wurden im Berichtsjahr Fr. 0,7 Mio. beansprucht.

Eigenkapital

Das Eigenkapital beträgt Fr. 12,7 Mio. Darin enthalten ist als Einlage in die Steuerausgleichsreserve der Ertragsüberschuss der Rechnung 2002 von Fr. 4,8 Mio. Die Steuerausgleichsreserve erreicht damit einen Bestand von Fr. 9,3 Mio.

Die Abnahme des Eigenkapitals entstand mit der Auflösung der Reserven für die Marktöff-

nung der ewl AG über Fr. 45,4 Mio. zu Gunsten der vollständigen Abschreibung der Schuld gegenüber der LUPK und einer Teilabschreibung der Schuld gegenüber der städtischen Pensionskasse. Würde das Eigenkapital von Fr. 12,7 Mio. mit der restlichen, aktivierten

Aufzahlungsschuld PK (faktisch negatives Eigenkapital) von Fr. 50,5 Mio. verrechnet, müsste ein Bilanzfehlbetrag von Fr. 37,8 Mio. ausgewiesen werden.

3.6 Ausserbilanzgeschäfte

3.6.1 Eventualverpflichtungen per 31. Dezember 2002

Per Bilanzstichtag bestanden folgende Eventualverpflichtungen:

Begünstigte:	Beschluss:	Art:	Betrag in Fr.
Tennisclub Allmend	StB 1052 / 15.07.1998	Solidarbürgschaft	Fr. 48'000.–
Verein Schüür	StB 1413 / 18.12.2002	Solidarbürgschaft	Fr. 80'000.–
Drogen Forum Innerschweiz	StB 1392 / 19.12.2001	Solidarbürgschaft	Fr. 70'000.–
Verkehrshaus der Schweiz	StB 255 / 13.03.2002	Solidarbürgschaft	Fr. 100'000.–
Chinderhus Maihof	B+A 38 / 21.11.2002	Solidarbürgschaft	Fr. 2'500'000.–
Total Eventualverbindlichkeiten			<u>Fr. 2'798'000.–</u>

3.6.2 Nicht bilanzierte Verpflichtungen per 31. Dezember 2002

Pensionsordnung für Stadträte

Die Renten der Stadträte werden teilweise im Umlageverfahren über die Laufende Rechnung finanziert. Bei einer Kapitalisierung dieser Verpflichtung ergäbe sich eine Schuld von rund Fr. 13 Mio. Diese setzt sich zusammen aus der Verpflichtung gegenüber ehemaligen Stadträten für laufende Renten von Fr. 7,2 Mio. und für die heutigen Stadträte von schätzungsweise Fr. 5,8 Mio. Der Kanton Luzern beabsichtigt, für seine Amtsträger zum Kapitaldeckungsverfahren zu wechseln und seine

Pensionsordnung so weit als möglich ins bundesrechtliche System der beruflichen Vorsorge einzufügen. Die Sonderleistungen als Schutz vor den wirtschaftlichen Folgen unverschuldeter, politisch bedingter Nichtwiederwahl oder Nichtnominierung sollen grundsätzlich beibehalten, jedoch nicht mehr voraussetzungsfrei gewährt werden. Der Stadtrat wird in der zweiten Jahreshälfte 2003 eine ähnliche Lösung für die Pensionsordnung der Stadträte anstreben.

Liegenschaft Kreuzbuch

Im Dienstbarkeitsvertrag zwischen der Stadt Luzern (als Rechtsnachfolgerin der Bürgergemeinde Luzern) und der LuPK (vormals: Kantonale Pensionskasse) vom 14. November 1994 wird festgehalten, dass die aufgelaufenen Kostenanteile von Fr. 1'143'128.– [aus dem Unterbaurechtsvertrag] an den gemeinsam nutzbaren baulichen Anlagen zur Zahlung fällig werden, sobald Folgendes eintritt:

- Die Stadt erteilt einen Baukredit für die teilweise oder vollständige Überbauung von Grundstück BR 3814 gemäss Gestaltungs-

plan G 253 Hochhüsli.

- Die Stadt veräussert ihr Baurecht.
- Die Stadt räumt einem Dritten ein Unterbaurecht ein.

Ende Jahr waren die Verhandlungen mit einem Unterbaurechtsnehmer weitgehend abgeschlossen. Inzwischen wurde der Vertrag unterzeichnet, sodass der B+A Unterbaurecht Kreuzbuch im April 2003 dem Parlament vorgelegt werden konnte. Die Volksabstimmung ist für Herbst 2003 vorgesehen.

3.6.3 Nicht bilanzierte Guthaben per 31. Dezember 2002

Gestützt auf Art. 16 h des Reglements über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern (vom 1. September 2000) hat das Finanzinspektorat

die Liste der ausstehenden Subventionen per 31. Dezember 2002 aktualisiert.

	31.12.2001	Abgerechnete Projekte 2002	Neue Projekte 2002	Abrechnungsdifferenz	31.12.2002
Pendente Projekte	14	-2	2		14
Investitionsvolumen Total	56,3 Mio.	-2,5 Mio.	3,1 Mio.		56,9 Mio.
Provisorisch oder definitiv zugesicherte Subventionen	5,0 Mio.	-1,2 Mio.	0,2 Mio.	-0,6 Mio.	3,4 Mio.
Geleistete Akontozahlungen oder Restzahlungen	-1,2 Mio.	1,2 Mio.	0,0 Mio.	-1,4 Mio.	-1,4 Mio.
Saldo ausstehend	3,8 Mio.	0,0 Mio.	0,2 Mio.	-2,0 Mio.	2,0 Mio.

3.7 Gesetzliche Grundlagen / Bewertungsgrundsätze

Die Rechnungsführung der Stadt Luzern basiert auf den Vorgaben des kantonalen Gemeindegesetzes, §§ 66 ff. , den Bestimmungen der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie dem Reglement über den Finanzhaushalt der Stadt Luzern vom 15. Juni 2000. Zur Anwendung kommt dabei das harmonisierte Rechnungsmodell (NRM) gemäss Verordnung vom 19. Mai 1989.

Die Rechnungsführung hat eine klare, vollständige und wahrheitsgetreue Übersicht über die Haushaltsführung, das Vermögen und die

Schulden zu vermitteln. Sie richtet sich nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, Dringlichkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Vorteilsabgeltung (Verursacherprinzip) sowie der Jährlichkeit, dem Bruttoprinzip, der Vorherigkeit (Sollverbuchung) und den Bestimmungen gemäss Art. 3 bis 6 des Finanzhaushaltreglements (Rechnungsausgleich, Verschuldung, Abschreibung des Vermögens und Selbstfinanzierung).

Es gelten folgende Bewertungsgrundsätze:

Position:	Bewertung zu:
Flüssige Mittel, Guthaben, Wertpapiere, Aktien, Anteilscheine, Darlehen, Transitorische Aktiven	Nominalwert
Vorräte	Einstandswert
Liegenschaften des Finanzvermögens	Anschaffungswert abzüglich allfälliger Abschreibungen zuzüglich Erneuerungen (Bewertungsobergrenze: Verkehrswert)
Sachgüter	Anschaffungswert abzüglich Abschreibungen
Darlehen, Beteiligungen, Investitionsbeiträge, Spezialfinanzierungen	Nominalwert
Bilanzfehlbetrag	Nominalwert
Rückstellungen	Im Ausmass der eingegangenen Verpflichtungen oder betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit
Übrige Passiven	Nominalwert

3.8 Ausgewählte Kennzahlen / Mehrjahresvergleiche der Stadt Luzern

3.8.1 Nettoschuld

Entwicklung und Vergleich mit den 14 Agglomerationsgemeinden und den 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 1992:

Jahr	Stadt Luzern			14 Agglomerationsgemeinden			übrige 92 Gemeinden des Kt. Luzern		
	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.	Nettoschuld in Fr.	Mittlere Wohnbevölkerung	pro Kopf in Fr.
1992	137 619 354	59 991	2 294	217 262 000	113 941	1 907	694 571 193	158 391	4 385
1993	150 877 296	60 642	2 488	241 394 000	115 335	2 093	714 559 787	160 856	4 442
1994	181 399 544	60 386	3 004	260 105 000	116 366	2 235	734 605 566	162 568	4 519
1995	174 082 186	59 434	2 929	235 844 000	116 902	2 017	777 656 459	163 833	4 747
1996	188 506 472	58 982	3 196	213 033 000	117 824	1 808	814 830 180	165 542	4 922
1997	185 509 464	58 117	3 192	194 673 000	118 206	1 647	836 974 422	166 445	5 029
1998	201 792 780	57 540	3 507	186 360 000	118 249	1 576	861 509 756	167 525	5 143
1999	177 707 972	57 196	3 107	185 513 000	118 826	1 561	872 009 514	168 430	5 177
2000	183 917 486	57 011	3 226	214 835 000	119 923	1 791	914 658 019	169 233	5 405
2001	213 266 197	57 435	3 713	278 386 000	121 157	2 298	904 366 689	170 593	5 301
2002	127 374 055	57 512	2 215						

Definition:

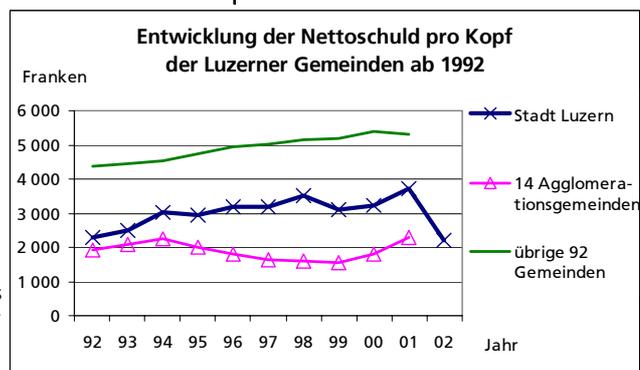
Fremdkapital (Bilanzposition 20) minus Finanzvermögen (Bilanzposition 10)

Quelle:

Der Finanzhaushalt der Gemeinden 2001, Seite 88/89, eine Publikation des kantonalen Amtes für Statistik.

Aussage:

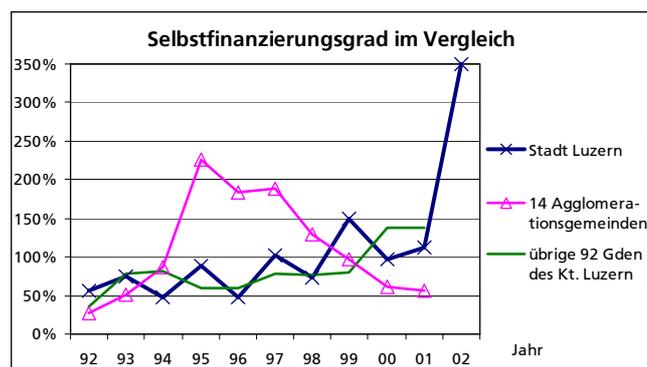
Bis zu Fr. 1'000.– wird von einer kleinen Verschuldung, bis zu Fr. 3'000.– von einer mittleren, bis Fr. 5'000.– von einer grossen und darüber von einer sehr grossen, kaum noch tragbaren Verschuldung gesprochen.



3.8.2 Selbstfinanzierungsgrad

Entwicklung und Vergleich mit den 14 Agglomerationsgemeinden und den 92 übrigen Gemeinden des Kantons Luzern seit 1992:

Jahr	Stadt Luzern	14 Agglomerationsgemeinden	übrige 92 Gden des Kt. Luzern
1992	55.9%	26.7%	35.5%
1993	75.2%	50.6%	77.4%
1994	47.5%	86.6%	80.8%
1995	89.2%	225.6%	59.1%
1996	47.6%	183.6%	59.3%
1997	101.4%	189.2%	77.9%
1998	73.2%	128.5%	76.1%
1999	150.1%	96.2%	79.5%
2000	97.5%	61.5%	138.1%
2001	111.7%	56.1%	137.1%
2002	349.2%		



Definition:

Bruttoüberschuss der Laufenden Rechnung dividiert durch Nettoinvestitionen

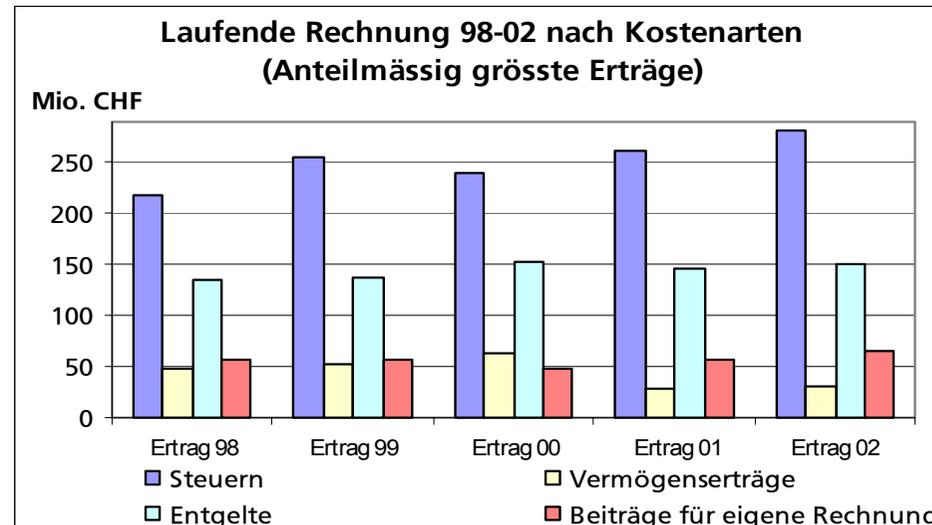
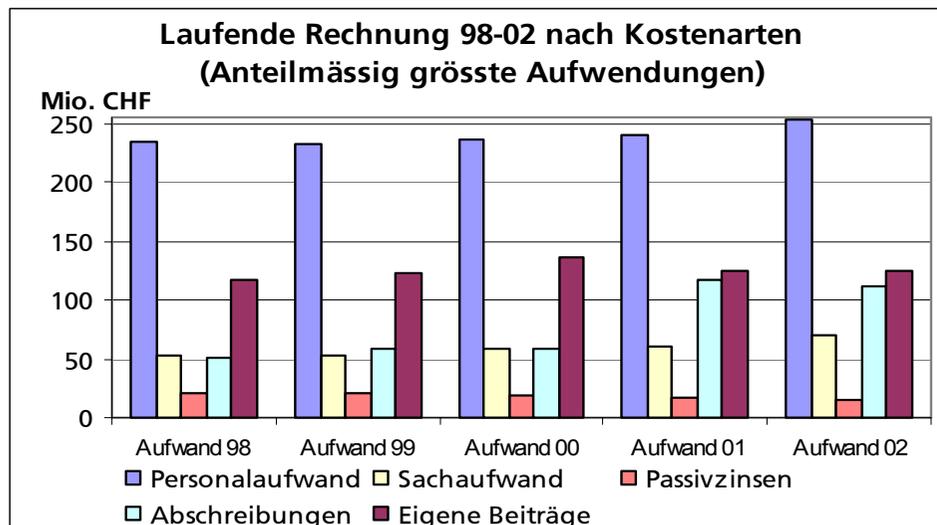
Quelle:

Der Finanzhaushalt der Gemeinden 2001, eine Publikation des kantonalen Amtes für Statistik errechnet aus S. 34/35; Werte 2001 und 2002 der Stadt aus der Jahresrechnung.

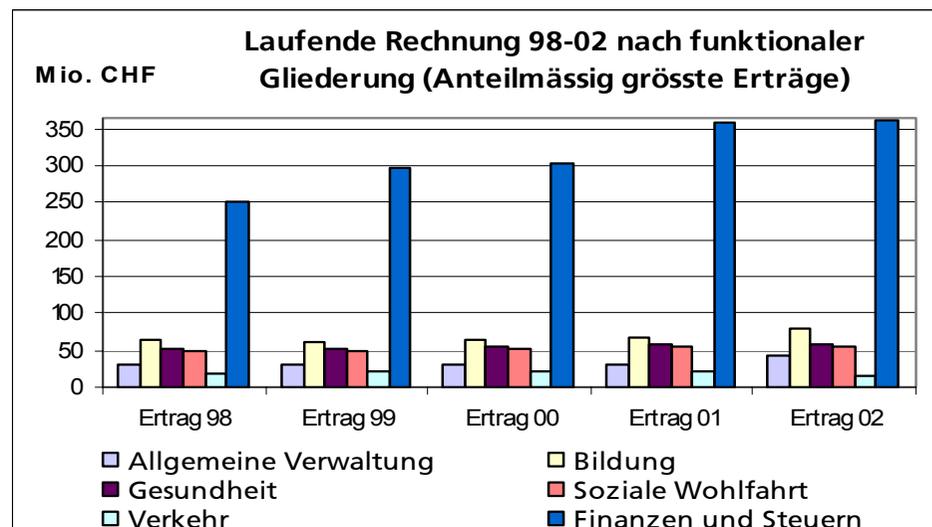
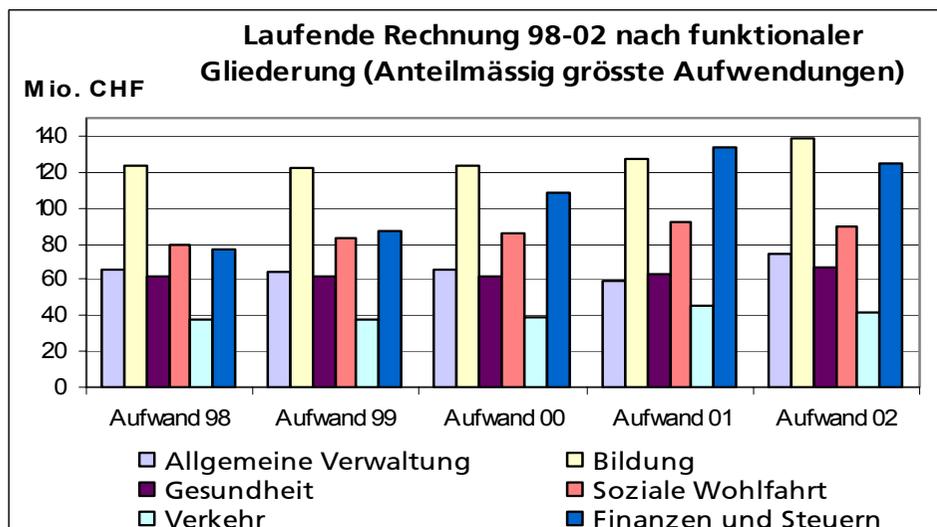
Aussage:

Ein Selbstfinanzierungsgrad unter 100% führt zu einer Neuverschuldung. Die Neuverschuldung wird bei einem Selbstfinanzierungsgrad von unter 70% als gross und zwischen 70% und 100% als volkswirtschaftlich verantwortbar beurteilt. Im Mehrjahresdurchschnitt sollte der Selbstfinanzierungsgrad bei 100% liegen.

3.8.3 Entwicklung der Laufenden Rechnung nach Kostenarten 1998–2002



3.8.4 Entwicklung der Laufenden Rechnung nach funktionaler Gliederung 1998–2002



3.9 Aktiengesellschaften im Alleinbesitz der Stadt Luzern

Der Stadtrat hat seit 1. Januar 1997 bei der ÖKK sowie seit 1. Januar 2001 bei der ewl Holding AG und der vbl AG als Vertreter der alleinigen Aktionärin die Stellung der Generalversammlung. Der Stadtrat hat zur Wahrnehmung seiner Verantwortung eines seiner Mitglieder in den Verwaltungsrat jeder dieser drei Gesellschaften delegiert und ein Reporting-System installiert, das sich bewährt hat. Im Sinne einer weitergehenden Vertretung der Interessen der Stadt hat der Stadtrat mit StB 462 vom 1. Mai 2002 die Finanzverwaltung beauftragt, Entscheidungsgrundlagen für die

Definition einer Eigentümerstrategie für die drei erwähnten Beteiligungen zu entwickeln und ein Beteiligungscontrolling aufzubauen. Es sei auf die entsprechende Berichterstattung der Finanzdirektion im Abschnitt 5.5.3 des Geschäftsberichtes 2002 hingewiesen.

Alle drei Tochtergesellschaften erstellen einen eigenen Geschäftsbericht, der den Mitgliedern des Grossen Stadtrates zur Information zugestellt wird. Details zur Jahresrechnung und zum Geschäftsverlauf können diesen Geschäftsberichten entnommen werden.

3.9.1 ewl Holding AG

Trotz des Neins zum Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) hält die ewl an ihrer Marktausrichtung und Strategie fest, die auf der lokalen Verankerung, einem breiten Produkteangebot sowie Allianzen beruht. Diesen Kurs hat der Stadtrat in seiner noch per Ende des Geschäftsjahres verabschiedeten Eigentümerstrategie bestätigt. Sie basiert zusätzlich auf folgenden Vorgaben:

- Gewährleistung der Grundversorgung mit Strom, Erdgas und Wasser
- Ausrichtung des Unternehmens auf Markt und Kunden
- Nachhaltige Ertragssicherung
- Angemessene Rendite und Verzinsung des investierten Kapitals
- Faire Abgeltung der Leistungen der öffentlichen Hand
- Fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik

Aus strategischer Sicht ist für die Stadt entscheidend, dass die ewl im vergangenen Jahr den Aufbau eines Risikomanagements vorangetrieben hat. In den sich öffnenden Energiemärkten sind zusätzliche Instrumente und Massnahmen gefragt, um langfristig das Unternehmen auf Erfolgskurs zu halten. Darüber hinaus wurde im Bereich Strom der zukünftige

Investitions- und Unterhaltsbedarf systematisch erfasst, sodass nun neue Planungsinstrumente vorliegen.

Neu in den Verwaltungsrat gewählt wurde Jeannette Simeon-Dubach aus Walchwil (ZG). Der Stadtrat stärkte mit dieser Ernennung die Marketing- und Vertriebskenntnisse auf oberster Unternehmensführungsstufe und begrüsst es, dass eine Frau Einsitz in den Verwaltungsrat nimmt.

Auch das zweite Geschäftsjahr verlief erfreulich, was es dem Unternehmen zulässt, die notwendige Vorsorge zur Sicherung des zukünftigen Unternehmenserfolgs zu treffen. Der konsolidierte Ertrag liegt mit Fr. 139,5 Mio. leicht über Budget, allerdings unter dem Vorjahr, was an den gesunkenen Erdgasverkaufspreisen liegt. Erfreulich ist, dass durch Ablaufoptimierung, Materialnormierungen und ein konsequentes Controlling Einsparungen im Aufwand erzielt werden konnten. Der Gewinn von Fr. 10,6 Mio. entspricht dem Budget, sodass die gewünschte Dividende von Fr. 7,8 Mio. bzw. 12,6 Prozent auf dem Aktienkapital der Stadt Luzern entrichtet werden kann.

3.9.2 Verkehrsbetriebe Luzern AG

Das zweite Jahr der Verkehrsbetriebe Luzern AG (vbl AG) stand im Zeichen der Konsolidierung der Unternehmensstrategie. Der Verwaltungsrat will seine Unternehmensstrategie auf die Eigentümerstrategie der Stadt Luzern abstimmen, stellt doch die Stadt Luzern das eigentliche Aktionariat der vbl AG dar. Der Stadtrat

hat als Vertreter der Eigentümerschaft noch Ende Dezember 2002 seine Eigentümerstrategie verabschiedet. Die Feinanpassung der Eigentümerstrategie wird im Rahmen der Erarbeitung eines eigentlichen Beteiligungscontrollings erfolgen. Dieses Beteiligungscontrolling wird

auch auf andere verselbstständigte Verwaltungsbereiche anwendbar sein.

Das Ziel von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung bleibt nach wie vor, die Position der vbl AG im Markt des öffentlichen Verkehrs so zu stärken, dass das Unternehmen in einem liberalisierten Markt langfristig überleben kann. Das Erlangen von Konkurrenz- und Wettbewerbsfähigkeit bleibt deshalb eines der wichtigsten Ziele. Für die Erreichung dieses Zieles bedarf es einer motivierten Belegschaft. Der Verwaltungsrat hat im Berichtsjahr – nicht zuletzt aufgrund einer vbl-internen Personalumfrage – die im Bereich des Personals bestehenden Probleme erkannt und zusammen mit der Geschäftsleitung erste Massnahmen eingeleitet. Der nach wie vor nicht einfache Anpassungsprozess im Personalbereich geht aber trotzdem weiter. Bei allen notwendigen

Schritten wird weiterhin die Frage nach der jeweiligen Sozialverträglichkeit gestellt. Erfreulich ist, dass im Berichtsjahr neue Gelenkautobusse angeschafft und in Betrieb genommen werden konnten. Die neuen, vor allem auf den Überlandlinien eingesetzten Busse erfreuen sich sowohl bei der Kundschaft als auch beim Fahrpersonal grosser Beliebtheit.

Mit der Übernahme der Gowa AG als Tochter wurde die vbl AG auf den 1. Januar 2002 zu einem Unternehmen mit einer Konzernstruktur. Zwischen Mutter- und Tochtergesellschaft mussten die rechtlichen und finanziellen Beziehungen geregelt werden. Ein direkter Vorjahresvergleich mit der vbl-Rechnung 2001, als die Gowa AG noch eigenständig war, ist nicht möglich. Der Gewinn des vbl-Konzerns belief sich im Berichtsjahr auf Fr. 365'980.–. Dieses Ergebnis ist positiv zu werten.

3.9.3 ÖKK Öffentliche Krankenkasse Luzern

Die ÖKK Luzern konnte auch im vergangenen Jahr ihren Mitgliederbestand erhöhen, im Grundversicherungsbereich um rund 7,7% auf 42'747, im Zusatzversicherungsgeschäft um 10,5% auf 35'305 Personen. Das Durchschnittsalter der Versicherten beträgt knapp 34 Jahre und liegt um 7 Jahre deutlich unterhalb des schweizerischen Durchschnitts. Diese vorteilhafte Risikostruktur hat aber den Nachteil, dass dadurch die Zahlungen in den Risikoausgleich (Solidaritätsbeitrag an andere Krankenkassen mit schlechterer Risikostruktur) in den letzten zwei Jahren sich mehr als verdoppelt haben (2001: Fr. 4,6 Mio., 2002: Fr. 10,1 Mio.).

Aus diesem Grund weist die ÖKK Luzern für das Geschäftsjahr 2002 trotz sehr gutem technischen Ergebnis von ca. Fr. 8 Mio. nach Zuweisung an den Risikoausgleich ein negatives Ergebnis aus, das mit einer Senkung der Schwankungsreserven um 6% aufgefangen wird.

Die ÖKK Gesundheitspraxis HMO, eine Tochter der ÖKK Luzern, entwickelt sich weiterhin erfreulich und zählt heute über 3'600 Versicherte. Die Praxisräume im Hotel Monopol

beim Bahnhof konnten aus diesem Grund erweitert und renoviert werden.

ÖKK Luzern beschäftigt mit ihrer Tochtergesellschaft ÖKK Gesundheitspraxis HMO über 130 Mitarbeitende, und jährlich werden sechs bis sieben Lehrlinge im kaufmännischen Bereich und als medizinische Praxis-Assistentin (MPA) ausgebildet.

ÖKK Luzern ist Mitglied des ÖKK-Verbandes und betreut neben den Innerschweizer Kantonen LU, UR, SZ, OW, NW und ZG zusätzlich den Kanton Aargau. Der ÖKKV versichert über 350'000 Mitglieder und gehört damit zu den 10 grössten Krankenversicherern der Schweiz. Rund ein Fünftel der Stadtluzerner/innen ist bei ÖKK versichert.

Das Jahr 2002 war geprägt von einer intensiven Zusammenarbeit mit der Alleinaktionärin Stadt Luzern, um die Unternehmens- und Eigentümerstrategie abzustimmen. Diesbezüglich verfolgt die ÖKK Luzern eine engere Zusammenarbeit im Rahmen des schweizerischen ÖKK-Verbandes.

3.10 Abnahme der Jahresrechnung 2001 durch den Regierungstatthalter

Die Jahresrechnung 2001, umfassend den Geschäftsbericht 2001 sowie den Zahlenteil 2001, ist vom Regierungstatthalter des Amtes

Luzern Land am 5. Dezember 2002 ohne Bemerkungen visiert worden.

4. Kennzahlen aus dem Personalbereich

4.1 Entwicklung der Teilzeitstellen

Pensum in %	Männer			Frauen			Total			Total	
	1-49	50-99	100	1-49	50-99	100	1-49	50-99	100	Männer	Frauen
Februar 1998	1 0,1%	45 4%	1'105 96%	19 7%	114 42%	136 51%	20 2%	159 11%	1'241 87%	1'151 81%	269 19%
Februar 2001	27 3%	76 9%	728 88%	233 21%	536 49%	330 30%	260 13%	612 32%	1'058 55%	831 43%	1'099 57%
Februar 2002	28 3%	81 10%	695 87%	290 25%	533 47%	314 28%	318 16%	614 32%	1'009 52%	804 41%	1'137 59%
Februar 2003	22 3%	98 12%	682 85%	270 24%	583 51%	284 25%	292 15%	681 35%	966 50%	802 41%	1137 59%

Kommentar:

Die Teilzeitstellen haben sowohl bei den Frauen als auch den Männern weiterhin zugenommen und umfassen nun insgesamt die Hälfte aller Anstellungen. Der Zuwachs findet

besonders bei den Teilzeitpensen zwischen 50 und 99% statt, die Pensen unter 50% sind leicht rückläufig.

4.2 Personalfluktuation

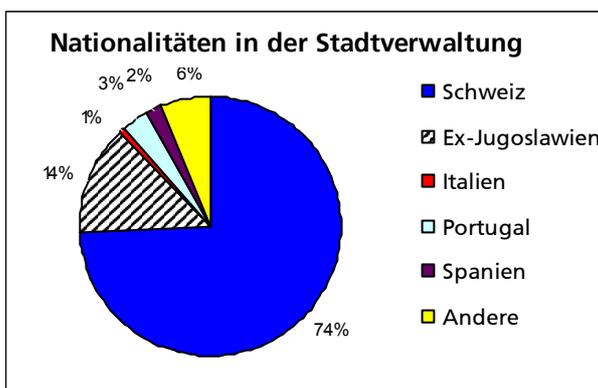
	2001		2002	
Austritte	215	(79 %)	238	(86 %)
Pensionierungen	56	(21 %)	39	(14 %)
Austritte in % des Personalbestandes (Fluktuationsziffer)	10,8 %		11,9 %	
Kündigung durch Arbeitgeber	23	(11 %)	14	(6 %)
Kündigung durch Arbeitnehmer/in	192	(89 %)	224	(94 %)

Kommentar:

Nach der Zusammenlegung von Einwohner- und Bürgergemeinde wurde in den Jahren 2001 und 2002 die Fluktuationsrate neu ermittelt. Die leichte Zunahme liegt zur Haupt-

sache beim Übertritt des administrativen und technischen Personals der Gewerblichen Berufsschule zum Kanton.

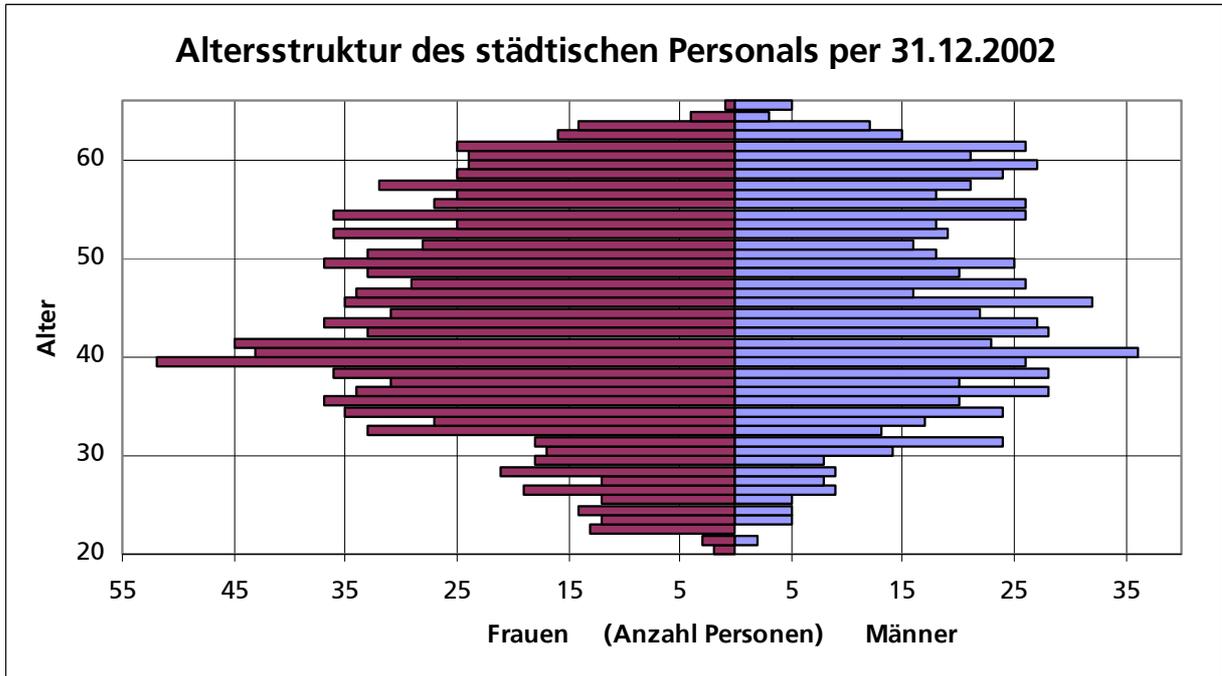
4.3 Nationalitäten



Kommentar:

Nach wie vor stammen über 80% (beim Heimpersonal 74 %) der Mitarbeitenden aus der Schweiz. Die grösste ausländische Gruppe mit 8% oder 150 Personen stammt aus Ex-Jugoslawien, davon rund 120 Personen in den städtischen Heimen und Alterssiedlungen.

4.4 Alterspyramide

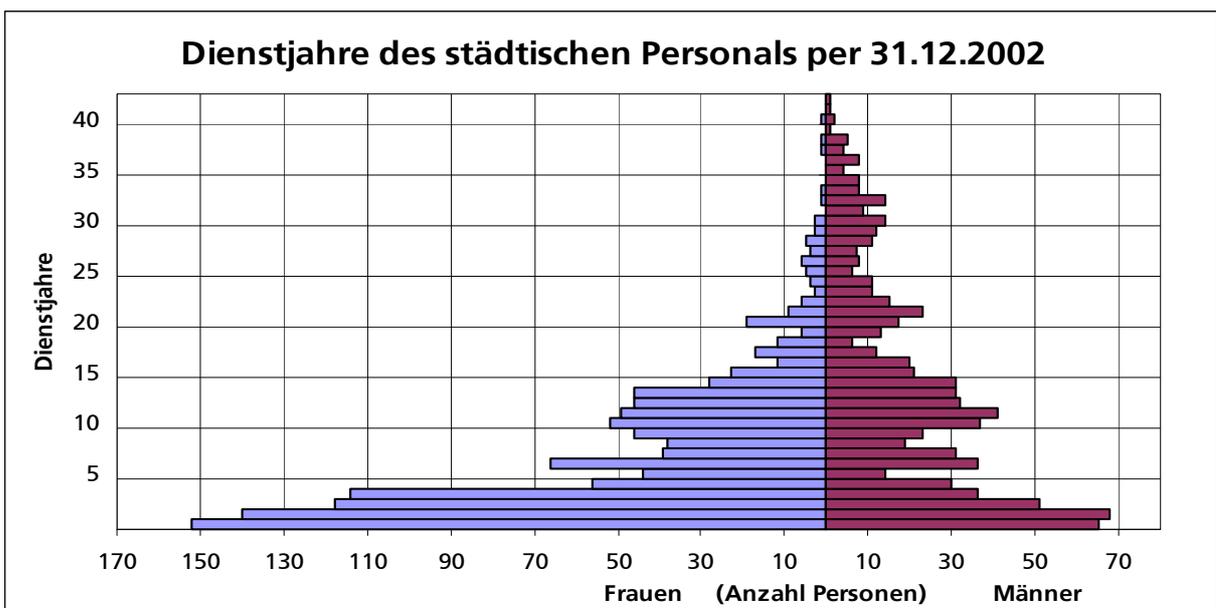


Kommentar:

Die Alterspyramide zeigt sowohl bei den Frauen wie bei den Männern ein ähnliches Bild. Am stärksten sind die Jahrgänge der

Dreissigjährigen vertreten. Relativ schmal ist die Basis mit den 20–30-Jährigen. Ab Alter 62 reduzieren sich die Anteile stark.

4.5 Pyramide nach Dienstjahren



Kommentar:

Während bei den Männern ein regelmässiger Pyramidenaufbau festgestellt werden kann, ist bei den Frauen ein signifikanter Anteil mit 1–3

Dienstjahren erkennbar. Dies ist auf den grossen Frauenanteil bei den Pflegeberufen zurückzuführen.

5. Direktionen

5.1 Sozialdirektion

Im Jahr 2002 konnte die neue GasseChuchi am Geissensteinring 24 eingeweiht werden.

Vorwort von Ruedi Meier, Sozialdirektor

Mit den Strategischen Grundlagen der Sozial- und Gesundheitspolitik und dem Entwicklungsbericht zur stationären Alterspolitik in der Stadt Luzern hat der Grosse Stadtrat zwei umfassende Planungsberichte zur Kenntnis genommen. Er schaffte damit die Basis für die Entwicklung einer integrierten Sozialpolitik der Stadt Luzern. Dieses Hauptziel der Zusammenlegung von Bürger- und Einwohnergemeinde wird nun in vielen Teilprojekten angegangen.

Im Stab der Sozialdirektion wurde eine Stelle besetzt, die sich speziell mit Kontraktmanagement befasst. Damit wurde ein Schritt hin zu einem Kompetenzzentrum gemacht, das die künftige Sozial- und Gesundheitspolitik – entsprechend den Vorgaben des Stadtrats und des Parlaments – steuern wird. Mit dem Abschluss bzw. der Erneuerung von Leistungsaufträgen (Spitex, Drogenforum Innerschweiz DFI) wurden bereits erste Erfahrungen gesammelt.

Das Projekt Sozialzentrum Rex wurde intensiv diskutiert und optimiert. Mit der Bewilligung der zusätzlichen Mittel durch den Grossen Stadtrat konnten die letzten Voraussetzungen für ein Verwaltungszentrum geschaffen werden, das den Einwohnerinnen und Einwohnern viel Kundenfreundlichkeit bieten und den Mitarbeitenden die geforderten Sicherheits- und Infrastrukturbedingungen garantieren wird.

In diesem Zusammenhang wurden auch die Projektarbeiten für die organisatorischen und strukturellen Anpassungen der Sozialdirektion an die Hand genommen. Ein Ausdruck davon ist die Auskunft- und Triagestelle Sozial Info Rex, die im Parterre des Sozialzentrums Rex eingerichtet und allen Stadtluzernerinnen und Stadtluzernern offen stehen wird.

Im Bereich der Alters- und Langzeitpflege waren die Investitionsbeiträge an das Elisa-

bethenheim und den Steinhof, die Zustimmung zum Ausbau der Pflegewohnungen sowie der Wettbewerbs- und Projektierungskredit für das Pflegeheim Eichhof erste konkrete Umsetzungen der in den Grundlagen festgehaltenen Stossrichtungen der Sozial- und Gesundheitspolitik. Andere konkrete Realisierungsschritte waren die Bürgerschaft und damit das Ja zum Kauf und zur Erweiterung des Chinderhus Maihof.

Im Herbst übernahm die Sozialdirektion das Präsidium der Städteinitiative Sozialpolitik. Ihr gehören 40 Schweizer Städte an, und sie betreut für den Schweizerischen Städteverband die Sozial- und Gesundheitspolitik. Dieses Engagement gibt der Stadt Luzern aktuelle Impulse aus und Vergleiche mit Städten mit ähnlichen sozialpolitischen Herausforderungen.

Seit einiger Zeit steigt die Zahl der schlecht integrierten, vereinsamten, kranken Personen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Zusammen mit einer grossen Sensibilisierung in Fragen des Kinderschutzes führt dies zu einer markanten Zunahme an Fällen, die die Mitarbeitenden der Vormundschaft stark belasten. Mit zusätzlichen Stellen soll die Situation entschärft werden. Angesichts dieser Trends drängen sich aber perspektivisch grundsätzliche Klärungen und Änderungen auf.

In der zweiten Jahreshälfte wurden zunehmend auch die Auswirkungen des lahmen Wirtschaftsgangs spürbar. Die Zahl der Fälle beim Sozialamt stieg merklich an – mit den entsprechenden Auswirkungen auf den Rechnungsabschluss 2002. Mit der Annahme des neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes im Herbst ist zudem eine Zunahme der ausgesteuerten Personen mit den entsprechenden finanziellen Konsequenzen für die Stadt zu erwarten.

5.1.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele

- Gesundheits- und Sozialbereich: Massnahmenkatalog erstellt und Umsetzung begonnen
- Demenzgerechte städtische Alters- und Pflegeheime: Verbindliche Vorgaben für die Bereiche Wohnen, Pflege und Betreuung realisiert und Umsetzung begonnen
- Kompensation von verlorenen Pflegebetten: Projektorganisation ist aufgebaut und hat ihre Arbeit begonnen, und im Pflegeheim Hirschpark ist eine Konzeptstudie erstellt

Massnahmenkatalog im Gesundheits- und Sozialbereich erstellt und Umsetzung begonnen

Gestützt auf die Stossrichtungen des Berichts über die strategischen Grundlagen der Sozial- und Gesundheitspolitik vom Mai 2002 wurde in allen Bereichen die aktuelle Situation festgehalten, der jeweilige Handlungsbedarf ausgelotet und die Weiterentwicklung geplant. So wurden im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung die rechtlichen Grundlagen inkl. Reglement, Verordnung und Qualitätssicherung erarbeitet und aufgrund dieser Grundlagenarbeit die Steuerung der bestehenden und noch zu entwickelnden Angebote geplant.

Im Zusammenhang mit der Arbeitsgruppe Finanzierung von Integrationsmassnahmen für ausgesteuerte Arbeitslose konnte –zusammen mit dem Kanton und den Gemeinden– der Finanzierungsmodus gefunden werden. Diesbezüglich wird nun ein Modell "Arbeit statt Sozialhilfe" erarbeitet.

Im Gesundheitsbereich ist die Neupositionierung der Ortsgesundheitskommission zu erwähnen, deren strategisches Ziel neu in der Gesundheitsförderung, Prävention und Früherkennung vor allem im Bereich Jugendlicher und junger Erwachsener liegt.

Generell wurde erkannt, dass vor allem die Vernetzung der verschiedensten sowohl städtischen wie privaten als auch kantonalen und kommunalen Angebote voranzutreiben ist und regelmässige Koordinationsgespräche zu erfolgen haben.

Demenzgerechte städtische Alters- und Pflegeheime

Die überregionale Fachkommission "Betreuung Demenzerkrankter" unter der Leitung des Stadtarztes und Präsidenten der Alzheimervereinigung Luzern, Dr. Guido Pfister, konnte ihren Schlussbericht zu den strategischen Zielsetzungen und dem Steuerungsbedarf der

ambulanten und stationären Betreuung und Pflege Demenzkranker im Herbst 2002 fertig stellen. Gleichzeitig erarbeitete eine interne Arbeitsgruppe der Abteilung Heime und Alterssiedlungen konkrete Vorgaben für "Demenzgerechte städtische Alters- und Pflegeheime". Die beiden miteinander abgestimmten Berichte werden Anfang 2003 in die Vernehmlassung gegeben und fliessen danach in die Angebotsplanung der Sozialdirektion ein.

Kompensation von Bettenverlusten bei den Betagtenzentren

Der "Entwicklungsbericht zur stationären Altersbetreuung in der Stadt Luzern" vom Juli 2002 zeigt den prognostizierten Bedarf und die wesentlichen Elemente der zukünftigen stationären Altersbetreuung und die daraus abgeleiteten Planungsvorgaben auf. Der Bericht wurde vom Grosse Stadtrat zur Kenntnis genommen.

Aufbauend auf diesem Planungsbericht bewilligte der Grosse Stadtrat bis Ende Jahr:

- einen Kredit von Fr. 100'000.– für die Suche und Vorbereitung von Übergangslösungen während der geplanten Umbauvorhaben,
- die Durchführung eines selektiven Verfahrens mit Studienauftrag und anschliessender Projektierung des Umbaus/Sanierung des Pflegeheims Eichhof für Fr. 1,5 Mio.,
- den als Ersatz für das Pflegeheim Hirschpark geplanten Ausbau der Pflegewohnungen von 20 auf 62 Plätze für knapp Fr. 1,7 Mio.,
- einen Investitionsbeitrag von Fr. 1,2 Mio. an die Erneuerung des privat geführten Elisabethenheims.

Weitere Massnahmen zur Kompensation von Bettenverlusten sind für 2003 geplant. Diese betreffen insbesondere einen Investitionsbeitrag an das privat geführte Pflegeheim Steinhof und die Prüfung der Möglichkeiten eines Wohnheimangebots in einzelnen Etagen im Hochhaus Eichhof.

5.1.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.--

	Aufwand			Ertrag			Ergebnis		
	R 02	B 02	Abwei- in % chung	R 02	B 02	Abwei- in % chung	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/ Min- derertrag	Minder- aufwand / Mehrertrag
K211 Stab Sozialdirektion	1'241	1'668	-427 -26%	0	2	-2 -100%	(1'241)		425
K212 Sozialversicherungen Arbeitsamt, AHV- Zweigstelle	1'224	1'125	99 9%	246	243	3 1%	(978)	96	
K213 Amtsvormundschaft	3'316	3'158	158 5%	242	218	24 11%	(3'074)	134	
K214 Sozialamt	3'761	3'592	169 5%	12	1	11 1100%	(3'749)	158	
K215 Heime und Alters- siedlungen	1'196	1'174	23 2%	1'196	1'174	23 2%	0		
K216 Sekretariat Vor- mundschaftsbehörde <i>Spezialaufgaben</i>	1'437	1'547	-110 -7%	95	160	-65 -41%	(1'342)		45
K220 Gesundheitsdienste	88	111	-22 -20%	0	0	0	(88)		23
K221 Wirtschaftliche Sozialhilfe	38'509	35'985	2'524 7%	33'135	32'225	910 3%	(5'374)	1'614	
K222 Alimentenbevor- schussung, Ink.Hilfe	2'916	1'750	1'166 67%	1'763	800	963 120%	(1'152)	202	
K223 Bestattungskosten für mittellos Verstorbene	20	15	5 33%	3	1	2 200%	(16)	2	
K226 Konzert der Stadt Luzern	26	29	-3 -10%	8	7	1 14%	(18)		4
K227 Gastarbeiter- betreuung	78	80	-2 -3%	0	0	0	(78)		2
K228 Kinderkrippe Eichhörli <i>Beitragswesen</i>	267	259	8 3%	53	107	-55 -51%	(214)	62	
K275 Soziale Wohlfahrt	21'134	21'402	-267 -1%	0	0	0	(21'134)		268
K278 Volkswirtschaft <i>Spezial- finanzierungen</i>	352	398	-46 -12%	0	0	0	(352)		46
K290 BZ Eichhof	22'450	21'367	1'083 5%	20'460	19'669	791 4%	(1'990)	292	
K291 BZ Dreilinden	11'222	11'213	8 0%	10'780	10'419	361 3%	(442)		352
K292 BZ Rosenberg	9'275	9'494	-218 -2%	9'551	9'405	146 2%	276		364
K293 BZ Wesemlin	10'430	9'920	510 5%	9'529	9'142	388 4%	(901)	122	
K294 Pflegeheim Hirschpark	5'150	4'831	318 7%	4'662	4'595	67 1%	(488)	252	
K295 Pfl egewohnungen	2'732	2'002	730 36%	1'732	1'576	156 10%	(1'000)	574	
K296 Tagesheim Eichhof	403	401	2 0%	222	180	42 23%	(181)		40
K297 Alterssiedlungen	2'205	1'885	319 17%	2'680	2'581	100 4%	476	220	
K298 Kinder- und Jugend- siedlung Utenberg	6'615	6'013	602 10%	7'333	5'293	2'040 39%	718		1'438
Total	146'047	139'419	6'629 5%	103'702	97'796	5'908 6%	-42'342	3'728	3'007
Nettover- schlechterung									721

Die Sozialdirektion schliesst bei einem Aufwand von Fr. 146'047'000.– mit einer Nettoverschlechterung von Fr. 721'000.–, oder 0,49% ab.

Im Stab sind die budgetierten Abschreibungen der nicht mehr im Einsatz stehenden EDV-Anlagen der Bürgergemeinde im Betrage von

Fr. 0,4 Mio. weggefallen. Diese sind bereits im Jahre 2001 vollständig getätigt worden.

Bei den Sozialversicherungen entstanden Mehrkosten (Software und Dienstleistungen der PIT) durch die Einführung der neuen Software Tutoris.

Wegen mehrfacher, lang andauernder krankheits- und unfallbedingter Ausfälle von Mitarbeitenden wurden Aushilfen angestellt. Teilweise sind diese Mehraufwendungen durch entsprechende Rückerstattungen der SUVA kompensiert. Die Gebühren für Amtshandlungen blieben mangels Vermögen der Klienten unter dem Budget.

Überlappungen bei Personalwechseln sowie ein zusätzlich übernommener Mitarbeiter aus der Zusammenlegung EG/BG führten im Sozialamt zu höheren Ausgaben.

Die sich im Laufe des Jahres verschlechternden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen manifestieren sich in den steigenden Dossierzahlen und entsprechenden Mehrkosten bei der wirtschaftlichen Sozialhilfe und der Mutterschaftsbeihilfe. Demgegenüber konnten die Kosten für Beschäftigungsprogramme für Langzeitarbeitslose dank einer Regelung mit dem Kanton reduziert werden.

Einnahmen und Ausgaben bei der Alimenten- und Inkassohilfe blieben gegenüber dem Vor-

jahr ungefähr konstant. Da die Inkassohilfe nur als Durchlaufkonto dient und der Stadt keine Sachkosten entstehen, wurden diese Konti nicht budgetiert, was die grosse Abweichung zwischen Rechnung und Budget erklärt.

Im Startjahr der Kinderkrippe Eichhörnli war die Auslastung tiefer als erwartet. Zudem wurden überdurchschnittlich viele Säuglinge mit entsprechend grösserem Betreuungsbedarf aufgenommen. Beides hatte einen negativen Einfluss auf die Einnahmen.

Der Minderaufwand bei der Sozialen Wohlfahrt (Fr. 267'480.-) setzt sich aus Minderkosten bei der AHIZ und FAZ, aber auch aus diversen Mehr- und Minderkosten bei den Beiträgen an den Kanton (AHV, EL, IV und Heimfinanzierung) zusammen.

Das ausserordentlich gute Ergebnis bei der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg ist, gestützt auf das kantonale Heimfinanzierungsgesetz, hauptsächlich auf Nachzahlungen aus früheren Jahren zurückzuführen.

5.1.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stab Sozialdirektion

In der Familienergänzenden Kinderbetreuung/Vorschule wurden die Grundlagen für die Umstellung auf die leistungsorientierte Zusammenarbeit zwischen der Stadt und privaten Institutionen erarbeitet. Diese umfassen insbesondere auch ein neues Reglement, das im laufenden Jahr dem Grossen Stadtrat unterbreitet wird. Das erste konkrete Ausbauprojekt betraf den Kauf und die Erweiterung des Chinderhus Maihof. Das Projekt wurde – mit Zustimmung des Grossen Stadtrates – durch eine städtische Bürgerschaft von Fr. 2,5 Mio. gesichert und wird 2003/2004 umgesetzt.

Um die Lücken im Bereich der persönlichen und fördernden Sozialhilfe auszumachen, wurden mit diversen internen wie externen Fachstellen Gespräche geführt und die notwendigen Entwicklungsperspektiven in einem Entwicklungsbericht zusammengefasst. Eine Besprechung zwischen Sozialdirektor Ruedi Meier und Stadtpräsident und Bildungsdirektor Urs W. Studer mit den Kirchgemeinden der Landeskirchen zeigte den vermehrten Bedarf an Koordination und Zusammenarbeit auf.

Für die geplante Auskunfts- und Triagestelle Sozial Info Rex in der Liegenschaft Rex wurde ein detailliertes Betriebskonzept erarbeitet. Der Stab SOD arbeitete sowohl in der Steuergruppe als auch in der Bestellergruppe Rex mit.

Im strategischen Bereich hat der Stab SOD Vernetzungsaufgaben auf verschiedenen Ebenen wahrgenommen, um insgesamt effizientere und effektivere Resultate zu erzielen. In diesen Zusammenhang gehört auch die Übernahme des Präsidiums der Schweizerischen Städteinitiative Sozialpolitik, der über 40 Schweizer Städte angehören, in die Sozialdirektion. Das Präsidium obliegt dem Stadtrat und Sozialdirektor Ruedi Meier. Die Geschäftsstelle führt Beat Däppeler, Stabschef der Sozialdirektion. Dadurch wird sich den Verantwortlichen vermehrt die Möglichkeit bieten, in wichtigen sozialpolitischen Fragen auch auf gesamtschweizerischer Ebene zu lernen und Einfluss zu nehmen.

Der Stab handelte mit der Fachstelle für Suchtprävention des Drogen Forums Inner-schweiz DFI einen neuen Leistungsvertrag aus. Gemäss diesem Leistungsvertrag und auch gemäss Prioritätenordnung und Aufgabenkatalog der neu zu konstituierenden Ortsgesundheitskommission wird der Fokus der städ-

tischen Gesundheitspolitik vermehrt in Bereichen wie Prävention, Gesundheitsförderung und Früherkennung bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen liegen.

Sozialversicherungen, Arbeitsamt, AHV-Zweigstelle

Der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung hat im Berichtsjahr leider nicht stattgefunden. Dies zeigte sich im Bereich AHV-Unterstellungen wieder an der grossen Anzahl von Mutationen bei Selbstständigerwerbenden sowie an den vielen Abklärungen und Unterstellungen bei Nichterwerbstätigen. Auch war wieder eine Zunahme der Anmeldungen zum Bezug von Ergänzungsleistungen zur AHV/IV-Rente und bei den Prämienverbilligungen für die Krankenversicherung zu verzeichnen.

Im Arbeitsamt hat die Zahl der bezugsberechtigten Personen gegenüber dem Vorjahr um über 30% zugenommen. Im November waren 1'573 Erwerbslose (Vorjahr: 1'114) registriert. Pro Monat erfolgten durchschnittlich 197 Neuanmeldungen und 122 Abmeldungen.

Sozialamt

Die veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben auch Auswirkungen auf die Fallzahlen, so ist ein Anstieg von 1'738 auf 1'818 oder 4,6% gegenüber dem Vorjahr festzustellen.

Die grösste Steigerung ist bei den in Altersheimen platzierten Sozialhilfebeziehenden (von 122 auf 152 Personen) mit 24,6% ausgewiesen. Dies ist mit der Tatsache erklärbar, dass die Pflegeheimtaxen ohne eine Veränderung auf der Einnahmenseite erhöht wurden, AHV und EL erfuhren keine Teuerungsanpassung.

Die Zusammensetzung der Herkunft der Sozialhilfebeziehenden hat sich im Berichtsjahr auch verändert. Die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer ist rückläufig, im Gegensatz zu der Zahl der Stadtbürgerinnen und Stadtbürger, die um 21,8% zugenommen hat.

Der Kennzahlenbericht der Schweizerischen Städteinitiative hat für die Stadt Luzern neben der hohen Zahl der fremdplatzierten Altersrentnerinnen und -rentner eine starke Zunahme der Sozialhilfebeziehenden von 3 und mehr Jahren konstatiert. Dieses Fallsegment wurde analysiert und entsprechende Massnahmen in die Wege geleitet,

wie z. B. Prüfung von Beschäftigungsmassnahmen, Antrag auf Berentung und Vermittlung von Tagesstrukturen.

Nach längeren Vorarbeiten konnte die AFIMAA (Arbeitsgruppe zur Finanzierung von Integrationsmassnahmen für ausgesteuerte Arbeitslose) ihre Tätigkeit aufnehmen. Die Kosten der Integrationsmassnahmen werden zwischen dem Kanton und den Gemeinden geteilt. Die Geschäftsstelle wird im Auftragsverhältnis von einer Mitarbeiterin des Sozialamtes geführt.

Amtsvormundschaft

Das Jahr 2002 war für die Amtsvormundschaft geprägt durch die Einführung der neuen Software Tutoris und die Vorarbeiten für eine Neuzuteilung der Teams.

Mit der neuen Software konnten insbesondere im buchhalterischen Bereich erhebliche Verbesserungen erzielt werden, die der Kasse/Buchhaltung, trotz stark gestiegener Klientenzahlen und aufwändigerer Verbuchungsart, die Bewältigung der Arbeit ermöglichen.

Um das vorhandene Spezialwissen und die Erfahrung im Bereich Kinder und Jugendliche bzw. Erwachsene optimal nutzen und einen besseren Austausch gewährleisten zu können, wurden die Teameinteilungen angepasst. Ab April 2003 wird ein Team der Amtsvormundschaft ausschliesslich Massnahmen für Kinder und Jugendliche und zwei Teams Massnahmen für Erwachsene führen. Damit erhält die Kinder- und Jugendarbeit innerhalb der Amtsvormundschaft mehr Gewicht, und aussen stehende Institutionen erhalten eine spezialisierte Ansprechstelle im Bereich Kinderschutz. Ein mit der Abschaffung des Jugendsekretariats einhergehender Nachteil kann damit behoben werden.

Die Klientenzahlen haben im vergangenen Jahr bei gleichem Personalbestand erneut um 7%, seit 1998 sogar um 17% zugenommen. Trotz grösstem Einsatz der Mitarbeitenden konnte in dieser Situation ein Ansteigen der Pendenzen, insbesondere die Zunahme ausstehender Berichte zuhanden der Vormundschaftsbehörde, nicht verhindert werden.

Sekretariat Vormundschaftsbehörde

Am 1. Januar 2002 ist das revidierte Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch in Kraft getreten. Neu kann nach § 8 Abs. 3 EG ZGB der Gemeinderat die Erfüllung

einzelner Aufgaben der Vormundschaftsbehörde einer Dienststelle der Gemeindeverwaltung übertragen. Die in diesem Zusammenhang ebenfalls revidierte Verordnung über das Vormundschaftswesen hält in § 3 fest, dass die Prüfung der Berichte und Rechnungen, die Festsetzung der Entschädigung der Betreuungsperson, die Androhung der Amtsenthebung und die Auferlegung einer Busse, die Führung eines Verzeichnisses der vormundschaftlichen Massnahmen und die Zustimmung betreffend die Umwandlung bestehender Vermögensanlagen der betreuten Person delegierbar sind. In der am 1. September 2002 in Kraft getretenen Verordnung zum Reglement über die Organisation der Stadtverwaltung Luzern hat der Stadtrat mit Ausnahme der letztgenannten alle diese Aufgaben dem Sekretariat der Vormundschaftsbehörde übertragen. Deren Entscheide gelten bezüglich des Rechtsschutzes als Entscheide der Vormundschaftsbehörde und können beim Regierungsratstatthalter des Amtes Luzern angefochten werden.

Mehrarbeit für die Vormundschaftsbehörde bringt die ebenfalls neue Regelung, wonach die Notwendigkeit einer fürsorglichen Freiheitsentziehung alle sechs Monate behördlich zu überprüfen ist. Dieser Schutz einer gegen ihren Willen in einer Anstalt untergebrachten Person erscheint zweifelsohne sinnvoll und richtig; für Kinder und Jugendliche, die von der Vormundschaftsbehörde in der Regel auf Antrag von Schulbehörden in Heime eingewiesen werden müssen, sorgt dieses zwei Mal jährlich durchzuführende Verfahren jedoch eher für Unruhe und trägt zur Verunsicherung der Eltern bei.

Als aufwändig hat sich in den letzten zwei Jahren die seit der Revision des Scheidungsrechts der Vormundschaftsbehörde übertragene Aufgabe der Regelung oder Abänderung des Besuchsrechts des nicht sorgeberechtigten Elternteils erwiesen. Obwohl Sozialwissenschaftler klar darauf hinweisen, dass der persönliche Kontakt zu beiden Elternteilen für die psychische Entwicklung des Kindes entscheidende Bedeutung hat, sind getrennt lebende Väter und Mütter oft ausserstande, dessen Interessen vor die eigenen Beziehungsprobleme zu stellen. Die Erkenntnis, dass ein behördlich angeordnetes Besuchsrecht gegen den Willen der Elternsorgeinhaberin oder des Elternsorgeinhabers praktisch nicht durchgesetzt werden kann, hat dazu geführt, dass im Einzelfall wenn immer möglich eine auch nur minimale Einigung der Eltern angestrebt wird. Dazu sind meist verschiedene umsichtige, einfühlsame und zeitraubende Gespräche mit den Parteien und oft auch deren Rechtsvertretern

notwendig. Leider kommt es trotzdem nur selten zu einvernehmlichen, kindesgerechten Vereinbarungen, und die Behörde muss immer öfter feststellen, dass Kinder trotz behördlicher Regelung und Einsetzen einer Betreuungsperson zur Überwachung des Besuchsrechts nicht zu ihrem Recht kommen.

Heime und Alterssiedlungen

Die Dienstabteilung wurde im Berichtsjahr zum ersten Mal mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt. Dies intensiviert auf verschiedenen Ebenen einige Umstellungen und Entwicklungen, wobei der damit ausgelöste Prozess noch nicht abgeschlossen ist: Aufbau eines Trimestercontrollings, Anpassen von EDV-Instrumenten und Statistiken an die neuen Budget- und Controllingbedürfnisse, Miteinbezug der Mitarbeitenden auf den verschiedenen Hierarchiestufen und angepasste Zusammenarbeitsformen mit den Querschnittsabteilungen innerhalb der Stadtverwaltung.

Das Massnahmenkonzept im Anschluss an die tragischen Tötungsereignisse im BZ Eichhof von 2001 wurde schrittweise umgesetzt. Die Schwerpunkte lagen bei der Weiterbildung und dem Coaching von Führungskräften sowie bei der Supervision von und der Fallbesprechung in den Pflegegruppen. Daneben wurden in unterschiedlich zusammengesetzten Arbeitsgruppen Grundlagenberichte zur Betreuung Demenzkranker, zu demenzgerechten städtischen Alters- und Pflegeheimen und zum Einsatz von palliativer Medizin und Pflege (palliative care) erarbeitet. Richtlinien zur Feststellung der Todesursache und Handhabung von Medikamenten in den Heimen stehen kurz vor ihrer Einführung.

Das Anfang Jahr gestartete Projekt "Pflegerisches Qualitätsmanagement" (PQM) erarbeitete für die Dekubitusprophylaxe einen ersten Pflegestandard. Deren Umsetzung befindet sich zurzeit in der Pilotphase.

Die abteilungsinterne fachspezifische Weiterbildung hatte im Jahre 2002 zwei Schwerpunkte: Das Erneuern der BfW-Zertifizierung (BfW: Bewertungsstelle für Weiterbildungsangebote AG, Zürich) für die Pflegehilfenschule unter dem neuen Namen "Schule für Pflegemitarbeit" sowie die modulare Neukonzeption des Kurses "Weiterbildung Pflege".

Aufgrund der weiterhin angespannten Arbeitsmarktlage beim diplomierten Pflegepersonal wurden in Zusammenarbeit mit dem Per-

sonalamt mit "Personalmarketing" und "neue Arbeitszeitmodelle" zwei wichtige Projekte gestartet.

Im Herbst startete das Pilotprojekt für die neu eingeführte Lehre im Pflegebereich – Fachangestellte Gesundheit (FAGE) – mit einem Kontingent in der Zentralschweiz von 80 Plätzen für Spitäler, Heime und Spitex. Die städtischen Heime beteiligen sich am Pilot und konnten im ersten Jahr 6 Lehrstellen besetzen.

Als wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung des Dienstleistungsangebots der Dienstabteilung gilt der neue "Entwicklungsbericht zur stationären Altersbetreuung in der Stadt Luzern" des Stadtrats, der im September vom Grossen Stadtrat zur Kenntnis genommen wurde. Der Bericht zeigt den prognostizierten Bedarf, die wesentlichen Elemente der zukünftigen stationären Altersbetreuung und die daraus abgeleiteten Planungsvorgaben auf.

Per 1. Juni 2002 konnte mit Martin Gnos eine neue, wichtige Stabsstelle (80%) besetzt werden zur Unterstützung der Abteilungsleitung sowie für Controllingaufgaben, Ressort- und Projektarbeiten innerhalb der Dienstabteilung.

Betagtenzentrum Eichhof

Das Betagtenzentrum Eichhof hatte ein nicht einfaches Jahr zu bewältigen. Die Tötungen im Vorjahr hatten vor allem beim Pflegepersonal, insbesondere auf der Station A, spürbare Nachwirkung hinterlassen. Als Folge davon wurden die Strukturen und die Organisation auf allen Stufen hinterfragt – ein schwieriger Prozess. In Zusammenarbeit mit Frau Erika Zwicker, Organisationsberaterin, hat das Kader die Herausforderung angenommen und eine vollständige Betriebsanalyse erstellt. In Absprache mit den Verantwortlichen der Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen und der Sozialdirektion wurde daraufhin beschlossen, die Pflgeteams zu verstärken und im Bereich Hauswirtschaft Personal abzubauen. Dies hatte zur Folge, dass der aktuelle Stellenplan während einiger Monate überbelegt war, was gegenüber dem Budget zu einem höheren Personalaufwand führte.

Im September erfolgte der Startschuss zum Umbau und zur Sanierung des Wohnheimes 2. Vorher war durch einen Bettenabbau von gegen 50 Betten dieser Heimteil vollständig zu räumen. Dies musste im Zentrum Eichhof mit einem vorübergehenden Aufnahmestopp realisiert werden.

Die Konzeptarbeiten für die Sanierung des Pflegeheimes flossen in den Bericht und Antrag zur Auslösung eines Wettbewerbs- und Projektierungskredits ein, der im Herbst durch die Verantwortlichen von Bau- und Sozialdirektion dem städtischen Parlament vorgelegt werden konnte.

Betagtenzentrum Dreilinden

Dank einer tiefen Fluktuationsrate beim Personal konnte für die Bewohnerinnen und Bewohner eine prozessorientierte Begleitung, Betreuung und Pflege auf einem konstant guten Niveau gehalten werden. Trotz der anhaltend schwierigen Marktsituation konnten die personellen Lücken jeweils innert kürzester Frist neu besetzt werden, gerade im Bereich des Pflegefachpersonals.

Ein grosses Gewicht wurde der Fort- und Weiterbildung beigemessen. Schwerpunktthemen waren Psychogeriatric und Kinästhetik.

Der Trend des Bewohner/innen-Profiles bleibt unverändert. Es ist auffallend, dass das Eintrittsalter im Durchschnitt eher stagnierend bis leicht sinkend ist. Der Anteil der über 90-Jährigen und jener der unter 75-Jährigen halten sich mit je rund 20% die Waage. Der Grund liegt in der steigenden Zahl von "jungen" Bewohnerinnen und Bewohnern mit psychogeriatricen Erkrankungen. Konkret wirkt sich das auf die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aus. Heute liegt sie wieder im Mittel von 1999.

Ein Höhepunkt für Bewohner/innen und Mitarbeitende war das Jahresmotto: Motivierete Menschen machen's möglich. Getreu diesem Motto wurde jeder Bewohnerin und jedem Bewohner durch die Mitarbeitenden ein spezieller Wunsch erfüllt. Zum Beispiel gab es ein individuell zubereitetes Nachtessen bei Kerzenlicht mit der Partnerin, eine Kosmetikbehandlung mit anschliessendem Kaffeepausch, ein Besuch des Heimatdorfes im Appenzell, eine Kutschenfahrt ins Blaue oder ein Besuch im Bundeshaus.

Betagtenzentrum Rosenberg

Die Auslastung des Pflegeheimes war gut, obwohl der Stellenplan nicht vollständig besetzt werden konnte. Dies führte allerdings zu einer zusätzlichen Belastung des Personals.

Die Qualitätskontrolle durch den Regierungstatthalter dokumentierte die Stärken und Schwächen im Betagtenzentrum Rosenberg. Durch den eingeleiteten Organisationsent-

wicklungsprozess sollen die geforderten Verbesserungen kontinuierlich erreicht werden. Gleichzeitig ist der altersbedingte Wechsel der Zentrumsleitung vorzubereiten. Mit einem breit angelegten Schulungs- und Weiterbildungsangebot konnte wertvolles Wissen und damit zusätzliche Sicherheit vermittelt und gefestigt werden. In mehreren zeitaufwändigen Arbeitsgruppen wurden interne und externe Strukturen und Konzepte überarbeitet, Veränderungen vorbereitet oder zum Teil bereits umgesetzt.

Die Cafeteria wird im Jahr 2003 (wie in den anderen Betagtenzentren ausserhalb des Eichhofs) von den Gastrodiensten abgelöst und ins Zentrum Rosenberg eingefügt. Um der Forderung nach mehr Wohnlichkeit gerecht zu werden, wurde der Umbau der Balkone in Wohnraum geplant und die Finanzierung über das Budget 2003 gesichert.

Der Wechsel der Wohnheimleitung verlief dank breiter Unterstützung durch das Personal und grosser Offenheit der Bewohnerinnen und Bewohner reibungslos. Der zunehmende Pflegeaufwand im Wohnheim erforderte zudem eine Anpassung des Stellenplanes.

In der Alterssiedlung Rank hat sich die neue Hausleitung gut eingearbeitet. Mit dem Ersatz weiterer Kücheneinrichtungen konnte der Wohnwert verbessert werden.

Betagtenzentrum Wesemlin

Das Jahr 2002 hatte zwei Schwerpunkte: Zum einen galt es, die im Vorprojekt aufgezeigten Schwerpunkte zur Anpassung der Infrastruktur des bereits 20-jährigen Wohnheims an die veränderten Bedürfnisse der heutigen und zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohner in einem Detailprojekt zu konkretisieren. Diese Arbeit konnte im Dezember 2002 abgeschlossen werden. Das Dokument dient sowohl dem Hochbau als auch dem Betagtenzentrum Wesemlin als "Basispapier" für die Erarbeitung der Umsetzungsgrundlagen. Erwähnenswert ist das beachtliche Interesse und Engagement der Mitarbeitenden auf allen Stufen für die konstruktive Mitwirkung am Prozess. Mit grosser Freude kann festgestellt werden, dass die bisher erarbeiteten Grundlagen breit abgestützt sind.

Zum anderen erfolgte eine Neuausrichtung der Führungsstruktur innerhalb des Pflegedienstes. Die örtlich begründete, historische Trennung der Verantwortlichkeiten nach Liegenschaft (je eine autonome Pflegebereichslei-

tung Wohnheim und Pflegeheim) wurde in einem differenzierten Prozess, unter Miteinbezug aller Beteiligten, hinterfragt, neu ausgerichtet und umgebaut. Der Prozess kann als erfolgreich beurteilt werden, da keine Entlassungen ausgesprochen werden mussten und keine Abgänge aufgrund der neuen Führungsstruktur zu verzeichnen sind. Neu sind die Verantwortlichkeiten nach fachlichen Schwerpunkten (pflegebezogen im engeren Sinn und bewohnerbezogen im Sinne von Wohlbefinden und Beziehungsnetzen) auf die beiden Pflegebereichsverantwortlichen aufgeteilt. Mit der neuen Führungsstruktur können unter anderem die Umsetzung einer einheitlichen Philosophie, die einheitliche Anwendung von Standards, das Zusammengehörigkeitsbewusstsein der Mitarbeitenden und die optimale Ressourcennutzung bedeutend verbessert werden.

Pflegeheim Hirschampark

Im Frühjahr fand die Informationsveranstaltung über die Zukunft des Pflegeheims Hirschampark (Ablauf des 10-jährigen Mietvertrags mit dem Kanton auf Ende 2005, verlängerbar bis Ende 2006) und die Überführung in die Pflegewohnungen statt. Die Botschaft wurde unterschiedlich aufgenommen. Am schwersten fällt den Mitarbeiterinnen das Aufteilen der Teams auf verschiedene Standorte und die Unkenntnis darüber, was heute die Arbeit in einer Pflegewohnung bedeutet.

Während des ganzen Jahres waren zwei Mitarbeiterinnen krank. Im Oktober erkrankte zusätzlich eine Gruppenleiterin schwer. Sie wird die Arbeit nicht mehr aufnehmen können und musste dringend ersetzt werden.

Der Verlauf der Pflegebedürftigkeit der Bewohnenden bewegt sich im gleichen Rahmen wie im Vorjahr. Eine interne Schwierigkeit ist, dass der Pflegeaufwand im Hause über eine lange Zeit unterschiedlich verteilt war, was für die Mitarbeiterinnen das nicht sehr beliebte Aushelfen auf anderen Abteilungen zur Folge hatte.

Pflegewohnungen

Mit der Unterstützung sämtlicher Betagtenzentren und des Pflegeheims Hirschampark konnte die im November 2001 bezogene neue Pflegewohnung an der Studhaldenhöhe mit einem Frühlingfest offiziell eingeweiht werden.

Die grössere Distanz der Pflegewohnungen Heimatweg zur Studhaldenhöhe machte eine Umorganisation des Nachtdienstes notwendig. Seit Mitte Jahr ist in jeder Gruppe eine Pflegemitarbeiterin im Einsatz, unterstützt von einer Pikett-Pflegefachperson. Verschiedene Personalwechsel und mehrere krankheitsbedingte Personalausfälle über lange Zeit forderten Leitung und Mitarbeitende stark heraus. Zusätzlich belastend wirkte die zunehmende Pflegebedürftigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner.

Mit der Gesellschaft für Arbeiterwohnungen (GEFA) konnte für die Dauer von zehn Jahren ein Mietvertrag für eine weitere Pflegewohnung an der Imfangstrasse 2 ausgehandelt werden. Drei 4½-Zimmer-Wohnungen werden bedürfnis- und behindertengerecht angepasst und ab April 2003 werden neun betagten Menschen ein neues Zuhause sein. In Zusammenarbeit mit der Allgemeinen Baugenossenschaft Luzern (ABL) konnten erste Vorarbeiten für zwei zusätzliche Wohnungen in der geplanten Überbauung Tribtschenstadt geleistet werden. Deren Realisierung ist mit der Kreditsprechung durch den Grosse Stadtrat im Dezember näher gerückt.

Im September traten Christine Giger, Leiterin der Pflegewohnungen, und Gerda Kühne, Leiterin Pflegedienst, von ihren Aufgaben zurück. Als neue Betriebsleiterin konnte Verena Grüter gewonnen werden. Der Personalwechsel wurde gleichzeitig zur Überprüfung der Führungsstrukturen genutzt. In der Folge wurden anstelle einer Leiterin Pflegedienst zwei Stellen für Teamleiter/innen ausgeschrieben.

Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg Kinder und Jugendliche

Die KJU erhielt 2002 sehr viele Anfragen für die Aufnahme von Jugendlichen im Alter von 13 bis 16 Jahren. Grosser Drang nach Freiheit, starke Differenzen mit den Eltern, unregelmässige Schulbesuche, Schulabbrüche und erste Erfahrungen mit Suchtmitteln führten zur Fremdplatzierung. Die offenen Strukturen der Siedlung erwiesen sich für solche Jugendlichen nicht immer als geeignet. Sie brachten viel Unruhe und Belastungen in die Wohngruppen. Für einzelne Jugendliche musste eine andere Lösung gesucht werden, andere wurden für 2 bis 3 Wochen in ein Time-out geschickt.

Durch diese Erfahrungen wurden der KJU ihre Grenzen aufgezeigt. Andererseits wurden auch die Stärken und Qualitäten der KJU veranschaulicht und bekräftigt.

Als Folge wird im Aufnahmeverfahren differenzierter auf die Hintergründe der Fremdplatzierung geachtet und selektiv beurteilt, wie weit die KJU für die Jugendlichen geeignet ist. Mit den neu aufgenommenen Jugendlichen und deren Eltern werden klare, schriftliche Aufenthaltsziele vereinbart. Diese Massnahmen führten im zweiten Halbjahr zu einer deutlichen Beruhigung des Heimalltages.

Organisation, Mitarbeitende

Im September 2001 wurde in der KJU mit dem Qualitätsmanagement nach dem Arge-Q-Konzept gestartet. Jede Wohngruppe, jede Abteilung formuliert 3–5 Qualitätsanliegen. Zur Qualitätsoptimierung werden diese Kernziele in periodischen Qualitäts-Reflexions-Schlaufen überprüft.

An verschiedenen internen und externen Fortbildungen wurden die Mitarbeitenden im Berichtsjahr im lösungsorientierten sozialpädagogischen Handeln nach Steve de Shazer geschult und gefördert.

5.1.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

Spitex

Zwischen der Stadt Luzern und dem Verein Spitex Luzern wurde eine weitere Leistungsvereinbarung für einen kundenorientierten Service public ausgehandelt, die per 1.1.2003 in Kraft gesetzt und für zwei Jahre gültig ist. Mittelfristig strebt die Stadt eine Finanzierung pro Leistungseinheit, z. B. verrechnete Stunden, an und möchte vom bisherigen Defizitdeckungsprinzip übergehen zum Prinzip der leistungsorientierten Beiträge. Eine von Horw, Kriens und Luzern erstellte Studie zeigt Optimierungsmöglichkeiten im Ausbau einer Verwaltungsgemeinschaft für die Agglomeration auf, die nun in den drei lokalen Spitex-Organisationen umgesetzt wird, z. B. Materialeinkauf, Weiterbildung, Nachtdienst, Verwaltungsabläufe.

Seniorenrat

Der Seniorenrat führte zum zweiten Mal erfolgreich die Jungseniorinnen und -seniorenfeier durch. Fast 200 Teilnehmende – 80 mehr als 2001 – besuchten eine fachlich interessant gestaltete Tagung mit einem Nachtessen. Der Seniorenrat überarbeitete in einem öffentlichen Workshop und an mehreren Sitzungen das noch von der Bürgergemeinde genehmigte Reglement, welches die Grundlage für die zukünftige Arbeit bildet.

Die Auswahl blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

5.1.4.1 Zusatzleistungen zu den Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenrenten (AHIZ)

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die AHIZ hat den Zweck, Rentnerinnen und Rentnern in der Stadt Luzern ein Mindesteinkommen, welches analog zu den Ergänzungsleistungen berechnet wird, zu gewähren. Im Gegensatz zu den Ergänzungsleistungen wird bei der Anrechnung von Mietzins und Nebenkosten auf die städtischen Verhältnisse speziell Rücksicht genommen, indem der Höchstbetrag für Miete höher angesetzt ist und die Nebenkosten effektiv angerechnet werden können.

b) Ergebnis

Höhe der Zusatzleistungen insgesamt: (in Mio. Fr.)	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
	1,96	1,98	1,48	1,34	1,41	0,92	0,85

c) Spezifische Kennzahlen

Es wurden Zusatzleistungen ausgerichtet an:	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Anzahl Haushalte	1'447	1'375	1'031	1'048	1'100	1'075	1'333
Davon Anzahl Frauen	957	894	655	648	668	649	772
Anzahl Männer	295	288	244	263	291	295	403
Anzahl Ehepaare	195	193	132	137	151	131	158
Die jährlichen Leistungen pro Haushalt betragen in Fr.							
im Durchschnitt	1'355	1'437	1'437	1'283	1'290	856	642
im Minimum	60	60	60	60	60	60	60
im Maximum	9'876	8'052	8'686	8'928	7'880	6'260	8'712

d) Kommentar

Im Jahr 2001 wurden die AHV/IV-Renten und die Ergänzungsleistungen wieder der Teuerung angepasst. Die Berechnungsgrundlagen der Zusatzleistungen blieben unverändert. Die Anzahl der Auszahlungen hat sich gegenüber dem Vorjahr wieder erhöht, aber die einzelnen Leistungen sind niedriger ausgefallen. Immer noch ist die Anzahl der bezugsberechtigten, allein stehenden Frauen relativ hoch, weil sie oft niedrigere Renten und keine oder nur geringfügige Leistungen der 2. Säule erhalten.

5.1.4.2 Zusatzleistungen für Familien und allein Erziehende (FAZ)

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Familien und allein Erziehende geraten aufgrund der Kosten, die im Zusammenhang mit der Erziehung, Betreuung, Schulung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen entstehen, oft in finanzielle Engpässe. Die FAZ hat den Zweck, die Abgeltung dieser Kosten zu verbessern. Der Grosse Stadtrat hat mit B+A 13/2001 die Verlängerung des Reglements für weitere 5 Jahre beschlossen. Gleichzeitig wurden die Leistungen von max. Fr. 50.– pro Monat und Kind auf max. Fr. 100.– pro Monat und Kind verdoppelt.

b) Ergebnis

Höhe der Zusatzleistungen insgesamt:	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
in Fr.	17'064	44'968	49'725	51'338	56'770	93'284	143'335

c) Spezifische Kennzahlen

Es wurden Zusatzleistungen ausgerichtet an:	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Anzahl Haushalte	14	34	43	44	49	46	67
Anzahl Kinder	29	76	87	91	103	83	125
Die jährlichen Leistungen betragen im Durchschnitt in Fr. pro Haushalt	1'218	1'322	1'156	1'166	1'158	2'027	2'139
pro Kind	588	591	571	564	551	1'123	1'146

d) Kommentar

Allein Erziehende, kinderreiche Familien und junge Familien gehören gemäss der nationalen wie auch der kantonalen Armutsstudie zu den Gruppen der überdurchschnittlich von Armut Betroffenen.

5.1.4.3 Sozialamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Sozialamt der Stadt Luzern ist für die Ausrichtung der Sozialhilfe zuständig. Das Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern schreibt folgende Aufgaben vor:

- Wirtschaftliche Sozialhilfe für die Existenzsicherung
- Persönliche Sozialhilfe zur sozialen und beruflichen Integration
- Sonderhilfen: Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe
- Generelle Sozialhilfe

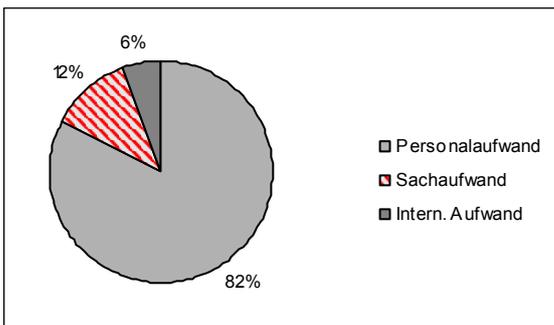
Das Sozialamt arbeitet in verschiedenen Gremien mit den Sozialdiensten der andern Gemeinden, dem kantonalen Sozialamt und den privaten Sozialdiensten eng zusammen. Im Stellenplan sind für die Durchführung dieser Aufgaben 28,5 Stellen bewilligt.

b) Ergebnis

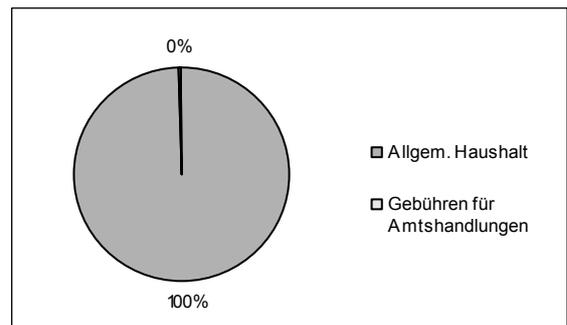
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	3'636'541	3'761'325	3'592'400	168'925	5%	124'784	3%
Ertrag	8'965	12'213	1'000	11'213	1'121%	3'248	36%
Ergebnis	-3'627'576	-3'749'112	-3'591'400	-157'712	-4%	-121'535	-3%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	Ver- änd.
Bruttoausgaben pro Personaleinheit (Wirtschaftliche Sozialhilfe)	1'262'739	1'521'515	1'425'039	1'339'550	1'323'198	- 1,2%
Nettokosten pro Personaleinheit	278'792	367'346	265'864	162'681	172'238	5,9%
Anzahl Personaleinheiten pro Mio. Nettoaufwand	3,6	2,7	3,8	7,5	5,8	-22,6%
Anzahl offene Fälle per 31.12./ ab 1999 Dossiers	1'308	1'241	1'186	1'123	1'169	3,8%

e) Kommentar

Die steigenden Dossierzahlen und die Tatsache, dass es für die Zielgruppe immer schwieriger wird Arbeit und günstigen Wohnraum zu finden, führen zu erhöhten Nettokosten.

Der hohen Zahl der Langzeitbeziehenden (3 Jahre und länger) wird grössere Aufmerksamkeit geschenkt.

5.1.4.4 Wirtschaftliche Sozialhilfe

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Sozialamt der Stadt Luzern hat den Auftrag, für die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Luzern Wirtschaftliche und Persönliche Sozialhilfe anzubieten. Als Bemessungsgrundlage gelten die Richtlinien der SKOS (Schweiz. Konferenz für Öffentliche Sozialhilfe). Die Aufteilung nach Herkunft der Klientinnen und Klienten ist Voraussetzung für die Geltendmachung der Kostenersatzpflicht durch andere Gemeinwesen. Der Auftrag ist im Sozialhilfegesetz des Kantons Luzern definiert. Der kantonale Ausgleichsfonds wurde eingerichtet, damit die Zentrumslasten der Stadt Luzern im Bereich der Wirtschaftlichen Sozialhilfe gemildert werden. Bekanntlich ist rund die Hälfte der Sozialhilfebeziehenden des Kantons in der Stadt wohnhaft.

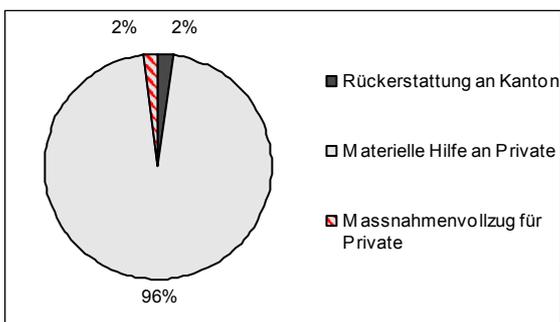
Die Gerichte können Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die straffällig werden, eine Massnahme in Form von z. B. einer Drogentherapie oder Arbeitserziehung verordnen. Die Finanzierung dieser Massnahme erfolgt jedoch durch die Wohngemeinde.

b) Ergebnis

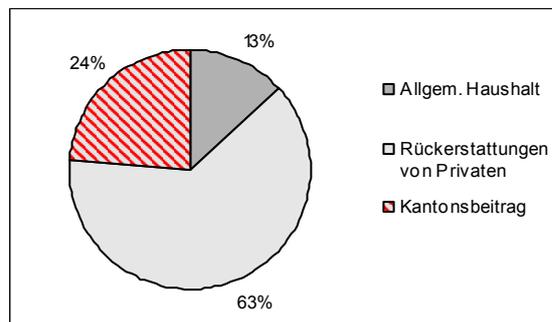
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	35'230'156	35'991'271	33'785'000	2'206'271	7%	761'115	2%
Ertrag	30'951'639	31'306'384	30'525'000	781'384	3%	354'744	1%
Ergebnis	-4'278'517	-4'684'887	-3'260'000	-1'424'887	-44%	-406'371	-9%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Anzahl Dossiers per 31.12. (kumul.)	1'804	1'742	1'888	1'738	1'818	4,6%
Stadtbürger/innen	257	256	275	256	312	21,8%
Kantonsbürger/innen	333	329	353	321	342	6,5%
Ausserkantonale	712	699	757	712	758	6,5%
Ausländer/innen	502	458	503	449	406	-9,6%
Nettoaufwand pro Dossier	3'851	5'377	3'703	2'462	2'576	4,6%

e) Kommentar

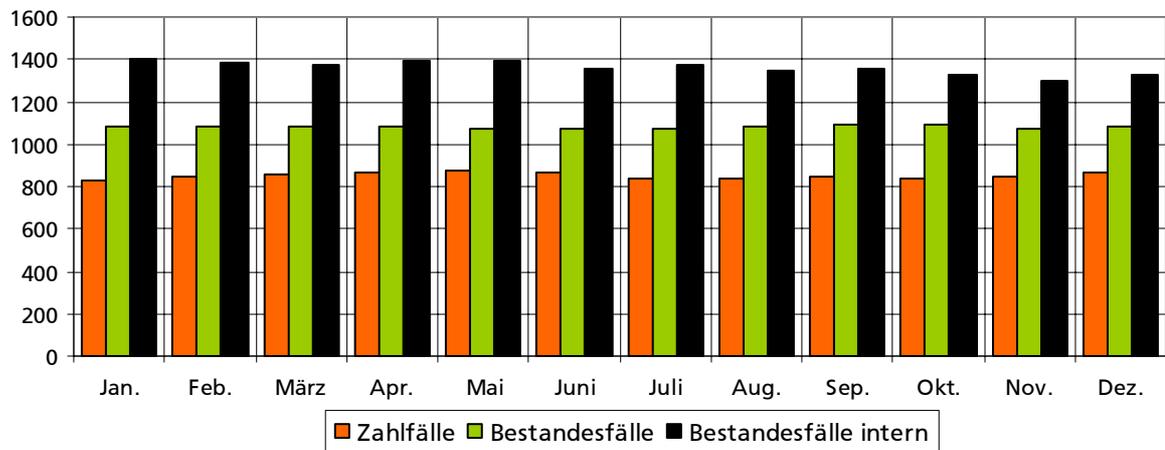
Die im Laufe des Jahres schlechter gewordenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen manifestieren sich in den steigenden Dossierzahlen.

Auffallend ist die kontinuierliche Veränderung der Dossierstruktur mit der massiven Zunahme der Stadtbürgerinnen und Stadtbürger, im gleichen Zug, wenn auch weniger ausgeprägt, der Rückgang der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer.

Am auffälligsten ist die Steigerung der Dossierzahlen bei den Bewohnerinnen von Alterseinrichtungen, die um knapp 25% zugenommen haben, aber auch die Auslagen für Massnahmenvollzugskosten für Jugendliche und junge Erwachsene sind stark gestiegen.

Andererseits konnten die Kosten für Beschäftigungsprogramme für Langzeitarbeitslose dank einer Regelung mit dem Kanton reduziert werden.

Entwicklung des Dossierbestandes im Sozialamt im Jahre 2002

**Zahlfälle:**

Als Zahlfälle werden per Stichtag die Fälle gezählt, die im entsprechenden Monat eine bedarfsabhängige Sozialhilfeleistung beziehen.

Bestandesfälle:

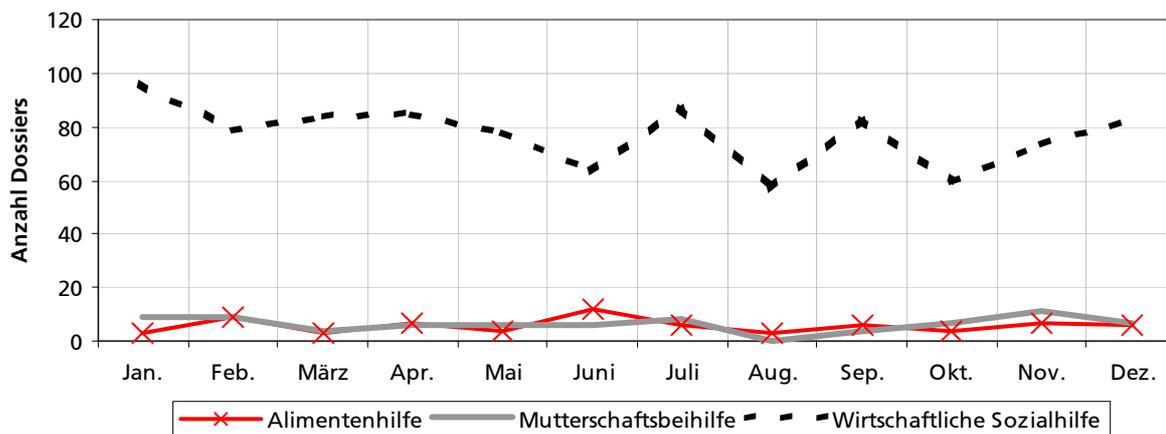
Als Bestandesfälle werden per Stichtag die Zahlfälle und die Fälle, deren letzter Leistungsbezug nicht über sechs Monate zurückliegt, gezählt (hohe "Rückfallgefährdung").

Bestandesfälle intern:

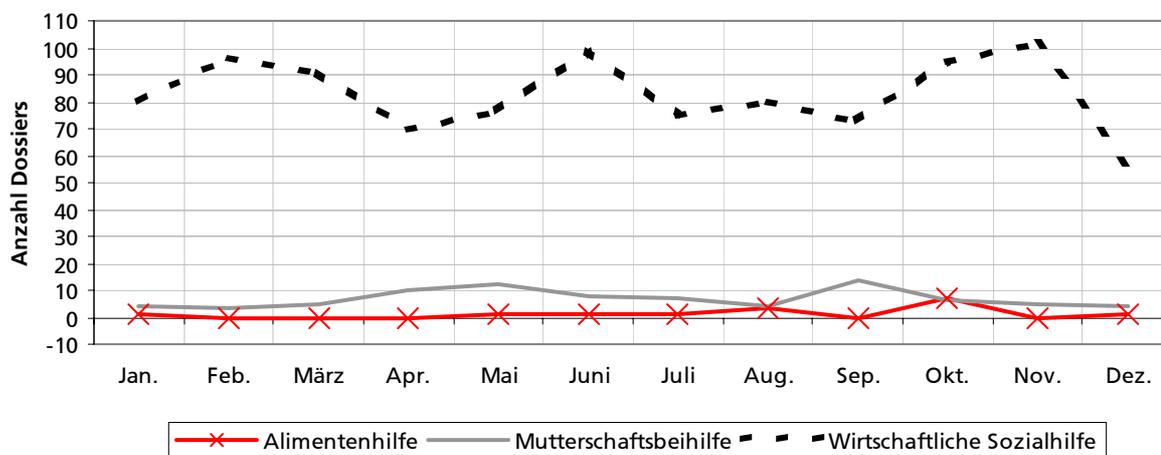
Hier werden per Stichtag alle aktiven Dossiers gezählt sowie alle pendenten Anfragen und/oder Abklärungen.

Übersicht über die Zu- und Abgänge von Dossiers im Sozialamt

Zugänge von Dossiers im Sozialamt 2002



Abgänge von Dossiers im Sozialamt 2002



Die starke Fluktuation bei der Wirtschaftlichen Sozialhilfe verursacht hohe Verwaltungskosten.

5.1.4.5 Mutterschaftsbeihilfe und Alimentenhilfe

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Mutterschaftsbeihilfe sichert Müttern und Familien während 12 Monaten ab Geburt des Kindes das soziale Existenzminimum, sofern dieses nicht durch Einkommen oder Vermögen gedeckt ist (§ 54 Kant. Sozialhilfegesetz SHG). Ab 1. Januar 2002 berechnet sich diese Leistung nach den SKOS-Richtlinien.

Die Alimentenhilfe umfasst einerseits die Bevorschussung von Kinderalimenten, sofern diese nicht rechtzeitig oder nicht vollständig bezahlt werden (§ 45 ff. SHG). Andererseits hat das Sozialamt Inkassohilfe für Ehegattenalimente und/oder Kinderalimente zu leisten, sofern diese nicht bevorschusst werden (§ 44 SHG).

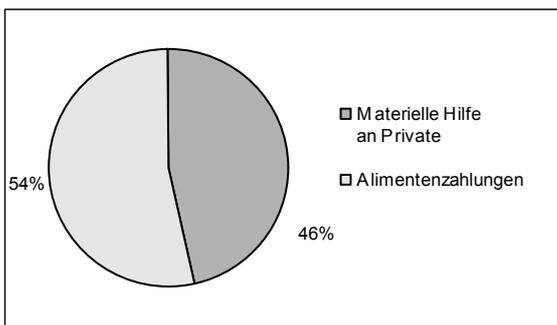
Nachdem die Inkassohilfe eigentlich nur als Durchlaufkonto dient und der Stadt keine Sachkosten entstehen, wurde dieses Konto nicht budgetiert. So lässt sich die grosse Abweichung zwischen Rechnung und Budget 2002 erklären.

b) Ergebnis

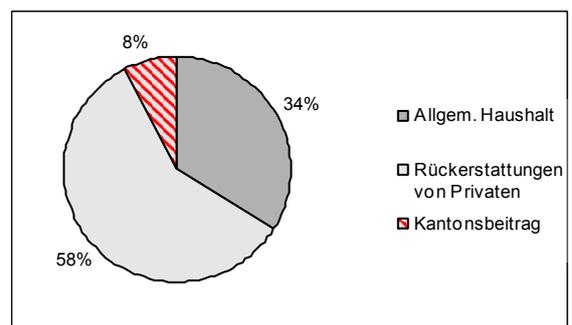
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	6'068'046	5'433'581	3'950'000	1'483'581	38%	-634'465	-10%
Ertrag	3'911'034	3'592'106	2'500'000	1'092'106	44%	-318'928	-8%
Ergebnis	-2'157'012	-1'841'476	-1'450'000	-391'476	-27%	315'537	15%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



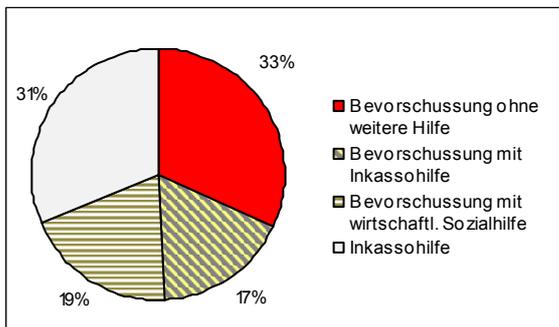
Ertragsstruktur



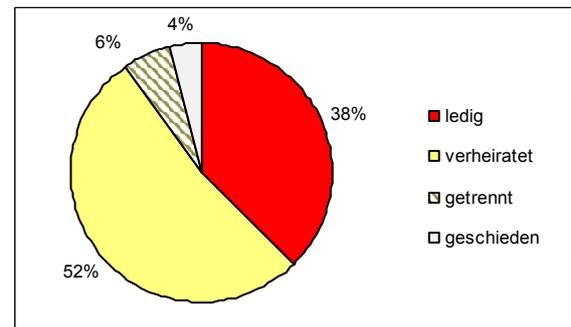
d) Spezifische Kennzahlen

	2000	2001	2002	Veränd.
Mutterschaftsbeihilfe				
Anzahl MBH (kumuliert)	146	166	149	-10%
Bruttoauszahlungen	2'163'946	2'965'849	2'518'031	-15%
Einnahmen (Renten/Lohn/Taggeld)	1'280'707	1'781'401	1'413'190	-20%
Beitrag Kanton (für Vorjahr)	389'624	320'338	415'747	29%
Nettoauszahlungen	493'615	864'110	689'094	-20%
Alimentenhilfe				
Anzahl Inkassodossiers (kumuliert)	537	547	616	12%
Anzahl Bevorschussungsdossiers (kum.)	278	265	266	0,3%
Bevorschusste Alimente	1'745'877	1'884'136	1'790'165	-5%
Rückerstattung / bez. Alimente	906'215	716'204	637'787	-10%
Rückerstattungsquote	52%	38%	36%	-5%
Anzahl Inkassohilfemandate (kumuliert)	107	114	122	7%
Einkassierte Beträge (Inkassohilfe)	1'250'165	1'093'089	1'125'384	3%

Aufteilung der Bevorschussung



Zivilstand der Bezügerinnen MBH



e) Kommentar

Bei der Mutterschaftsbeihilfe sind die Fallzahlen tiefer. Entsprechend reduzierten sich auch die Aufwendungen und Erträge. Die Aufwendungen für die Alimentenbevorschussung blieben praktisch unverändert. Bei der Rückerstattung wirkt sich die heutige rezessive Wirtschaftslage aus, sodass die Rückerstattungsquote tiefer liegt.

5.1.4.6 Amtsvormundschaft

a) Aufgaben / Dienstleistungen

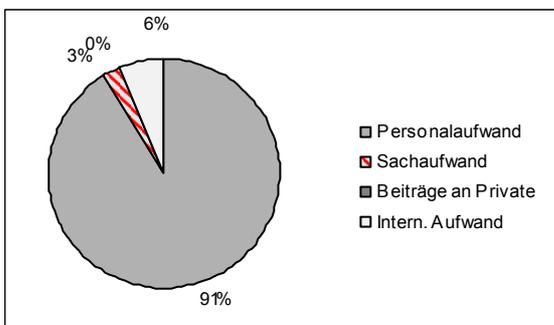
Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der Amtsvormundschaft führen vormundschaftliche und familienrechtliche Massnahmen (Beistandschaften, Beiratschaften und Vormundschaften), die ihnen von der Vormundschaftsbehörde zugeteilt werden. Sie unterstützen und betreuen, in Zusammenarbeit mit der Fachadministration und der Kasse/Buchhaltung, die Klientinnen und Klienten in persönlicher, finanzieller und rechtlicher Hinsicht.

b) Ergebnis

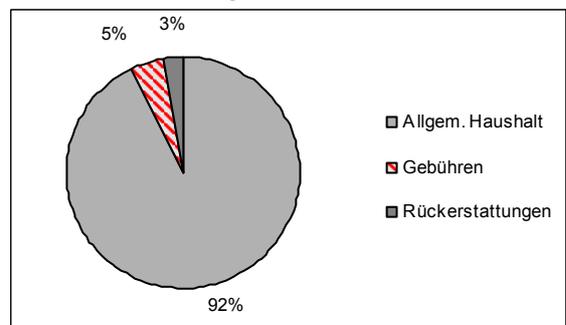
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	3'499'485	3'315'854	3'158'000	157'854	5%	-183'631	-5%
Ertrag	193'967	242'115	218'100	24'015	11%	48'147	25%
Ergebnis	-3'305'518	-3'073'740	-2'939'900	-133'840	-5%	231'778	7%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Betreute Klientinnen und Klienten		855	879	911	971	7%
davon gesetzliche Massnahmen	824	827	871	893	962	8%
davon freie Beratungen Kinder/Jugendliche		28	8	18	9	-50%
Massnahmen/Beratungen Kinder/Jugendliche	181			234	253	8%
Massnahmen Erwachsene	643			677	718	6%
Stellenprozente Mandatsträger/in	920	1'065	1'075	1'075	1'080	0%
Ø Anzahl Dossiers pro M'träger/in		80	82	85	90	6%

e) Kommentar

Wegen mehrfacher, lang andauernder krankheits- und unfallbedingter Ausfälle von Mitarbeitenden wurden Aushilfen angestellt. Dem daraus resultierenden Mehrbetrag beim Personalaufwand steht ein Mehrertrag bei den Rückerstattungen der SUVA entgegen. Die Entschädigung an die Mandatsträger/innen ist wegen abnehmender Finanzkraft der Klienten sowie gestiegener Pendenzen weiter rückläufig. Die Zunahme des Sachaufwands ist Folge der gestiegenen Klientenzahlen.

5.1.4.7 Sekretariat Vormundschaftsbehörde

a) Aufgaben / Dienstleistungen

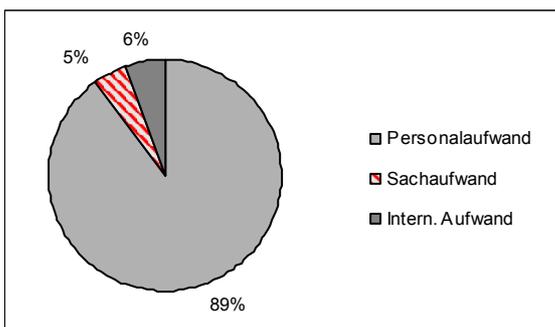
Vormundschaftsbehörde ist im Kanton Luzern der Gemeinderat. Er ist für die Anordnung und Aufhebung vormundschaftlicher Massnahmen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene zuständig, ernennet die beruflichen und privaten Betreuungspersonen und nimmt alle zwei Jahre deren Berichte und Rechnungen ab. Er stimmt nach Art. 421 ZGB allen wichtigen Geschäften zu, die über die ordentliche Verwaltung des Vermögens hinausgehen und stellt Anträge an den Regierungstatthalter im Rahmen des Adoptionsrechts und der Art. 404 und 422 ZGB. Überdies ist er für die Regelung des Kindesverhältnisses zum Vater und des Unterhalts für ausserhalb der Ehe geborene Kinder sowie für Besuchsrechtsregelungen und Einräumung der gemeinsamen elterlichen Sorge zuständig. Das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde bereitet alle Geschäfte der Vormundschaftsbehörde vor und führt die Verfahren durch.

b) Ergebnis

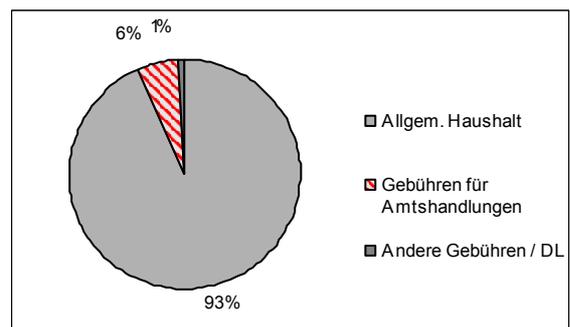
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	1'585'374	1'436'653	1'546'800	-110'147	-8%	-148'721	-9%
Ertrag	171'939	94'919	159'500	-64'582	-68%	-77'020	-45%
Ergebnis	-1'413'435	-1'341'734	-1'387'300	45'566	3%	71'701	5%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Anträge an Vormundschaftsbehörde		373	397	446	441	-1%
Sozialabklärungen	312	323	343	362	350	-3%
Neuanordnungen Massnahmen	161	146	183	161	181	12%
Aufhebung/Übertragung von Massnahmen	150	117	135	134	141	5%
Berichtsabnahmen	477	376	444	403	375	-7%
Vaterschafts-/Unterhaltsregelungen ohne Massnahmen	71	79	81	86	82	-5%
Zustimmungsgeschäfte	64	49	51	68	88	29%
Diverse Geschäfte	154	131	38	81	78	-4%
Inventare	75	96	70	90	74	-18%

e) Kommentar

Der starke Ertragsrückgang hängt zum Teil mit Buchungen zu Gunsten der Amtsvormundschaft und mit dem Rückgang der Berichtsabnahmen zusammen. Überdies können Gebühren nur dann in Rechnung gestellt werden, wenn die Klientschaft über finanzielle Mittel verfügt. Schwankungen beim Arbeitsanfall im Sekretariat der Vormundschaftsbehörde sind praktisch nicht beeinflussbar. Zugenommen haben Anträge auf Kindesschutzmassnahmen, auf Besuchsrechtsregelungen und auf Zuteilung der gemeinsamen elterlichen Sorge, die eine umfassende und sorgfältige Abklärung des sozialen Umfelds sowie zeitintensive Gespräche, viel Verständnis und Überzeugungsgeschick erfordern. Verschiedene private und kirchliche Dienste lehnen vermehrt individuelle

Betreuungen ab, sodass trotz grösster Zurückhaltung der Behörde die Zahl der Neuordnungen von Massnahmen um 12% zugenommen hat. Vor allem sind es Jugendliche und alte und/oder psychisch auffällige Menschen, die vormundschaftlicher Hilfe bedürfen. Der Rückgang der Abnahmen der Berichte und Abrechnungen hängt mit den zahlreichen Arbeitsausfällen in der Amtsvormundschaft zusammen. Zur Tätigkeit des Inventurbeamten gehören auch Wohnungsräumungen (60), die in der obigen Statistik nicht enthalten sind und die er für die Amtsvormundschaft ausgeführt hat.

5.1.4.8 Heime und Alterssiedlungen / Betagtenzentren

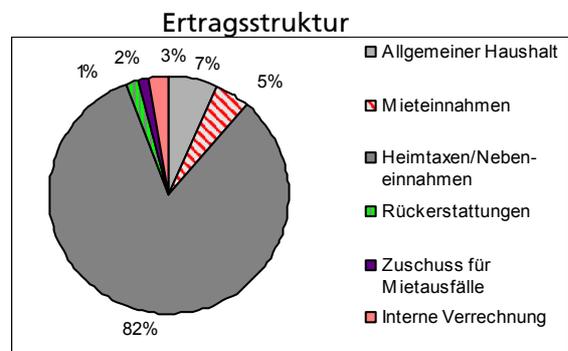
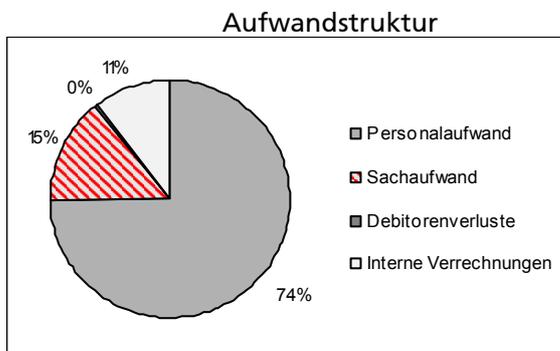
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Dienstabteilung Heime und Alterssiedlungen betreibt die ihr zugeordneten Alterseinrichtungen (Betagtenzentren, Pflegeheim, Pflegewohnungen) und Nebenbetriebe (Tagesheim, Alterssiedlungen, Personalhäuser, Schulungsräume, Einstellhallen, Thermalbad). Diese gewährleisten fachgerechte Pflege und ganzheitliche Betreuung von vorwiegend älteren Menschen, die aus somatischen, psychischen oder sozialen Gründen nicht mehr in ihrer angestammten Umgebung bleiben können, aber keine Spitalstruktur aus akut medizinischen Gründen benötigen.

b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	61'499'442	65'062'260	62'286'900	2'775'360	4%	3'562'817	6%
Ertrag	61'499'442	60'812'822	58'739'900	2'072'922	4%	-686'621	-1%
Ergebnis	0	-4'249'438	-3'547'000	-702'438	-20%	-4'249'438	

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Wohn- und Pflegeheime						
Anmeldungen	198	186	215	312	396	384
Durchschnittliche Wartetage:						
– Wohnheimanmeldungen					96	104
– Pflegeheimanmeldungen					63	55
Eintritte (inkl. Temporäraufenth.)	375	309	412	355	383	321
Austritte/Todesfälle (inkl. Temporäraufenthalte)	378	317	435	369	377	346
Bettenangebot (1. Januar)	870	860	846	814	816	774
Durchschnittliche Belegung	97%	96%	97%	96%	95%	96%
Tagesheim Eichhof						
Tagesangebot (1. Januar)	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Durchschnittliche Belegung		12	12	12	12	12
		37%	41%	68%	85%	76%
Alterswohnungen						
Anmeldungen	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Wohnungsangebot (1. Januar)	32	47	27	55	45	55
Durchschnittliche Belegung			273	272	270	269
			88%	91%	95%	96%

e) Kommentar

Die Zahlen zwischen Rechnung 2001 und Budget bzw. Rechnung 2002 sind durch die Eigenheiten der Software nicht zu vergleichen. Ab Rechnung 2002 wird bei den Betagtenzentren und Alterssiedlungen der Rechnungsausgleich nicht mehr verbucht.

Sowohl Personalkosten als auch Taxeinnahmen waren im Rechnungsjahr 2002 deutlich höher als budgetiert. Insgesamt konnte das Budgetziel gemäss Finanzbuchhaltung um rund Fr. 387'000.– (= 0,6%) knapp nicht erreicht werden.

Bei einer konstant bleibenden Altersbevölkerung blieben die Heimanmeldungen etwa auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Es ist in den nächsten Jahren mit keiner Entspannung zu rechnen. Das Bettenangebot reduzierte sich im Verlaufe des Berichtsjahres um 45 Heimplätze. Die vorübergehende Reduktion ist begründet durch das Umbauprojekt Wohnheim 2 des Betagtenzentrums Eichhof. Auf Anfang 2005 entstehen in diesem Gebäude 36 Einz Zimmer. Als zusätzliche Kompensation werden neben der Erweiterung der Pflegewohnungen ab 2003 auch Wohnheimbetten im Hochhaus des Betagtenzentrums Eichhof geprüft.

Die Heimplätze und Alterswohnungen sind trotz eines Angebots, das nicht durchgehend der Nachfrage entspricht, mit 96% gut ausgelastet. Die Auslastung des Tagesheims Eichhof wird in den nächsten Jahren vorübergehend zulegen, da durch den temporären Wegfall des Tagesheims in Kriens mit zusätzlichen Bewohnerinnen und Bewohnern aus dieser Gemeinde zu rechnen ist.

Die durchschnittliche Wartedauer auf einen Heimplatz blieb gegenüber dem Vorjahr etwa gleich. Diese Statistik muss vorsichtig interpretiert werden, da die Anmeldungen nach ihrer Dringlichkeit bearbeitet werden.

5.1.4.9 Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg

a) Aufgaben / Dienstleistungen

In der **Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg** wohnen 52 Kinder und Jugendliche, die aus verschiedenen Gründen für eine bestimmte Zeit nicht in ihrer Familie aufwachsen können. Aufgrund ihrer persönlichen und sozialen Situation bedürfen sie einer gezielten und individuellen stationären Förderung.

In der **Wohnbegleitung Rank** finden 6 junge Erwachsene der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg Aufnahme, die bereits weitgehend selbstständig und eigenverantwortlich denken und handeln. Die Siedlung bietet ihnen mit diesen Einzimmerwohnungen die Möglichkeit, diese Kompetenzen zu erweitern und gleichzeitig das selbstständige Wohnen zu erproben.

Der interne **Sozialdienst** der Siedlung bereitet mit den Jugendlichen den Austritt aus der KJU vor und begleitet sie helfend und beratend auf ihrem Weg in die Selbstständigkeit.

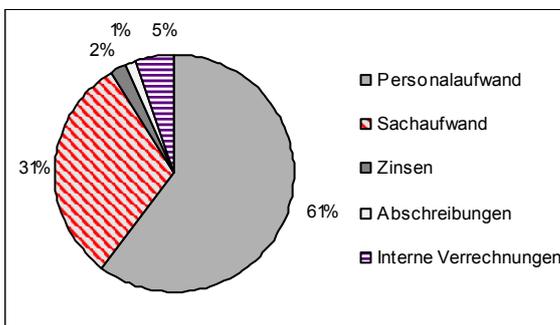
Die Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg ist eine anerkannte Institution im Sinne des kantonalen Heimfinanzierungsgesetzes und der interkantonalen Heimfinanzierung. Die Siedlung gilt als subventionierte Erziehungseinrichtung gemäss dem Bundesgesetz über Bundesbeiträge an Erziehungseinrichtungen.

b) Ergebnis

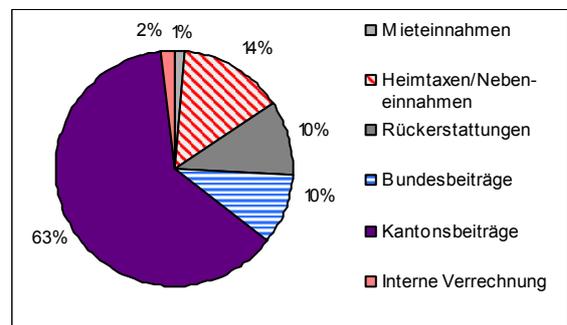
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	5'024'616	6'615'043	6'012'700	602'343	10%	1'590'427	32%
Ertrag	5'024'616	7'332'940	5'292'700	2'040'240	39%	2'308'324	46%
Ergebnis	0	717'897	- 720'000	1'437'897	200%	717'897	

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Eintritte	14	18	15	22	19	15
Austritte	15	13	19	24	19	15
Platzangebot (1. Januar)	60	60	60	55	58	58
Durchschnittliche Belegung	88%	90%	90%	87%	89%	91%

e) Kommentar

Kinder und Jugendliche

Das ausserordentlich gute Ergebnis ist, gestützt auf das kantonale Heimfinanzierungsgesetz, auf Nachzahlungen aus früheren Jahren zurückzuführen.

Die KJU erhielt 2002 sehr viele Anfragen für die Aufnahme von Jugendlichen im Alter von 13 bis 16 Jahren. Deren grosser Drang nach Freiheit, starke Differenzen mit den Eltern, unregelmässige Schulbesuche, Schulabbrüche und erste Erfahrungen mit Suchtmitteln führten zur Fremdplatzierung. Die offenen Strukturen der Siedlung erwiesen sich für diese Jugendlichen als nicht immer geeignet. Sie brachten viel Unruhe und Belastungen in die Wohngruppen. Für einzelne Jugendliche musste eine andere Lösung gesucht werden, andere wurden für 2 bis 3 Wochen in ein Time-out geschickt.

Durch diese Erfahrungen wurden der KJU auch ihre Grenzen aufgezeigt. Andererseits wurden auch die Stärken und Qualitäten der KJU veranschaulicht und bekräftigt.

Als Folge wird im Aufnahmeverfahren differenzierter auf die Hintergründe der Fremdplatzierung geachtet und selektiv beurteilt, wie weit die KJU für die Jugendlichen geeignet ist. Mit den neuen Jugendlichen und deren Eltern werden klare, schriftliche Aufenthaltsziele vereinbart. Diese Massnahmen führten im zweiten Halbjahr zu einer deutlichen Beruhigung des Heimalltages.

Organisation, Mitarbeitende

Im September 2001 wurde in der KJU mit dem Qualitätsmanagement nach dem Arge-Q-Konzept gestartet. Jede Wohngruppe, jede Abteilung formuliert 3–5 Qualitätsanliegen.

Zur Qualitätsoptimierung werden diese Kernziele in periodischen Qualitäts-Reflexions-Schlaufen überprüft.

An verschiedenen internen und externen Fortbildungen wurden die Mitarbeitenden der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg während des Berichtsjahres im lösungsorientierten sozialpädagogischen Handeln nach Steve de Shazer geschult und gefördert.

5.2 Bildungsdirektion

Schulklasse im Schulhaus Würzenbach. Die Volksschule bleibt weiterhin eine zentrale Aufgabe der Stadt Luzern.

Vorwort von Urs W. Studer, Bildungsdirektor

Die für die Direktion wichtigsten Geschäfte betrafen entweder betriebsinterne Angelegenheiten oder die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinwesen. Das Projekt Unternehmenskultur, mit dem das Personalamt bereits im vergangenen Jahr beauftragt wurde, fand 2002 seine Fortsetzung und mit dem Personalanlass vom 28. Oktober 2002 im KKL einen Höhepunkt. Die zahlreichen positiven Rückmeldungen belegen, wie sehr der Anlass von allen Beteiligten geschätzt wurde. Mit weiteren Aktionen – getragen von Dienstabteilungen aus allen Direktionen – wurden Motivation und Zusammengehörigkeitsgefühl der im Unternehmen Stadt Luzern Tätigen weiter gefördert.

Im Zusammenhang mit der Kantonalisierung der Berufsschulen wurde die Gewerbliche Berufsschule der Stadt Luzern (GBL) auf den 1. Januar 2003 planmässig in die kantonale Trägerschaft übergeführt. Sämtliche Mitarbeitenden der GBL wurden anlässlich einer Sonderaufführung der Oper Carmen im Luzerner Theater einerseits durch den städtischen Bildungsdirektor verabschiedet und andererseits durch Regierungsrat Dr. Ulrich Fässler beim Kanton willkommen geheissen.

Abschied nahmen wir per Ende Schuljahr 2001/02 auch von der Zentralschweizerischen Verkehrsschule Luzern. Mit dem Ende der Monopolberufe der eidgenössischen Verwaltungen und Verkehrsbetriebe war auch das Ende der während 90 Jahren auf diese Berufe vorbereitenden Schule absehbar. Ihr grundlegendes Ausbildungsangebot wird jedoch durch die Wirtschaftsmittelschule weiterhin gewährleistet.

Seit Ende 2001 führten Stadt und Kanton Verhandlungen darüber, wie die finanzielle Mitverantwortung für die grossen Kulturinstitutionen künftig geregelt werden soll. Dies im Sinne der Nachbearbeitung einer Pendeuz aus den Verhandlungen zum Finanzausgleich und gleichzeitig im Sinne einer teilweisen Vorwegnahme der Aufgabenteilung im Kulturbereich. In den Verhandlungen mit dem Regierungsrat zeigte sich, dass der Kanton auf eine Mitfinan-

zierung des KKL-Betriebes verzichten will, weil bei der Beschlussfassung über die Beteiligung an den Investitionskosten für das KKL immer klar festgehalten wurde, dass sich der Kanton an den Betriebskosten nicht beteiligen werde. Im Gegenzug zeigte sich der Regierungsrat bereit, zwei weitere Entlastungsschritte bei der Finanzierung der grossen professionellen Kulturbetriebe auf Stadtgebiet – Luzerner Theater und Luzerner Sinfonieorchester – in Aussicht zu nehmen. Bis Ende 2007 erhöht der Kanton seine Aufwendungen für Theater und Orchester um jährlich insgesamt 2 Mio. Franken auf einen Gesamtsubventionsanteil von 40 Prozent. Für die Zeit danach wird eine Übergabe der Federführung für die Theater- und Orchesterfinanzierung an den Kanton in Aussicht genommen. Ferner will der Kanton die unerlässliche Aufstockung der Betriebsmittel beim Kunstmuseum zu vier Fünfteln übernehmen.

In der Folge haben die Verantwortlichen der Stadt in enger Zusammenarbeit mit den Führungsorganen des KKL dessen Finanzbedarf für die nächsten Jahre genau analysiert, in den Zusammenhang einer Kostenrechnung und einer klaren Unternehmensstrategie gestellt und auf dieser Basis Planrechnungen für die nächsten 10 bis 25 Jahre erstellt. Es ist absehbar, dass der Stadtrat dem Parlament einen Kredit über 18 Mio. Franken zur Ablösung der Fremdfinanzierung des KKL sowie einen zusätzlichen jährlichen Beitrag von 1 Mio. Franken zur betrieblichen Stabilisierung vorschlagen wird.

Im Sommer sprachen sich die Exekutiven von Littau und Luzern anlässlich eines Zusammenkommens dafür aus, die politischen, ökonomischen und demokratischen Vor- und Nachteile einer Gemeindefusion von neutraler Stelle analysieren zu lassen. Im Herbst wurde in beiden Parlamenten eine Motion eingereicht und überwiesen, die einen Planungsbericht zur Fusion der Stadt Luzern und der Gemeinde Littau verlangt. Beraten und unterstützt vom Amt für Gemeinden wurden die Vorbereitungsarbeiten für die Studie getätigt. Im Spätsommer 2003 werden die Resultate der strategischen Fusionsstudie erwartet.

5.2.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele

- Kantonalisierung der Gewerblichen Berufsschulen unter Federführung des Kantons auf den 1. Januar 2003 umgesetzt und erste Schritte zur Kantonalisierung der Städtischen Mittelschulen eingeleitet
- Luzerner Theater / Luzerner Sinfonieorchester: Trägerschafts- und Finanzierungskonzept erstellt und Meinungsbildung darüber abgeschlossen
- Stadtmarketing: Bestandesaufnahme und Neuausrichtung vorgenommen

Kantonalisierung der Gewerblichen Berufsschulen und der Städtischen Mittelschulen

Die Kantonalisierung der Gewerblichen Berufsschule konnte planmässig auf den 1. Januar 2003 vollzogen werden.

Die Kantonalisierung der Städtischen Mittelschulen wurde mit dem Bildungsdepartement des Kantons Luzern andiskutiert, mit dem Ergebnis, dass die Stadt den bestehenden Vertrag mit dem Kanton auf den 31. Juli 2007 (frühester Termin) im 2003 kündigen wird und damit die Städtischen Mittelschulen ebenfalls in kantonale Trägerschaft übergeführt werden.

Luzerner Theater / Luzerner Sinfonieorchester

Das Projekt Theater / LSO 2005, welches im Jahr 2001 im Auftrag von Theater, Sinfonieorchester, Regionalkonferenz Kultur, Kanton und Stadt Luzern startete, konnte Ende 2002 mit einem erfreulichen Ergebnis abgeschlossen werden. Unter der Projektleitung der Firma Interface, Luzern, einigten sich die Parteien auf das strategische Ziel einer Zusammenführung beider Betriebe unter eine Trägerschaft. Diese ist für die strategische Führung und insbesondere öffentliche Finanzierung beider Kulturbetriebe, die in ihren unterschiedlichen Angeboten unabhängig bleiben, zuständig. Damit wird eine engere Kooperation, eine bessere Koordination und auch ein Synergieeffekt angestrebt. Die Betriebe sollen ab 2008 in der neuen Struktur organisiert sein. Bis dahin soll das bestehende Vertragswerk mit einer schrittweisen Erhöhung des Kantonsbeitrages verlängert werden.

Stadtmarketing

Im Rahmen der Projektentwicklung "Integrierte Kommunikation" erhielt die Stelle Kommunikation und Stadtmarketing vom Stadtrat im Oktober 2002 den Auftrag, die Ausrichtung und Organisation des Stadtmarketings Luzern zu überprüfen. Die Standortbestimmung hat ergeben, dass innerhalb und ausserhalb der Stadtverwaltung Luzern unterschiedliche oder widersprüchliche Vorstellungen über die Bedeutung und Funktionsbereiche des Stadtmarketings (durch die Stadt Luzern) bestehen. Das erschwert weiterhin die gezielte Ausrichtung und Koordination entsprechender Aktivitäten. Die Neuausrichtung des Stadtmarketings wird als Teilprojekt "Integrierte Kommunikation" weitergeführt und ist per Ende 2002 noch nicht abgeschlossen.

5.2.2 Rechnungsergebnis im Überblick

Präsidualstab, Stadtkanzlei, Personalamt

in Fr. 1'000.--

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 02	B 02	Abwei- chung	in %	R 02	B 02	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/ Min- derertrag	Minder- aufwand / Mehrertrag
K101 Grosser Stadtrat	347	333	14	4%	0	0	0		(347)	14	
K102 Stadtrat	4'545	4'669	-124	-3%	61	80	-19	-24%	(4'484)		105
K111 Präsidualstab	335	366	-31	-8%	6	0	6		(329)		37
K112 Stadtkanzlei	2'261	2'433	-172	-7%	150	160	-10	-6%	(2'112)		161
K115 Personalamt <i>Spezialaufgaben</i>	1'776	1'916	-140	-7%	710	683	27	4%	(1'066)		167
K121 Stadtarchiv	653	656	-3	0%	8	9	-1	-11%	(645)		3
K123 Kommunikation & Stadtmarketing	1'293	947	346	37%	0	0	0		(1'293)	346	
K126 Leistungen städti- sches Personal	1'286	1'116	170	15%	119	167	-48	-29%	(1'167)	217	
Total	12'495	12'436	59	0%	1'053	1'098	-45	-4%	(11'443)	577	473
Nettover- schlechterung											104

Die Bildungsdirektion+ (Stadtkanzlei, Personalamt und Präsidualstab) schliesst gegenüber dem Budget mit einer Nettoverschlechterung von Fr. 104'000.– ab. Mehrere ausserordentliche Faktoren haben zu diesem Ergebnis geführt.

Der Grosse Stadtrat verzeichnete mehr ganztägige Sitzungen und mehr Kommissionssitzungen als budgetiert. Daraus entstanden höhere Sitzungsgelder.

Beim Stadtrat waren Lohn- und PK-Basis zu hoch angesetzt. Ausserdem fiel der Luzerner Empfang günstiger aus.

Im Präsidualstab resultieren die Minderaufwendungen vor allem aufgrund weniger Anmeldungen und geändertem Rahmenprogramm der Jungbürgerfeier.

In der Stadtkanzlei wurde der Stellenplan nicht voll ausgeschöpft. Bei den Projektkosten PASL wurden irrtümlich auch auszuführende Projekte budgetiert. Die EDV-Dienstleistungen kosteten 2002 erheblich weniger als angenommen.

Auch für das Personalamt fielen die Kosten für EDV-Dienstleistungen bedingt durch eine neue Berechnung für Unterhalt von Kernapplikationen tiefer aus als budgetiert. Im Lohnbereich konnten durch Pensenanpassungen Einsparungen erzielt werden.

Im Bereich Kommunikation und Stadtmarketing fielen unvorhersehbare Kosten an: Für Mitfinanzierung der touristischen Dachmarke Luzern, Präsentation für den Sentipark, Werbung und Festakt zur Eröffnung des Museums Rosengart, Positionierung und Einweihung der Skulptur Niké, Entwicklung und Planung des Projektes Integrierte Kommunikation sowie Beitrag an die Fernsehsendung "Wetten dass..?". Bei den Leistungen für das städtische Personal fiel die gestiegene Anzahl Praktikantenplätze finanziell ins Gewicht. Ausserdem führten die Anpassung des Beitrages pro Person für den Abteilungsanlass und der Personalanlass im KKL im Rahmen des Projekts Unternehmenskultur zu bedeutenden Mehrkosten gegenüber dem Budget.

Bildungsdirektion

in Fr. 1'000.--		Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
		R 02	B 02	Abwei- chung	in %	R 02	B 02	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/ Min- derertrag	Minder- aufwand / Mehrertrag
K311	Schulbehörde und Stab Bildungsdi- rektion	1'806	1'681	124	7%	757	222	535	241%	(1'048)		411
K312	Kindergärten	4'293	4'084	209	5%	656	643	13	2%	(3'637)	196	
K313	Primarschulen, Kleinklassen und Schulleitung	32'747	32'719	28	0%	4'946	4'935	11	0%	(27'801)	16	
K314	Oberstufe	14'328	14'991	-663	-4%	3'987	4'111	-124	-3%	(10'341)		539
K315	Schulpsych. Dienst	1'189	1'187	1	0%	0	0	0		(1'189)	2	
K317	Sport und Freizeit	3'194	3'144	50	2%	931	1'066	-135	-13%	(2'262)	184	
K318	Schulzahnärztl. Dienst	982	993	-10	-1%	493	564	-71	-13%	(489)	60	
K319	Kultur, Kinder- und Jugend, Sedel <i>Spezialaufgaben</i>	1'757	1'753	4	0%	355	349	6	2%	(1'402)		2
K321	Sonderschulen	4'580	3'932	648	16%	3'335	3'166	169	5%	(1'245)	479	
K322	Lehrerfortbildung	42	82	-40	-49%	90	66	24	36%	48		64
K323	Elternschule	70	82	-12	-15%	31	38	-7	-18%	(39)		5
K324	Schülerhorte	2'110	2'031	79	4%	429	398	32	8%	(1'680)	46	
K325	Sonderaufwendun- gen Volksschule	906	919	-13	-1%	6	7	-1	-14%	(900)		12
K326	Maria-Hilf-Kirche	93	90	3	3%	0	0	0		(93)	3	
K327	Kulturförderung	0	0	0		0	0	0		0		
K328	Stadtbibliothek <i>Beitragswesen</i>	1'747	1'676	71	4%	331	242	89	37%	(1'416)		18
K372	Beitr. Bildung	19'769	17'045	2'724	16%	0	0	0		(19'769)	2'724	
K373	Beitr. Kultur und Freizeit <i>Spezial- finanzierungen</i>	34	36	-2	-6%	0	0	0		(34)		2
K391	Musikschule	5'775	5'788	-13	0%	5'775	5'788	-13	0%	0		
K393	Gewerbliche Berufsschule	33'005	31'750	1'255	4%	42'013	31'752	10'261	32%	9'008		9'006
K396	Diplommittelschule	3'662	3'641	21	1%	3'662	3'641	21	1%	0		
K397	Wirtschaftsmittel- schule	7'738	7'288	450	6%	7'738	7'288	450	6%	0		
K398	ZVL	622	885	-263	-30%	622	885	-263	-30%	0		
Total		140'446	135'796	4'651	3%	76'157	65'159	10'998	17%	(64'289)	3'710	10'059
Nettover- besserung											6'349	

Die Rechnung 2002 der Bildungsdirektion schliesst mit Mehraufwendungen über Fr. 3,7 Mio. und Mehrerträgen über Fr. 10,1 Mio. insgesamt Fr. 6,3 Mio. besser ab als budgetiert.

Im Bereich Direktionsstab und Schulbehörde führten die Abschreibung einer Restforderung aus dem FCL-Nachlass und eine interne Verrechnung für die Administration der Schulpflege zu einem Mehraufwand von Fr. 124'000.–. Gleichzeitig resultierte ein Mehrertrag von Fr. 535'000.– als Folge einer neuen internen Verrechnung der Leistungen des Sta-

bes BID für die Volksschule. Diese Verrechnungen wurden notwendig, um mit der Einführung von KORE für die Volksschule Vollkosten ausweisen zu können.

Zwei längere Krankheitsfälle und mehrere Mutterschaftsurlaube führten bei den Kindergärten zu einem Mehraufwand von Fr. 209'000.–.

Personalmutationen, eine geringere Anzahl Förderangebote als angenommen sowie die Bildung einer 2. Realklasse aus zwei 1. Realklassen im Schulhaus Utenberg führten auf der

Oberstufe zu einem Minderaufwand von Fr. 663'000.–.

Der FCL-Nachlass und mehr Gratis-Hallenbelegungen durch Jugendliche ergaben im Bereich Sport und Freizeit Mindereinnahmen von Fr. 135'000.–.

Mehr Patienten mit Sozialtarif und generell zu optimistisch budgetierte Erträge bewirkten im Schulzahnärztlichen Dienst Mindereinnahmen.

Im Bereich Sonderschulen führten mehrere Schwangerschaftsurlaube und längere Krankheitsfälle zu einem Mehraufwand von Fr. 648'000.–. Gleichzeitig stieg jedoch der Ertrag um Fr. 169'000.– durch die höhere Anzahl Kinder und die damit höheren Bundes- und Kantonssubventionen.

Eine geringere Anzahl Lehrerweiterbildungskurse als angenommen und eine Systemänderung bei der kantonalen Subventionierung führten einerseits zu einer Aufwandminderung, andererseits aber zu einem Mehrertrag.

Weniger durchgeführte Elternschulkurse ergaben einen Minderaufwand und einen Minderertrag.

Der Mittagstisch Steinhof und das Projekt Ferienhort sowie die höhere Hortbelegung führten zu einem Mehraufwand von Fr. 79'000.–, aber auch zu einem Mehrertrag von Fr. 32'000.– bei den Schülerhorten.

Ein Mutterschaftsurlaub und diverse Anpassungsarbeiten an Regalen und Infotafeln be-

wirkten bei der Stadtbibliothek Mehraufwand von 4%. Dieser wurde jedoch gedeckt durch die um 37% höher als budgetiert ausgefallenen Ausleiherrträge.

Die Beiträge Bildung stiegen um Fr. 2,724 Mio. im Zusammenhang mit der Kantonalisierung der Gewerblichen Berufsschule, da Schlusszahlungen der Gemeinden bis und mit Ende 2002 und nicht wie budgetiert bis Ende 2001 geleistet werden mussten.

Der Bereich Gewerbliche Berufsschule verzeichnet durch die Integration des Projektes SOS (Schulabgänger ohne Lehrstelle), Pensenerichtigungen und Überstundenauszahlungen einen Mehraufwand von Fr. 1,255 Mio. Durch die Kantonalisierung flossen noch Bundes- und Kantonssubventionen für das ganze Jahr 2002 und nicht wie budgetiert bis Ende Schuljahr 2001/02 resp. Ende Kalenderjahr 2001. Daraus resultierte ein Mehrertrag von Fr. 9 Mio.

Die Kreditüber- und Kreditunterschreitungen bei Wirtschaftsmittelschule und ZVL sind auf Penserverschiebungen im Zusammenhang mit der Auflösung der ZVL auf Ende Schuljahr 01/02 und auf mehr Stellvertretungskosten als angenommen zurückzuführen. Die gesamten ungedeckten Kosten der Mittelschulen für auswärtige Schüler liegen mit 3,26% unterhalb der mit dem Kanton vereinbarten maximal 10% der Bruttokosten. Der Beitrag der Gemeinden beträgt pro Schüler/in und Jahr derzeit Fr. 16'500.– und muss vorläufig nicht erhöht werden.

5.2.3 Schulpflege

Die Schulpflege erledigte in zehn halbtägigen Sitzungen die anfallenden strategischen Arbeiten der zweiten Hälfte Schuljahr 2001/2002 sowie der ersten Hälfte Schuljahr 2002/2003. Die Mitglieder arbeiteten zudem in diversen Projektgruppen mit und nahmen an bildungspolitischen Veranstaltungen teil. Für das Schuljahr 2002/2003 hat die Schulpflege folgende Ziele sowie die daraus resultierenden Projekte beschlossen: Die Pensentlastungen der Schulhausleitungen sollen überprüft und entsprechende Massnahmen eingeleitet werden. Als zweites Ziel soll die Diskussion und Überprüfung betreffend die notwendigen Bildungsinhalte in der Volksschule vorangetrieben werden. Weitere Projekte, die 2002 gestartet wurden, sind: Neuorganisation Sekundarstufe I, Aufbau Leistungsauftrag mit Globalbudget sowie die Qualitätssicherung an der städtischen Volksschule.

Die Schulpflege hat im Verlauf des Jahres das Leitbild der Volksschule Stadt Luzern genehmigt und sich bei der Diskussion um die familienergänzende Kinderbetreuung erfolgreich für die Planung eines Pilotprojekts Tagesschule eingesetzt. Sie nimmt zudem bei der im Herbst 2002 begonnenen Evaluation der Organisation der städtischen Volksschule teil. An diversen Bildungsveranstaltungen haben sich die Mitglieder der Schulpflege für die Anliegen und Bedürfnisse der Volksschule engagiert.

Wegen Wohnortswechsels reichte Lilian Wassmer, SVP, per 31. Oktober 2002 ihren Rücktritt ein. Der Grosse Stadtrat wählte mit Amtsantritt 1. Januar 2003 Frau Eveline Andrea Oetterli, SVP, als neues Mitglied der Schulpflege.

5.2.4 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Präsidialstab

Die Einwohnersprechstunde erfreut sich nach wie vor grosser Beliebtheit. Männer und Frauen jeglichen Alters nutzen die Gelegenheit zu einem persönlichen Gespräch mit dem Stadtpräsidenten und schätzen es, auf diese Weise ihre Anliegen direkt und unkompliziert deponieren zu können. Die wichtigsten Themen sind: Steuerfragen und Erlassgesuche, Verkehr, öffentliche Ordnung und Sicherheit. Oft kann die Stadt nicht direkt helfen, etwa bei persönlichen Problemen, bei Wohnungs- und Arbeitssuche oder in Niederlassungsfragen. Einige wünschen sich finanzielle oder ideelle Unterstützung für private Projekte.

Städtepartnerschaften

Schwergewicht im Jahr 2002 war die offizielle Verschwisterung mit Potsdam. Die Stadt der Schlösser und Gärten konnte sich an der Luga prominent präsentieren. Die Gründung der lokalen Partnerschaftsplattform "Team Potsdam" stiess auf grosses Interesse. Bildung, Kultur, Sport, Tourismus und Wirtschaft bilden die Schwerpunkte.

Stadtkanzlei

Nebst den Kernaufgaben wurden unter Federführung der Stadtkanzlei die Arbeiten am neuen Organisationsrecht der Stadtverwaltung abgeschlossen. Am 1. September 2002 traten das neue Reglement über die Organisation der Stadtverwaltung und die dazugehörige Verordnung des Stadtrates in Kraft. Gleichzeitig löste eine neue, zeitgemässe Geschäftsordnung des Stadtrates ihre Vorgängerin aus dem Jahre 1980 ab.

Im Berichtsjahr wurden auch die Arbeiten am Aufbau der städtischen Rechtssammlung im Wesentlichen abgeschlossen. Die städtische Rechtssammlungs-Kommission wurde mit der Änderung des Reglements über die Rechtssammlung durch den Grossen Stadtrat auf den 31. August 2002 aufgelöst.

Im November 2002 wurde das CD-Manual der Stadt Luzern nach gründlicher Überarbeitung neu aufgelegt. Nebst einem Quick-Manual für alle betroffenen Mitarbeitenden ist es neu in elektronischer, ständig aktualisierter Form vorhanden.

Sekretariat des Grossen Stadtrates

Die im Sommer 2001 eingeführte Neukonzeption des Sekretariates des Grossen Stadtrates hat sich bewährt. Die von der Administration getrennte Protokollführung funktioniert sehr gut. Im Februar 2002 konnten die öffentlichen Dokumente des Grossen Stadtrates im Internet zugänglich gemacht werden. Die im Oktober 2001 eingeführten Sicherheitsvorkehrungen vor und während der Parlamentssitzungen im Rathaus wurden während des ganzen Berichtsjahres weitergeführt.

Anlässe

Aus den verschiedenen von der Stadtkanzlei organisierten Anlässen sind folgende erwähnenswert:

- Einweihung des neu benannten Rosengartplatzes im Mai 2002
- Volksapéro zu Ehren des Gesamt-Bundesrates unter der Egg Anfang Juli 2002
- Tagung der Gemeinderäte der zwölf Pilatusgemeinden in Luzern Mitte September 2002
- Europa-Forum Luzern vom 22. bis 24. Oktober 2002 zum Thema "Perspektiven des Wirtschaftsstandortes Europa" mit dem Gastland Norwegen
- Luzerner Empfang anlässlich der Gwand Fashion-Show am 29. November 2002

Anlässlich einer Sitzung des Grossen Stadtrates verlieh der Stadtrat im Mai Frau Dr. Judith Stamm und Herrn Alfred N. Becker die Ehrennadel der Stadt Luzern für besondere Verdienste.

Kommunikation und Stadtmarketing

Neben der Medienarbeit – Information der Öffentlichkeit über die Arbeit von Stadtrat und Verwaltung durch die Medien – gab sich die Stelle für Kommunikation und Stadtmarketing in verschiedenste Projektarbeiten ein, z. B.: Planung Hallenbad, Entwicklung Thesen Allmend, Mobilitätsplanung Agglomeration, Einführung Abfallreglement, Planung Uni Luzern. Im Rahmen der 23. Luga wurde die neue Partnerstadt Potsdam präsentiert. Mitbeteiligt ist Kommunikation und Stadtmarketing bei der Entwicklung von E-Government in der Stadtverwaltung. Die Stelle ist Auftraggeberin und Mitbeteiligte der Neugestaltung des städtischen Internet-Auftritts. Zudem wurde der Prozess zur Einführung von Integrierter Kommunikation in der Stadtverwaltung gestartet. Interne und externe Kommunikation sollen als Führungsinstrument ab Start jeder

Planung miteinbezogen sein. Im Rahmen dieses mehrjährigen dreistufigen Prozesses (Strategie, Instrumentarium, Ausbildung) wurde auch die Neuausrichtung des Arbeitsfeldes Stadtmarketing angegangen.

Stadtarchiv

Neben Erschliessung und vorarchivischer Arbeit bildete bei den Stammaufgaben die Konservierung einen Schwerpunkt. Unter Beizug eines externen Spezialisten für Konservierungsfragen wurde eine Analyse der Problemfelder durchgeführt und ein umfassender Massnahmenkatalog mit Definition der prioritären Bereiche erstellt. Teilweise ist noch die Ausarbeitung von Detailkonzepten nötig. Dringliche Sofortmassnahmen sind bereits umgesetzt worden.

Über das ganze Jahr fand eine intensive Auseinandersetzung mit dem von Stadtrat und Grosse Stadtrat erteilten Vierjahresziel zur Überprüfung des Leistungsauftrags des Stadtarchivs und den daraus folgenden Massnahmen statt. Ende 2002 wurde dem Stadtrat der entsprechende Bericht mit Analyse der Ausgangslage, Variantenprüfung und Anträgen zur Beratung übergeben. Am 16. November 2002 fand nach 1997 der zweite gesamtschweizerische Archivtag statt, wo einer breiteren Öffentlichkeit Bestände und Aufgabenfelder des Stadtarchivs vorgestellt wurden. Mit dem Veranstaltungsangebot "Ad Fontes – Forschen mit und vermitteln über historische Quellen" bestand die Gelegenheit, einen Einblick über die Arbeit mit historischen Quellen zu erhalten. Forschende präsentierten anhand aktueller Projekte, wie sie bei der Quellen-suche vorgehen, wie sie mit den Quellen arbeiten und wie sie die Quellen aufbereiten, um sie dem Publikum möglichst wirkungsvoll zugänglich zu machen. Die Ausstellung "Luzerner Lebensräume im Wandel: Die Allmend", die vom Umweltschutz der Stadt Luzern auf der Grundlage zahlreicher Dokumente aus dem Stadtarchiv und anderen verwandten Institutionen geschaffen worden war, rundete das Angebot ab.

Eine vorgezogene Massnahme im Zusammenhang mit der Überprüfung des Leistungsauftrags des Stadtarchivs (s.o.) war die Zusammenlegung der städtischen Schriftenreihe "Beiträge zur Luzerner Stadtgeschichte" mit den "Luzerner Historischen Veröffentlichungen" des Staatsarchivs. Den gelungenen Auftakt zu dieser Zusammenarbeit bildete der 37. Band in der Reihe mit dem Titel "Luzern jenseits der Reuss. Das Viertel Kleinstadt Ost, seine Besiedlung, Bevölkerung und Raumnut-

zung (1100–2000)" von alt Staatsarchivar Fritz Glauser.

Personalamt

Neben den ständigen Aufgaben wie Personalgewinnung, Personalentwicklung und Personalcontrolling nahm das Personalamt im Berichtsjahr verschiedene neue Projekte in Angriff:

Unter dem Titel "Unternehmen Luzern – ein Netzwerk" startete das alle Direktionen umfassende Projekt zur Förderung der Unternehmenskultur in der Stadtverwaltung. Den Auftakt bildete eine Kadertagung im April. Das Projekt umfasst die drei aufeinander aufbauenden Phasen der Vernetzung zwischen Personen, der Vernetzung zwischen Organisationen und der Vernetzung auf der ganzen Stadtebene.

Im ersten Workshop mit den Leiterinnen und Leitern sowie den Kontaktpersonen aller Dienstabteilungen und Bereiche wurden über 100 Projektideen zur Öffnung der Abteilungsgrenzen und zur Verbesserung der gegenseitigen Kommunikation entwickelt. Diese wurden in der Folgezeit durch die Dienstabteilungen konkretisiert und der Projektsteuerung eingereicht. Bereits im Vorsommer fanden erste Begegnungen zwischen Abteilungen statt, und im Rahmen der Agenda Unternehmenskultur wurden Veranstaltungen für alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung im bostitch ausgeschrieben. Weitere Kontaktgespräche und Veranstaltungen folgten im Verlaufe des Jahres und sind für 2003 geplant. Ende Oktober lud der Stadtrat alle Mitarbeitende zu einem Begegnungsanlass ins KKL ein, der ein sehr positives Echo auslöste. Über 1000 Personen folgten der Einladung zu einem musikalischen Intermezzo-Abend mit anschliessender unkomplizierter Kontaktmöglichkeit zwischen den Teilnehmenden.

Im zweiten Workshop im November mit dem gleichen Personenkreis wie im Frühjahr hatten die eingeladenen Teilnehmerinnen und Teilnehmer Gelegenheit, Gespräche über Zusammenarbeit, Umgang und Kommunikation mit den von ihnen gewünschten Partnerorganisationen aufzugleisen. Auch dieser Austausch wurde rege benutzt und führte zu fruchtbaren Kontakten über die Abteilungsgrenzen hinaus und zu konstruktiven Ergebnissen. Nach den individuellen und bilateralen Kontakten der Phasen 1 und 2 ist für das Jahr 2003 die 3. Projektphase mit der Vernetzung auf der ganzen Stadtebene geplant.

Zwei weitere Projekte des Personalamtes bezogen sich, vorerst als Pilotprojekte, auf die Situation der Sozialdirektion. Im Projekt "Zielgruppenspezifisches Personalmarketing" wurden angesichts des ausgetrockneten Arbeitsmarktes im Pflegebereich die Grundlagen für ein Massnahmenkonzept entwickelt. Entsprechend der bekannten Wechselwirkung von internem und externem Personalmarketing verfolgt das Projekt beide Stossrichtungen. Als Basis für die Ableitung von Massnahmen diente unter anderem eine Mitarbeitenden-Umfrage über die Wege und Gründe von Bewerbungen, das Image der Stadt als Arbeitgeberin usw. Vorgängig und ausserhalb des Projektes wurde die Lohngruppenstatistik der Luzerner Altersheimleiter-Konferenz aufgebaut und mit dem eigenen Stellenbesetzungsplan verknüpft, was einen direkten Vergleich der Lohnstufungen in den verschiedenen Funktionen und Altersgruppen ermöglicht. Eine weitere Arbeitsgruppe befasste sich, ebenfalls unter dem Gesichtspunkt der schwierigen Personalsuche im Pflegebereich, mit der Entwicklung und Umsetzung neuer Arbeitszeitmodelle. Durch attraktive Arbeitszeiten sollen mögliche grössere Bewerber/innen-Kreise auf dem Arbeitsmarkt angesprochen werden. Beide Projekte werden im Jahr 2003 weiter bearbeitet und in die Umsetzungsphase übergeführt.

Im Rahmen der Lehrlingsbetreuung begleitete das Personalamt intensiv die derzeit laufende Reform der kaufmännischen Grundausbildung. Da die kaufmännische Lehre nicht mehr den Anforderungen des heutigen Arbeitsmarktes genügt, wurde gesamtschweizerisch diese Reform eingeleitet. Ziele und Neuerungen betreffen weniger die fachliche Seite als die ganzheitliche Förderung von Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz. Zu diesem Zweck wurden verschiedene neue Ausbildungsprofile geschaffen, die diesen Veränderungen gerecht werden sollen. Die Stadtverwaltung ist seit mehr als drei Jahren in einem Pilotprojekt (E-Profil) mit dabei und deshalb für die definitive Einführung im Sommer 2003 gerüstet.

Bei den Pflegeberufen wurden gesamtschweizerisch und vom BBT anerkannt die neuen Berufslehren Fachangestellte Gesundheit (FAGE) und die mehr auf die Betreuung ausgerichtete Soziallehre geschaffen. Beide Lehrberufe beginnen nach Abschluss der Volksschule und dauern 3 Jahre. Im Berichtsjahr konnten sechs neue Ausbildungsplätze für FAGE und eine Soziallehrstelle im Pflegebereich geschaffen und ins Lehrlingswesen integriert werden.

Im Programm der bereichsübergreifenden Weiterbildung des Personalamtes fanden neue Kursangebote Aufnahme. Insbesondere wurden verschiedene Module der Fachstelle Weiterbildung Zentralschweiz übernommen. Damit können sinnvolle Synergiepotenziale genutzt werden.

Auf der Ebene des Personalrechtes wurden die Zulagen neu geregelt und harmonisiert. Die befristet eingeführte Samstagszulage im Pflegebereich wurde aufgehoben, ebenso die Verpflegungsentschädigungen in allen Bereichen. Dafür wurden die Nachtzulage von Fr. 5.– auf Fr. 6.– pro Stunde und die Sonntagszulage von Fr. 5.– auf Fr. 8.– erhöht. Der Zeitzuschlag im Nachtdienst von 10 Minuten pro Stunde dagegen wurde beibehalten und soll im Jahr 2004 auch auf die Polizei ausgedehnt werden, wenn die Personalkapazität bereitgestellt ist.

Stab Bildungsdirektion

Auf den 31. März 2002 trat der langjährige Leiter der Schulplanung, Josef Viviroli, altershalber in den Ruhestand. Dieser Rücktritt wurde zum Anlass genommen, die planerischen Aufgaben (Klassenplanung und Bauplanung) zusammen mit 50 Stellenprozenten vom Direktionsstab an die Dienstabteilung Volksschule zu übertragen. Auf den 1. April 2002 trat Ernst Portmann mit einem Pensum von 50 Prozent als pädagogischer Mitarbeiter in die Dienste der Bildungsdirektion ein.

In Zusammenarbeit mit dem Bildungsdepartement, dem kantonalen Amt für Berufsbildung und der Schulleitung konnte im Rahmen der Kantonalisierung der Berufsschulen die Gewerbliche Berufsschule der Stadt Luzern (GBL) wie vorgesehen auf den 1. Januar 2003 in kantonale Trägerschaft übergeführt werden. In diesem Zusammenhang wurde die Aufsichtskommission für die GBL per 31. Dezember 2002 aufgelöst.

Das gemeinsam mit der Sozialdirektion lancierte Projekt "Familienergänzende Kinderbetreuung" wurde weiterentwickelt. Erste konkrete Umsetzungsschritte wie zwei zusätzliche Mittagstische, ein Schülercafé und der Ausbau des Ferienhort-Angebotes sollen im Verlaufe des Jahres 2003 verwirklicht werden. Die Bildungsdirektion und die Sozialdirektion haben übereinstimmend festgestellt, dass hinsichtlich der vielen Schnittstellen in den Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit, der Kinder- und Jugendanimation, -beratung, -hilfe und -schutz die heutige Situation einer Klärung bedarf. Der Stadtrat hat deshalb am 27. März 2002 eine Projektorganisation mit

dem Auftrag eingesetzt, ein Konzept "Organisations- und Strukturbereinigung" im Kinder- und Jugendbereich der Stadt Luzern auszuarbeiten, das bis im Herbst 2003 vorliegen wird.

Am 10. April 2003 hat der Grosse Stadtrat vom während der Berichtsperiode erarbeiteten B+A "Entwicklungskonzept für die Volksschule" zustimmend Kenntnis genommen, mit dem der Stadtrat seine Vorstellungen über die Schulpolitik der nächsten Jahre im Bereich der Volksschule darstellt. Eine Stellungnahme der Schulpflege ist im Konzept ebenfalls enthalten. Das Konzept skizziert zuerst den Entscheidungsspielraum, der dem Stadtrat im Hinblick auf die kantonale und städtische Gesetzgebung bei der Gestaltung der Volksschule verbleibt. Es stellt danach die allgemeinen schulpolitischen Leitvorstellungen des Stadtrates dar. Auf der Basis dieser grundsätzlichen Überlegungen wird aufgezeigt, in welchen Bereichen das derzeitige Schulangebot in den nächsten Jahren zu überprüfen ist. Zudem wird beschrieben, wie bei der Entwicklung neuer Schulmodelle vorgegangen werden soll. Des Weiteren äussert sich das Konzept in einem separaten Kapitel umfassend zu speziellen Aspekten der interkulturellen Gemeinschaft. Sodann wird der Sanierungsbedarf bei den Schulhäusern und die Einführung der Informatik dargestellt.

Kultur

Die Kultur-Abteilung versteht sich im Wesentlichen als Drehscheibe und Fachstelle, die mit ihren Partnern in den verschiedenen Aufgabenbereichen (Kulturförderung, Integration, Kinder- und Jugendarbeit) in dauerndem Kontakt steht.

Bei der Kulturförderung geht es vor allem um Fragen der Finanzierung von grösseren und kleineren Institutionen oder Projekten, die aus Mitteln der Laufenden Rechnung und der Biletsteuer erfolgt. Jährlich werden gegen 250 Einzelgesuche behandelt, die vor allem aus Mitteln des FUKA-Fonds unterstützt werden. Ein sehr hoher Aufwand entsteht bei der Beratung und Begleitung von Kulturinstitutionen und deren Projekten vor allem dann, wenn die Stadt direkt Einsitz in Organe oder andere Gremien wie KKL, Theater, Orchester usw. nimmt.

Nach entsprechenden Vorarbeiten im Kinder- und Jugendbereich wurde im Juni 2002 der B+A über den Baukredit für ein neues Jugendhaus durch den Grossen Stadtrat verabschiedet. Die weitere Planung sieht vor, das Jugendhaus Wärchhof bis Ende 2003 an seinem jetzigen Standort zu betreiben. Anfang 2004 soll

der Neubau eröffnet werden. Ferner sei die auf den 1. Januar 2002 vorgenommene Integration der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendhauses in die Stadtverwaltung erwähnt. Das Pilotprojekt mobile Jugendarbeit wurde um ein weiteres Jahr bis Ende 2003 verlängert.

Zur Aufgabenstellung der Integrationsbeauftragten wird auf die entsprechenden Erläuterungen zum Hauptziel des Stadtrates verwiesen.

Volksschule

Das Rektorat entwickelte zusammen mit den Schulhausleitungen ein Leitbild für die Volksschule. Darin spiegeln sich die einzelnen Schulhausleitbilder ebenso wie die pädagogische und organisatorische Ausrichtung einer geführten Schule. Das Leitbild wurde durch die Schulpflege genehmigt, und der Stadtrat hat davon zustimmend Kenntnis genommen. Vier Schulhäuser erarbeiteten ihr eigenes Leitbild; diese wurden durch die Schulpflege genehmigt.

In der Qualitätsentwicklung wurden in allen Schulhäusern Hospitationsgruppen sowie in einigen Qualitätsgruppen eingesetzt. In einer Klausurtagung mit dem Rektorat und allen Schulhausleitungen wurden Fragen der Zusammenarbeit, zur Befindlichkeit und zum Austausch mit der Schulpflege erörtert.

Alle offenen Stellen in der Schule konnten fristgerecht auf Schuljahresbeginn neu besetzt werden. Die Rekrutierung ausgebildeter Lehrkräfte der Sekundarstufe I zeigte sich infolge des ausgetrockneten Stellenmarktes schwieriger als auf der Primarstufe und im Kindergarten. Vakante Stellen in den Schuldiensten und Horten konnten mit kompetenten Fachpersonen wiederbesetzt werden.

Mittels einer externen Evaluation wurde mit der Überprüfung des Schulleitungsmodells UNITED begonnen, in die auch alle Führungspersonen einbezogen sind.

Die Projektgruppe "Soziales Wohlbefinden" erarbeitete einen Zwischenbericht über die Schulsozialarbeit auf der Sekundarstufe I. Dieses neue Beratungsangebot konnte sich gut in die Schule einfügen und wird von Jugendlichen und Lehrpersonen gut genutzt und sehr geschätzt. Der Bedarf für einen personellen Ausbau wurde nachgewiesen, sodass Optimierungsvorschläge zur weiteren Überprüfung an das Rektorat weitergeleitet wurden.

Zur Schulentwicklung wurden folgende grösseren Arbeits- und Projektgruppen eingesetzt: Flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit auf der Kindergartenstufe und in der Primarschule, Leistungsauftrag und Global-

budget, Neuerungen auf der Sekundarstufe I, Zusammenarbeit mit dem Verein Luzerner Schulhausleiter, Schulergänzende Betreuungsangebote.

Sport und Freizeit

Am 17. Oktober 2001 hat der Stadtrat eine Projektgruppe beauftragt, einen Sportplanungsbericht zu erarbeiten und im Sommerseminar 2002 vom entsprechenden Projektstand Kenntnis genommen. Die Arbeiten am Bericht schreiten planmässig voran, sodass dieser wie vorgesehen im Sommer 2003 vorliegen wird.

Besondere Erwähnung verdient der Prolog zur Tour de Suisse 2002, der am 18. Juni 2002 in Luzern über eine 5,7 km lange Strecke führte und vom nachmaligen Gesamtsieger der diesjährigen Tour, Alex Zülle, gewonnen wurde. Tags darauf erfolgte der Start zur ersten Etappe über 171,9 km nach Schaffhausen. Damit gastierte nach vielen Jahren wieder einmal diese klassische Radrundfahrt in unserer Stadt. Am 13. und 14. Juli 2002 war die Allmend Goldetappenort im Rahmen des Swisspower Gigathlons. Mehr als 2000 Personen erreichten auf Inline-Skates von Zug her kommend das Ziel in der Leichtathletikanlage. Rund 8000 Sportlerinnen und Sportler verbrachten die Nacht in Zelten auf der Allmend. Mit einem Massenstart in der Horwerbucht folgte anderntags die Schwimmstrecke, anschliessend ging es auf den Bikes Richtung Expo02 weiter. Weiter zu erwähnen ist nebst den jährlich wiederkehrenden Grossveranstaltungen Spitzenleichtathletik und Pferderennen der im Zweijahresturnus in Luzern stattfindende CSIO. Immer mehr Jugendliche nehmen an den Schulsportanlässen wie Eishockey-, Handball-, Volleyballturnier, Schnellste Wasserrate u. a. m. teil und bestätigen damit den Trend, verschiedene Sportarten ausüben zu können, ohne einem Verein beitreten zu müssen.

Musikschule

Der durch die Musikschule organisierte und durchgeführte Stadt-Event Luzern, "KKL-TOTAL", bildete einen aussergewöhnlichen Höhepunkt innerhalb des 7. Europäischen Jugendmusik-Festivals vom 15. bis 20. Mai 2002, welches erstmals an die Schweiz vergeben wurde. Luzern war dabei fahngeschmückte Gastgeberin für 30 jugendliche Ensembles aus 16 verschiedenen Nationen und für 20 Formationen aus Musikschulen der Zentralschweiz mit weit über 2000 Mitwirkenden.

Sodann haben drei Konzertensembles der Musikschule ehrenvoll bei der offiziellen Expo-Eröffnungsfeier mitgewirkt.

Im Berichtsjahr feierten die folgenden Musikschul-Konzertensembles ihr langjähriges Bestehen:

- Luzerner Singknaben 70 Jahre
- Jugend-Blasorchester 50 Jahre
- inVOICE-Mädchenchor 10 Jahre
- Les Garçons 10 Jahre

Musikschulintern wurden ein pädagogisches Leitbild entwickelt und erste Umsetzungen in Richtung Qualitätsentwicklung realisiert.

Am 4. April 2002 hat der Bildungsdirektor die 1991 erstmals erlassene und jetzt erneuerte Regelung der Mitverantwortung und Mitsprache der Musiklehrerschaft in Kraft gesetzt. Auf Grund der neuen kantonalen Rechtssetzung für die Lehrerschaft wurde das Musikschulreglement überarbeitet und vom Grossen Stadtrat am 21. November 2002 per 1. Januar 2003 in Kraft gesetzt.

Die Singschulabteilung durfte Mitte Oktober das durch die Stadt erworbene Riegelhäuschen neben der Spitalmühle, Mühlebachweg 8, als Verbesserung ihrer räumlichen Infrastruktur beziehen.

Gewerbliche Berufsschule

Die Gewerbliche Berufsschule erscheint im vorliegenden Geschäftsbericht zum letzten Mal. Mit der Überführung in kantonale Trägerschaft auf den 1. Januar 2003 endet eine über hundertjährige liberale Bildungstradition der Stadt Luzern im beruflichen Bereich. Im Oktober 2002 wurde die Gewerbliche Berufsschule als erste Schule der Zentralschweiz für ihr Q-Management nach Q2E zertifiziert. Die Stadt Luzern übergibt dem Kanton mit den vorzüglich eingerichteten drei Schulzentren Bahnhof, Heimbach und Weggismatt eine gut geführte Schule mit zweckmässiger Organisationsstruktur.

Nebst der gesamten Lehrerschaft und des Verwaltungspersonals treten auch Rektor Kurt Bühlmann und die Prorektoren Stefan Zurkirchen, Peter Steingruber und Marc-André Roth per 1. Januar 2003 in die Dienste des Kantons ein.

Nicht tangiert vom Trägerschaftswechsel wurde die Verwaltung der Sporthallen. Diese obliegt weiterhin der städtischen Dienststelle Sport und Freizeit.

Mittelschulen

Im Bereiche des Qualitätsentwicklungsprozesses wurde nach dem Abschluss der Diagnosephase eine neue Etappe zur Etablierung eines Qualitätssystems eingeschlagen. Allen Lehrpersonen konnte ein persönliches Portfolio ausgehändigt werden, welches die Instrumente für einen sanften Einstieg in die Unterrichtsevaluation beinhaltet.

Diplommittelschule (DMS)

Die Realisierung des neuen schweizerischen DMS-Konzeptes (nur noch dreijährige Ausbildung ab Schuljahr 2002/2003) schritt weiter voran. Dies wirkte sich auch auf die DMS der Stadt Luzern aus. Da in Sursee jetzt auch eine 3. Klasse geführt wird, reduzierte sich der Klassenbestand in Luzern um eine Abteilung. Zu Beginn des Schuljahres 2002/2003 zählte die DMS total acht Klassen (drei 1. Klassen, drei 2. Klassen und zwei 3. Klassen) mit insgesamt 151 Schülerinnen und Schülern. Die neue Abteilung Berufsmatura Gesundheit und Soziales startete im Sommer 2002 ihren Pilotversuch mit 11 Lehrtöchtern und Lehrlingen des Berufs Fachangestellte/r Gesundheit. Im Sommer 2002 konnte 20 Schülerinnen das Diplom nach 2 Jahren und 50 Schülerinnen und 2 Schülern das Diplom nach 3 Jahren ausgehändigt werden. Im laufenden Schuljahr haben Studierende letztmals die Wahlmöglichkeit, das Diplom 2 zu absolvieren oder in die 3. Klasse einzusteigen.

Wirtschaftsmittelschule (WML)

Die grosse Nachfrage nach Studienplätzen hielt auch im Schuljahr 2002/2003 an. Im August 2002 begannen 151 Schülerinnen und Schüler ihre Ausbildung an der WML. Erstmals übertraf bei den neu Eintretenden die Anzahl der Männer (78) diejenige der Frauen (73). Insgesamt besuchten 389 Schülerinnen und Schüler in 19 Klassen die Wirtschaftsmittelschule Luzern.

78 Absolventinnen und Absolventen des Diplomjahrganges 2001 konnten nach erfolgrei-

chem Absolvieren ihres Praxiseinsatzes im Januar 2002 ihr Berufsmaturitätszeugnis entgegennehmen. Am Ende des 3. Schuljahres wurden 107 Schülerinnen und Schüler diplomiert.

Zentralschweizerische Verkehrsschule (ZVL)

Das Schuljahr 2001/2002 war das letzte Schuljahr mit einer Klasse der 90-jährigen Zentralschweizerischen Verkehrsschule Luzern. Da mit dem Ende der Monopolberufe der eidgenössischen Verwaltungen und Verkehrsbetriebe auch eine Vorbereitungsschule für solche Berufe nicht mehr nötig ist, kam es zu dieser Entwicklung. Die ZVL ermöglichte hunderten von jungen Männern und Frauen interessante Laufbahnen vor allem bei SBB, POST, Zoll, Swissair und skyguide. Die Schule ist stolz auf die vielen ehemaligen Schülerinnen und Schüler, die in den verschiedensten Bereichen von Wirtschaft, Verwaltung und Kultur wichtige Funktionen erfüllen. Mit der ZVL scheidet eine erfolgreiche Ausbildungsinstitution aus dem Bildungsangebot der Zentralschweiz, doch wird das grundsätzliche Ausbildungsangebot am Mittelschulzentrum im Rahmen der Wirtschaftsmittelschule weiterhin gewährleistet. Mit der Auflösung der ZVL galt es auch, Ende des Schuljahres 2001/2002 vom bisherigen Direktor der ZVL, Victor Bieri, Abschied zu nehmen, der seit Sommer 2002 an der Kantonsschule Obwalden unterrichtet.

Erwachsenenbildung MSZ

Die Erwachsenenbildung des Mittelschulzentrums (MSZ) hat im Schuljahr 2001/2002 71 Kurse mit insgesamt 902 Teilnehmenden durchgeführt. Wie in den Vorjahren konnte damit wiederum eine leichte Zunahme verzeichnet werden. Seit März 2002 ist die MSZ-Erwachsenenbildung im Besitz des eduQua-Zertifikates (Schweizerisches Qualitätszertifikat für Weiterbildungsinstitutionen).

5.2.5 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

Die Auswahl blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

5.2.5.1 Stadtarchiv

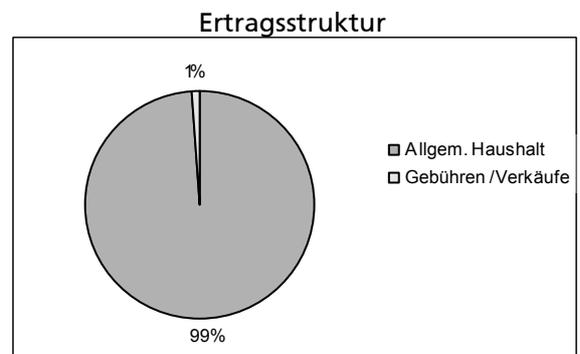
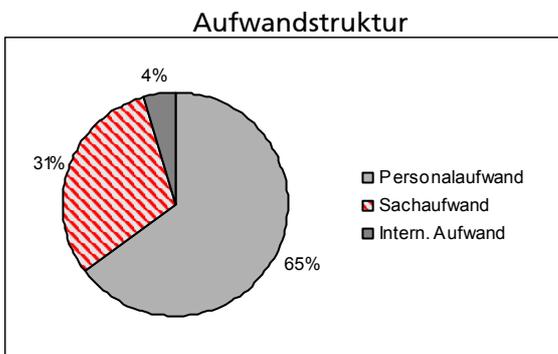
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Aufgabe des Stadtarchivs umfasst das Sichern, Aufbewahren, Erschliessen und Zugänglichmachen von städtischem und stadtbezogenem Schriftgut mit dem Zweck, die Verwaltungskontinuität nach innen zu sichern, die Verwaltungstätigkeit nach aussen transparent zu machen und die städtische Identität zu fördern. Dazu gehören Dienstleistungen für amtliche und private Benützer ebenso wie die Veröffentlichung wissenschaftlicher Publikationen. Die Einnahmen des Stadtarchivs resultieren aus der kommerziellen Nutzung von Bauplänen und Fotos sowie aus Kopierrechten. Zurzeit ist das Stadtarchiv mit 310 Stellenprozenten besetzt; davon sind 50 Stellenprozent befristet auf die Jahre 2001 bis 2003.

b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	618'624	652'625	656'100	-3'475	-1%	34'002	5%
Ertrag	11'966	7'571	8'500	-929	-11%	-4'395	-37%
Ergebnis	-606'657	-645'054	-647'600	2'546	0%	-38'397	-6%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002
Anzahl Laufmeter Neuzugang	69,1	230,7	294,1	162,6	103,53
Aktenbestand					
Pensenaufwand für Auskünfte	40%	40%	48%	45%	50%
Private Auskünfte	994	814	827	792	721
Verwaltungsinterne Auskünfte	540	452	621	594	681
Total	1'534	1'266	1'448	1'386	1'402

e) Kommentar

Die Zuwächse bei den Akten sind nach den Spitzenjahren mit der Übernahme integraler Archive (VBL, Bürgergemeinde) weiter zurückgegangen. Die Erfahrung zeigt, dass aufgrund von Reorganisationen, Stellenwechseln usw. bei den Ablieferungen immer wieder Jahre mit erheblichen Ausschlägen nach oben zu verzeichnen sind. Es wird mit einem durchschnittlichen Zuwachs von rund 160 lfm/Jahr gerechnet. Markante Zuwächse zu verzeichnen gab es beim Sonderfonds Karten und Pläne mit 586 Einheiten (Provenienz v. a. Hochbau) und beim Fotoarchiv mit 807 Einheiten, davon 452 Micrographics und Dias der Hofbrückenbilder.

Die Benutzung ist im Vergleich zum letzten Jahr insgesamt stabil geblieben. Es fällt aber auf, dass der Anteil der Privaten abnimmt. Möglicherweise liegt dies an der zunehmenden Durchdringung mit Internet, wodurch allgemeine Informationen zu Luzern und seiner Geschichte einfacher von zuhause aus verfügbar werden. Damit ist das Stadtarchiv anders als früher nicht mehr im gleichen Masse Anlaufstelle für Basisauskünfte, dafür aber umso mehr Ort der Forschung. Dies zeigt sich an der wiederum markant gestiegenen Zahl der Dossierausleihen (+21% gegenüber 2001), die auf eine intensive Auswertung der Bestände hinweist.

5.2.5.2 Kindergärten

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Der Kindergarten steht am Anfang der schulischen Sozialisation und bereitet die Kinder auf den Eintritt in die Schule vor. Er unterstützt, fördert und begleitet die Kinder auf diesem Weg und ergänzt so die Arbeit der Eltern in der Erziehung und Bildung ihrer Kinder auf partnerschaftliche Weise. Dabei wird auf eine ganzheitliche Förderung der Lernenden geachtet.

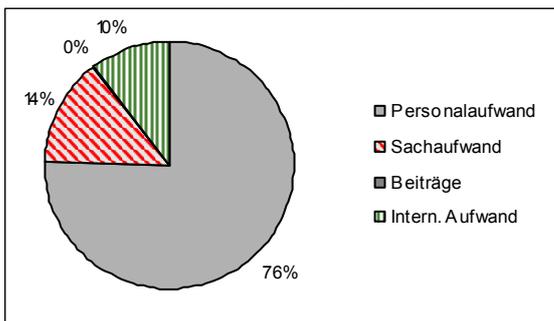
Das Gesetz über die Volksschulbildung verpflichtet die Gemeinden, bis 1. August 2005 das Kindergartenobligatorium für den ersten vorschulpflichtigen Jahrgang einzuführen und das Stichdatum für den Schuleintritt vom 30. April auf den 31. Oktober vorzulegen. Spätestens ab dem Schuljahr 2005/2006 müssen alle Kinder, die vor dem 1. November das fünfte Altersjahr erfüllen, im August davor in den Kindergarten eintreten. Die Schulpflege der Stadt Luzern hat an ihrer Sitzung vom 16. November 1999 festgelegt, dass das Kindergartenobligatorium in der Stadt Luzern auf Beginn des Schuljahres 2000/2001 eingeführt wird. Das Schuleintrittsalter wird in der Stadt Luzern ab Schuljahr 2000/2001 jährlich um einen Monat vorverschoben. Kinder des zweiten vorschulpflichtigen Jahrganges können den Kindergarten besuchen, sofern Platz vorhanden ist.

b) Ergebnis

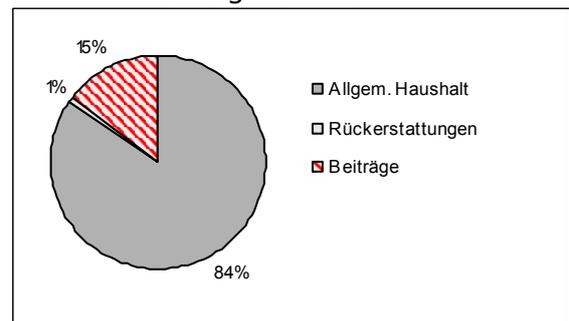
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	3'998'263	4'292'844	4'084'200	208'644	5%	294'581	7%
Ertrag	582'923	655'985	643'100	12'885	2%	73'062	13%
Ergebnis	-3'415'340	-3'636'859	-3'441'100	-195'759	-6%	-221'519	-6%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	1998	1999	2000	2001	2002	Veränderung
Schuljahr	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	
Anzahl Kindergärtner	657	652	610	616	624	8
davon 6-Jährige	437	469	431	444	443	-1
davon 5-Jährige	103	85	73	74	81	7
davon Zurückgestellte	117	98	106	98	110	12
Anzahl Kindergärten (ohne Sprachheil-kindergarten)	36	36	35	35	35	0
Anzahl Kindergärtner pro Abteilung	18,3	18,1	17,4	17,6	17,8	0,2
Aufwand pro Kindergärtner und Jahr (brutto) in Fr.	5'824	5'895	6'258	6'490	6'879	389
Aufwand pro Kindergarten	106'297	106'766	109'061	114'236	122'653	8'417
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	37,5	38,8	36,2	37,0	37,6	0,6

e) Kommentar

Die Tabelle zeigt bei den Zurückgestellten eine Zunahme von 12 Kindern. Ob dies auf die Vorverschiebung des Einschulungsalter zurückzuführen ist, kann noch nicht beurteilt werden. Erst die Zahlen der kommenden Jahre werden einen abschliessenden Kommentar ermöglichen. Der Vergleich mit den Zahlen der letzten Jahre zeigt, dass Schwankungen in diesen Grössenordnung normal sind.

Begründung für den Mehraufwand pro Kindergarten von Fr. 8'417: Doppelter Stufenanstieg und 0,3% IBA (kantonale Vorgaben), Stellvertretungen und Anpassungen im Mundartunterricht.

5.2.5.3 Primarschulen

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Primarschule unterstützt die Lernenden in der Entwicklung ihrer Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz aufgrund ihrer individuellen Voraussetzungen und Möglichkeiten. Sie trägt durch die Förderung geistiger, seelischer und körperlicher Kräfte zur ganzheitlichen Entwicklung der Persönlichkeit bei. Sie vermittelt den Kindern Grundwissen, Grundfertigkeiten und Grundhaltungen und fördert die Entwicklung vielseitiger Interessen.

Neu zugewandte Schülerinnen und Schüler der 5. und 6. Klasse mit fehlenden Deutschkenntnissen besuchen die Aufnahmeklasse. Für die Unterstützung der in Regelklassen integrierten Fremdsprachigen wird Zusatzunterricht in Deutsch (Deutsch für Fremdsprachige) angeboten. In Abteilungen mit einem hohen Anteil an fremdsprachigen Kindern werden Klassenhilfen eingesetzt. Die Klassenhilfe wird auch für die Arbeit mit unterforderten deutschsprachigen Kindern eingesetzt, insbesondere wenn diese in der Minderheit sind.

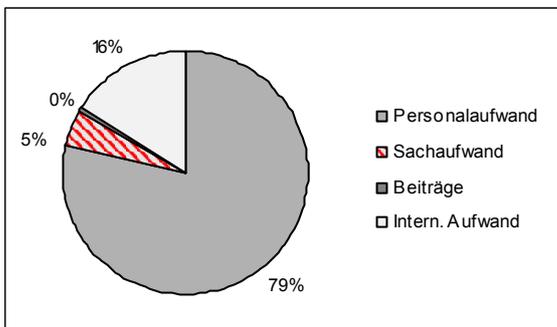
Seit Beginn des Schuljahres 1999/2000 haben besonders begabte Kinder die Möglichkeit, während einem Halbtage pro Woche die Begabtenwerkstatt zu besuchen. Zur Auswahl stehen folgende Angebote: Mathematik/Informatik, Englisch, Deutsch (Schreibwerkstatt)/Freiarbeit und Kreatives Gestalten.

b) Ergebnis

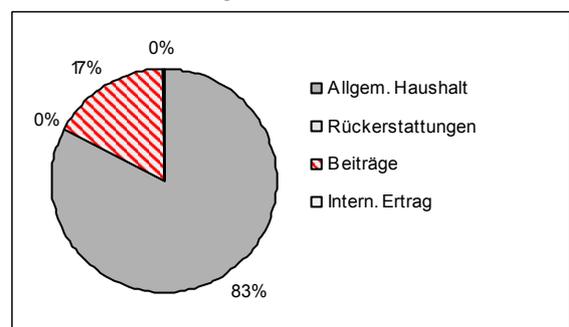
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	25'101'999	24'718'917	24'981'300	-262'383	-1%	-383'082	-2%
Ertrag	4'209'540	4'331'028	4'280'400	50'628	1%	121'488	3%
Ergebnis	-20'892'459	-20'387'889	-20'700'900	313'011	2%	504'570	2%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	1998 1997/98	1999 1998/99	2000 1999/00	2001 2000/01	2002 2001/02	Veränderung
Schuljahr						
Anzahl Schüler/innen	2'712	2'682	2'739	2'495	2'493	-2
(davon in Regelklassen)	(2'470)	(2'483)	(2'546)	(2'478)	(2'484)	(6)
Anzahl Klassen	145	145	147	126	126	0
(davon Regelklassen)	(121)	(122)	(124)	(124)	(125)	(1)
Anzahl Schüler/innen pro Klasse	18,7	18,5	18,6	19,8	19,8	0
Anzahl Schüler/innen pro Regelklasse	20,4	20,4	20,5	20,0	19,9	-0,1
Aufwand pro Schüler/in und Jahr (brutto) Fr.	9'769	9'620	9'772	10'061	9'915	-146
Aufwand pro Klasse	182'712	177'933	182'082	199'222	196'181	3'041
Anzahl Pensen (umger. in Vollpensen)	178,2	177,2	180,3	181,2	181,0	-0,2

e) Kommentar

Da im Vergleich zum Vorjahr die Schüler- und Klassenzahlen praktisch gleich blieben und keine wesentlichen Änderungen in der Schulorganisation vollzogen wurden, gab es auch finanziell keinen zusätzlichen Aufwand.

5.2.5.4 Kleinklassen

a) Aufgaben / Dienstleistungen

In den Kleinklassen werden Kinder mit Lern- und/oder Verhaltensschwierigkeiten betreut. Folgende Typen von Kleinklassen werden unterschieden:

Auf der Primarstufe:

- Kleinklasse A (KKA) für Schulanfänger/Innen mit Entwicklungsverzögerungen
- Kleinklasse B (KKB) für Kinder mit Lernschwierigkeiten, die dem Unterricht in den Regelklassen nicht zu folgen vermögen
- Kleinklasse C (KCC) für Kinder mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten

Auf der Sekundarstufe I:

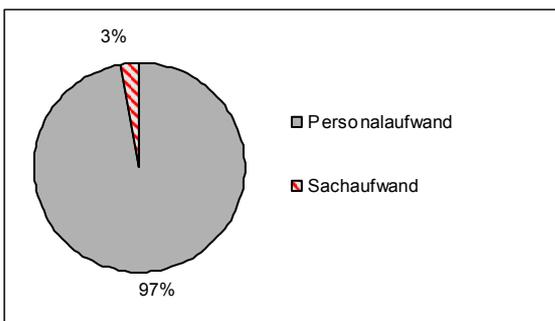
- Werkschule für das 7. und das 8. Schuljahr, für Kinder mit Lernschwierigkeiten
- Werkjahr für das 9. Schuljahr, für Kinder mit Lernschwierigkeiten

b) Ergebnis

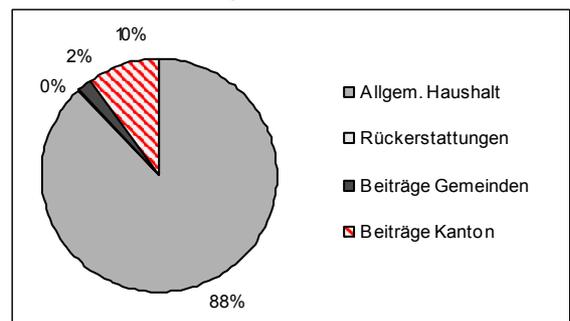
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	4'744'382	5'008'295	5'076'600	-68'305	-1%	263'913	6%
Ertrag	636'379	606'007	654'200	-48'193	-7%	-30'372	-5%
Ergebnis	-4'108'003	-4'402'289	-4'422'400	20'111	0%	-294'285	-7%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr Schuljahr	1999 1998/99	2000 1999/00	2001 2000/01	2002 2001/02	Verän- derung
Anzahl Schüler/innen (PS und OS) (davon in Kleinklassen / Primarstufe)			294 (202)	280 (204)	-14 (2)
Anzahl Klassen (PS und OS) (davon in Kleinklassen / Primarstufe)			30 (22)	30 (22)	0 (0)
Anzahl Schüler/innen pro Abteilung			9,8	9,3	-0,5
Anzahl Schüler/innen pro Abteilung (PS)			9,2	9,3	0,1
Aufwand pro Schüler/in und Jahr (brutto) Fr.			16'137	17'886	1'749
Aufwand pro Klasse			158'146	166'943	8'797
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)			35,3	36,2	0,9

e) Kommentar

Begründung für den Mehraufwand pro Klasse von Fr. 8'797: Auf der Primarstufe mussten wegen Ausbildung Schulische Heilpädagogik, mehreren Mutterschafts- und längeren Krankheitsurlauben überdurchschnittlich viele Stellvertretungen eingesetzt werden. Durch den weiteren Anstieg des Anteils fremdsprachiger Kinder (im Primarstufenbereich: 52,5% im SJ 2000/2001, 57,3% im SJ 2001/2002, 60,8% im SJ 2002/2003) entstanden zusätzliche Aufwendungen im Bereich DfF und Klassenhilfen.

5.2.5.5 Sekundarstufe I

a) Aufgaben / Dienstleistungen

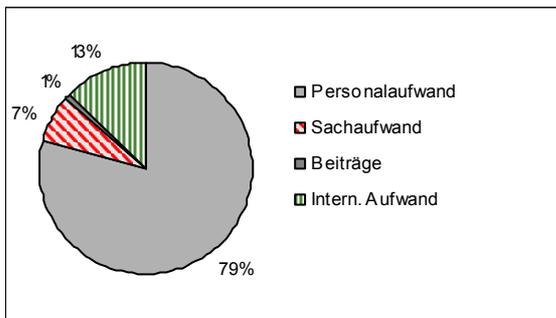
Zur Sekundarstufe I gehören einerseits die obligatorischen 7. bis 9. Schuljahre (Real-, Sekundarschule), andererseits das freiwillige 10. Schuljahr (4. Sekundar-, Berufsspezifisches 10. Schuljahr, musikalisches 10. Schuljahr, Integrations- und Vorkurs für fremdsprachige Jugendliche, Vorkurs für Pflegeberufe). Neu zugewandte fremdsprachige Jugendliche im Volksschulalter werden in der Aufnahmeklasse unterrichtet. Nach der Integration in eine Regelklasse besuchen sie weiterhin den Zusatzunterricht Deutsch.

b) Ergebnis

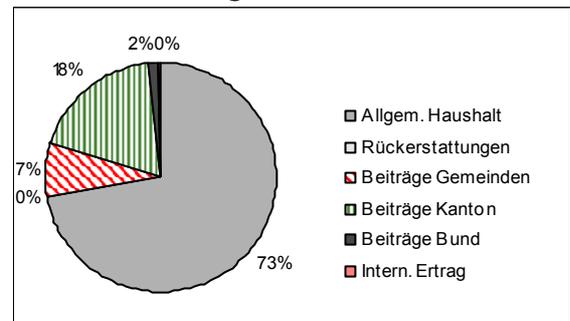
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	14'605'479	14'327'725	14'990'900	-663'175	-4%	-277'754	-2%
Ertrag	3'969'930	3'987'110	4'111'100	-123'990	-3%	17'180	0%
Ergebnis	-10'635'549	-10'340'615	-10'879'800	539'185	5%	294'934	3%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr Schuljahr	1999 1998/99	2000 1999/00	2001 2000/01	2002 2001/02	Veränderung
Anzahl Schüler/innen (inkl. PVK)	1'207	1'214	1'094	1'046	-48
(davon in Regelklassen, ohne PVK)	(1'037)	(1'024)	(1'002)	(960)	-42
Anzahl Klassen (inkl. PVK)	66	65	58	58	0
(davon Regelklassen, ohne PVK)	(52)	(51)	(52)	(52)	0
Anzahl Schüler/innen pro Klasse (inkl. PVK)	18,1	18,7	18,9	18,0	-0,9
Anzahl Schüler/innen pro Regelklasse (ohne PVK)	19,9	20,1	19,3	18,5	-0,8
Aufwand pro Schüler/in und Jahr (brutto) in Fr.	13'017	13'421	13'350	13'698	348
Aufwand pro Abteilung	238'060	250'658	251'818	247'079	4'739
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	101,3	102,8	93,7	93,3	-0,4

Hinweis: PVK = Vorkurs für Pflegeberufe

e) Kommentar

Die Veränderungen sind durch die gleich bleibende Klassenzahl und den Schülerrückgang zu erklären. Der Grund des Pensenrückgangs trotz gleicher Klassenzahl liegt in den üblichen Schwankungen von Anmeldungen im Wahlfachbereich im 9. Schuljahr.

5.2.5.6 Hallenbelegungen und Drittbelegungen in Schulhäusern

a) Aufgaben / Dienstleistungen

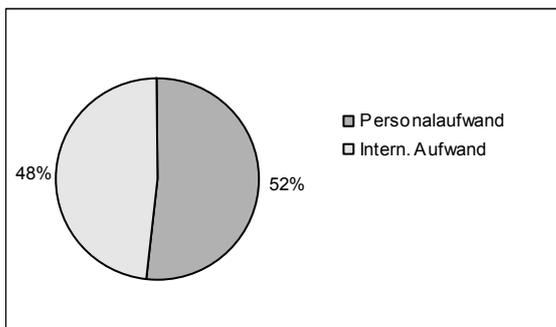
Die Dienstabteilung Sport und Freizeit stellt alle 37 städtischen Turnhallen (inkl. Gymnastikräume) und die 5 kantonalen Turnhallen auf Stadtgebiet für die Nutzung seitens Dritter zur Verfügung. Ebenso werden die Belegungen der Aulen, Singsäle, Küchen und Schulzimmer ausserhalb der Schulzeit durch SF koordiniert. Die diversen Räumlichkeiten in Kellern und Estrichabteilen der Schulhäuser stehen städtischen Vereinen und Gruppierungen in Jahresmiete zur Verfügung.

b) Ergebnis

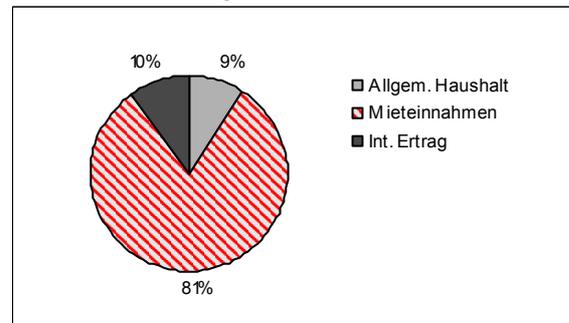
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	413'670	424'617	441'300	-16'683	-4%	10'948	3%
Ertrag	398'101	385'514	443'000	-57'486	-13%	-12'587	-3%
Ergebnis	-15'569	-39'104	1'700	-40'804	-2400%	-23'535	-151%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999		2000		2001		2002		Veränderung
	Std./ Woche	Std./ Jahr	Std./ Woche	Std./ Jahr	Std./ Woche	Std./ Jahr	Std./ Woche	Std./ Jahr	
Belegungen Erwachsene (E)	742	34'132	724	33'304	651	29'946	634	29'164	-17
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	582		599	27'554	545	25'070	520	23'920	-25
Belegungen Jugendliche (J)	712	32'752	690	31'740	697	32'062	730	33'580	+33
davon Turnhallen (46 Kalenderwochen)	537		532	24'472	591	27'186	610	28'060	+19
Total E und J	1'454	66'884	1'414	65'044	1'347	61'962	1'367	62'882	+20
davon Vereinsbelegungen Turnhallen (46 Kalenderwochen)	1'119	51'474	1'131	52'026	1'136	52'256	1'130	51'980	-6
Aufwand pro Raum und Stunde in Fr. (alle Räume)	5.85		6.23		6.67		6.75		+0.08
<i>Vergleich: Schulbelegungen</i> (40 Kalenderwochen)	<i>1'385</i>	<i>55'400</i>	<i>1'287</i>	<i>51'480</i>	<i>1'246</i>	<i>49'840</i>	<i>1'286</i>	<i>51'440</i>	<i>+40</i>

e) Kommentar

Die obigen Zahlen zeigen die Belegungen durch die Vereine ausserhalb der Schulzeiten von Montag bis Sonntag. Die Jugendlichen der Stadtluzerner Vereine belegen sämtliche Räumlichkeiten und Turnhallen gebührenfrei. Die Belegungen durch Erwachsene sind generell rückläufig, diejenigen durch Jugendliche jedoch ansteigend. Die Turnhallenbelegungen wurden durch die Sanierungsarbeiten in der alten Maihof-Turnhalle vom Oktober 2001 bis August 2002 und dem durch ein Unwetter bedingten Wasserschaden in der 3fach-Turnhalle Utenberg vom Juni bis Oktober 2002 stark eingeschränkt. Die Schulraumbelegungen durch die diversen Ergänzungsunterrichte im Integrationsbereich haben stark zugenommen und erfolgen kostenlos. Nach wie vor sind die Turnhallen der Stadt Luzern während der Wintermonate (Oktober bis März) extrem ausgelastet.

5.2.5.7 Kulturförderung

a) Beschreibung

Im Zusammenhang mit dem Grundlagenbericht Kultur-Standort Luzern werden die Zahlen zur Kulturförderung analog zur Darstellung auf Seite 25 des Grundlagenberichtes ausgewiesen, jedoch ohne anteiligen administrativen Aufwand: Aufgerechnet wurden die Aufwendungen für das Probe- und Atelierzentrum Sedel (Konto 3194), die Aufwendungen für den Kunstpreis (Konto 327) sowie die Aufwendungen im Beitragswesen (Konto 8730).

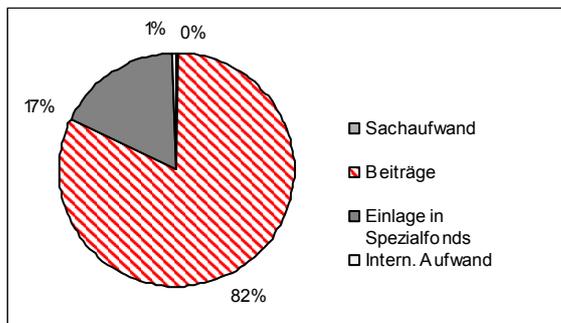
b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Kulturförderung aus LR	17'687'182	17'042'619	17'244'400	-201'781	-1%	-644'563	-4%
Kulturförderung aus Billettsteuer	3'348'231	3'528'555	4'500'000	-971'445	-22%	180'323	5%
Total	21'035'413	20'571'174	21'744'400	-1'173'226	-5%	-464'240	2%

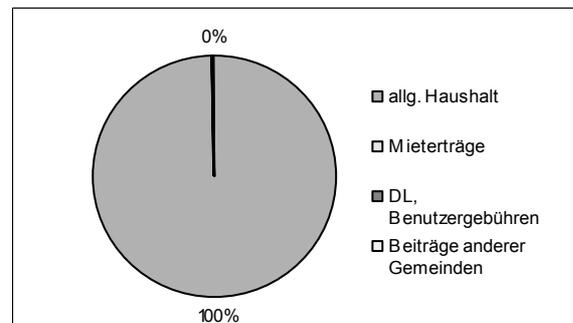
R 2002: ohne Rückstellung über Fr. 18 Mio. für die strukturelle Entlastung bzw. betriebliche Stabilisierung des KKL

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Aufwand (exkl. Abschreibungen und Zinsen auf Kulturbeiträgen, netto) für Kulturförderung pro Einwohner/in der Stadt Luzern in Fr.³

Leistungszahlen Luzerner Theater

Anzahl Aufführungen (Hauptbühne)

Durchschnittliche Sitzbelegung

Anzahl übriger Aufführungen

Anzahl Besucher insgesamt

Leistungszahlen LSO (ehemals AML)

Anzahl Abo-Konzerte, Kammermusikabende

Auslastung bei Abo-Konzerten und Kammermusikabenden

Anz. übriger Konzertveranstaltungen

Anz. Besucher übriger Konzertveranstaltungen

	1998	1999	2000	2001	2002
Aufwand (exkl. Abschreibungen und Zinsen auf Kulturbeiträgen, netto) für Kulturförderung pro Einwohner/in der Stadt Luzern in Fr. ³	307.81	308.64	354.77	410.38	401.13
Anzahl Aufführungen (Hauptbühne)	208	212	279	205	212
Durchschnittliche Sitzbelegung	72,06%	64,86%	47,99%	55,98%	48,12%
Anzahl übriger Aufführungen	132	114	170	192	151
Anzahl Besucher insgesamt	99'317	94'772	81'003	82'209	71'575
Anzahl Abo-Konzerte, Kammermusikabende	24	26	25	25	26
Auslastung bei Abo-Konzerten und Kammermusikabenden	82%	90%	85%	84%	86%
Anz. übriger Konzertveranstaltungen	13	20	13	16	15
Anz. Besucher übriger Konzertveranstaltungen	22'843	47'200	20'800	17'500	15'200

e) Kommentar

Die Vorgaben aus dem Kulturförderungsbudget 2002 konnten sehr gut eingehalten werden. Gegenüber der Rechnung 2001 resultiert ein Rückgang, was insbesondere auf die gegenüber früher verkleinerten Betreffnisse beim Theater und beim Orchester (Entlastung durch den Kanton Luzern) zurückzuführen ist. Die Billettsteuer-Fonds weisen zurzeit positive Saldi auf, was auf eine weniger starke Belastung derselben zurückzuführen ist. Was bei den Fonds im Verhältnis zum Budget nicht ausgeben wurde, bleibt im Fonds und damit für die Kulturförderung erhalten.

³ Bis 2000 ohne Billettsteuern, ab 2000 konsolidiert.

5.2.5.8 Fonds zur Unterstützung kultureller Aktivitäten

a) Beschreibung

Der FUKA-Fonds ist im Bereich der städtischen Kulturförderung das zentrale Instrument der Stadt Luzern für die Veranstaltungs- und Projektförderung. Der FUKA-Fonds bezweckt die Förderung und Unterstützung kultureller Projekte und kultureller Aktivitäten. Er fördert ein möglichst breites Spektrum kultureller Aktivitäten von Kulturschaffenden und Veranstaltern mit Bezug zur Stadt Luzern; dies in Form von Produktions- und Veranstaltungsbeiträgen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Innovationsförderung und auf Anschubfinanzierungen.

Herkunft der Mittel

Der Fonds wird aus dem Billettsteuerertrag der Stadt Luzern gespeisen. 15% der entsprechenden Erträge werden jährlich in den Fonds eingelegt. Die Billettsteuer wird bei den steuerpflichtigen Veranstaltern der Stadt Luzern erhoben und kommt vollends der Sport- und Kulturförderung zugute. Es handelt sich um ein Instrument, das einen finanziellen Ausgleich zwischen Sport- und Kulturförderung schafft und gleichzeitig eine verursacherbezogene Finanzierung der entsprechenden Kosten ermöglicht (Finanzierung zu Lasten der Veranstaltungsbesucher und nicht zu Lasten der städtischen Steuerzahlenden). Die jährliche Einlage von rund Fr. 40'000.– in den regionalen Kulturfonds der RKK (1/3 Kanton, 1/3 Stadt und 1/3 Agglomerationsgemeinden) stammt ebenfalls aus dem FUKA-Fonds.

Fondsverwaltung

Die Fondsverwaltung wird vom Stadtrat von Luzern eingesetzt. Ihr gehören verwaltungsexterne Personen an, die über die entsprechenden Kenntnisse der Luzerner Kulturszene verfügen und als Kulturvermittler/innen in der Lage sind, über die eingehenden Gesuche zu entscheiden. Die Fondsverwaltung entscheidet abschliessend. Die städtische Kulturabteilung ist in der Fondsverwaltung vertreten. Ihr obliegt die notwendige Koordination mit den übrigen Instrumenten städtischer, regionaler und kantonaler Kulturförderung.

b) Ergebnis

	1998	1999	2000	2001	2002
Einlage in den FUKA-Fonds (Billettsteuer)	550'295.40	625'930.45	685'267.80	702'398.20	740'548.30
Einlage aus Laufender Rechnung	0.00	0.00	0.00		0.00
Rückzahlung Vorschuss Fumetto	0.00	0.00	0.00	25'000.00	0.00
Total Fondseinlagen	550'295.40	625'930.45	685'267.80	702'398.20	740'548.30
Geleistete Beiträge pro Jahr	424'549.75	451'342.95	450'384.30	545'874.65	660'533.20
Fondsreserve per 1.1.	446'661.45	572'407.10	746'494.60	981'378.10	1'162'901.65
Fondsreserve per 31.12.	572'407.10	746'494.60	981'378.10	1'162'901.65	1'242'916.75

c) Spezifische Kennzahlen

Wie im Jahr 2001 bereits angekündigt, wurde die Tabelle neu aufgebaut. Die durch den FUKA-Fonds geförderten kulturellen Sparten ergeben folgende Werte (in %-Anteilen):

Sparte	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Ausstellungen/Installationen (alle Sparten)	4,8	9,89	12,32	6	11	13	+2
Musik (alle Sparten)	22,2	23,63	28,04	25	23	25	+2
Theater/Tanz/Performance	17,7	21,42	14,67	18	21	14	-7
Film/Video	8,0	8,19	6,28	5	10	8	-2
Druckkosten (inkl. Literatur)	14	7,72	6,01	15	8	17	+9
Spartenübergreifende / diverse Projekte*	33,3	29,10	32,58	31	27	23	-4

* Spartenübergreifende Veranstaltungsförderung: Veranstaltungspauschalen an verschiedene Institutionen, interkulturelle Veranstaltungen usw.

d) Kommentar

Im Jahr 2002 haben acht Fondssitzungen stattgefunden. Dabei wurden rund 240 Gesuche behandelt.

Im November 2002 wurde der FUKA-Kiosk eingeführt. In einer Versuchsphase von einem Jahr wird im FUKA-Kiosk den Luzernerinnen und Luzernern regelmässig und kostenlos Kultur angeboten: Die Fondsverwaltung erwirbt von Produktionen und Veranstaltungen, die unterstützt wurden und besonders überzeugt haben, Eintrittskarten bzw. Publikationen und CDs. Damit wird nochmals eine zusätzliche Förderung gewährt. Das kleine, aber feine Angebot umfasst Eintrittskarten zu Konzerten verschiedenster Stilrichtungen, zu Theater- und Tanzaufführungen, Publikationen wie Künstlerbücher oder CD-Produktionen. Die Daten der Kiosköffnungen werden jeweils öffentlich publiziert.

5.2.5.9 Fonds zur Förderung und Unterstützung des Jugendsportes

a) Beschreibung

Als beitragsberechtigte Sportvereine gelten alle Stadtluzerner Organisationen, welche Schüler- und Jugendabteilungen führen, deren Mitglieder im Alter von 7 bis 19 Jahren sind unter der Obhut von qualifizierten Leitern stehen und einen regelmässigen Trainingsbetrieb aufrechterhalten. Teilweise beitragsberechtigt sind Organisationen, die sinngemäss nur teil- oder zeitweise ein sportliches Programm anbieten, z. B. Pfadfinder. Diese gelten als Assoziierte.

Die Fondseinlage beträgt 15% der Billettsteuererträge, wovon 60% gemäss nachstehender Aufschlüsselung verteilt werden, 40% sind in der Laufenden Rechnung der Abteilung SF einberechnet. Der jährlich zur Verfügung stehende Anteil aus der Fondseinlage wird wie folgt aufgeteilt: 20% Vereinsquote und 80% Kopfquote.

Der Vereinsquotenbeitrag ist ein Grundbeitrag, der folgendermassen abgestuft wird:

Stufe I	bis 50 Aktivmitglieder
Stufe II	51–150 Aktivmitglieder
Stufe III	151–300 Aktivmitglieder
Stufe IV	ab 301 Aktivmitglieder

Der Kopfquotenbeitrag ist ein Beitrag an die Leiterentschädigung, der sich nach der Gesamtzahl der erfassten Jugendlichen richtet.

b) Ergebnis

	1999	2000	2001	2002
Total Fondseinlagen/Billettsteuern	625'930.45	685'267.80	702'398.20	740'548.30
Ausbezahlte Beiträge pro Jahr	276'509.25	367'062.50	386'240.00	427'930.–
Entnahme für Jugendsport	195'003.35	220'354.35	226'262.85	232'061.95
Fondsreserve (2036.13) per 1.1.	503'868.65	658'286.50	756'137.45	846'032.80
Fondsreserve per 31.12.	658'286.50	756'137.45	846'032.80	926'589.15

c) Spezifische Kennzahlen

Die durch den Jugendsport-Fonds geförderten Sparten sind sehr unterschiedlich. In Franken und prozentmässig ergeben sich folgende Werte:

Sparte	2000	Anteil in %	2001	Anteil in %	2002	Anteil in %
Ballsportarten (Hallen, Rückschlagspiele)	67'255	18,3	82'960	21,5	82'611	20,5
Fussball und Landhockey	66'427	18,1	54'510	14,1	73'837	20,6
Leichtathletik, Turnen und polysportive Arten	78'162	21,3	82'200	21,3	67'217	15,7
Schnee-, Eis-, Bergsport	34'522	9,4	40'450	10,5	42'721	10
RadSPORT	6'270	1,7	6'290	1,6	4'197	2,1
Wassersport	44'812	12,3	47'800	12,4	49'156	12,9
Schiesssport	6'100	1,6	6'510	1,7	5'511	0,5
Kampfsport	20'535	5,6	22'610	5,9	26'588	6,2
Diverse ⁴	34'102	9,3	34'250	8,8	40'876	9,5
Assoziierte	8'875	2,4	8'660	2,2	8'380	2
Total	367'062	100	386'240	100	401'094	100

d) Kommentar

Die ausbezahlten Beiträge, die von den Vereinen jährlich mittels Gesuch einverlangt werden, belaufen sich auf zirka 60% der zur Verfügung stehenden 15% der Billettsteuererträge. Die verbleibenden rund 40% werden dem Fonds entnommen und der Rechnung der Dienstabteilung Sport und Freizeit gutgeschrieben. Dies erlaubt die Finanzierung sämtlicher Jugendsportveranstaltungen durch SF, die Oster- und Herbstsportwochen sowie die Hallenbad- und Kunsteisbahneintritte der Stadtschulen. Überdies wird damit teilweise die gebührenfreie Nutzung der städtischen Turnhallen durch die Vereinsjugend abgegolten. Die höheren Fondsreserven sind auf die wesentlich höheren Billettsteuereinnahmen zurückzuführen.

⁴ Behindertensport, Billard, OL, Golf, Fechten, Frisbee, Bogenschützen, Reiten, Rugby, Schach, Schwingen

5.2.5.10 Ferienpass

a) Aufgaben / Dienstleistungen

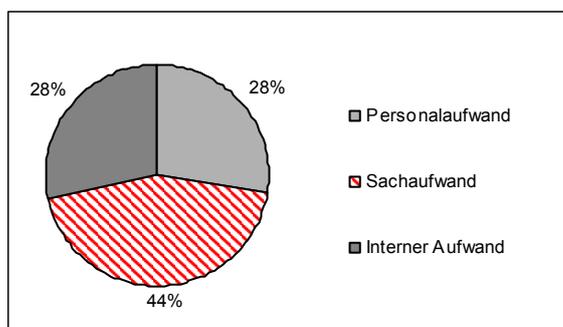
Der Ferienpass wird während der Sommerferien angeboten. Die Kinder können sich im Ferienpasszentrum kreativ, spielerisch, handwerklich und sportlich betätigen. Mit dem Grundangebot (Verkehrsmittel, Museen und Schwimmbäder) steht ihnen ein attraktives Angebot zur Erkundung der ganzen Agglomeration zur Verfügung. Für Jugendliche gibt es einen Jugendpass nur für das Grundangebot. Die Finanzierung des Ferienpasses erfolgt durch alle beteiligten Gemeinden gemeinsam und beruht auf einer Vollkostenrechnung.

b) Ergebnis

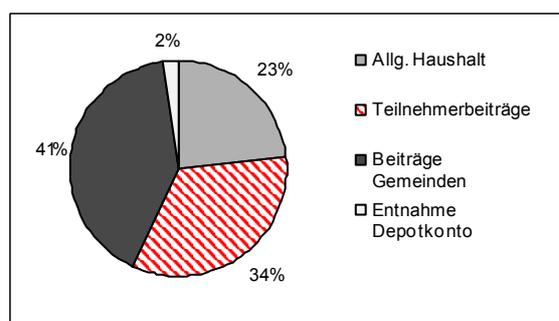
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	195'892	193'828	191'900	1'928	1%	-2'064	-1%
Ertrag	158'062	148'821	157'300	-8'479	-5%	-9'241	-6%
Ergebnis	-37'830	-45'007	-34'600	-10'407	-30%	-7'177	-19%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Anzahl verkaufter Ferienpässe	4'271	5'090	5'917	5'169	5'375	4'999	-376
davon Kinderpässe	1'425	1'342	1'498	1'290	1'867	1'421	-446
davon Jugendpässe	2'846	3'748	4'419	3'879	3'508	3'578	+70
davon Kinder u. Jugendliche aus der Stadt Luzern	1'252	1'349	1'431	1'435	1'418	2'061	+643
Aufwand pro Ferienpass in Fr.	39	34	31	33	36	39	+3

e) Kommentar

Erfreulicherweise haben Kinder und Jugendliche der Stadt Luzern wesentlich mehr Ferienpässe gekauft als in den Vorjahren. Grund dafür ist unter anderem, dass das Zielpublikum in der Stadt Luzern sehr gut über das kinder-, jugend- und familienfreundliche Angebot des Ferienpasses informiert ist. Es ist anzunehmen, dass die rückläufigen Verkaufszahlen in den Gemeinden auf mangelnde Öffentlichkeitsarbeit dieser Gemeinden zurückzuführen ist. Die Gemeinden sollten diesbezüglich von uns vermehrt unterstützt und begleitet werden.

5.2.5.11 Stadtbibliothek

a) Aufgaben / Dienstleistungen

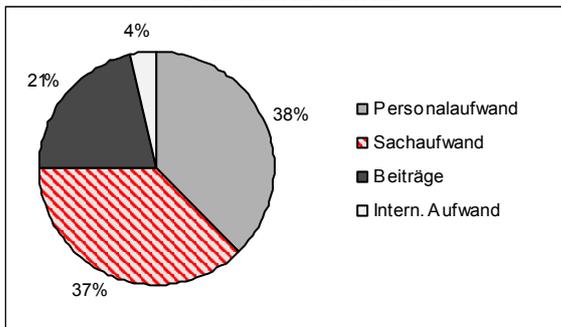
Die Stadtbibliothek Luzern ist Mitglied des Bibliotheksverbandes Region Luzern (BVL). Von den rund 90'000 BVL-Medien der 7 Verbandsgemeinden waren per Ende 2002 rund 54'000 Einheiten der Stadtbibliothek zugeteilt. Zu diesem Angebot kommt der Eigenbestand von über 16'000 Medien sowie 150 Zeitungen und Zeitschriften. Den 19'000 aktiven Benutzerinnen und Benutzern der Stadtbibliothek Luzern stehen also insgesamt über 70'000 Medien für alle Altersstufen zur Verfügung.

b) Ergebnis

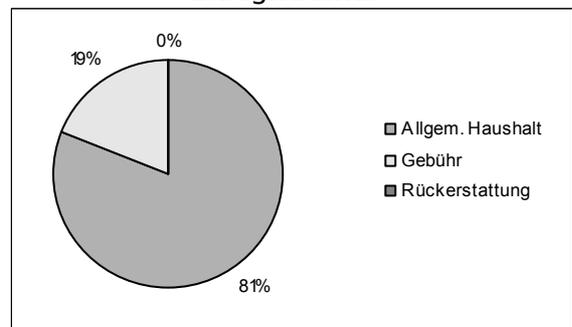
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	1'596'373	1'746'933	1'675'900	71'033	4%	150'560	9%
Ertrag	232'300	330'801	242'000	88'801	37%	98'501	42%
Ergebnis	-1'364'074	-1'416'133	-1'433'900	17'767	1%	-52'059	-4%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Anzahl Ausleihen	286'900	310'470	318'882	377'267	442'321	503'680
Bestandeszahl	53'600	55'329	55'563	53'412	63'021	70'243
Umsetzung des Bestandes	5.36-mal	5.61-mal	5.74-mal	7.06-mal	7.01-mal	7.17-mal
Ø Kosten pro Ausleihe	Fr. 3.58	Fr. 2.90	Fr. 3.67	Fr. 3.93	Fr. 3.08	Fr. 2.81
Benutzer, aktive	14'152	14'587	14'734	16'459	17'464	19'007
Zusammensetzung						
Anteil Stadt	7'565	7'794	7'854	8'802	8'941	9'639
Anteil BVL	3'084	3'129	3'242	3'574	3'569	3'866
Anteil übrige	3'503	3'664	3'638	4'083	4'954	5'502

e) Kommentar

Die Stadtbibliothek erfreut sich weiterhin grösster Beliebtheit. Immer mehr Benutzende generieren immer grössere Ausleihzahlen. So wurden im Berichtsjahr von 19'000 Personen erstmals mehr als eine halbe Million Ausleihen getätigt. Problematisch an diesem Erfolg ist die Verfügbarkeit der Medien. Obwohl der Medienbestand markant wächst, kann dessen viel zu grosse Umsetzung (durchschnittliche Anzahl Ausleihen pro Medium und Jahr) nur knapp stabilisiert werden.

5.2.5.12 Musikschule

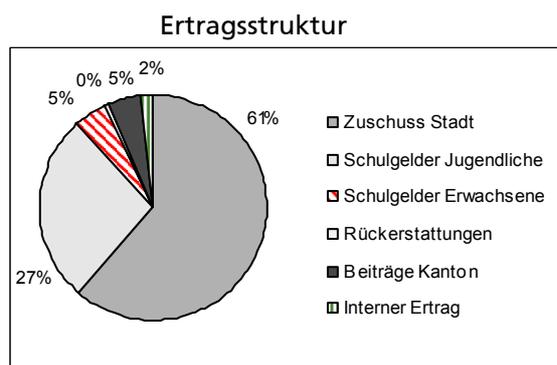
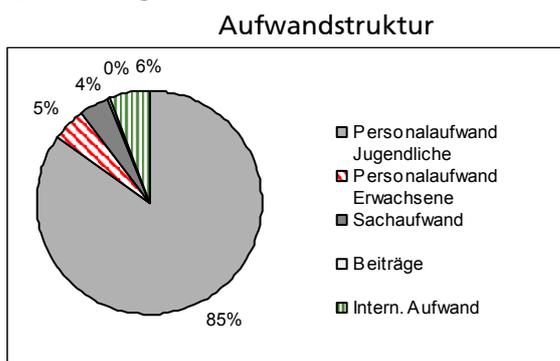
a) Aufgaben / Dienstleistungen

In der Musikschule werden lernwillige Kinder und Jugendliche mit Wohnsitz in der Stadt Luzern bis zum erfüllten 20. Lebensjahr zu einem vergünstigten Jugendtarif unterrichtet. Lernende von kantonalen Mittelschulen und von Aussengemeinden können zu kostendeckenden Tarifen (Vollkosten) aufgenommen werden. Seit 1986 wird auch Erwachsenen Musikunterricht zu lohnkostendeckenden Schulgeldtarifen erteilt. Hauptangebot ist der Instrumental-, Gesangs- und Ensembleunterricht. Als Lehrkräfte sind in der Regel diplomierte Musiklehrpersonen nach kantonalem Recht im öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnis angestellt. Der Kostendeckungsgrad des gesamten Musikschulbetriebes (exklusive Raumkosten) ist auf 40% festgelegt. Das Schulgeld wird in Abstimmung mit den Agglomerationsgemeinden und den kantonalen Richtlinien vom Stadtrat festgesetzt. In begründeten Fällen werden für Kinder und Jugendliche aus Luzern Schulgeldermässigungen gesprochen.

b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	5'668'200	5'876'401	5'882'500	-6'099	-0%	208'201	4%
Ertrag	2'239'606	2'266'112	2'244'700	21'412	1%	26'506	1%
Ergebnis	-3'428'594	-3'610'289	-3'637'800	27'511	1%	-181'695	-5%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Schuljahr	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	
Anzahl Schüler/innen total	2'759	2'734	2'860	2'817	2861	+44
davon Erwachsene	263	248	247	242	243	+1
Aufwand pro Schüler und Jahr (brutto) in Fr.	2'014	2'099	1962	2'012	2'054	+42
Kostendeckungsgrad	43,1%	41,7%	40,6%	42,6%	41,5%	-1,1
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	42	41,8	42,5	42	42,5	+0,5

e) Kommentar

Aufgrund des neuen, qualitativ gewichteten Pro-Kopf-Beitragssystems fiel der Kantonsbeitrag um Fr. 30 000.– höher aus als budgetiert.

Der zu erreichende Kostendeckungsgrad von 40% beim Schulbetrieb und die Lohnkostendeckung beim Erwachsenenunterricht sind erreicht.

5.2.5.13 Gewerbliche Berufsschule

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Gewerbliche Berufsschule Luzern (GBL) vermittelt den schulischen Teil der beruflichen Grundausbildung. Dazu gehören die berufliche Vorbildung, Anlehre, Berufslehre und Berufsmaturität mit Pflicht- und Freifachunterricht und Förderangeboten. Zu Beginn des Jahres 2002 wurde das Projekt SOS Schulabgänger ohne Stelle in die Berufsschule integriert.

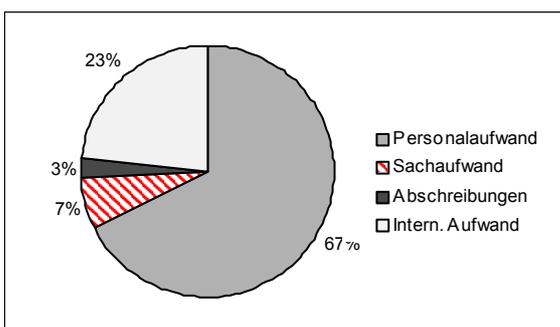
Die GBL führt mittels Leistungsauftrag und Globalbudget ausserdem eine eigenwirtschaftliche Abteilung für Erwachsenenbildung.

b) Ergebnis

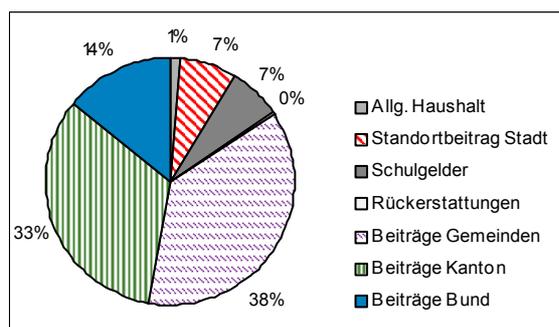
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	28'670'076	32'212'011	31'022'300	1'189'711	4%	3'541'935	12%
Ertrag	21'083'246	31'643'712	23'405'100	8'238'612	35%	10'560'466	50%
Ergebnis	-2'867'008	-3'037'783	-2'957'200	-80'583	-3%	-170'775	-6%
Beiträge an Berufsschulen	-4'719'822	-6'423'744	-4'660'000	-1'763'744	-38%	-1'703'921	-36%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Schuljahr	1997/98	1998/99	1999/00	2000/01	2001/02	
Anzahl Schüler/innen	5'391	4'900	4'577	4'576	4'746	3,7%
Anzahl Klassen	355	311	300	295	315	6,7%
Anzahl Schüler pro Klasse	15,18	15,8	15,3	15,5	15,06	-2,8%
Aufwand pro Schüler und Jahr (brutto) in Fr.	5'244	5'540	5'830	6'265	6'787	8,3%
Aufwand pro Klasse	79'645	87'289	88'939	97'187	102'260	5,2%
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	141,5	133,8	131	128	136,5	6,6%

e) Kommentar

Die Schülerbestände stiegen durch die Integration des Projektes SOS wieder leicht an. Als Auswirkung des kostenintensiven Projekts erhöhten sich die Kosten pro Schüler und Klasse.

Am 1.1.2003 wurde die Berufsschule kantonalisiert.

5.2.5.14 Mittelschulen DMS, ZVL und WML

a) Aufgaben / Dienstleistungen

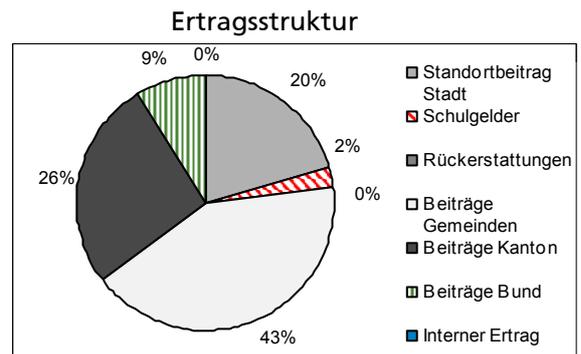
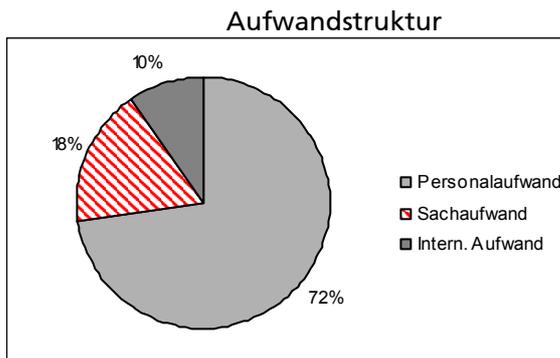
Die **Diplommittelschule (DMS)** vermittelt eine vertiefte Allgemeinbildung, fördert die Persönlichkeitsbildung und hilft bei der Berufsfindung durch gezielte Berufsberatung. Sie bereitet vor auf Berufe des Gesundheitswesens (z.B. Pflegefachfrau, Physiotherapeut) und auf soziale und erzieherische Berufe (z.B. Sozialpädagogin, Lehrperson). Ab dem Schuljahr 02/03 absolvieren erstmals Berufsmaturitätsschülerinnen und -schüler den allgemeinbildenden Ausbildungsteil der Lehre **Fachangestellte/r Gesundheit (FAGE)** am Mittelschulzentrum.

Die **Wirtschaftsmittelschule (WML)** vermittelt eine umfassende Allgemeinbildung sowie fundierte kaufmännische Kenntnisse auf Mittelschulniveau. Gute Fremdsprachen- und Informatikkenntnisse eröffnen breit gefächerte Berufsaussichten in kaufmännischen wie nichtkaufmännischen Bereichen. Nach der dreijährigen Ausbildung wird das eidgenössisch anerkannte Diplom und zusätzlich die kaufmännische Berufsmatura erworben.

b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	11'047'011	11'696'543	11'565'400	131'143	1%	649'532	6%
Ertrag	9'030'902	9'307'441	9'497'400	-189'959	-2%	276'539	3%
Ergebnis	-2'016'109	-2'389'102	-2'068'000	-321'102	-16%	-372'993	-19%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

Rechnungsjahr Schuljahr	1998 1997/98	1999 1998/99	2000 1999/00	2001 2000/01	2002 2001/02	Veränd.
Anzahl Schüler	422	484	560	539	545	+6
(davon aus der Stadt)	(101)	(128)	(133)	(126)	(127)	(+1)
Anzahl Abteilungen	22	24	26	27	27	0
Anzahl Schüler pro Abt.	19,2	20,2	21,5	20,0	20,2	+0,2
Aufwand pro Schüler und Jahr (brutto) in Fr.	22'119	20'042	18'753	20'533	21'462	+929
*Aufwand pro Schüler aus der Stadt (netto) in Fr.	22'126	13'728	11'444	16'000	18'812	+2'812
Aufwand pro Abteilung	424'278	404'185	403'904	388'944	433'205	+44'261
Anzahl Pensen (umgerechnet in Vollpensen)	40,5	42,4	46,3	46,4	46,2	-0,2

* Nettoaufwand zu Lasten der Stadt / Anzahl Schüler aus der Stadt

e) Kommentar

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die Anzahl der Abteilungen sowie die durchschnittliche Klassengrösse sind im Schuljahr 2001/2002 gegenüber dem Vorjahr etwa gleich geblieben. Der Gesamtaufwand und somit auch der Aufwand pro Abteilung bzw. pro Schüler/in aus der Stadt hat jedoch zugenommen. Der Grund liegt darin, dass die Schüler- und Abteilungszahlen auf dem Schuljahr 01/02 basieren, während der Aufwand auf dem Kalenderjahr 2002 berechnet wird. Da in der 2. Hälfte 2002 zwei neue erste WML-Klassen und erstmals eine FAGE-Klasse neu geführt werden konnten, stieg der Personalaufwand und somit der Gesamtaufwand entsprechend.

5.3 Sicherheitsdirektion

Eine Polizeipatrouille im Einsatz. Seit Ende 2002 ist das gesamte Korps mit einer neuen, zeit- und zweckmässigen Uniform ausgerüstet.

Vorwort von Ursula Stämmer-Horst, Sicherheitsdirektorin

Stadtpolizei und Feuerwehr

Im Jahr 2002 waren im Bereich der öffentlichen Sicherheit keine aussergewöhnlichen Vorkommnisse zu verzeichnen. Das bedeutet aber nicht, dass ein speziell ruhiges Jahr hinter uns liegt. Die zunehmende Alltagskriminalität, die vermehrt nötige präventive Polizeipräsenz in Uniform und zivil, Einsätze bei Veranstaltungen sowie Interventionen bei Begleitscheinungen wie Lärm oder Ausschreitungen, aber auch Mehraufwand der Gewerbe- und Gesundheitspolizei gehören bereits zum Alltag.

Selbst personalintensive Einsätze bei Fussballmatches, Deeskalationsbemühungen bei Ausschreitungen am Rande der Fasnacht und die häufigen Interventionen bei häuslicher Gewalt sind keine Ausnahmereischeinungen mehr. Die Schwerpunktlegung auf die präventive Präsenz ist jedoch gut investierter Aufwand. Dadurch können Ausgaben für die Behebung materieller Schäden, die Ermittlung und Verfolgung der Täterschaft – die Justiz und der Strafvollzug eingerechnet – eingespart werden; von menschlichen "Kosten" gar nicht zu reden. Eine auf lokale Bedürfnisse ausgerichtete Polizei trägt viel zur Sicherheitsprävention bei. Sicherheit bedeutet nicht nur die Abwesenheit objektiv feststellbarer Bedrohung, sondern auch ein Höchstmass an Sicherheitsgefühl. Polizeipatrouillen, die mit den örtlichen Verhältnissen vertraut sind, vermögen den Unsicherheitsgefühlen im öffentlichen Raum entgegenzuwirken. Der Handlungsbedarf bei der präventiven Tätigkeit der Polizei wurde auch national erkannt. Als Strategie wird in allen grösseren Städten dem Bereich community policing (bevölkerungsnaher Polizeiarbeit/ Quartierpolizei) ein grösseres Gewicht beigegeben. Die Polizeischule Hitzkirch wird als Pilotschule das neue Schulfach "community policing" einführen.

Unter Ziffer 5.3.3 stehen Ausführungen zur Problematik des personellen Unterbestandes der Stadtpolizei. Das Gewährleisten der Sicherheit geht immer mehr zu Lasten der Sicherheit im Strassenverkehr. Diese Entwicklung darf nicht weitergehen. Die ungenügende Überwachung des fliessenden und ruhenden Verkehrs beeinflusst einerseits die Sicherheit auf der Strasse negativ, andererseits entgehen der Stadt Einnahmen von Fr. 1,5 Mio. (2002).

Auch die Feuerwehr spürt die vermehrte Belastung der Polizei indem sie Mehrleistungen im Bereich des Pikettdienstes während Veranstaltungen erbringen musste, um das Löschpikett

der Stadtpolizei zu Gunsten der Polizeieinsätze zu entlasten.

Der Stadtrat hat den Bericht einer Arbeitsgruppe zu Sicherheitsmassnahmen im Rat- und Stadthaus zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung einzelner Massnahmen – vor allem im Schliesswesen und im baulichen Bereich wurden bereits an die Hand genommen. Weitere Massnahmen werden folgen.

Umweltschutz

Im Bereich Umweltschutz standen energiepolitische Massnahmen im Vordergrund. Neben Aktionen zur Förderung von Solardächern und Minergiebauten war vor allem die Aktion für sparsames Fahren (GentleDriver) sehr erfolgreich. Über sechshundert Personen beteiligten sich an den Kursen für benzinsparendes Autofahren und tragen damit zur Reduktion der Luftschadstoffe bei. Am 22. September war die Neustadt anlässlich des internationalen Tages "Ohne Auto mobil" gesperrt. Trotz des unsicheren Wetters beteiligten sich recht viele Fussgängerinnen und Fussgänger an den verschiedenen Attraktionen. Mit Informationen zur Taubenplage und einem Architekturwettbewerb für ein Taubenhaus an der Hochschule für Technik und Architektur wurde ein erster wichtiger Schritt zur Reduktion des Taubenbestandes in der Stadt Luzern gemacht.

Das öko-forum verzeichnet eine sehr positive Entwicklung. Die Anzahl der Beratungen nahm wie schon in den Vorjahren um einen Drittel zu, die Ausleihen von Medien verdreifachten sich.

Feuerwehr und Zivilschutz

Es zeigte sich wieder einmal, dass ein einzelnes Ereignis die Statistik der Feuerwehr massiv beeinflussen kann. Beim Jahrhundertgewitter in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni standen eine grosse Anzahl Feuerwehrleute im Einsatz, unterstützt von der Einsatzgruppe "cobra" der Zivilschutzorganisation Pilatus.

Nach der Konzentration der Zivilschutzausbildung auf den Standort Sempach begann das aufwändige Verfahren für einen Verkauf des Zivilschutzausbildungszentrums Blattig. 2003 soll ein Teilverkauf im Stockwerkeigentum erfolgen. Als Grundstückseigentümerin des Zentrums übernahm die Stadt Luzern (Sicherheitsdirektion) die Federführung.

Bevölkerungsdienste

Die Schaffung eines Regionalen Zivilstandsamtes mit Sitz in Luzern ist eingeleitet. Mit den Gemeinden Littau, Malters, Meggen und Schwarzenberg wird ein entsprechender Gemeindevertrag abgeschlossen. Ab 1. Januar 2004 werden alle zivilstandsamtlichen Aufgaben dieser Gemeinden von der Stadt Luzern übernommen. Es wird aber weiterhin auch möglich sein, sich in einer der 5 Gemeinden trauen zu lassen. Diese werden ein Traulokal zur Verfügung stellen und die Zivilstandsbeamtinnen und -beamten werden auf Wunsch Trauungen in den Gemeinden vornehmen.

Im Jahr 2002 wurden mehr Einbürgerungen vorgenommen als in jedem der letzten 10 Jahre. 303 Ausländerinnen und Ausländer (2001: 223) erhielten vom Grossen Stadtrat die Zusicherung für die Einbürgerung. Für Einbürgerungsinteressierte und vor allem für die 2. und 3. Ausländergeneration wurde eine Informationsbroschüre erarbeitet, die weit über die Grenzen der Stadt Luzern ein positives Echo auslöste.

5.3.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele

- Sicherheit anlässlich der Fasnacht und anderer Grossanlässe erhöht
- Massnahmen zur Gewaltprävention umgesetzt
- Klimaschutz: Mindestens ein kosteneffizientes und nachhaltiges CO₂-minderndes Projekt über die Stiftung CLIPP umgesetzt
- Projekt Stadttauben: Öffentlichkeitsarbeit mit breit angelegter Kampagne gestartet. Ein Taubenhaus und zwei Taubenschläge sind erstellt und in Betrieb.

Sicherheit anlässlich der Fasnacht und anderer Grossanlässe

Vor und nach der Fasnacht führte die Sicherheitsdirektion Gespräche mit dem LFK und mit den Vereinigten Guuggenmusigen. Feuerpolizeiliche und allgemeine sicherheitspolizeiliche Anliegen der Fasnachts- und der städtischen Sicherheitsverantwortlichen wurden diskutiert. Mit einem farbigen Flyer wurde die Sicherheit an der Fasnacht thematisiert und die Fasnächtlerinnen und Fasnächtler insbesondere für die feuerpolizeilichen Gefahren sensibilisiert.

Massnahmen zur Gewaltprävention

Bei den Lunaparks während der LUGA und der Herbstmesse, am Altstadtfest und anlässlich eines Konzertes im Konzertzentrum Schür kamen interkulturelle Mediatorinnen und Mediatoren zum Einsatz. Ihr gewaltpräventives Vorgehen führte zu spürbar gewaltfreien und ruhigeren Anlässen. Dank finanzieller Unterstützung durch die eidgenössische und durch die kantonale Ausländerkommission konnte den Mediatorinnen und Mediatoren Weiterbildung und Coaching der Einsätze geboten werden. Ein kommunales Netzwerk, das die Präventionsaufgaben gegen die Gewalt von Jugendlichen koordiniert, ist im Aufbau.

Klimaschutz

Im Jahre 2002 wurden mehrere CO₂-mindernde Projekte gestartet und 18 kleinere und grössere Energie- und Mobilitätsprojekte mit Mitteln aus dem Energiefonds unterstützt. Die Aktion "100 Solardächer für die Stadt Luzern" will Besitzerinnen und Besitzer von Einfamilien- und kleinen Mehrfamilienhäusern dazu bewegen, auf ihren Dächern Solaranlagen für Warmwasser- und Heizungsunterstützung zu installieren. In den ersten acht Monaten der Aktion wurden siebenmal mehr Anla-

gen realisiert als im Schnitt der vergangenen drei Jahre.

Die Aktion "Minergie-Haus" hat zum Ziel, dass auf dem Gebiet der Stadt Luzern bis Ende 2004 vermehrt neue Wohnungen im Minergie-Standard erstellt werden. Innert vier Monaten konnten bereits drei Gebäude mit insgesamt 38 Wohnungen mit Förderbeiträgen unterstützt werden.

Projekt Stadttauben

Mit einer Medienorientierung trat die Arbeitsgruppe Stadttauben am 23. August erstmals an die Öffentlichkeit. Gleichzeitig wurden der neu erarbeitete Flyer zum Thema Taubenfütterung vorgestellt und die Ausstellung "Taubenhaus Luzern" eröffnet.

In Zusammenarbeit mit einer Sozialarbeiterin wurde das Teilprojekt Taubenmütter/Taubenväter gestartet und erste Einzelgespräche mit den betreffenden Personen durchgeführt.

Die Planung der baulichen Einrichtungen wurde weiter vorangetrieben. Die Realisierung steht aus folgenden Gründen zurzeit noch aus: Beim Taubenhaus beansprucht das gewählte Vorgehen via Studienarbeit an der Hochschule für Technik und Architektur (HTA) viel Zeit. Dank der Mitarbeit von Fachleuten aller betroffenen Fachbereiche während dem Entwurfsprozess resultierte eine grosse Anzahl an guten Entwürfen.

Das Dachgeschoss des Rathauses hat sich als einziger rasch realisierbarer Standort für einen Taubenschlag erwiesen. Die Baubewilligung liegt vor. Bautechnische Probleme bei der Sanierung des Dachs verursachten Verzögerungen. Die Fertigstellung des Taubenschlags dürfte aber trotzdem bis April 2003 erfolgen.

5.3.2 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.-- Dienst- abteilungen		Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
		R 02	B 02	Abwei- chung	in%	R 02	B 02	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand / Min- derertrag	Minder- aufwand / Mehrertrag
K411	Stab Sicherheits- direktion	669	633	36	6%	20	0	20		(649)	16	
K412	Stadtpolizei	22'296	22'073	223	1%	12'441	14'091	-1'650	-12%	(9'856)	1'874	
K415	Bevölkerungs- dienste	2'551	2'334	217	9%	1'627	1'173	454	39%	(924)		237
K417	Umweltschutz	2'376	2'410	-35	-1%	698	730	-32	-4%	(1'678)		2
K420	Wahlen und Abstimmungen	578	587	-10	-2%	1	6	-5	-83%	(577)		4
K421	Gewerbe- und Ge- sundheitspolizei	1'801	1'870	-68	-4%	1'721	1'754	-33	-2%	(80)		35
K422	Dauerparkierung	451	468	-17	-4%	1'589	1'536	53	3%	1'138		70
K425	öko-forum	242	236	6	3%	105	76	29	38%	(136)		24
K426	Zivilschutz	1'496	2'020	-524	-26%	54	20	34	170%	(1'442)		558
K491	Parkingmeter	3'849	3'800	49	1%	3'849	3'800	49	1%	0		
K492	Feuerwehr	3'455	3'099	356	11%	3'455	3'099	356	11%	0		
Total		39'764	39'531	233	1%	25'560	26'286	-725	-3%	(14'204)	1'890	930
Nettover- schlechterung												960

Die Rechnung der Direktion schliesst insgesamt um Fr. 960'000.-- schlechter ab als budgetiert. Mehraufwendungen von Fr. 233'000.-- und Mindererträge von Fr. 725'000.-- führten zu diesem negativen Ergebnis.

Infolge Auszahlung von Überstunden an die Uniformpolizei liegen die Besoldungen bei der STAPO mit rund Fr. 210'000.-- über dem Budget.

Im Zusammenhang mit vermehrten sicherheitspolizeilichen Einsätzen und dem Soll-Unterbestand des Personals musste der zeitliche Aufwand für die Verkehrsüberwachung zu Gunsten der sicherheitspolizeilichen Tätigkeiten entsprechend reduziert werden. Dies führte zu einer Abnahme der Busseneinnahmen von rund Fr. 1,5 Mio.

Die Nettoverschlechterung von Fr. 144'000.-- im Fahrzeugbetrieb ist auf den ausserordentlichen Ersatz von Fahrzeugen zurückzuführen.

Die Dienstabteilung Bevölkerungsdienste schloss mit einer Nettoverbesserung im Betrage von Fr. 237'000.-- ab. Die wesentlichen Positionen sind Lohneinsparungen, Rückgang der internen Verrechnungen und Zunahme der Einkaufsbeiträge aus den Einbürgerungen.

Bei der Gewerbe- und Gesundheitspolizei sind zwei Positionen zu erwähnen, die Gebühren für die Wirtschaftsverlängerungen liegen rund Fr. 38'000.-- und die Konzessionsgebühren der Plakatstellen rund Fr. 41'000.-- unter dem Budget.

Durch die Zunahme der Anwohnerbevorzugungen und Ausnahmewilligungen konnte ein Mehrertrag von Fr. 76'000.-- erreicht werden.

Durch die Neuorganisation der ZSO Pilatus im Jahre 2001 konnten nochmals Fr. 558'000.-- eingespart werden.

5.3.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Stadtpolizei

Kommando

Die Stadtpolizei leistete im Jahr 2002 wiederum sehr viele Überstunden und Pikettstellungen, deren Ursache vor allem bei Einsätzen der Abteilung Sicherheits- und Verkehrspolizei liegt. Bei einer Polizeiabteilung also, deren Arbeitslast – auch durch neue Aufgaben – frappant zunehmend ist, deren Umfeld und Arbeit sich grundlegend negativ verändert hat und die, gemessen an der ausgewiesenen Arbeitslast, zunehmend unter Personalmangel leidet. Vermehrt kann deshalb nicht mehr agiert, sondern nur noch reagiert werden.

Personelle Unterbestände beinhalten nicht nur ein Sicherheitsrisiko; die Unterbestände führen zwangsläufig zu Stresssituationen. Damit steigt die Gefahr von Fehlern, Übergriffen und Unbeherrschtheiten, vor allem in einem gewaltbereiten Umfeld. Verbunden mit dem Überschreitungsgrad der zumutbaren Belastung und der vermehrten Beanspruchung von Ruhe- und Freizeit für Polizeieinsätze, steigt aber auch die Gefahr von gesundheitlichen Störungen (aktuelle personelle Ausfälle deswegen sind bereits Tatsache), und es entstehen bei den Mitarbeitenden vermehrt Motivationsprobleme. Sollen die stabile Sicherheitslage und der hohe Qualitätsstandard der Polizeiarbeit beibehalten werden, ist eine Personalaufstockung unumgänglich.

Das Projekt InForm (Überprüfung und Optimierung der Organisation und Arbeitsabläufe bei der Stadtpolizei unter Ausnutzung möglicher Synergien mit der Kantonspolizei) kann mehrheitlich als abgeschlossen betrachtet werden. Die Umsetzung einzelner Konzepte bedarf jedoch noch mehr Zeit. Es kann aber schon heute gesagt werden, dass die bisherige Umsetzung eine Straffung und Vereinfachung der Arbeit und der Arbeitswege bedeutet und vermehrt Synergien mit der Kantonspolizei schafft.

Die Stadtpolizei wurde im Jahr 2002 vom stellvertretenden Kommandanten, Ernst Röthlisberger, geführt. Am 1. November 2002 übernahm der neu gewählte Kommandant, Pius Segmüller, die Führung der Stadtpolizei.

Sicherheits- und Verkehrspolizei

Zunehmend liegt die Hauptlast der Polizeiarbeit im sicherheitspolizeilichen Bereich. An der Spitze steht der Einsatz bei der Alltags- bzw. Basiskriminalität, bei den gewaltorientierten

Delikten und den Sondereinsätzen bei Demonstrationen und anderen Veranstaltungen. Gründe, warum in diesen Bereichen die Arbeitslast stets ansteigt und sich gemessen an ländlichen Orten (inkl. Agglomeration) unproportional entwickelt, sind die überregionale Attraktivität der Stadt als Freizeitort, aber auch die geförderte Öffnung als Kongress-, Kultur- und Sportstadt. Die vorherrschenden Delikte und Ereignisse finden vorab im öffentlichen Raum statt, in jenem Milieu also, welches für das spezifische städtische Sicherheitsproblem von zentraler Bedeutung ist. Tatsache ist nach wie vor, dass bei diesen Deliktgruppen ein bedeutender Teil der Täter wie auch der Opfer nicht in der Stadt wohnen, sondern den Wohnsitz ausserhalb haben.

Die Vermögensdelikte haben einen markanten Anstieg erfahren. Diese Delikte werden oftmals begangen durch Kriminaltouristen, die für die Ausübung von Straftaten aus dem grenznahen Ausland anreisen und innerhalb ihrer Gruppe (Familien, Clans usw.) gut organisiert sind. Hauptverantwortlich für den Anstieg waren jene Straftaten, die das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung massgeblich beeinflussen. Keine Zahl in einer Statistik kann die emotionalen Begleiterscheinungen, die ein Diebstahl, ein Einbruch oder ein Gewaltdelikt auslösen, dokumentieren. Eine ganz persönliche Umgebung des Menschen wird tangiert und hinterlässt nebst materiellen Schäden auch Angst und Unsicherheit.

Bei den Gewaltdelikten wie Körperverletzung und Tötlichkeiten sind statistisch nur die Straftaten erfasst, bei denen die Opfer formell Antrag auf Bestrafung gestellt haben (Antragsdelikt). Es kann davon ausgegangen werden, dass nur "die Spitze des Eisberges" offiziell bekannt ist, da aus vielen Polizeieinsätzen wegen der fehlenden Strafklage kein Strafverfahren resultiert und die Tat somit auch nicht erfasst werden kann. Die Hemmschwelle zur Anwendung von Gewalt ist nochmals deutlich gesunken, und Streitigkeiten eskalieren oft in Aggressionen und Brutalität.

Es ist auch im Jahr 2002 gelungen, die Bildung einer offenen Drogenszene zu verhindern. Nach wie vor machen die sich in Luzern aufhaltenden Drogenabhängigen von ausserhalb den weitaus grössten Anteil aus. Nachdem die Straftaten bei den weichen Drogen (Cannabisprodukte) seit 1997 kontinuierlich zunahmen, lässt sich erstmals eine gewisse Konstanz dieser Verzeigungen feststellen. Der Handel und

Konsum von Cannabis bewegt sich jedoch auf sehr hohem Niveau. Der Heroinhandel befindet sich noch immer fest in den Händen von sehr gut organisierten Tätergruppen. Ethnische Albaner stellen die grösste ausländische Tätergruppierung dar. Die Gruppen sind hierarchisch strukturiert und besitzen ein gut funktionierendes Beziehungsnetz, in welchem der Drogennachschub jederzeit gewährleistet ist.

Der Handel mit Kokain wird von Personen verschiedener Nationalitäten organisiert. Der Gasenhandel wird vorwiegend von Schwarzafrikanern beherrscht. Nachdem im Frühjahr vor allem im Bereich Bahnhof Luzern vermehrte Dealertätigkeiten von Tätern aus Schwarzafrika zu beobachten waren, führten die Luzerner Strafverfolgungsbehörden in enger Zusammenarbeit mit der Kantons- und der Stadtpolizei eine koordinierte Aktion gegen diese Gruppierungen durch. Mit entsprechendem Personalaufwand konnten die offene Szene relativ schnell aufgelöst und die verantwortlichen Straftäter zur Rechenschaft gezogen werden. Allerdings ist festzuhalten, dass diese Szene sehr flexibel reagiert und laufend neue Verkaufsstrategien entwickelt.

Ruhestörungen, hauptsächlich verursacht, indem die Besuchenden in der Nacht von Lokal zu Lokal wechseln, die störenden Nebenerscheinungen des boomenden Rotlichtmilieus, aber auch die rege Benützung einzelner öffentlicher Parkanlagen durch "Nachtschwärmer" mit entsprechend unangenehmen Begleiterscheinungen, haben deutlich zugenommen. Ebenso zugenommen haben die Zahl der Sachbeschädigungen, die Verschmutzung öffentlicher Parkanlagen durch Abfall und die Farbschmierereien an Einrichtungen und Hausfassaden. Die negative Beeinflussung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung durch die "öffentliche Unordnung" darf nicht unterschätzt werden.

Infolge der Unterbestände bei der Uniformpolizei können häufig erkannte Phänomene der Alltagskriminalität und andere Sicherheitsprobleme nicht oder nur zeitlich verzögert und nur mit einem beschränkten Aufwand angegangen werden. Die stets ansteigende Zahl der Interventionen verursacht ein immer grösser werdendes Defizit bei der ebenso wichtigen polizeilichen Präventionsarbeit. Dies betrifft vorab die sichtbare präventive Polizeipräsenz sowie die spezifische täter- und ereignisorientierte Präsenz.

Gewerbe- und Gesundheitspolizei

Die Schwerpunkte der Tätigkeiten lagen in der Koordination und Kontrolle der Benützung des öffentlichen Grundes und in den Interventionen und Bewilligungen rund um das Gastgewerbewesen.

Die Aufgabe als Verwalterin des öffentlichen Grundes fordert die Gewerbe- und Gesundheitspolizei von Jahr zu Jahr mehr. Dem Grundsatz, dass der öffentliche Grund in erster Linie der Allgemeinheit zur Verfügung stehen soll, stehen die immer grösser werdenden wirtschaftlichen Interessen von Privatpersonen und Organisationen entgegen.

Die Gewerbe- und Gesundheitspolizei steht im dauernden Spannungsfeld der Bedürfnisse von Politik, Kultur- und Wirtschaftsförderung, Organisatoren, Partygängern einerseits sowie der Anwohnerschaft der Stadt Luzern andererseits.

Das Ausgehverhalten hat sich in den letzten Jahren grundsätzlich verändert. Die Anlässe beginnen erst nach Mitternacht und dauern oft bis 4.00 Uhr früh. Dies betrifft nicht nur einzelne Events, sondern auch die gastgewerblichen Betriebe (Bars, Dancings, Restaurants) im Allgemeinen.

Auch im Jahr 2002 trafen erneut viele Gesuche für Verpflegungsstände aller Art und Gesuche für die Durchführung diverser Events ein. Obwohl die Anzahl der Gesuche dieses Jahr erstmals leicht abgenommen hat, handelt es sich bei den Events vermehrt um grössere Anlässe, die Vor-Ort-Besichtigungen, Besprechungen und die Koordination mit anderen Amtsstellen unumgänglich machen. Diese Entwicklung fordert ein immer grösseres personelles und zeitintensives Engagement. Die administrativen Arbeiten, und diese Feststellung trifft auf die ganze Abteilung zu, können nur mit Überstundenleistungen bewältigt werden. Die polizeiliche Präsenz und die Kontrolle von erteilten Bewilligungen mussten klar vernachlässigt werden.

Es entspricht einem Bedürfnis vieler Veranstalter und Sponsoren, ihre Auftritte mittels einer Gastwirtschaft zu finanzieren und den Betrieb mit musikalischer Unterhaltung zu unterstützen. Hier entstehen Kollisionspunkte mit der Anwohnerschaft. Die Gewerbe- und Gesundheitspolizei versucht, die Anlässe mittels Bedingungen und Auflagen gemeinverträglich zu gestalten.

Wie in den Vorjahren auch, gingen zahlreiche Reklamationen wegen Lärmimmissionen bei der Stadtpolizei ein. Diese betrafen jedoch nicht nur die bewilligten Veranstaltungen, sondern auch Personen, die einfach ihre Freizeit in der Stadt verbringen. Vor allem aber gegen vier gastgewerbliche Betriebe bildete sich massive Opposition seitens der Anwohnerschaft. Dies hatte regelmässige Kontrollen durch die Sicherheitspolizei sowie Interventionen der Umweltschutzpolizei zur Folge. In allen Betrieben wurde die Musikanlage mit einem Schallbegrenzer (Limiter) versehen, um die Nachbarschaft vor Lärmimmissionen zu schützen. Diese Massnahmen führten bei zwei Betrieben zum gewünschten Erfolg. Bei den anderen beiden Lokalen stellte man fest, dass bauliche Massnahmen unumgänglich sind, die teilweise noch im Jahr 2002 umgesetzt wurden. Es muss sich noch zeigen, welche Verbesserungen diese Massnahmen bringen.

Die Bekämpfung von Lärmimmissionen aller Art (Baulärm, Lärm durch Gastgewerbe) und der damit verbundenen Interventionen, Besprechungen und Massnahmen, machten alleine 62% der Arbeitsleistungen des Umweltschutzpolizisten aus.

Im Bereich des Umweltschutzes konnte festgestellt werden, dass die Tätigkeiten im Ressort Kehricht um 3% zugenommen haben. Dies ist einerseits auf das falsche Bereitstellen von Sondermüll zurückzuführen und andererseits auf die Bereitstellung ausserhalb der Abfuhrzeiten. Mit der Einführung der Sackgebühr in den Agglomerationsgemeinden wurden an der Peripherie vermehrt wilde Deponien errichtet. Mit der Einführung der Sackgebühr in der Stadt Luzern per Mitte 2003 ist mit einer weiteren Zunahme der wilden Deponien und dem entsprechenden Kontrollbedarf zu rechnen.

Auffallend in diesem Geschäftsjahr waren die Bestrebungen politischer sowie privater Initianten, das Luzerner Marktwesen zu fördern oder zu verändern. Mit politischen Vorstössen und brieflichen Anfragen wurden teilweise die Standorte der bestehenden Märkte in Frage gestellt sowie Vorschläge zur Erweiterung und Verlegung der Marktstände unterbreitet. Die meisten Vorstösse mussten jedoch abgewiesen werden, weil die Vorhaben nicht realisierbar sind. Die Idee eines Weihnachtsmarktes wurde nach dem ersten Versuch im Jahr 2001 am Nationalquai durch eine andere private Träger-schaft auf dem Löwenplatz umgesetzt.

Das Taxireglement konnte auch im Jahr 2002 nicht in Kraft gesetzt werden. Trotz diversen Aussprachen mit den beteiligten Parteien und deren Rechtsvertretern war keine Einigung über die Frage der Entschädigung von Taxikonzessionen zu erzielen. Vor allem nachts und speziell an den Wochenenden wird das einheimische Taxigewerbe durch auswärtige Taxifahrer konkurrenziert. Aufgrund fehlender personeller Ressourcen konnten nur wenige Nachtkontrollen durchgeführt werden. Ohne ein zeitgemässes Taxireglement andererseits wird die Ahndung im Taxiwesen zunehmend schwieriger.

Im Juni 2002 startete das Teilprojekt InForm bei der Gewerbe- und Gesundheitspolizei. Nach einer Ist-/Soll-Analyse aller Arbeitsprozesse hiess die Steuerungsgruppe als erste Priorität die Umsetzung der Verbesserungsvorschläge für das Fundbüro sowie für das Büro für Zustellungen gut.

Die Registrierung der rund 4'500 Fundgegenstände erfolgte bisher mittels manueller Registratur. Als effizientere Lösung dafür entschied man sich für den Einsatz einer Software. Diese wurde Ende November 2002 installiert. Die Implementation und Parametrierung der Software sowie die Schulung der Mitarbeitenden erfolgte Anfang 2003. Nach einer Testphase ist der Produktivstart im März 2003 vorgesehen.

Die Zielsetzung des Projekts liegt nicht nur in der Verbesserung der organisatorischen Abläufe, sondern auch in der Synergiennutzung innerhalb des Polizeikorps.

Das Zustellwesen der Sicherheits- und Verkehrspolizei und der Gewerbe- und Gesundheitspolizei wird zusammengelegt. Um Doppelspurigkeiten zu vermeiden, sollen diese Aufträge an einer zentralen Stelle innerhalb der Gewerbe- und Gesundheitspolizei verarbeitet werden. Das hat eine Umlagerung von 100 Stellenprozenten von der Sicherheits- und Verkehrspolizei in die Gewerbe- und Gesundheitspolizei zur Folge. Die Gewerbe- und Gesundheitspolizei beschäftigt dann neu 14 Personen.

Stabs- und Kommandodienste

Die Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter der Stadtpolizei Luzern werden an der Zentralschweizerischen Polizeischule in Sempach ausgebildet. Die Diplomprüfung beendete den gemeinsamen Ausbildungslehrgang 2001/2002

der Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Zug, Obwalden, Nidwalden und der Stadt Luzern. Alle Anwärterinnen und Anwärter der Stadtpolizei bestanden diese Prüfung und wurden am 4. September 2002 in der Franziskanerkirche durch den geschäftsführenden Amtsstatthalter Amt Luzern vereidigt. Die Qualität der Grundausbildung ist auf einem sehr hohen Niveau und kann sich mit anderen kantonalen und städtischen Ausbildungsstätten vergleichen lassen. Somit stehen dem Korps 8 weitere junge, gut ausgebildete Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung.

Zunehmend wird festgestellt, dass es schwieriger wird, gute und qualifizierte junge Frauen und Männer zu finden, die sich für den Polizeiberuf entscheiden. Dabei ist es wichtig, dass die Stadtpolizei Luzern als attraktive und interessante Arbeitgeberin auf dem Markt auftreten kann.

An verschiedenen internen und externen Kursen wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den verschiedensten Sparten aus- und weitergebildet. Ein immer grösserer Ausbildungsbedarf wird in der Informatik festgestellt.

Die Spezialisten der Stabs- und Kommandodienste, wie DIAZ (Daten-, Information-, Archivierungszentrum), Übermittlung, Funk, Fahrzeugpark, Hauswartung, vernetzen wichtige Dienstleistungen zu Gunsten der Frontabteilung und schaffen somit ein gutes Umfeld für die Erbringung von Kernaufgaben der Polizei.

Im Rahmen des Projekts InForm wurden die Prozessabläufe im Rapportierwesen und der Aktenablage (Registratur) reorganisiert. Neu heisst dieser Dienst DIAZ (Daten-, Informations-, Archivierungszentrum) und ist organisatorisch dem gleichnamigen Dienst der Kantonspolizei Luzern unterstellt. Die Reorganisation hatte zur Folge, dass das alte Rapportiersystem "Joufara" mit dem bei der Kantonspolizei bereits im Jahr 2001 eingeführten Rapportiersystem "FLAIR" abgelöst werden musste. Das neue System lässt zu, dass die beiden Polizeien auf einem System die Journaleinträge erfassen, die Rapporte erstellen und archivieren. Somit steht beiden Korps ein gemeinsames modernes Rapportiersystem zur Verfügung. Die Übergangs- und Einführungsphase ist abgeschlossen, und es wird produktiv gearbeitet.

Zivilschutz

Das Jahr 2002 war für die ZSO Pilatus ein erfolgreiches Jahr. Erstmals seit ihrer Gründung am 1. Juli 2001 stehen verlässliche Zahlen zur Verfügung, die einen Trend zeigen. Die Kosten beginnen langsam, aber sicher zu sinken, weil viele Aufgaben (z. B. EDV) regional gelöst werden konnten. Dadurch wurde eines der Ziele der Regionalisierung zur ZSO Pilatus erfüllt.

Die angestrebten Leistungen konnten weiterhin auf hohem Stand gehalten werden.

Die Ausbildungsdienste in Schwarzenburg und Sempach, die Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft und Engagements für nicht kommerzielle Körperschaften (Schulen und Vereine) waren auch im Jahre 2002 gleich bleibend.

Bevölkerungsdienste

Die Regionalisierung der Zivilstandsämter schreitet voran. Die Gemeinden Meggen, Littau, Malters und Schwarzenberg haben ihr Interesse daran bekundet, ihre Zivilstandsämter demjenigen der Stadt Luzern anzugliedern. In der Zwischenzeit haben diese Gemeinden den Gemeindevertrag unterzeichnet. Diese Zusammenlegung wird einige Veränderungen zur Folge haben. Eine personelle und räumliche Vergrösserung wird unumgänglich sein.

Die zwei neuen Informationsschriften zur Einbürgerung – *Der Weg zum Schweizer Pass* und *Unsere Zukunft in der Schweiz* – sind instruktive und zeitgemässe Broschüren und fanden reges Interesse in der Öffentlichkeit. Mit dieser Einbürgerungsoffensive zeigte die Stadt Luzern den Willen, Ausländerinnen und Ausländer – besonders diejenigen der zweiten und dritten Generation – zur Einbürgerung zu ermuntern und sie damit zum letzten Schritt der Integration zu bewegen.

Feuerwehr

Die Einsätze des Jahres 2002 lassen rein statistisch auf ein arbeitsreiches Jahr schliessen. Tatsächlich aber lässt die einzige Unwetternacht vom 6. auf den 7. Juni die Statistik in die Höhe schnellen. Nebst zwei schwierigen Wohnungsbränden zu Beginn des Jahres galt es, vor allem viele Kleinereignisse zu bewältigen. Mit der Genehmigung des Gemeindevertrages bezüglich Gebietsabtretung Reussinsel durch die Gemeinde Littau, formell per 1.1.2003, konnte die letzte Pendenz des Projektes "Pilatus-Feuerwehr 2000" erledigt werden.

Die erstmals im ganzen Korps durchgeführte Zufriedenheitsumfrage ergab, bei einer Rücklaufquote von 55%, ein erfreuliches Gesamtbild. Es herrscht allgemein eine hohe bis sehr hohe Zufriedenheit. Die Detailauswertung, insbesondere der zahlreichen persönlichen Anmerkungen, wird der Führungsstab im Jahr 2003 vornehmen und mit der Umsetzung möglicher Verbesserungen beginnen.

Umweltschutz / öko-forum

Wie im Vorjahr organisierte die Dienstabteilung Umweltschutz am Sonntag, 22. September, den Aktionstag "Ohne Auto mobil". Die Sperrung des Gebiets zwischen Reuss und Bundesplatz für den motorisierten Verkehr stiess bei der Bevölkerung und den beteiligten Organisationen auf ein positives Echo.

Die Aktion "GentleDriver", die in Zusammenarbeit mit dem Kanton Luzern und mehreren Agglomerationsgemeinden durchgeführt wurde, war ein voller Erfolg. Über 600 Autofahrerinnen und Autofahrer lernten in einem halbtägigen praxisbetonten Kurs die Geheimnisse des sparsamen Fahrens kennen. Die Aktion wird fortgesetzt.

Schwerpunkte im Bereich Natur- und Landschaftsschutz waren die von einem umfangreichen Rahmenprogramm begleitete Ausstellung "Zeitreise – Luzerner Lebensräume im Wandel", die Erarbeitung verschiedener naturschutzfachlicher Pflege- und Unterhaltskon-

zepte sowie das Einbringen ökologischer Aspekte in die Gesamtplanung Allmend. Einen wichtigen Beitrag zur ökologischen Aufwertung des städtischen Wohnumfelds und zum Artenschutzprogramm Fledermäuse leistete die im Rahmen des Projekts "Luzern grünt" durchgeführte Jahreskampagne "Um jedes Haus eine Fledermaus". Ergänzend erschien in der Reihe Naturschauplätze ein Faltblatt zum Thema Fledermäuse.

Der Richtplan Energie wurde am 5. November 2002 vom Regierungsrat mit kleinen Änderungen genehmigt.

Die Energiefondsverwaltung bewilligte die finanzielle Unterstützung von 18 kleineren und grösseren Energieprojekten in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Mobilität und Information (Gesamtsumme Fr. 523'964.–).

Das Re-Audit Energiestadt wurde erfolgreich durchgeführt. Der Stadtrat verabschiedete in diesem Zusammenhang ein Paket von Massnahmen für die Jahre 2003–2007.

öko-forum

Die Benutzer/innen- und Ausleihzahlen konnten einmal mehr deutlich gesteigert werden. Die Beratungen nahmen im Vergleich zum Vorjahr um über 30% auf insgesamt 10'220 zu. Die Anzahl ausgeliehener Medien erfuhr nahezu eine Verdreifachung (total 9'724 Ausleihen).

5.3.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstab-

teilungen und Bereiche dargestellt. Neu hinzugekommen ist das öko-forum.

5.3.4.1 Polizei

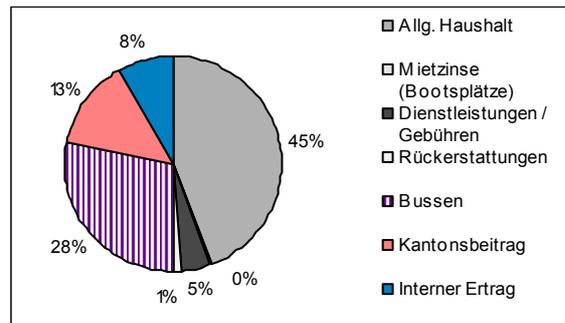
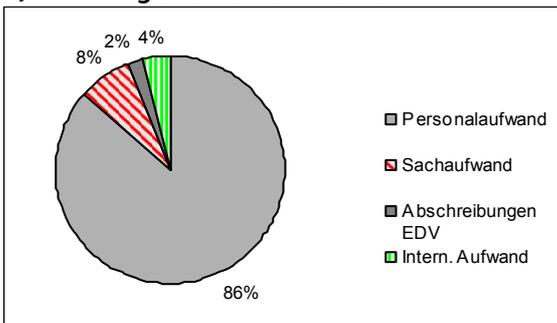
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die uniformierte Hauptabteilung der Stadtpolizei ist im sicherheits- und verkehrspolizeilichen Bereich tätig. Im Bereich Sicherheitspolizei sorgt sie für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie für die Kriminalitätsbekämpfung und trägt durch Information und andere geeignete Massnahmen zur Prävention bei. Sie verfügt über jene kriminalpolizeilichen Kompetenzen, welche zur Wahrnehmung des sicherheitspolizeilichen Auftrages erforderlich sind; sie unterstützt die Kriminalpolizei nach deren Bedürfnis. Im Bereich Verkehrspolizei erfüllt sie alle im Strassenverkehr der Polizei übertragenen Aufgaben und sorgt mittels Vollzugsarbeit und Verkehrserziehung für ein angepasstes und richtiges Verhalten der Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	22'009'604	22'296'327	22'073'200	223'127	1%	286'724	1%
Ertrag	13'022'792	12'440'513	14'091'000	-1'650'487	-12%	-582'279	-4%
Ergebnis	-8'986'812	-9'855'814	-7'982'200	-1'873'614	-23%	-869'003	-10%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

		2000	2001	2002	Veränd.	
Total Stunden Kernprodukte Polizei		153'158	149'480	146'753	-2%	
Leistungsgruppe Sicherheitspolizei		76'315	74'733	72'070	-4%	
Leistungsgruppe Alltagskriminalität		34'344	33'430	37'253	+11%	
Leistungsgruppe Verkehrspolizei		42'499	41'317	37'430	-9%	
Verkehrspolizei	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Ordnungsbussen im Strassenverkehr	58'434	56'869	58'864	56'078	51'047	-9%
Automat. Verkehrsüberwachung	68'071	66'217	60'899	57'436	63'110	+10%
Angetrunkene Fahrzeugführer/innen	250	249	190	205	152	-26%
Verkehrsunfälle	974	1'015	964	1'026	914	-11%
Verletzte Verkehrsteilnehmer/innen	284	319	325	350	351	0
Sicherheitspolizei	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Einfacher Diebstahl	1'956	2'390	2'354	2'574	2'926	+14%
Einbruchdiebstahl	1'250	818	601	648	878	+35%
Vorläufige Festnahmen	1'414	1'396	1'113	1'077	1'114	+3%
Betäubungsmitteldelikte	669	664	658	549	414	-25%

e) Kommentar

Der reduzierte Gesamtaufwand bei den polizeilichen Kernprodukten ist eine direkte Folge der personellen Unterbestände bei der Uniformpolizei. Im Aufwand bei den Leistungsgruppen Sicherheitspolizei und Alltagskriminalität sind 8'132 Stunden Überzeit (ohne Einsatz WEF in Davos), verteilt auf 115 Mitarbeitende (Vorjahr 10'758 Stunden – inkl. Einsatz WEF in Davos – verteilt auf 118 Mitarbeitende) enthalten. Zusätzlich wurden bei der Leistungsgruppe Sicherheitspolizei 9'800 Stunden

Pikettdienst, verteilt auf 115 Mitarbeitende (Vorjahr 8'905 Stunden verteilt auf 118 Mitarbeitende) erbracht, die in der Aufwandberechnung nicht enthalten sind; deren Abgeltung erfolgt finanziell. Die zunehmende Belastung der einzelnen Mitarbeitenden der Uniformpolizei durch Mehrarbeitszeit und Pikettdienst hat das zumutbare Mass überschritten.

Die erneute Reduzierung des Aufwandes im verkehrspolizeilichen Bereich ist die Folge der zunehmenden Arbeitslast im sicherheitspolizeilichen Bereich (inkl. Alltagskriminalität). Die sich ins Minus verändernden spezifischen Kennzahlen im Bereich Verkehrspolizei sind nicht zurückzuführen auf eine bessere Verkehrsdisziplin, sondern sind eine Folge des reduzierten Aufwandes.

Der Mehraufwand im Bereich Alltagskriminalität liegt hauptsächlich beim Produkt Vermögensdelikte (+4'238 Stunden oder 19%) und im sicherheitspolizeilichen Bereich bei den Produkten Grossanlässe/Grossereignisse (+1'395 Stunden oder 23%) bzw. gemeindepolizeiliche Aufgaben (+2'974 Stunden oder 91%).

Für den Anstieg der Kennzahlen bei der so genannten Alltags- oder Basiskriminalität sind folgende Straftatbestände hauptverursachend:
(in Straftaten)

Einfacher Diebstahl:

– Taschendiebstahl	+179
– Diebstahl aus Auto	+71
– Diebstahl in Geschäften (an Kundschaft)	+107

Einbruchdiebstahl:

– Restaurationsbetriebe	+33
– Apotheken, Drogerien oder Arztpraxen	+20
– Einfamilienhäuser und Wohnungen	+167
– Kiosk	+20
– Automaten	+26

Bei den vorläufigen Festnahmen ist die Anzahl der von den Polizeipatrouillen in flagranti festgenommenen Straftäter und Straftäterinnen bei den Vermögensdelikten und den gewaltorientierten Delikten um 206 Personen oder 66% angestiegen.

Der Rückgang der Straftaten und festgenommenen Personen im Bereich Betäubungsmitteldelinquenz begründet sich mit der heutigen Drogensituation im öffentlichen Raum (Umwandlung der offenen in eine verdeckte Drogenszene).

5.3.4.2 Gewerbe- und Gesundheitspolizei

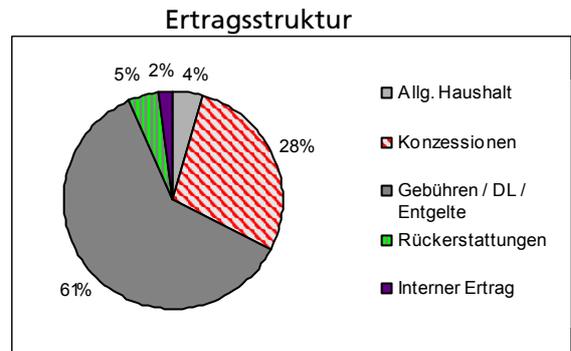
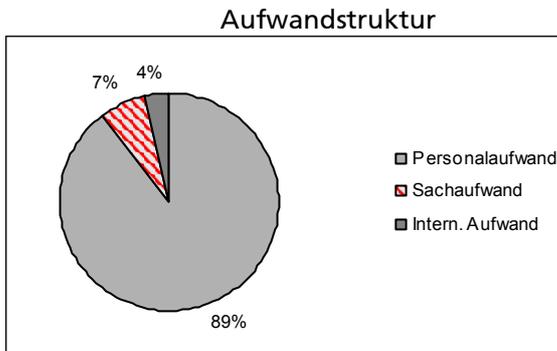
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Gewerbe- und Gesundheitspolizei erfüllt die Aufgaben der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, soweit die polizeiliche Mithilfe in Gesetzen und Verordnungen vorgesehen oder zu ihrer Vollstreckung notwendig ist. Die Haupttätigkeit liegt in der Verwaltung des öffentlichen Grundes (Sondernutzungen des öffentlichen Grundes, Markt- und Messewesen, Reklamewesen) und im Bereich des Gastgewerbewesens. Weiter unterliegen ihr Aufgaben der Handelspolizei, der Lebensmittelkontrolle, des Umweltschutzes, des Tier- und Taxiwesens, behördliche Zustellungen, Zuführungen und Exmissionen sowie die Führung des städtischen Fundbüros. Die Gewerbe- und Gesundheitspolizei beschäftigt 14 Personen.

b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	1'800'338	1'801'207	1'869'700	-68'493	-4%	870	0%
Ertrag	1'736'870	1'721'274	1'754'300	-33'026	-2%	-15'596	-1%
Ergebnis	-63'468	-79'934	-115'400	35'466	31%	-16'466	-26%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Anzahl Bewilligungen für Benützung öffentlichen Grundes	388	509	484	573	606	604	-0.3%
Bewilligungen von Verlängerungen im Gastgewerbe durch die Stadtpolizei	-	1'058	1'196	1'371	1'089	760	-30%
Bewilligungen von Verlängerungen im Gastgewerbe durch das Amt für das Gastgewerbe (Kanton)	-	821	865	1'111	1'258	1'289	+2.5%
Anzahl Probenahmen der Lebensmittelkontrolleure	1'102	996	1'160	904	912	1'121	+23%
Total Kleintierwegschaffung (Tierwesen / Wasenmeisterei)	1'160	1'549	1'131	1'789	1'413	1'427	+1%
Fundgegenstände	3'814	3'866	3'910	4'030	4'338	4'249	-2%
Total Rapporte im Umweltschutz (Lärm, Luft, Gewässer, Kehricht usw.)	115	101	69	113	108	74	-31%

e) Kommentar

Die Anzahl Verlängerungen im Gastgewerbe, die durch die Stadtpolizei erteilt werden, hat auch in diesem Jahr wieder abgenommen. Der Rücklauf um 30% resultiert wie im Vorjahr daraus, dass im vergangenen Jahr vielen Betrieben Bewilligungen für Dauerverlängerungen erteilt wurden. Dadurch fielen diese Betriebe in den Kompetenzbereich des kantonalen Amtes für das Gastgewerbe.

Im Jahr 2000 stellten die Lebensmittelkontrolleure fest, dass in vereinzelt Betrieben anstelle von selber hergestellten Produkten vermehrt Convenience-Produkte verwendet wurden. Man erhoffte sich dadurch eine Verringerung des Risikos von verunreinigten Waren und Produkten. Im vergangenen Jahr zeigte sich aber, dass die Verwendung solcher Produkte bei ungenügender Kontrolle des Wareneingangs und nicht korrekter Aufbewahrung keine eigentliche Risikoverringerung brachte. Deshalb wurden im Jahr 2002 vermehrt auch Proben von Convenience-Produkten erhoben, was zu einer Zunahme der Probenahmen von 23% führte.

Die Abnahme der Rapporte im Umweltschutz sind darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2002 weniger Reklamationen wegen Nachtlärm bei der Stadtpolizei eingegangen sind. Auch die Rapporte wegen Lärm im Gastgewerbe gingen erheblich zurück. Die gute Zusammenarbeit und Präsenz der Uniformpolizei sowie das Verhandlungs- und Interventionsgeschick des Umweltschutzpolizisten führten im Jahr 2002 zu der Reduktion um 31%.

5.3.4.3 Einwohnerdienste

a) Aufgaben / Dienstleistungen

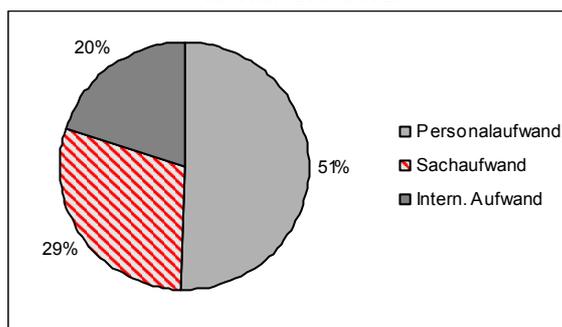
Die Einwohnerdienste führen das Einwohner- und Geschäftsregister. Darunter fallen die administrative Verarbeitung von zivilrechtlichen Ereignissen der Einwohner/innen, das Erstellen von Ausweisen, Zeugnissen, Bescheinigungen, die Überwachung und Bearbeitung von Pflichten und Bewilligungen, die Bearbeitung von Adressanfragen und weitere Auskünfte. Im Weiteren veranlassen die Einwohnerdienste die Mitteilung der Einwohnerdaten an Amtsstellen, das Erstellen von Einwohnerstatistiken und Organisieren von Zählungen und Erhebungen. Zum weiteren Aufgabenbereich gehören die Führung des Hunderegisters und das Inkasso der Hundesteuer sowie die Beschriftung der Strassen und die Nummerierung der Häuser. Die Einwohnerdienste beschäftigen 11 Personen (1020 Stellenprozente).

b) Ergebnis

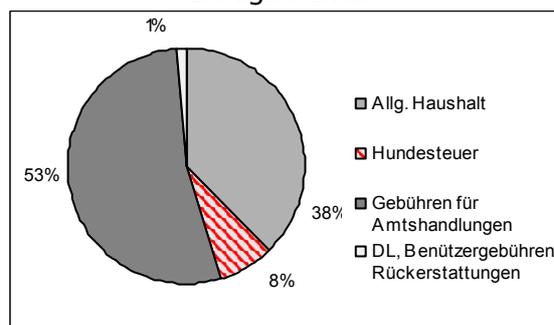
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	1'819'183	1'836'094	1'587'800	248'294	16%	16'911	1%
Ertrag	803'571	1'143'110	763'000	380'110	50%	339'539	42%
Ergebnis	-1'015'612	-692'984	-824'800	131'816	16%	322'628	32%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Die häufigsten Geschäftsfälle	1999	2000	2001	2002	Abw.
Kostenpflichtig					
- Adressauskünfte	4'698	4'349	4'166	4'404	+6%
- Bewilligung Ausländer/innen	8'492	8'483	8'319	8'768	+5%
- Identitätskarten	4'049	4'378	4'290	4'381	+2%
- Zuzug Einwohner/innen	4'995	5'158	5'395	5'451	+1%
Nicht kostenpflichtig					
- Adressänderung	3'949	3'625	3'643	3'309	-9%
- Zivilrechtliche Ereignisse (Heirat, Todesfall, Anerkennung, Scheidung, Geburt)	2'013	1'971	1'814	1'811	0
- Wegzug Einwohner/innen	5'390	5'345	5'737	5'359	-7%

e) Kommentar

Die vier grössten kostenpflichtigen Geschäftsfälle (rund 23'000 Mutationen) liefern rund 2/3 des Ertrages der Einwohnerdienste.

Per 1.6.2002 ist das bilaterale Abkommen über den freien Personenverkehr (Freizügigkeitsabkommen) in Kraft getreten. Die dazugehörige Gebührenverordnung tritt erst per 1.1.2003 in Kraft.

5.3.4.4 Zivilstandsamt und Bürgerrechtswesen

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das Zivilstandsamt ist zuständig für die Beurkundung des Personenstandes von Stadtluzerner Bürgerinnen und Bürgern und von allen Personen, welche in der Stadt Luzern einen Zivilstandsfall bewirken (Geburt, Anerkennung, Eheschliessung, Tod). Weitere Aufgaben sind die Beratung in ehenamens- und bürgerrechtlichen Angelegenheiten im Zusammenhang mit Geburten und Eheschliessungen sowie die Durchführung von Ziviltrauungen. Dem Zivilstandsamt angegliedert ist das Bestattungsamt. Ebenso obliegen die Erstellung und die Kontrolle der Heimatscheine dem Zivilstandsamt.

Die Eintragungen in den Zivilstandsregistern bilden die Grundlage für die Ausstellung von Zivilstandsdokumenten zum Beweis der personen- und familienrechtlichen Stellung jedes Bürgers und jeder Bürgerin, den Nachweis des Bürgerrechts in der Heimatgemeinde und damit des Schweizer Bürgerrechts, die Abgabe von Ausweispapieren wie Heimatscheinen, Identitätskarten, Reisepässen, vormundschaftliche Massnahmen, die Feststellung der Erben, das Bestattungswesen, die militärische Aushebung, die Bevölkerungsstatistik, genealogische Forschungen und wissenschaftliche Erhebungen usw.

Das Büro Bürgerrechtswesen ist die Anlaufstelle für einbürgerungswillige Personen schweizerischer und ausländischer Nationalität. Es ist zuständig für den administrativen Bereich bei der Zusage des Stadtluzerner Bürgerrechts, von der Beratung der Gesuchstellenden, der Kontrolle und der Ergänzung der Unterlagen, der Einholung der erforderlichen Abklärungen, der Vorbereitung der Sitzungen der Bürgerrechtskommission und des Stadtrates bis zur positiven Entscheidung an die Gesuchstellenden nach dem Beschluss des Grossen Stadtrates.

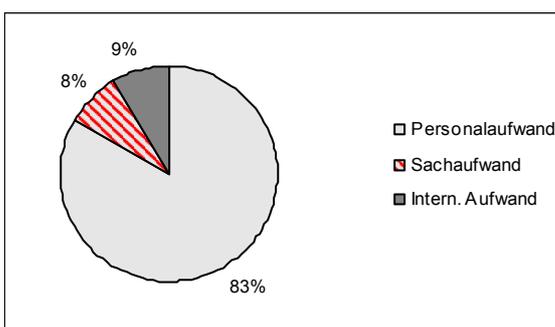
Total Pensen Zivilstandsamt und Bürgerrechtswesen sowie Bestattungsamt: 600%.

b) Ergebnis

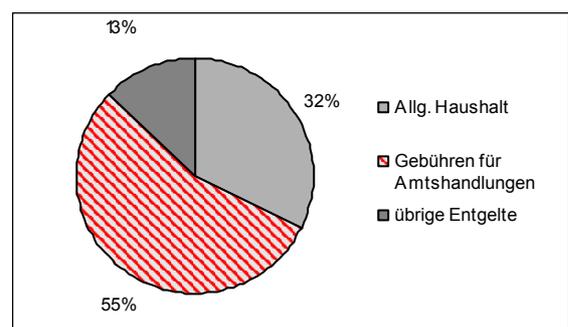
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	711'304	715'385	746'600	-31'215	-4%	4'081	1%
Ertrag	455'906	483'939	410'000	73'939	18%	28'034	6%
Ergebnis	-255'399	-231'446	-336'600	105'154	31%	23'953	9%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	Abw.
Geburten in Luzern	2'476	2'328	2'149	2'231	+4%
– davon von nicht Einwohner/innen	1'944	1'833	1'700	1'800	+6%
– davon von Einwohner/innen	532	495	449	431	-4%
Eheschliessungen in Luzern	475	453	404	418	+3%
– Braut u. Bräutigam nicht Einwohner/in	185	148	138	140	+1%
– Braut, Bräutigam oder beide Einwohner/innen von Luzern	290	305	266	278	+5%

	1999	2000	2001	2002	Abw.
Todesfälle in Luzern	1'107	1'141	1'132	1'018	-10%
– davon nicht Einwohner/innen	449	474	475	583	+23%
– davon Einwohner/innen von Luzern	658	667	657	435	-34 %
Erteilung bzw. Zusicherung des Stadtbürgerrechtes	256/454	189/346	231/421	254/504	+10%/+20%
– an Schweizer/innen (Gesuche/Personen)	112/182	84/147	104/198	112/201	+8%/+2%
– an Ausländer/innen (Gesuche/Personen)	144/272	105/199	127/223	142/303	+12%/+36%
– davon erleichterte Einbürgerungen	30	135	63	79	+25%

e) Kommentar

Von den 500 Stellenprozenten, die für die Arbeiten im Zivilstandswesen eingesetzt sind, werden rund 220% für Zivilstandsfälle aufgewendet, welche von nicht in der Stadt Luzern wohnhaften Personen verursacht werden. Nur für die Trauung darf eine, wenn auch nicht kostendeckende, Gebühr verlangt werden. Die Aufwendungen für die mit dem Eintrag der Geburten und Todesfälle zusammenhängenden Arbeiten inklusive Infrastruktur und Auslagen für Material und Porti werden von den Steuerpflichtigen der Stadt Luzern getragen.

Bei den erleichterten Einbürgerungen handelt es sich um die Erteilung des Bürgerrechts an Ehepartner von Schweizer Bürgerinnen oder Bürgern gemäss Art. 27 des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts (BüG). Bei den Zahlen handelt es sich sowohl um Luzerner Bürgerinnen und Bürger wie auch um Luzerner Einwohnerinnen und Einwohner.

5.3.4.5 Büro Wahlen und Abstimmungen

a) Aufgaben / Dienstleistungen

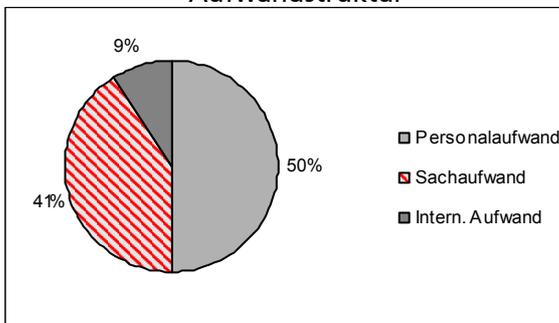
Dem Büro Wahlen und Abstimmungen obliegt die Organisation und Durchführung aller Wahlen und Abstimmungen von Bund, Kanton, Stadt und Kirchgemeinden in der Stadt Luzern. Die gesamten Aufwendungen im Personal- und Sachaufwand für andere Körperschaften werden diesen vollumfänglich in Rechnung gestellt. Als Nebenaufgabe ist dem Büro W+A die Stimmrechtskontrolle der Initiativen und Referenden von Bund, Kanton und Stadt zugeteilt.

b) Ergebnis

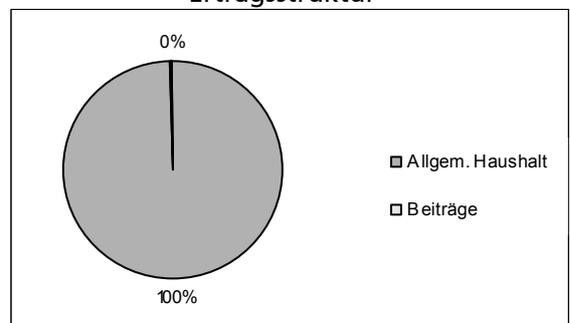
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	442'718	577'803	587'400	-9'597	-2%	135'085	31%
Ertrag	18'451	1'153	6'000	-4'848	-81%	-17'299	-94%
Ergebnis	-424'267	-576'650	-581'400	4'750	1%	-152'384	-36%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

Urnengang vom:	03.03.02	02.06.02	22.09.02	24.11.02	Ø
Stimmberechtigte	40'273	40'248	40'330	40'398	40'312
Stimmbeteiligung	63%	51%	47%	55%	53%
Stimmende	25'382	20'631	19'192	22'229	21'859
Gesamtkosten	80'519	95'600	100'958	99'622	94'175
Kosten pro Stimmberechtigte/n	Fr. 2.00	Fr. 2.38	Fr. 2.50	Fr. 2.47	Fr. 2.34
Kosten pro Stimmabgabe	Fr. 3.17	Fr. 4.63	Fr. 5.26	Fr. 4.48	Fr. 4.39

Spezifikation der Urnengänge

03.03.02	3 Sachabstimmungen (2 Bund und 1 Kanton)
02.06.02	6 Sachabstimmungen (2 Bund, 2 Kanton und 2 Stadt)
22.09.02	5 Sachabstimmungen (1 Bund, 3 Kanton und 1 Stadt)
24.11.02	5 Sachabstimmungen (2 Bund, 1 Kanton und 2 Stadt)

e) Kommentar

Im Vergleich zum Vorjahr bewegten sich die durchschnittlichen Kosten pro Stimmberechtigte/n bzw. pro Stimmabgabe etwa auf gleicher Höhe.

5.3.4.6 Feuerwehr

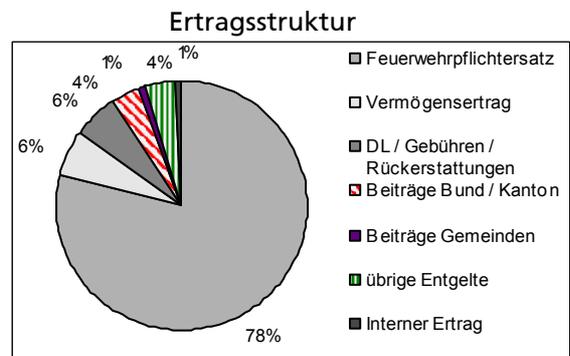
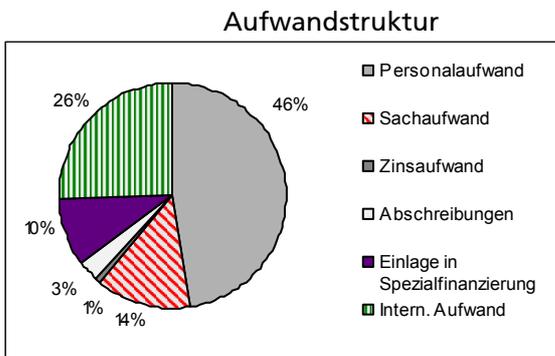
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Aufgaben der Feuerwehr sind im Feuerschutzgesetz umschrieben. Im Vordergrund stehen Einsätze bei Bränden und Explosionen, bei Elementar- und sonstigen Ereignissen, welche die Umwelt schädigen oder gefährden. Hinzu kommen Einsätze für Wach- und Kontrolldienste, Verkehrsdienste und technische Einsätze. Als Stützpunkfeuerwehr wird die städtische Feuerwehr auch zu Einsätzen im Strassenrettungsdienst, als Strahlenwehr und als Ölwehr aufgeboten. Bei der Feuerwehr sind acht Personen als Verwaltungspersonal fest angestellt. Das Feuerwehrkorps ist nach dem Milizsystem zusammengesetzt und wird für den Ernstfalleinsatz mittels Funk- und Telefonalarm, zu den Übungen jeweils schriftlich aufgeboten.

b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	3'308'195	3'455'206	3'099'300	355'906	11%	147'011	4%
Ertrag	3'308'195	3'455'206	3'099'300	355'906	11%	147'011	4%
Ergebnis	0	0	0	0		0	

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Anzahl Alarmeingänge	603	804	458	564	665	+18%
Davon Fehlalarme (aber Ausrücken des Polizeilöschpiketts oder von Teilen der Feuerwehr)	249	280	249	308	297	-4%
Anzahl echte Einsätze	335	524	209	256	368	+44%
Einsatzstunden Löschpikett und Feuerwehrkorps (inkl. Fehlalarme)	9'831	13'609	4'428	5'518	7'305	+32%
Soldkosten für Feuerwehrleute pro Einsatz	496	513	515	535	500	-7%
Durchschnittlich pro Einsatz eingesetzte Feuerwehrleute	11	22	13	12	10	-17%

e) Kommentar

Der Ertrag der Ersatzabgabe fiel 2002 erfreulich hoch aus. Noch ist es aber zu früh, darin eine Trendwende gegenüber den Vorjahren zu sehen. Eine Überprüfung des Finanzierungssystems der Feuerwehren primär und im Wesentlichen nur über die Ersatzabgabe ist mittelfristig notwendig. Eine Änderung des Systems bedeutet eine Änderung des kantonalen Gesetzes über den Feuerschutz.

Die um 18% höhere Zahl an Einsätzen ist auf die Unwetternacht vom 6./7. Juni 2002 zurückzuführen. Alle spezifischen Kennzahlen sind von dieser Nacht beeinflusst. Ohne dieses Ereignis könnte das Jahr 2002 zu den durchschnittlichen Schadenjahren gezählt werden.

5.3.4.7 Zivilschutzorganisation

a) Aufgaben / Dienstleistungen

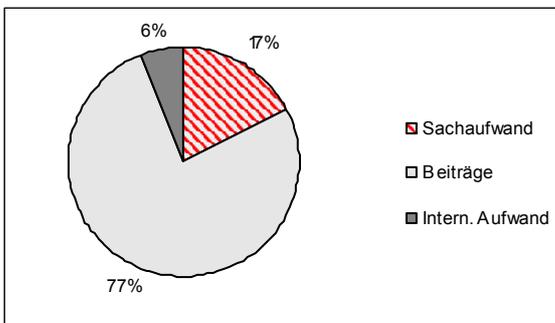
Hauptaufgabe des Zivilschutzes ist es, den Schutz der Bevölkerung in Katastrophen und Notlagen zu gewährleisten. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Angehörigen in Kursen aus- und weitergebildet. Die Ausbildungen erfolgen im kantonalen Ausbildungszentrum in Sempach und im eidgenössischen Ausbildungszentrum in Schwarzenburg. Zudem werden immer mehr kostendeckende Leistungen zu Gunsten Dritter erbracht.

b) Ergebnis

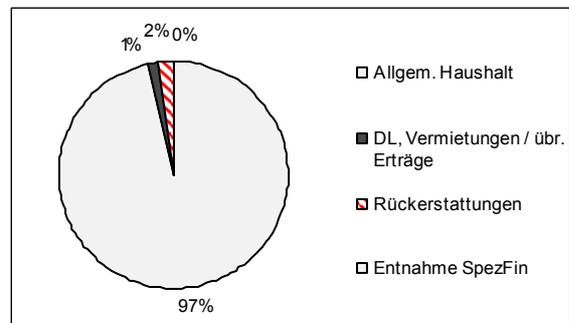
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	1'192'244	1'496'129	2'019'900	-523'771	-26%	303'885	25%
Ertrag	115'115	53'778	20'000	33'778	169%	-61'337	-53%
Ergebnis	-1'077'129	-1'442'351	-1'999'900	557'549	28%	-365'222	-34%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Kurskosten Blattig in Fr.	319'203	318'794	273'906	70'000	0	-70'000
Anzahl Kurstage im Blattig	814	340	244	0	0	0
Kosten/Kurstag im Blattig in Fr.	376	339	1'122	0	0	0
Kurskosten Sempach in Fr.				77'958	340'041	262'083
Anzahl Kurstage in Sempach				199	1'194	995
Kosten/Kurstag in Sempach in Fr.				392	284	-108
Kurskosten ZSO in Fr.	61'878	31'186	71'510	47'952	70'572	22'620
Anzahl Kurstage in der ZSO	2'818	3'786	3'891	2'877	3'571	694
Kosten/Kurstag in der ZSO in Fr.	22	9	18	16.60	19.75	3.15

e) Kommentar

Die Kurskosten im regionalen Kurszentrum Blattig fallen im Jahr 2002 erstmals weg, weil die Ausbildung nach Sempach verlegt wurde. Das Jahr 2002 war das erste volle Betriebsjahr der Zivilschutzorganisation Pilatus (ZSO Pilatus). 1'194 Kurstage sind relativ hoch, weil die Expo und der GP Tell als kantonale Kurse enthalten sind. Die Kosten pro Kurstag in der ZSO Pilatus schwanken seit 1998 zwischen Fr. 22.– und Fr. 19.75. Das Budget von Fr. 80'000.– wurde aber nicht überschritten.

5.3.4.8 Umweltschutz

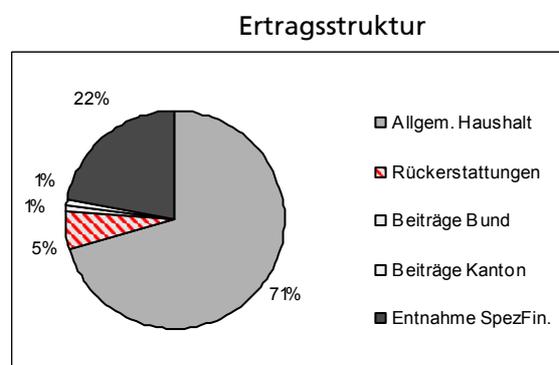
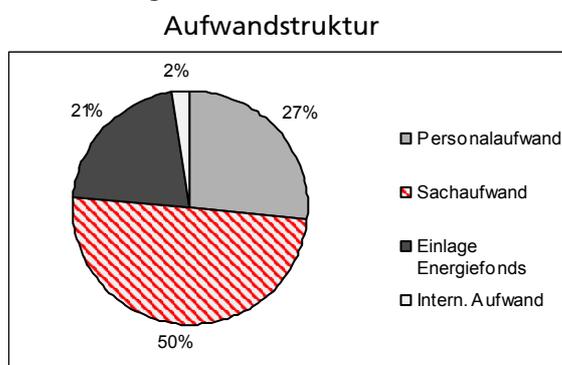
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die Hauptaufgaben der Dienstabteilung Umweltschutz liegen im Gesetzesvollzug, in der Grundlagenbeschaffung zur Umweltsituation und in der umfassenden Umweltinformation. Vollzugsaufgaben bestehen in erster Linie in den Bereichen Energie, Natur- und Landschaftsschutz (Inventare, Schutz- und Unterhaltmassnahmen, Baubewilligungsverfahren usw.) und Emissionsschutz (z. B. Feuerungskontrolle). Die Umweltinformation erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem im Bourbaki-Panorama stationierten öko-forum.

b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	1'634'902	2'375'646	2'410'200	-34'554	-1%	740'744	45%
Ertrag	149'850	697'944	730'000	-32'056	-4%	548'095	366%
Ergebnis	-1'485'052	-1'677'702	-1'680'200	2'499	0%	-192'650	-13%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Anz. durchgeführte Feuerungskontrollen	2'256	2'476	2'403	2'274	2'582	2'177
Anteil Beanstandungen im Bereich Feuerungskontrolle bei Ölfeuerungen	18,7%	21,5%	16,7%	14,7%	6,4%	7,3%
bei Gasfeuerungen	23,0%	21,6%	11,8%	8,2%	8,2%	6,7%

e) Kommentar

Nachdem im Jahre 2001 im Zusammenhang mit der Marktöffnung der Feuerungskontrolle eine deutliche Reduktion der Beanstandungsquote resultierte, hat sich dieser Wert nun auf tiefem Niveau stabilisiert.

Die Entnahmen aus dem städtischen Energiefonds nahmen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zu. Mit insgesamt rund Fr. 525'000.– lagen sie erstmals leicht über der jährlichen Einlage von Fr. 0,5 Mio.

Grössere Abweichungen zum Vorjahr resultierten aus dem Start des Stadttauben-Projektes und einem grösseren Beitrag der Albert Köchlin Stiftung (AKS) an eine Ausstellung zum Thema Lebensraumwandel.

Insgesamt lagen sowohl Aufwand als auch Ertrag knapp unter dem Budget.

Label Energiestadt

Im Jahr 1999 erhielt die Stadt Luzern vom Bund die Auszeichnung "Energiestadt". Das Label ist ein Leistungsausweis für eine konsequente und ergebnisorientierte Energiepolitik. Die Verleihung ist gebunden an die Erfüllung einer bestimmten Anzahl Massnahmen aus einem Massnahmenkatalog. Die Bewertung erfolgt jährlich, nach drei Jahren muss das Label jeweils durch die Label-Kommission bestätigt werden.

Aufgrund der Anwendung des Labels "Energiestadt" in europäischen Kommunen wurde der ursprüngliche Massnahmenkatalog durch die Label-Kommission überarbeitet und durch ein neues Punktsystem ergänzt. Das Re-Audit für die Stadt Luzern wurde im Sommer 2002 deshalb mit dem neuen europäischen Massnahmenkatalog durchgeführt und bewertet. Ein direkter Vergleich mit dem alten Massnahmenkatalog (1999) ist nicht möglich. Es kann aber gesagt werden, dass gegenüber dem Ausgangsjahr 1999 die erreichte Punktzahl (alte Bewertung) um zirka 10% gesteigert werden konnte.

Massnahmenbereiche aus dem Massnahmenkatalog (nach europäischem Massnahmenkatalog)	maximal mögliche Punktzahl	Re-Audit 2002	
		Soll	Effektiv
Entwicklungsplanung, Raumordnung	76	51.2	67
Kommunale Gebäude und Anlagen	73	31.3	43
Versorgung, Entsorgung	111.5	72.9	65
Mobilität	79	55.8	71
Interne Organisation	49	32.3	66
Kommunikation, Kooperation	82	57.6	70
Total	470.5	301.1	64

5.3.4.9 öko-forum

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das 1987 gegründete öko-forum ist die erste Anlaufstelle für Fragen aus den Bereichen Umweltschutz, Naturschutz und Ökologie. Seit dem Jahre 1999 ist das öko-forum die offizielle stationäre und telefonische Umweltberatungsstelle für den ganzen Kanton Luzern. Es wird vom Kanton für diese Ausweitung des Leistungsauftrages finanziell entschädigt.

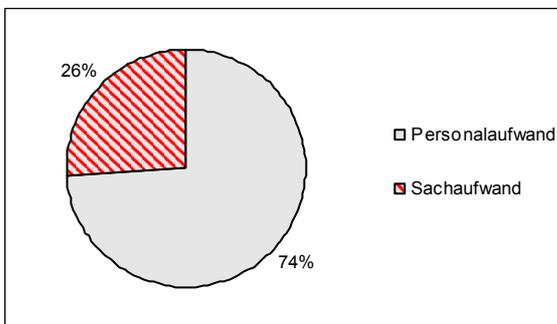
Das öko-forum ist organisatorisch Teil der städtischen Dienstabteilung Umweltschutz.

b) Ergebnis

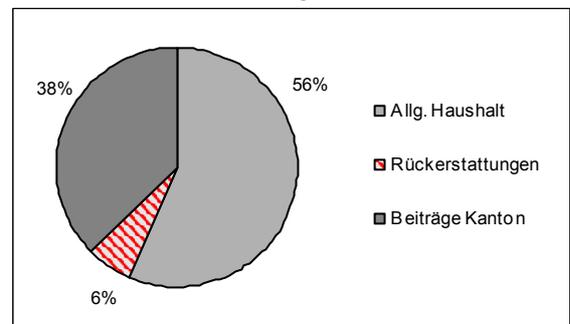
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	264'985	241'698	236'000	5'698	2%	-23'287	-9%
Ertrag	99'109	105'402	76'000	29'402	39%	6'293	6%
Ergebnis	-165'876	-136'296	-160'000	23'704	15%	29'580	-18%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002
Anzahl Beratungen	4'691	6'251	7'516	10'220
davon Stadtbevölkerung	2'471	4'347	4'316	4'757
Anzahl Ausleihen von Medien	2'862	1'855	3'662	9'724

e) Kommentar

Die Anzahl der Umweltberatungen konnte im Verlauf der vergangenen Jahre kontinuierlich gesteigert werden (um rund 30% pro Jahr). Mit ein Grund für diese positive Entwicklung dürfte nebst der verstärkten Zusammenarbeit mit dem Kanton und mehreren Agglomerationsgemeinden der neue Standort im Bourbaki-Panorama Luzern sein (seit 2000).

Die Anzahl der Ausleihen von Medien ist am neuen Standort, insbesondere nach dem Anschluss der Umweltbibliothek an das Ausleihsystem der Stadtbibliothek, geradezu explodiert.

Die verstärkte Zusammenarbeit mit Kanton und Agglomerationsgemeinden schlägt sich auch in den Finanzen nieder. Der Anteil der Stadt Luzern konnte im vergangenen Jahr nochmals deutlich reduziert werden. Heute liegt dieser Anteil um einen Drittel tiefer als noch im Jahr 1999.

5.4 Baudirektion

Die Stimmberechtigten haben dem neuen Abfallreglement zugestimmt. Ab 1. Juli 2003 werden die Gebühren nach dem Verursacherprinzip erhoben.

Vorwort von Kurt Bieder, Baudirektor

Probleme der Enge

Randregionen sind geprägt durch die so genannten Probleme der Weite. Versorgung und Erschliessung von abgelegenen Gebieten werden häufig als zu kostenintensiv bzw. zu wenig ertragsstark eingeschätzt. Die Diskussionen beispielsweise im Zusammenhang mit dem Poststellennetz und der verkehrsmässigen Erschliessung mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sind kontrovers. Für eine gedeihliche Entwicklung eines Staatswesens sind jedoch auch gerade diese Landesabschnitte von grösster Bedeutung.

In den Agglomerationen, insbesondere in den Zentren, zeigen sich demgegenüber zunehmend die Probleme der Enge. Diese manifestieren sich dadurch, dass immer mehr Bedürfnisse auf gleich bleibendem Raum befriedigt werden sollten. Akzentuiert werden diese Entwicklungen durch das raumplanerische Gebot, nach innen zu verdichten. Neue Bedürfnisse sollen zur Schonung des Kulturlandes nicht ausserhalb, sondern innerhalb des bestehenden Siedlungsgebietes realisiert werden. Die innere Verdichtung führt zu zusätzlichen, nicht zu unterschätzenden Problemstellungen. Exemplifikativ sei dies an einigen Anwendungsfällen dargestellt.

Mobilität

Trotz markant zunehmender Mobilität in den vergangenen Jahrzehnten wurden die Infrastrukturen in der Stadt Luzern nur sehr marginal ausgebaut. Die zunehmende Nachfrage deckte man pragmatisch insbesondere mit betrieblichen Massnahmen ab. Der Individualverkehr und der stadtinterne Hauptträger des öffentlichen Verkehrs, der Bus, teilen sich den gleichen Strassenraum. Die zunehmende Überlastung dieser Verkehrsflächen führt dazu, dass immer häufiger das ganze Verkehrssystem, nämlich öffentlicher und Individualverkehr, zusammenfällt. Der Stadtrat verfolgt deswegen folgende Mobilitätsstrategie:

- Es ist danach zu streben, dass die Verlagerung zugunsten des öffentlichen Verkehrs insbesondere durch ein gutes Angebot zunimmt. Hierzu gehört ein attraktives regionales schienengebundenes ÖV-System (S-Bahn).
- Im Agglomerationszentrum muss zumindest der Bus ungestört zirkulieren können. Der Individualverkehr soll demgegenüber während der verkehrsintensiven Zeiten um das Stadttinnere herumgeführt werden.

Der Stadtrat verkennt nicht, dass aus der spezifischen Sicht der Stadt das S-Bahn-System Risiken birgt. Wer zuverlässig von der Peripherie

der Region mittels des schienengebundenen ÖV seinen Arbeitsort im Stadtzentrum bequem erreichen kann, ist geneigt, seinen Wohnort in eine ruhige, ländliche Gemeinde zu verlegen. Gerade in kleinstrukturierten Verhältnissen, wie sie für die Agglomeration Luzern charakteristisch sind, kann eine derartige Entwicklung neue Probleme zeitigen. Es muss demzufolge weiterhin angestrebt werden, Anreize und Voraussetzungen zu schaffen, um Arbeitsplatz und Wohnort nahe zu bringen bzw. zu behalten.

Bedürfnisse des Wohnungswesens, der Arbeitswelt und der Freizeitgesellschaft

In einem Agglomerationszentrum wie Luzern müssen seit jeher die verschiedensten Bedürfnisse abgedeckt werden. Damit mittel- und langfristig die einzelnen Ansprüche nicht aus den Fugen geraten, bedarf es einer verantwortungsbewussten Nutzungsplanung. Diese muss im besten Sinne ausgewogen sein. Einerseits soll die Nutzungsplanung flexibel und für neue Bedürfnisse offen sein. Andererseits muss sie auch Geboten der Beständigkeit gerecht werden, darf also nicht bei jeder konjunkturellen Schwankung revidiert werden. Anspruchsvoll ist die Planung insbesondere angesichts des stets zunehmenden Nutzungsdruckes auch vor dem Hintergrund des bereits aufgeführten Gebotes der inneren Verdichtung. Es bedarf besonderer Anstrengung, um bei zunehmender Nutzungsquantität die Siedlungsqualität zu erhalten. Dies bedarf vertiefter Studien. Die Baudirektion löst im Lichte dieser Erkenntnisse eine Entwicklungsschwerpunktplanung Bahnhof/Tribtschen aus. Die Entwicklung des Stadtbodens wird, vereinfacht dargestellt, durch folgende Perioden charakterisiert: Die Altstadt entwickelte sich seit dem Mittelalter über Jahrhunderte hinweg. Die Quartiere Wey, Hirschmatt/Neustadt und Bruch wurden im Nachgang zum städtischen Baugesetz von 1864 rasterförmig überbaut. Im Verlaufe des 19./20. Jahrhunderts wurden an der Stadtperipherie eine Vielzahl von Wohnungssiedlungen realisiert. Über lange Zeit eher unkoordiniert verlief die Entwicklung zwischen dem Bahnhof und der Wartegrippe. Langfristig besteht für die Stadt in diesem Gebiet ein interessantes Entwicklungspotenzial. Mit dem "Wohnen im Tribtschen" wurde ein gewichtiger Markstein gesetzt. Ein anderer Schwerpunkt für die Stadtentwicklung bildet das Quartier Basel-/Bernstrasse, welchem im Rahmen des Projektes BaBeL die verdiente Aufmerksamkeit zuteil wird.

5.4.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele

- Kredit für die Sanierung der Schulanlage Wartegg/Tribschen beschlossen und mit der Detailprojektierung für die Dula-/Säli-Turnhallen begonnen
- Wettbewerb für ein neues Hallenbad auf dem Areal des Tribschenbades abgeschlossen
- Mit der Planung von Umbauten in den Betagtenzentren Wesemlin und Dreilinden sowie der Erneuerung des Wohnheimes 2 Eichhof begonnen
- Zusammen mit dem Kanton und den Agglomerationsgemeinden Grundsätze für ein langfristiges Gesamtverkehrskonzept zur Sicherstellung der Mobilität erarbeitet

Kredit für die Sanierung der Schulanlage Wartegg/Tribschen

Die Stimmberechtigten der Stadt Luzern bewilligten am 2. Juni 2002 den Ausführungskredit zur Sanierung der Schulanlage Wartegg/Tribschen. Die Ausführungsplanung wurde unmittelbar danach in Angriff genommen. Mit den Sanierungsarbeiten kann im Sommer 2003 begonnen werden.

Detailprojektierung für die Dula-/Säli-Turnhallen

Nach Abschluss des zweistufigen Architekturwettbewerbes für die Turnhallen der Schulanlage Dula/Säli/Pestalozzi genehmigte der Grosse Stadtrat am 21. November 2002 den Projektierungskredit für den Rückbau der Säli-Turnhalle, die Sanierung der Dula-Turnhalle und den Neubau einer Doppeltturnhalle auf der heutigen Spielwiese. Die Detailprojektierung konnte in Angriff genommen werden. Zudem bewilligte der Grosse Stadtrat für die Sanierung des Dula-Schulhauses am 25. April 2002 den Projektierungskredit.

Wettbewerb für ein neues Hallenbad auf dem Areal des Tribschenbades

Der im Dezember 2001 durch den Grossen Stadtrat bewilligte Kredit schaffte die Voraussetzung für die Durchführung des Architekturwettbewerbes für ein neues Hallenbad auf dem Areal des Tribschenbades. Insgesamt 56 Entwürfe wurden Ende Juli 2002 eingereicht. Die Jury wählte aus den Vorschlägen Anfang September das Siegerprojekt "Pool-Position". Jetzt laufen die Vorbereitungen für die Projektierung.

Planung von Umbauten in den Betagtenzentren Wesemlin und Dreilinden

Erneuerung des Wohnheimes 2 Eichhof

Die Bauarbeiten für den Um- und Ausbau des Wohnheimes 2 im Betagtenzentrum Eichhof konnten im Herbst 2002 termingerecht in Angriff genommen werden. Hingegen konnten die Planungsarbeiten für die Umbauten in den Betagtenzentren Wesemlin und Dreilinden noch nicht gestartet werden, weil die Konzeptentwicklung für die zukünftige Positionierung noch nicht abgeschlossen ist.

Grundsätze für ein langfristiges Gesamtverkehrskonzept zur Sicherstellung der Mobilität

Anlässlich des Sommerseminars 2001 hat der Stadtrat beschlossen, im Interesse eines starken Standortes Luzern in verschiedenen Handlungsfeldern aktiv zu arbeiten, so auch im Bereich Verkehr. In der Folge wurde die Zentrumsstrategie Verkehr definiert und die Arbeitsgruppe Infrastruktur, Finanzen und Kommunikation eingesetzt. Das von ihr erarbeitete "Verkehrskonzept Stadt Luzern" setzt auf Koexistenz der Verkehrsmittel, mit klarer Priorisierung des öffentlichen Verkehrs und des Langsamverkehrs. Wichtige Voraussetzungen sind die von Bund und Kanton geplanten Massnahmen an der Bahninfrastruktur (Bahn 2000, 2. Etappe) und die geplanten Massnahmen zur Entlastung der Autobahn A2 im Bereich der Agglomeration, die wichtigsten Schlüsselprojekte sind die Tieflegung der Brüniglinie und die Strassenverbindung Grosshof-Tribschen als Teil der Umfahrungsspange. Dieses Konzept, ausgearbeitet zusammen mit dem Kanton, ist das Rückgrat der Mobilität in der Agglomeration. Es soll Teil des vom Bund angeregten und mitfinanzierten Agglomerationsprogramms sein. Dieses Programm wird unter Federführung des Kantons seit Mitte 2002 erarbeitet. Die Stadt ist in der Projektorganisation vertreten.

5.4.2 Rechnungsergebnis im Überblick

		Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
		R 02	B 02	Abwei- chung	in %	R 02	B 02	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand / Min- derertrag	Minder- aufwand / Mehrertrag
in Fr. 1'000.--												
K511	Stab Baudirektion	747	820	-73	-9%	7	1	6	600%	(740)		79
K512	Liegenschafts- verwaltung	1'969	2'039	-70	-3%	895	896	-1	0%	(1'074)		69
K513	Tiefbau	37'126	36'434	692	2%	17'899	16'747	1'152	7%	(19'227)		460
K514	Hochbau	2'187	2'066	121	6%	442	480	-38	-8%	(1'745)	159	
K515	Stadtplanungsamt	2'044	2'129	-85	-4%	593	705	-112	-16%	(1'451)	27	
K516	GIS-DLZ	3'085	3'349	-264	-8%	3'867	3'446	421	12%	782		685
<i>Spezialaufgaben</i>												
K521	Heizung und Rei- nigung	7'485	7'357	128	2%	7'485	7'357	128	2%	0		
K522	Kunst- und Kultur- güterschutz	358	401	-43	-10%	3	30	-27	-90%	(355)		16
K523	Waldbewirtschaf- tung	358	358	0	0%	50	50	0	0%	(308)		
K524	Liegenschaften des Verwaltungs- vermögens	15'426	13'478	1'948	14%	18'010	16'367	1'643	10%	2'584	305	
K525	Öffentl. Toiletten	522	488	34	7%	1	2	-1	-50%	(521)	35	
<i>Spezialfinanzie- rungen</i>												
K591	Stadt- entwässerung	11'991	10'790	1'201	11%	11'991	10'790	1'201	11%	0		
K592	Kehricht- beseitigung	10'891	10'599	292	3%	10'891	10'599	292	3%	0		
K593	Abwasser- beseitigung	0	0	0		0	0	0		0		
Total		94'189	90'308	3'881	4%	72'134	67'470	4'664	7%	(22'055)	526	1'309
Nettoverbesserung												783

Die Rechnung der Baudirektion schliesst mit einer Nettoverbesserung von Fr. 783'000.– ab. Mehraufwendungen und Mindererträgen von Fr. 526'000.– stehen Mehrerträge und Minderaufwendungen von Fr. 1'309'000.– gegenüber.

Beim Aufwand schliesst die Rechnung mit Mehrausgaben von Fr. 3,9 Mio. ab. Darin enthalten sind Zusatzkredite des Stadtrates in Anwendung von Art. 60 Abs. 2 Ziff. b GO (gebundene Ausgaben) im Betrag von Fr. 1,8 Mio. und in Anwendung von Art. 60 Abs. 2 Ziff. c GO (frei bestimmbare Ausgaben) im Betrag von Fr. 1 Mio. Die verbleibenden Fr. 1,1 Mio. ergeben sich einerseits aus höheren Energiekosten für die öffentliche Beleuchtung von Fr. 0,8 Mio., höheren Einlagen in Spezialfinanzierungen von Fr. 0,6 Mio. und einer höheren Entschädigung an die Gemeindev Verbände von Fr. 0,3 Mio. einerseits, sowie Einsparungen bei diversen Aufwandkonti von Fr. 0,6 Mio. andererseits.

Beim Ertrag schliesst die Rechnung mit Mehreinnahmen von Fr. 4,7 Mio. ab. Davon entfallen rund Fr. 0,3 Mio. auf einen grösseren Vermögensertrag (Mietzinse Dienstwohnungen), Fr. 1 Mio. auf mehr verrechnete Dienstleistungen, Fr. 0,7 Mio. auf höhere Rückerstattungen (Sturmschäden), Fr. 0,6 Mio. auf grössere Subventionseingänge (Nachführung Vermessungswerk usw.), Fr. 1,5 Mio. auf höhere Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und Spezialfonds sowie Fr. 0,6 Mio. auf höhere interne Verrechnungen.

5.4.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Liegenschaftenverwaltung

Eine wichtige Aufgabe für die Liegenschaftenverwaltung war die Suche nach Investoren für das Baurechtsgrundstück Kreuzbuch, welches von der Bürgergemeinde an die Einwohnergemeinde übergegangen ist. Nach langwierigen und anspruchsvollen Verhandlungen ist es gelungen, einen Investor für das Kreuzbuchareal zu verpflichten. Die Verhandlungen wurden Ende 2002 abgeschlossen. Der Unterbaurechtsvertrag wurde im Januar 2003 vom Stadtrat genehmigt und anschliessend beurkundet. Die weitere Planung sieht vor, dieses Geschäft im Frühjahr 2003 dem Grossen Stadtrat und im Herbst 2003 den Stimmberechtigten zur Genehmigung zu unterbreiten.

Der geforderte Liegenschaftenbericht wurde im Juni 2002 dem Grossen Stadtrat unterbreitet. Aufgrund der geführten Diskussion wurde die Baudirektion beauftragt, einen Liegenschaftenbericht Teil 2 zu erarbeiten. Darin sollen insbesondere auch die Verwaltungsliegenschaften einbezogen werden. Die diesbezüglichen Arbeiten wurden im Herbst 2002 mittels zweier durchgeführter Workshops aufgenommen und werden im laufenden Jahr fortgesetzt. Für die Analyse resp. Beurteilung der Liegenschaften des Finanzvermögens wurde ein Mandat an die Firma Wüest&Partner AG, Zürich erteilt. Es ist vorgesehen, diesen Bericht Ende 2003/Anfang 2004 dem Grossen Stadtrat vorzulegen.

Tiefbau

Nach langjährigen Diskussionen konnte zusammen mit dem Kanton das Verkehrskonzept Stadt Luzern erarbeitet werden. Das Konzept stützt ab auf die von Bund und Kanton geplanten Infrastrukturergänzungen im Bereich Bahn und Autobahn sowie auf den Letter of Understanding. Wichtige Schlüsselprojekte sind die Tieflegung der Brünigbahn und die Strassenverbindung Grosshof–Tribtschen.

Am Schweizerhofquai konnten die so genannten provisorischen Massnahmen realisiert werden. Damit stehen nun den Radfahrenden sichere Radverkehrsanlagen zur Verfügung, und die Busse können am Schwanenplatz anhalten, ohne den übrigen Verkehr, insbesondere die Velofahrer, unverhältnismässig zu gefährden. Gleichzeitig wurde der Wettbewerb für die Neugestaltung des Schweizerhofquais unter Einbezug aller Betroffenen und Interessierten gestartet.

Im Januar 2002 konnte der Wettbewerb für die Neugestaltung des Grendels abgeschlossen werden. Gegen das vom Grossen Stadtrat genehmigte Vorhaben wurde das Referendum ergriffen, weshalb die Ausführung nicht wie geplant im Winter 2002/03 begonnen werden konnte.

Gegen die Verlängerung der Buslinie 7 wurde eine Initiative eingereicht, weshalb auch dieses Vorhaben noch nicht begonnen werden konnte.

Als wichtiges Projekt im Rahmen der Kanalisationserneuerungen wurde die Sanierung des alten, gemauerten Kanals im Hirschengraben in Angriff genommen. Damit die Arbeiten im Trockenen ausgeführt werden konnten, wurde das dauernd anfallende Schmutzwasser in einer fliegenden Leitung um die Baustelle herum geleitet, eine Installation, die viel Beachtung fand.

Die Überbauung Tribtschenstadt nimmt Gestalt an. Erste Erfahrungen mit der Altlastenentsorgung konnten ohne böse Überraschungen gewonnen werden. Die Baubewilligungen für die Erschliessungen wurden erteilt.

Die lange Auseinandersetzung mit dem Abfallgebührensysteem konnte mit der Abstimmung im November abgeschlossen werden. Der Souverän stimmte der Einführung der verursachergerechten Gebühr mit Volumenerfassung (Sack) oder Gewichtserfassung (Container) zu.

Hochbau

Nach der Übernahme der Liegenschaften der ehemaligen Bürgergemeinde zeigte es sich, dass ein grösserer Umbau- und Ausbaubedarf besteht. Die Projektorganisation "Umbauten bei den Betagtenzentren" wird durch das HAS betreut, und der weitere Verlauf hängt von der Konzeptentwicklung im Betagtenwesen ab.

Beim Betagtenzentrum Dreilinden konnte die vorgezogene Verbindung der Häuser Mythen und Brisen aufgrund von Einsprachen nicht weiter fortgeführt werden und musste mittels einer Rückstellung um ein Jahr verschoben werden. Bei der Fassaden- und Dachsanierung ergaben sich witterungsbedingte Verzögerungen.

Im Stadthaus wurde die Arbeitsvorbereitung für einen neuen Scanning-Raum der Steuerverwaltung aufgenommen. Ebenfalls wurden die Vorarbeiten für die Sanierung des Warenliftes in Angriff genommen.

Bei der Liegenschaft Rex mussten aufgrund weiterer Anpassungen der Belegungskonzepte an aktualisierte betriebliche Anforderungen planerische Anpassungen vorgenommen werden. Der notwendig gewordene Zusatzkredit wurde bewilligt. Mit den Räumungs- und Entsorgungsarbeiten wurde Anfang 2003 begonnen. Die eigentlichen Bauarbeiten beginnen im April.

Die Dachsanierung am Rathaus erwies sich als aufwändiger als ursprünglich angenommen. Sämtliche Abdeckungen am Dachstuhl wurden entfernt und erst dadurch wurde das ganze Schadenausmass ersichtlich. Die Binderfüsse waren zum Teil morsch und dadurch war das statische Gefüge der Dachkonstruktion gefährdet. Es mussten ganze Teile ausgewechselt werden. Ein notwendiger Zusatzkredit wurde als gebundene Ausgabe bewilligt.

Mit den Arbeiten für die Sanierung des Feuerwehrgebäudes und des Wohnhauses an der Kleinmattstrasse konnte nicht wie geplant Anfang 2002 begonnen werden. Eine Einsprache gegen die Architekten-Auftragsvergabe und die Büroauflösung des Architekten, der nachträglich beauftragt werden musste, verzögerten die Ausführungsschritte. Auf Ende Jahr konnte ein anderes Architektenteam eingebunden werden.

Auf die Sanierung der Schiessanlage Allmend wurde verzichtet, weil die Kosten zu hoch waren und andere Lösungen angestrebt werden.

Die Redimensionierung bzw. der Umbau des Grossschuttraumes Sonnenberg hat sich verzögert, weil der B+A Projektierung erst Anfang 2003 zur Genehmigung vorgelegt werden konnte. Die Vorbereitungsarbeiten für die Ausschreibung eines Generalplaners sind inzwischen erfolgt.

Beim Kindergarten Weggismatt I und II wurde mit der Projektierung für eine umfassende Sanierung begonnen. In diesem Zusammenhang wird geprüft, ob eine Vergrösserung oder doch mindestens eine bessere Raumnutzung erreicht werden kann.

Der Fensterersatz beim Geissenstein-Schulhaus – Fenster aus den Erstelljahren 1951 bis 1952 – und die partiellen Ergänzungen der äusseren Holzverkleidung im Eingangsbereich konnten

aufgrund der Unternehmerkazitäten günstiger als geplant realisiert und abgeschlossen werden.

Verschiedene grössere Unterhalts-/Sanierungsarbeiten (Budgetkredite) für die städtischen Liegenschaften konnten im Berichtsjahr ausgeführt werden;

- Allwetterplatz Schulanlage Büttenen
- Grenzhof-Schulhaus: Umfassende Sanierungen aufgrund von Feuchtigkeitsproblemen. Für zusätzliche Gussasphaltarbeiten und notwendige Schallisolationen zwischen Kindergärten und Förderunterricht musste ein Zusatzkredit angefordert werden.
- Für Abschlussarbeiten der Renovation beim Am-Rhyn-Haus wurde ein Rückstellungskredit beschlossen.

Bezeichnend für das Jahr 2002 war, dass sich bei den Investitionsbauten durch Einsparungen Verzögerungen bei den Abläufen ergaben. Im Weiteren mussten durch gesellschaftliche Entwicklungen Planungen und Konzepte überarbeitet werden, was zu Verzögerungen und vermehrten Planungsarbeiten im Zusammenhang Besteller-Ersteller führte. Auch sind vermehrte Massnahmen und Abklärungen aufgrund des Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen angefallen. Es waren also insgesamt weniger Investitionsprojekte umsatzwirksam, und gleichzeitig hat der administrative Bearbeitungsaufwand zugenommen.

Stadtplanung

Die Stadtplanung hat sich auch dieses Jahr verstärkt mit Fragen der Stadtentwicklung und Stadtgestaltung auseinander gesetzt. Vom Regierungsrat wurden zwei Zonen- und Bebauungsplanänderungen genehmigt (Senti, Industriestrasse). Zudem stimmte der grosse Stadtrat Ende 2002 den beiden B+A betreffend Denkmalpflege/Kulturgüterschutz in der Stadt Luzern und Ergänzung Kulturobjekte im Bau- und Zonenreglement zu. Damit konnte die Grundlage für die Erarbeitung eines flächendeckenden Bauinventars für die Stadt Luzern und für ein kleines Kompetenzzentrum zu Fragen des Kulturgüterschutzes geschaffen werden.

Die unterschiedlichen Erwartungen an die Stadtentwicklung wurden auch von politischer Seite thematisiert. Die in diesem Zusammenhang eingereichten Motionen und Postulate wurden beantwortet. Betreffend Stadt- bzw. Quartierentwicklung ist das Projekt BaBeL (Nachhaltige Quartierentwicklung im Gebiet

der Basel- und Bernstrasse) zu erwähnen, in welchem die Stadtplanung in der Projektleitung vertreten ist. Ein 1. Zwischenbericht an den Stadtrat liegt vor.

Der Bebauungsplan B 138 Wesemlin/Dreilinden wurde weiterbearbeitet. Ein grosser Teil der 30 Einsprachen konnte gütlich erledigt werden. Betreffend die noch hängigen Einsprachen wurde ein 2. Auflageverfahren vorbereitet.

Der Gestaltungsplan Weystrasse wurde genehmigt. Diverse weitere Gestaltungspläne sind von der Stadtplanung begleitet bzw. weiterbearbeitet worden (Schönbühlcenter, Pilatusplatz, Lützelmatte II, Güterareal).

Im Interesse einer qualitativ hochwertigen Stadtentwicklung wurden verschiedene öffentliche und private Wettbewerbsverfahren organisiert oder beratend begleitet, wie z. B. die Wettbewerbe Grendel, Schweizerhofquai, Hallenbad Tribtschen, Uni/Kasernenplatz, Mühlematte, Sonnmatt, KV Dreilinden.

Im Berichtsjahr waren total 368 Baugesuche zu bearbeiten. Da im Vorfeld des Baubewilligungsverfahrens jeweils eine intensive Beratungstätigkeit durch die Stadtplanung erfolgt, mussten lediglich 15 Baugesuche (4%) vom Stadtrat abgewiesen werden. Zudem wurden 32 (8%) nicht bewilligungsfähige Baugesuche von den Gesuchstellern zurückgezogen. Gegenüber dem Jahr 2001 ist eine Zunahme der erteilten Baubewilligungen von 18% und eine Zunahme des Bauvolumens von 38% zu verzeichnen.

In der Berichtsperiode sind folgende sechs Objekte in das kantonale Denkmalverzeichnis aufgenommen worden:

- Schweizerhofquai 3a / Hertensteinstrasse 11 (Gesamtbauwerk)
- Totentanztafeln auf der Spreuerbrücke (zusätzlich zwei Bilder)
- Pavillon "Liebeslaube" beim Schösschen Utenberg
- Paradiesgässli 4
- Haldenstrasse 4/4a, Grand Hotel National (zusätzlich zur Gebäudehülle die ursprüng-

liche Eingangshalle mit Haupttreppenhaus und ursprüngliches Mobiliar)

- Obergrundstrasse 3, Haus Rex (Eingang und Foyer zum ehemaligen Kino mitsamt Ausstattung, Fassadenteil und Leuchtreklame und das Treppenhaus mit Fassadenteil im EG)

Von 1996 bis 2002 dauerte die fachgerechte Konservierung und Restaurierung der 226 erhalten gebliebenen Hofbrückenbilder. Das kantonale Historische Museum zeigte in Zusammenarbeit mit dem Ressort Kulturgut / Museen im Herbst / Winter 2002 alle Hofbrückenbilder. Was künftig mit den Hofbrückenbildern geschieht, ist noch offen.

Nach 10-jähriger Tätigkeit verliess im Sommer 2002 die Museumsbetreuerin Esther Jaeger das Richard-Wagner-Museum. Anfang Dezember 2002 zog die Museologin Katja Fleischer im Museum ein. Die Sammlung alter Musikinstrumente erhielt im Geschäftsjahr wertvolle historische Instrumente als Zuwendungen.

Trotz Expo.02 stieg die Zahl der Besucherinnen und Besucher im Richard Wagner-Museum um 1,6%. Gesamthaft verzeichnete es von März bis November 5'344 Museumsbesuche.

GIS-Dienstleistungszentrum

Die Aufbauarbeiten im WIS (Werkinformationssystem) wurden fortgeführt. Im Bereich Elektrizität wurden nach der durch Externe erfolgten Erfassungsarbeit Kontroll- und Ergänzungsarbeiten ausgeführt. Die Ergänzungs- und Nachführungsarbeiten werden sich bis Ende 2003 erstrecken. Auch wurden die Telefonpläne erfasst sowie ein Teil des Kabelfernsehnetzes.

Die Erneuerungsarbeiten im Vermessungswerk wurden fortgesetzt. Die Lose 9 "Dreilinden" und 14 "Seeburg" wurden zur Verifikation abgegeben. Die Eigentümer wurden über den Vorgang orientiert. Erfassungsarbeiten wurden in den Gebieten "Altstadt", "Hirtenhof" und "Neustadt" geleistet.

5.4.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienst-

teilungen und Bereiche dargestellt. Neu dargestellt wurden die Leistungen des Bereiches Tiefbau und GIS-Dienstleistungszentrum.

5.4.4.1 Liegenschaften des Finanzvermögens

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Innerhalb der Liegenschaftenverwaltung betreut das mit 300 Stellenprozenten besetzte "Ressort Finanzvermögen" sämtliche Liegenschaften des Finanzvermögens. Die wichtigsten Aufgaben sind:

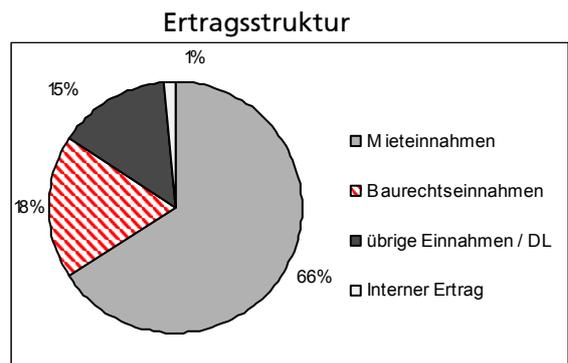
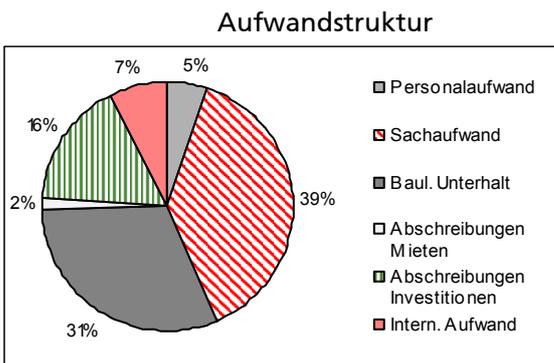
- Vermietung und Bewirtschaftung der Liegenschaften
- Rechnungswesen, insbesondere: Mietzinsinkasso, Heiz- und Nebenkostenabrechnungen, Liegenschaftenabrechnungen, Budget- und Rechnungswesen
- Ordentlicher und ausserordentlicher Liegenschaftenunterhalt
- Abnahme und Übergabe der Mietobjekte
- Kauf und Verkauf von Liegenschaften / Abgabe von Baurechten

b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	4'019'110	4'344'593	3'532'400	812'193	23%	325'483	8%
Ertrag	8'570'134	8'449'462	7'725'200	724'262	9%	-120'672	-1%
Ergebnis	4'551'024	4'104'870	4'192'800	-87'930	-2%	-446'154	-10%
BU LFV	1'350'123	1'339'821	1'114'000	225'821	20%	-10'302	-1%

BU LFV = Baulicher Unterhalt Liegenschaften Finanzvermögen

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Anzahl Wohnungen	196	196	196	193	265	266	1
Durchschnittliche Nettorendite	4,17%	4,07%	4,08%	4,33%	4,62%	4,89%	+0,28PP

e) Kommentar

Auch im abgelaufenen Jahr ist es gelungen, die durchschnittliche Nettorendite der Wohn- und Geschäftshäuser des Finanzvermögens zu steigern (um 0,28 Prozentpunkte auf 4,89%). Diese Verbesserung resultiert aus zusätzlichen Vermietungen und längerer Nutzung verschiedener Objekte. Die Mehraufwendungen sind in erster Linie auf die Eröffnung eines Abschreibungskontos für nicht wertvermehrende Anteile bei Sanierungen zurückzuführen. Zusätzliche Mehraufwendungen ergaben sich aus der definitiven Abrechnung der Bachverbauung Rümli, aus dem Kostenvorschuss für die Unwetterschäden des Chrümelbaches und durch den Brandfall an der Baselstrasse 21.

5.4.4.2 Tiefbau / Strassenraum, Grün- und Sportanlagen, Friedhof

a) Aufgaben / Dienstleistungen (Leistungsgruppen 1–3 des Globalbudgets)

Seit dem 1. Januar 2002 wird das Tiefbauamt mit einem Leistungsauftrag mit Globalbudget geführt. Aus diesem Grunde ist der Berichtsteil 2002 neu strukturiert worden, d. h. die Dienstleistungen, Ergebnisse und Kennzahlen werden in den Leistungsgruppen 1–5 dargestellt und kommentiert. Details dazu befinden sich auch im Bericht über den Leistungsauftrag mit Globalbudget im Zahlenteil der Rechnung 2002.

Der betriebliche und bauliche Strassenunterhalt wird auf dem Stadtgebiet sowohl auf Kantons-, Gemeinde- wie auch teilweise auf Privatstrassen vorgenommen. Der Strassendienst umfasst auch den Unterhalt der Fuss- und Wanderwege, Treppen und Treppenwege, Plätze, Trottoirs, öffentlichen Brunnen, Fängeranlagen, Velounterstände, die Entleerung sämtlicher Abfallkörbe, der Unterhalt und die Erneuerung der Robidog-Kasten, die Beflaggungen im öffentlichen Raum sowie die Instandstellung des öffentlichen Grundes nach Grossanlässen und allfälligen Unwettern. Der technische Dienst (Markierung und Signalisation), die öffentliche Beleuchtung sowie der Unterhalt und die Pflege des Strassengrüns und der Strassenbäume gehören ebenfalls zu diesem Aufgabengebiet. Diese Arbeiten werden sowohl von eigenem Personal (durchschnittlich 100 Personen) wie auch von privaten Bau- und Transportunternehmen sowie der ewl AG ausgeführt. Die baulichen Aufwendungen sowie der Winterdienst an Kantonsstrassen werden durch den Kanton finanziert, und gewisse Dienstleistungen, wie z. B. an Privatstrassen oder für Grabenaufbrüche, werden an Private verrechnet.

Im Bereich Strassenraum der Leistungsgruppe 2 erfolgt die Planung, Projektierung, Kreditierung, Genehmigung und die Ausführung der diversen Verkehrsbauten. Dieser Aufgabenbereich umfasst auch die Abwicklung der Strassensanierungsprogramme sowie die Planungen für den öffentlichen Verkehr.

Das Personal der Stadtgärtnerei (durchschnittlich 50 Personen, darunter auch mehrere Baumpfleugespezialisten) ist für die Pflege sämtlicher Parkanlagen, Kinderspielplätze sowie der Allee- und Anlagebäume auf dem Stadtgebiet zuständig. Diese Leistungen umfassen den Ersatz und periodischen Schnitt, das Wässern, die Pflege der Baumscheiben sowie besondere Baumpfleagemassnahmen. Im Bereich Baumschutz behandelt das Team auch jährlich einige hundert Beseitigungs- und Rückschnittgesuche von Privaten. Seit einigen Jahren erfolgen zudem systematische Aufnahmen, die es erlauben, dem grafischen Baumkataster Daten zur Entwicklungsbeobachtung zuzuordnen. Die Grünpflege der Liegenschaften des Verwaltungsvermögens sowie der Schulanlagen wie auch der Unterhalt und Betrieb der Aussensportanlagen vervollständigen diesen Dienstleistungsbereich.

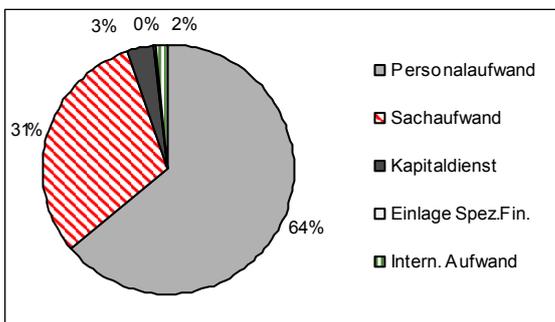
Im administrativen Bereich der Friedhofverwaltung werden alle Bestattungen sowie alle Gräber erfasst und registriert. Der Friedhofverwaltung (18 Mitarbeitende) obliegt auch die Verwaltung der Vertragsgräber für den Grabunterhalt. Zu den Aufgaben im technischen Bereich gehören die Vorbereitungen und Ausführungen der Bestattungen in folgenden Friedhöfen: Friedental, Hoffriedhof, Kloster Wesemlin, Kloster Gerlisberg und der israelitische Friedhof. Hinzu kommt der Unterhalt der gesamten Anlage und das Pflegen und Anpflanzen der Vertragsgräber.

b) Ergebnis

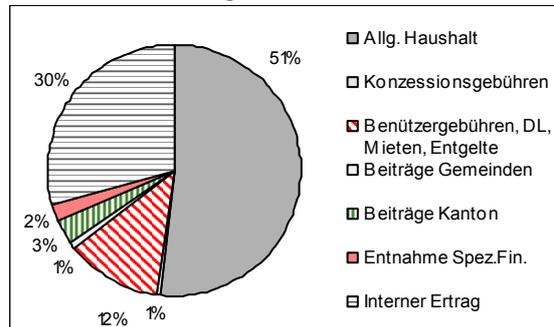
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	37'048'809	37'125'507	36'434'400	691'107	2%	76'699	0%
Ertrag	19'207'351	17'898'493	16'747'500	1'150'993	7%	-1'308'859	-7%
Ergebnis	-17'841'457	-19'227'015	-19'686'900	459'885	-2%	-1'385'557	8%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Bearbeitete Fläche in m ²	1'600'000	1'600'000	1'600'000	1'600'000	1'600'000	-
Kantonsstrassen					310'000	
Gemeindestrassen					1'290'000	
Parkanlagen, Friedhof, Aussensportanlagen					690'000	
Liegenschaften Verwaltungsvermögen (inkl. Schulhäuser)					530'000	
Anzahl Robidog inkl. Sackspender					210	
Anzahl Öffentliche Brunnen	155	157	157	157	157	-
Anzahl Velounterstände	42	42	42	62	59	-3
Anzahl Abfallkörbe	1'100	1'100	1'100	1'268	1'308	+40
Anzahl Fängeranlagen	47	47	47	47	47	-
Anzahl Armaturen öffentliche Beleuchtung; davon ausgewechselt					7'612 157	
Anzahl Kinderspielplätze					40	
Kennzahlen Strassenraum	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Unterhaltskosten pro m ² in Fr.	5.60	6.20	5.95	8.10	14.75	+ 6.65
Kosten pro Einwohner in Fr.	149.15	164.70	158.05	217.50	316.50	+ 99.-
K'deckungsgrad Planungen					49,3%	
Kennzahlen Anlagenpflege	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Kosten pro m ² Rasenspielfeld					5.20	
Kosten pro m ² Allwetterplatz					2.85	
Kosten pro m ² Unterhalt Verw. liegensch. (inkl. Schulhäuser.)					2.80	
Kosten für gesamte Anlagenpflege pro Einwohner in Fr.					80.80	
Kennzahlen Baumpflege	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Anzahl Strassenbäume					3'300	
Kosten pro Strassenbaum in Fr.					139.90	
Kosten pro Einwohner in Fr.					7.70	
Anzahl Bäume in Anlagen					6'500	
Kosten pro Anlagenbaum in Fr.					73.90	
Kosten pro Einwohner in Fr.					8.-	
Kennzahlen Friedhof	1998	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Anzahl Bestattungen	825	846	852	840	772	- 68
Anzahl Vertragsgräber	666	567	586	554	545	- 9
Kosten pro Erdbestattung					1'870.-	
Kosten pro Urnenbestattung					705.-	

e) Kommentar

Die Details des Netto-Minderaufwandes werden im Kommentar zum stadträtlichen Leistungsauftrag im Zahlenteil der Rechnung 2002 dargelegt. Die Kosten pro m² und pro Einwohner im Strassenunterhaltungsdienst erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr, da diese neu sämtliche relevanten Aufwendungen für den Unterhalt des Strassenraumes beinhalten (Betrieb, Bau, Technischer Dienst, Beleuchtung, Strassengrün und -bäume). Sie bewegen sich mit Fr. 14.75/m² innerhalb des Sollwertes von Fr. 15.– pro m².

Im Gegensatz zu den Vorjahresberichten sind ab 2002 die Kennzahlen der Baumpflege (Strassenbäume und Bäume in Anlagen) im Rahmen des Leistungsauftrages mit Globalbudget getrennt erfasst und die entsprechenden Kosten den Leistungsgruppen 1 und 3 zugeordnet worden. Die Darstellung der übrigen Kennzahlen der Anlagenpflege erfolgte erstmals im Berichtsjahr und wird zukünftig Vergleiche zu den Vorjahreswerten ermöglichen.

Die Zahl der Vertragsgräber (Grabunterhalt) bewegt sich etwa im Rahmen des Vorjahres. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Anzahl Bestattungen um zirka 8% verringert. Die total 772 Bestattungen teilen sich in 150 Erdbestattungen (20%) sowie 622 Urnenbeisetzungen (80%) auf. Die Beisetzungen im Gemeinschaftsgrab belaufen sich auf 246 (Vorjahr 288). Der Durchschnittspreis pro Bestattung beträgt gemäss Kostenrechnungsauswertung Fr. 931.50.

5.4.4.3 Stadtentwässerung

a) Aufgaben / Dienstleistungen (Leistungsgruppe 4 des Globalbudgets)

Die Schmutzwasserbeseitigung für die Stadt Luzern erfolgt durch den Gemeindeverband für Abwasserreinigung Luzern und Umgebung (GALU) über die ARA Buholz.

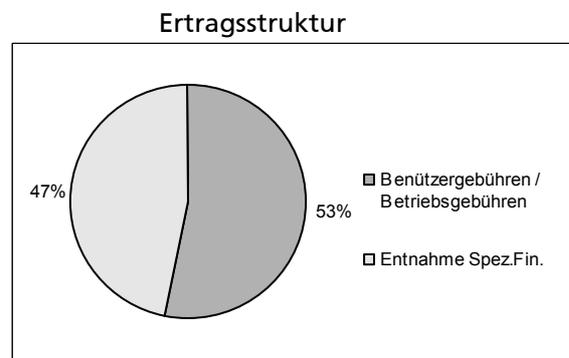
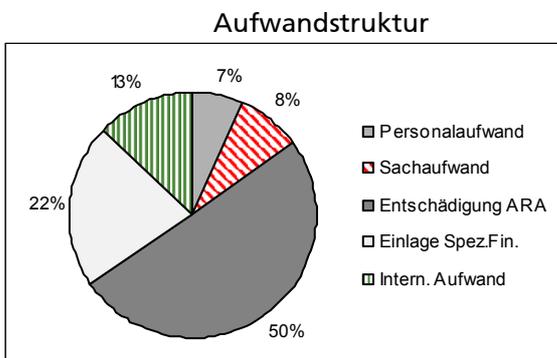
Die Stadt Luzern beteiligt sich an den Betriebskosten (Verwaltungs- und Betriebsaufwand, Pumpwerke und Spezialwerke sowie Investitionsbeiträge an den ARA-Ausbau) wie die übrigen Verbandsgemeinden nach einem vereinbarten Verteilschlüssel (Verhältnis der Einwohnergleichwerte und Betriebskostenverteiler EAWAG). Die jährlichen Kosten für die Abwasserbeseitigung werden durch ARA-Betriebsgebühren abgedeckt. Das Gebühreninkasso (Verrechnung nach Wasserverbrauch) wird im Auftrag durch die ewl AG für die Baudirektion besorgt.

Für den betrieblichen Unterhalt des städtischen Kanalnetzes und der Pumpstationen ist eine Unterhaltsgruppe mit durchschnittlich 14 Personen verantwortlich. Nebst der Reinigung dieser Abwasseranlagen führt dieses Personal auch Entsorgungsarbeiten für Garagen- und gastgewerbliche Betriebe gegen Verrechnung aus (Entleerung Mineralöl- und Fettabscheider). Zudem werden private Abwasseranlagen nach Auftrag unterhalten. Für den Untersuch und die Beobachtung des Kanalnetzes steht dem Team nebst mehreren Spezialfahrzeugen eine moderne Kanalfernseh-Anlage zur Verfügung.

b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	10'847'365	11'990'996	10'789'900	1'201'096	11%	1'143'632	11%
Ertrag	10'847'365	11'990'996	10'789'900	1'201'096	11%	1'143'632	11%
Ergebnis	0	0	0	0		0	

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Länge des Kanalnetzes	145 km					
Anlagewert in Mio. Fr. (Stadt)	410	410	410	410	410	410
Angelieferte Wassermenge in m ³	7,1 Mio	7,1 Mio.	7,5 Mio.	7,0 Mio.	7,1 Mio.	7,3 Mio.
Wohnbevölkerung per 31.12.	60'721	60'302	60'279	60'022	59'750	60'123
Kennzahlen Unterhalt	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Unterhaltskosten pro Laufmeter Kanalnetz	9.30	9.70	9.70	10.15	9.95	8.75
Kosten in % des Anlagewertes						0,31%
Unterhaltskosten pro Einwohner	22.20	23.30	23.40	24.50	24.10	21.10

Kennzahlen Wasser	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Wasserverbrauch pro Einwohner	117 m ³	118 m ³	124m ³	117 m ³	119 m ³	121 m ³
Kosten pro m ³ Wasser					Fr. 1.44	Fr. 1.64
Kosten pro Einwohner						Fr. 199.45
Kostenanteil der Stadt an GALU in Fr. und %	42,4 %	40,4%	41,0%	4'403'725.– 43,9%	5'297'366 46,07%	5'684'616 45,94%

e) Kommentar

Die Dienstleistung Unterhalt des Kanalnetzes und die gesamte Abwasserbeseitigung ist neu in der LG 4 des Globalbudgets unter dem Begriff Stadtentwässerung zusammengefasst worden. Der betriebliche Unterhalt des Kanalnetzes konnte im Rahmen der Sollvorgaben gemäss Leistungsauftrag erfolgen (< Fr. 10.– pro Laufmeter). Die gegenüber dem Budget höheren Aufwendungen im Umfang von rund Fr. 1,2 Mio. begründen sich im Wesentlichen mit einem vermehrten, baulichen Unterhalt, höheren Dienstleistungsaufwendungen (Gebühreninkasso durch die ewl AG), grösseren Betriebskostenbeiträgen an den GALU (inkl. Investitionsanteil für den ARA-Ausbau) sowie mit einer höheren Einlage in die Spezialfinanzierung aufgrund des Mehrertrages aus Betriebsgebühren. Die Erträge dieser Leistungsgruppe resultieren einerseits aus den Kanalisations- und ARA-Betriebsgebühren (zurzeit Fr. 0.85 pro m³ Wasser), Kanalisationsanschlussgebühren bei Neu- und Umbauten (1,5% der wertvermehrenden Investitionen) und andererseits aus Entnahmen aus Spezialfinanzierungen für Unterhalt und Investitionen der Anlagen der Stadtentwässerung, deren Bestand per 31.12.2002 Fr. 6,8 Mio. beträgt.

5.4.4.4 Abfallwirtschaft

a) Aufgaben / Dienstleistungen (Leistungsgruppe 5 des Globalbudgets)

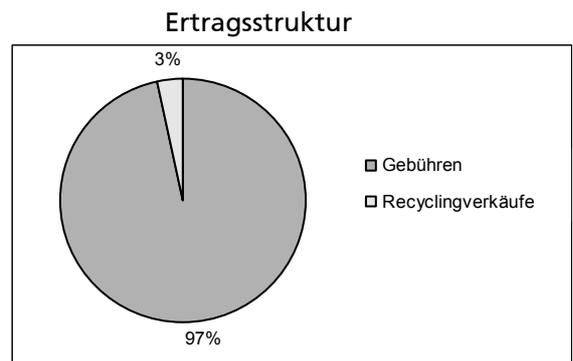
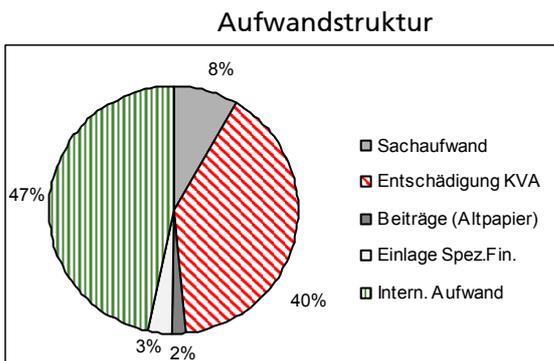
Der Autobetrieb des Strasseninspektorates ist u. a. für die Kehrichtentsorgung in der Stadt Luzern zuständig. Diese Aufgabe umfasst die Entsorgung des häuslichen Kehrichts sowie verschiedener Wertstoffe (Organisation, Sammeldienst, Verwertung). Dabei wurden im Jahr 2002 zirka 39'500 Tonnen Abfälle von rund 30'000 Haushaltungen und 54'500 Arbeitsplätzen eingesammelt, transportiert und ordentlich entsorgt. Es stehen dazu 10 Kehrichtwagen und bis zu 30 Mitarbeiter im werktäglichen Einsatz. Gewisse Dienstleistungen, wie z. B. das Einsammeln von Weinflaschen, werden von Fall zu Fall durch private Transportunternehmen ausgeführt. Für die Kartonsammlungen werden auch Jugendorganisationen gegen Entgelt zugezogen. Die Gesamtaufwendungen für die Kehrichtbeseitigung werden gemäss den gesetzlichen Vorschriften vollumfänglich durch Kehrichtgebühren abgedeckt. Die Berechnung dieser Gebühren erfolgte dabei im Berichtsjahr letztmals aufgrund des Gebäudeversicherungswertes, da ab 1. Juli 2003 das neue Abfallreglement (Grund- und Verursachergebühr) in Kraft tritt.

b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	10'634'197	10'553'684	10'598'500	-44'816	0%	-80'513	-1%
Ertrag	10'822'735	10'891'445	10'598'500	292'945	3%	68'711	1%
Ergebnis	188'538	337'761	0	337'761		149'224	79%

Anmerkung: Das Ergebnis entspricht der Einlage in die Spezialfinanzierung.

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Wohnbevölkerung per 31.12.	60'721	60'302	60'279	60'022	59'750	60'123
Anzahl Haushalte						30'000
Anz. Arbeitsplätze	41'140	53'000	53'000	54'500	54'500	54'500
Kostendeckungsgrad						103,2%

Kehricht

	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Hauskehricht	294.--/t	290.--/t	291.--/t	289.--/t	297.--/t	283.--/t
Kompost-Abfälle	424.--/t	435.--/t	403.--/t	422.--/t	470.--/t	416.--/t
Altmetall	163.--/t	156.--/t	157.--/t	175.--/t	187.--/t	161.--/t
Altglas	134.--/t	144.--/t	126.--/t	113.--/t	136.--/t	100.--/t
Weissblechbüchsen	852.--/t	818.--/t	603.--/t	594.--/t	546.--/t	183.--/t
Batterien	1'072.--/t	467.--/t	274.--/t	149.--/t	417.--/t	570.--/t
Kühlgeräte	-1.50/St.	-2.--/St.	-5.70/St.	-13.89/St.	-17.27/St.	-5.17/St.
Altpapier	76.--/t	91.--/t	64.--/t	50.--/t	52.--/t	45.--/t
Karton	563.--/t	778.--/t	564.--/t	448.--/t	517.--/t	507.--/t
Leuchtstoffröhren	1.47/St.	1.73/St.	1.58/St.	1.43/St.	1.42/St.	1.62/St.
Elektroniksrott	2'243.--/t	5'045.--/t	2'307.--/t	3'200.--/t	3'823.--/t	827.--/t
Altöl	904.--/t	645.--/t	478.--/t	508.--/t	1'058.--/t	1'318.--/t

Abfallmengen	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Gesamtabfallmenge	36'966 t	37'372 t	38'782 t	39'142 t	39'038 t	39'521 t
Anteil Hauskehricht	25'493 t	26'021 t	26'712 t	26'800 t	26'884 t	26'990 t
Anteil Wertstoffe	11'472 t	11'351 t	12'070 t	12'342 t	12'152 t	12'531 t
Anteil Wertstoffe in % (Recycling; Separatsammlung)	31,03%	30,37%	31,12%	31,53%	31,13%	31,70%
Haus-Kehrichtmenge pro Einwohner	419 kg	434 kg	443 kg	446 kg	450 kg	449 kg
Entsorgungskosten pro Einwohner	166.49	166.41	170.55	169.90	178.20	170.10

e) Kommentar

Die Gesamtabfallmenge erhöhte sich im Berichtsjahr nur noch marginal um zirka 500 Tonnen oder rund 1%. Die Separierungsquote liegt dabei mit 31,70% leicht über dem Vorjahreswert, hingegen unter der Soll-Vorgabe des parlamentarischen Leistungsauftrages von 40%. Eine diesbezügliche Zielerreichung war ohne Lenkungsmassnahmen nicht möglich.

Der finanzielle Gesamtaufwand für die Abfallwirtschaft bewegt sich mit rund Fr. 10,5 Mio. im Rahmen des Vorjahres. Aufgrund des Kostendeckungsgrades von 103,2% konnte wiederum eine Einlage in die Spezialfinanzierung Kehrichtbeseitigung von Fr. 338'000.– getätigt werden; diese Rückstellung beträgt per 31.12.2002 zirka Fr. 3,83 Mio.

Die Sollvorgaben gemäss Leistungsauftrag konnten mit Ausnahme der geringeren Separierungsquote eingehalten werden. Die Umsetzung der Vorgaben gemäss dem neuen Abfallreglement, welches am 1. Juli 2003 in Kraft tritt, bedingt im nächsten Jahr eine erste Entnahme aus der Spezialfinanzierung Kehrichtbeseitigung für Kehrichtwagenumrüstungen (Wägesystem) sowie für PR- und Einführungsmassnahmen; danach ist auch das Ziel einer höheren Separierungsquote als bisher realistisch.

5.4.4.5 Baulicher Unterhalt für die Verwaltungsliegenschaften

a) Aufgaben / Dienstleistungen

Die durch den Hochbau erbrachten und organisierten Leistungen umfassen zwei Hauptbereiche: Organisation und Abwicklung des baulichen und betrieblichen Unterhalts der städtischen Liegenschaften. Zusätzlich wird noch der vertragliche und betriebliche Unterhalt der Betagtenzentren und Alterssiedlungen übernommen. Ziel dieser Gesamtaufgabe ist es, mit den zur Verfügung stehenden Mitteln einen optimalen Substanzerhalt sowie die vorgesehene Gebäudenutzung sicherzustellen. Eine weitere Aufgabe ergibt sich aus der städtischen Investitionstätigkeit. Hierbei übernimmt der Hochbau die Projektleitung und ist verantwortlich für eine ordnungsgemässe Projektrealisierung bezüglich Terminen, Qualität und Kosten.

b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
<i>Hochbau: Eigenaufwand für Unterhalt und Investitionen</i>							
Aufwand	2'113'082	2'187'080	2'065'700	121'380	6%	73'998	4%
Ertrag	254'805	441'963	480'000	-38'037	-8%	187'158	73%
Ergebnis	-1'858'277	-1'745'117	-1'585'700	-159'417	10%	113'160	6%

Aufwendungen für den baulichen Unterhalt

Funkt. Gliederung	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Verwaltung	1'445'806	1'735'717	1'145'000	590'717	52%	289'911	20%
Sicherheit	68'555	64'321	79'000	-14'679	-19%	-4'234	-6%
Bildung	1'406'309	2'973'221	1'424'000	1'549'221	109%	1'566'912	111%
Kultur und Freizeit	233'501	286'990	264'000	22'990	9%	53'489	23%
Gesundheit	35'510	11'525	34'000	-22'475	-66%	-23'984	-68%
Soziale Wohlfahrt	1'743'149	2'710'718	2'124'500	586'218	28%	967'568	56%
Verkehr	22'538	42'052	36'000	6'052	17%	19'514	87%
Volkswirt- schaft	54'839	49'635	50'000	-365	-1%	-5'204	-9%
Finanzen	136'418	99'336	115'000	-15'664	-14%	-37'082	-27%
Zwischen- total	5'146'624	7'973'515	5'271'500	2'702'015	51%	2'826'890	55%
./. Aufwand Art. 60 GO	-901'724	-2'709'328				-1'807'604	200%
Total¹⁾	4'244'900	5'264'187	5'271'500	-7'313	0%	1'019'286	24%

¹⁾ reiner baulicher Unterhalt

Begründungen zu den Abweichungen

Insgesamt wurden Nachtragskredite Art. 60 Abs. 2 lit. c und b beantragt und bewilligt, welche ein Umsatzvolumen von 2,7 Mio. Franken auslösten:

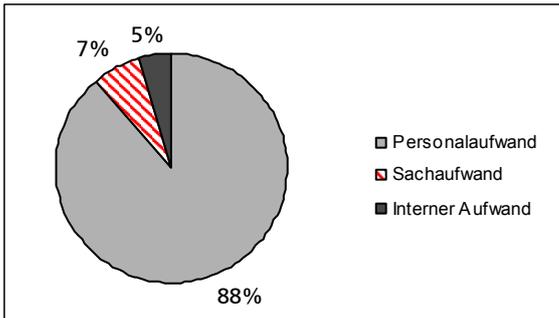
Projekt	in Mio. Franken
▪ Unwetterschäden vom 6. Juni	1,40
▪ Alterssiedlung Eichhof: Mehrforderungen Baumeister	0,29
▪ GBL Bahnhof: Erweiterung Notausgänge und Umnutzung Archivraum	0,26
▪ Sammelbeschluss: Mutwillige Sachbeschädigungen; Vermehrter baulicher Unterhalt Stadthäuser; Rathaus Kornschütte: Mauerdurchbruch und zusätzliche Stahlträger	0,17
▪ Diverse Reparaturen an Heizanlagen, Brandfall Büttenen, feuerpolizeiliche Sofortmassnahmen, betriebliche Anpassungen	0,53

Rechnung 2002 zu Budget 2002

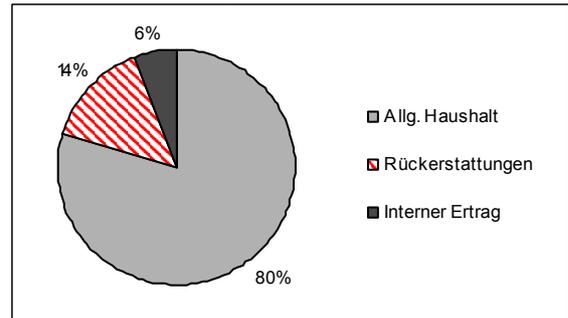
Die ordentlichen Unterhaltsarbeiten konnten insgesamt wie budgetiert eingehalten werden. Die zusätzlich notwendigen Massnahmen sind mittels Nachtragskrediten ausgeführt worden.

Rechnung 2002 zu Rechnung 2001

Der wesentliche Unterschied liegt in den Aufwendungen zu den Unwetterschäden vom 6. Juni 2002.

c) Allgemeine Kennzahlen (Hochbau)
Aufwandstruktur

Ertragsstruktur

**d) Spezifische Kennzahlen**

	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Eigenaufwand in % des Unterhaltes	18%	16%	15%	13%	-2%
Eigenaufwand in % der Investitionen	4%	6%	13%	9%	-4%
Aufwand in Fr. für Primarschulen (inkl. Turnhallen) pro Schülereinheit (01: 2'690 / 02: 2'688 / 0%) pro m ² (42'496 m ²)	1'260'000 470 31	798'451 292 19	1'986'259 738 47	2'174'183 809 51	9 10 9
Oberstufenschulen (inkl. Turnhallen) pro Schülereinheit (01: 1'196 / 02: 1'124 / -6%) pro m ² (30'056 m ²)	278'000 248 9	220'557 182 7	1'013'631 848 34	1'232'973 1'097 41	22 29 22
Berufsschulen (inkl. Turnhallen) pro Schülereinheit (01: 4'386 / 02: 4'748 / +8%) pro m ² (34'986 m ²)	372'000 76 11	414'505 91 12	630'192 144 18	1'263'490 266 36	100 85 100
VBL-Unterstände pro Einheit (01: 80 Anl. / 02: 82 Anl. / +2%)	39'000 500	29'499 369	26'013 325	47'899 584	84 80
WC-Anlagen pro Einheit (01: 35 Anl. / 02: 35 Anlagen / 0%)	55'000 1'618	56'480 1'614	63'295 1'808	62'034 1'772	-2 -2
BZ/Pflegeheim/Pflegewohnungen pro Bett (01: 816 / 02: 774 / -5%)			1'544'791 1'893	1'369'090 1'769	-11 -7
Alterssiedlungen pro Wohnung (01: 267 / 02: 269 / -1%)			990'492 3'682	1'068'576 3'972	8 8
Kinder- und Jugendsiedlung pro Jugendliche/n (01: 58 / 02: 58 / 0%)			137'316 2'368	656'347 11'316	378 378

e) Kommentar

Die spezifischen Kennzahlen beinhalten alle Massnahmen für den baulichen und betrieblichen Unterhalt der städtischen Liegenschaften, welche von der Abteilung Wartung und Unterhalt durchgeführt wurden.

Projekte	in Mio. Franken
Aufwand der externen und internen Beauftragungen für den baulichen Unterhalt inklusive der beantragten Nachtragskredite gemäss Art. 60 Abs. 2 lit. b und c GO	7,97
Ausserordentlicher Unterhalt, der grösser als Fr. 200'000.– (Budgetkredite) ist und deshalb in der Investitionsrechnung aufgeführt ist, jedoch einen grösseren baulichen Unterhalt darstellt	1,19
Mobiliar Ersatz- und Neubeschaffungen (Kostenart 311). Hier erarbeiten wir den Anforderungskatalog, die Submission, Prüfung, Vergabe und Bestellung, Eingangskontrolle	0,35
Auftragserteilung und Abwicklung an interne Regiebetriebe (Kostenart 390513)	0,23
Personal- und Sachaufwand	1,31

Die Kennzahlen weichen gegenüber dem Vorjahr aus folgenden Gründen wesentlich ab:

- Unwetterschäden vom 6. Juni bei den Primar- und Oberstufenschulen sowie ganz wesentlich bei der Kinder- und Jugendsiedlung Utenberg
- Alterssiedlung Eichhof: Mehrforderungen Baumeister
- Berufsschule Bahnhof: Erweiterung Notausgänge und Umnutzung Archivraum
- Berufsschule Heimbach; Möbelbeschaffung Polygrafen Pavillon 1
- VBL Unterstände: vermehrter baulicher Unterhalt (konnte budgetiert werden)

Wie im letzten Berichtsjahr bereits festgehalten, liegt das Ziel der mehrjährigen Eigenaufwandquoten für den Investitionsbereich zwischen 4% und 5%. Dies ist noch nicht erreicht. Die Ursache sind die wesentlich weniger getätigten Investitionen. Die Begründungen sind in der Investitionsrechnung dargelegt.

Zunehmend wird objektbezogen auf der Ertragsseite die Weiterverrechnung unserer Leistungen eingeplant.

5.4.4.6 Stadtplanung

a) Aufgaben / Dienstleistungen

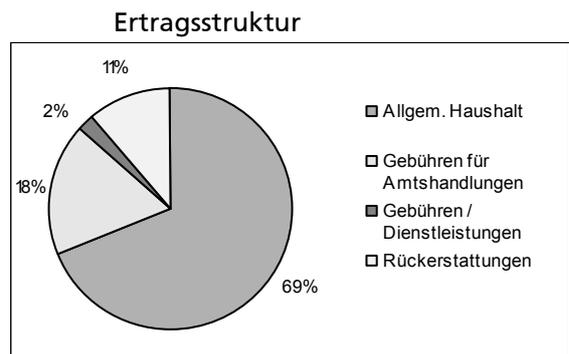
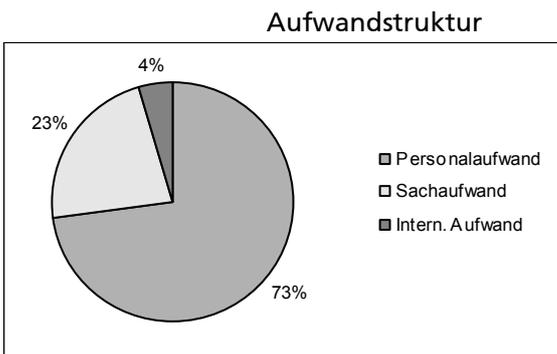
Die Stadtplanung fördert mit ihren Dienstleistungen die qualitätsvolle bauliche Entwicklung der Stadt. Die Stadtplanung behandelt alle raumplanerischen, städtebaulichen, architektonischen und baurechtlich relevanten Fragen. Sie erarbeitet und koordiniert räumliche Entwicklungskonzepte sowie Richt- und Nutzungspläne. Bauwillige werden bei ihren Planungen und Projekten beraten und begleitet. Die Stadtplanung bereitet Berichte und Anträge des Stadtrates an das Stadtparlament vor. Sie organisiert und koordiniert Wettbewerbsverfahren.

Der Stadtplanung angegliedert ist das Ressort Kulturgut und Museen. Darunter fallen die Beratungen in Fragen der Denkmalpflege und des Kulturgüterschutzes als Kompetenzzentrum, die Betreuung der städtischen Kunstsammlung sowie die Leitung und Öffentlichkeitsarbeit der städtischen Museen.

b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	2'023'262	2'709'145	2'372'300	336'845	14%	685'883	34%
Ertrag	546'450	848'816	635'500	213'316	34%	302'366	55%
Ergebnis	-1'476'812	-1'860'329	-1'736'800	-123'529	7%	-383'517	-26%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

Anzahl erteilte Baubewilligungen ⁵	1997 255	1998 232	1999 218	2000 208	2001 236	2002 278
Bewilligtes Bauvolumen	321 Mio.	235 Mio.	128 Mio.	210 Mio.	212 Mio.	292 Mio.
Erledigte Baugesuche	1997	1998	1999	2000	2001	2002
bis 6 Wochen	51%	56%	53%	53%	31%	39%
7 bis 10 Wochen	24%	27%	31%	28%	27%	26%
11 bis 15 Wochen	9%	9%	7%	7%	18%	18%
16 bis 20 Wochen	5%	5%	3%	5%	12%	5%
länger	11%	3%	5%	7%	12%	12%

e) Kommentar

Die Zahl der Baubewilligungen stieg auf 278 (2001: 236) an. Das bewilligte Bauvolumen erreichte 292 Mio. (2001: 212 Mio.)

Trotz breit gefächerter Aufgabenbereiche (Bauauskünfte, Einsprachebehandlungen, komplexere Verfahrensabläufe) sowie einer enorm hohen Anzahl neuer Baugesuche (436) konnte die Dauer des Baubewilligungsverfahrens von der Publikation bis zum Stadtratsbeschluss im Berichtsjahr leicht reduziert werden.

Zirka 65% der Baugesuche wurden innerhalb von 10 Wochen erledigt (2001: 60%).

⁵ ohne Projektänderungen, Verlängerungen von Baubewilligungen, Fassadenrenovationen und Fensterersatz

Picasso-Museum

Die Eröffnung des Museums Sammlung Rosengart an der Pilatusstrasse brachte dem Picasso-Museum einschneidende Veränderungen. Es erhielt, da sieben zentrale Werke aus der bisherigen Ausstellungspräsentation als Dauerleihgaben in das Museum Sammlung Rosengart gingen, neue Werke aus dem Sammlungsbestand von Angela Rosengart. Die Ausstellungspräsentation wurde erneuert und attraktiviert. Mit dem Museum Sammlung Rosengart wurde ein gemeinsamer Auftritt und ein Kombibillett geschaffen. Die Zahl der Besucherinnen und Besucher ging dennoch um 34,2% auf 27'122 (Vorjahr: 41'216) zurück.

Richard-Wagner-Museum / Sammlung alter Musikinstrumente

Das Richard-Wagner-Museum wurde im Berichtsjahr von 5'344 Besucherinnen und Besuchern aufgesucht (Vorjahr: 5'247). So verzeichnete das Museum im Expo-Jahr einen Zuwachs von 1,7%. Im Juli 2002 verliess die langjährige Museumskustodin Esther Jaeger das Richard-Wagner-Museum.

5.4.4.7 GIS-Dienstleistungszentrum

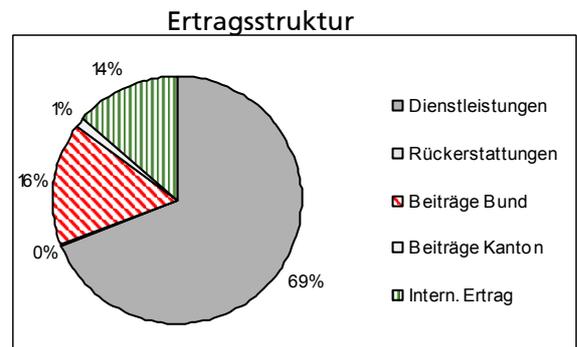
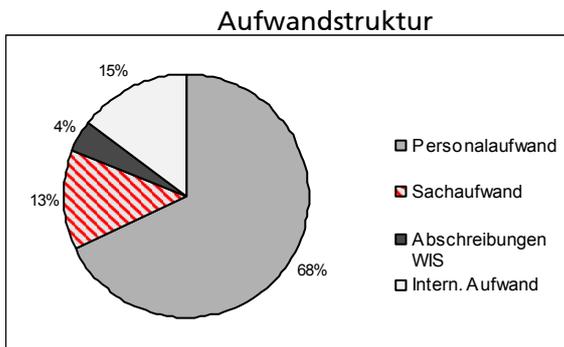
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Das GIS-Dienstleistungszentrum führt die amtliche Vermessung der Stadt nach, erneuert diese im Rahmen eines Projektes, betreibt einen Leitungskataster, koordiniert die Leitungsverlegung, bewilligt die Aufbrüche im öffentlichen Grund, erbringt Dienstleistungen für die Verwaltung und Private im Bereich Vermessung und im Zusammenhang mit Leitungsbau. Im Auftrag der Stadt und der ewl AG betreibt das GIS-Dienstleistungszentrum ein geografisches Informationssystem, in dem momentan 2400 km Leitungen (Rohrleitungen und Kabelstrassen) und deren Attribute verwaltet werden. Für diese Dienstleistungen werden 21 Personen eingesetzt (17,8 Stellen gemäss Stellenplan plus 3 projektbezogene Stellen). Der grösste Anteil der aufgewendeten Stunden wurde im Bereich Leitungen und in diesem für die privatisierten städtischen Werke (ewl AG) geleistet. Die Beschaffung und das Bereinigen von Daten für das Werkinformationssystem beanspruchte die personellen Ressourcen des GIS-Dienstleistungszentrum stark.

b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	3'109'215	3'084'720	3'348'900	-264'180	-8%	-24'495	-1%
Ertrag	3'284'282	3'866'862	3'446'500	420'362	12%	582'580	18%
Ergebnis	175'067	782'142	97'600	684'542	701%	607'075	-347%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Kommentar

Das Ergebnis wurde beeinflusst durch Personalabgänge mit Vakanzen (weniger Personalaufwand) und durch die ausserplanmässige Überweisung von Fr. 440'000.– Bundes- und Kantonsbeiträge für die Erneuerung des Vermessungswerkes. Der Auftragsbestand war sehr gut. Insbesondere die Beschaffung von Daten für das Werkinformationssystem und Arbeiten im Zusammenhang mit diesem System bewirkten eine hohe Auslastung und demzufolge einen guten Ertrag. Nicht alle Aufträge konnten termingerecht ausgeführt werden. Die zukünftigen Arbeiten werden sich von der Erfassung und Bereinigung von Daten zu Arbeiten mit diesen Daten verschieben (Nachführungen, Produkte, Auswertungen).

5.5 Finanzdirektion

Im Gebiet Tribtschen wächst ein neues städtisches Quartier. Die ersten Miet- und Eigentumswohnungen sind ab Sommer 2004 bezugsbereit.

Vorwort von Franz Müller, Finanzdirektor

Die Serie guter Rechnungsabschlüsse scheint anzuhalten. Nach den Jahren 1999 bis 2001 resultiert für das Rechnungsjahr 2002 erneut ein erfreulicher Abschluss. Das Resultat ist nicht nur erfreulich, es ist unter einem längerfristigen Rückblick sogar als Rekordergebnis zu werten.

Das Resultat mit einem deutlichen Rückgang der Verschuldung kann dazu verleiten, sich zurückzulehnen. Dafür gibt es keinen Grund. Stadtrat und Grosstadtrat haben gemeinsam klaren Zielsetzungen zur Begrenzung des Ausgabenwachstums – und somit dem Erhalt des finanziellen Handlungsspielraums – zugestimmt. Mit einer Reduktion der städtischen und kantonalen Steuersätze partizipieren die Einwohnerschaft und die Wirtschaft am gegenwärtigen "finanzpolitischen Hoch". Dies ist richtig, denn Luzern kann in Konkurrenz mit anderen Standorten mittel- und langfristig nur dann bestehen, wenn das öffentliche Dienstleistungsangebot und die Steuerbelastung im Quervergleich ein vertretbares Verhältnis aufweisen. Luzern gilt, dies zeigen Umfragen regelmässig auf, als attraktive und begehrte Stadt. Die per 1. Januar 2003 vorgenommene Reduktion der Steuerbelastung von über 6% (inkl. kantonalen Reduktion) wird mittel- und langfristig zur weiteren Attraktivitätssteigerung unserer Stadt beitragen.

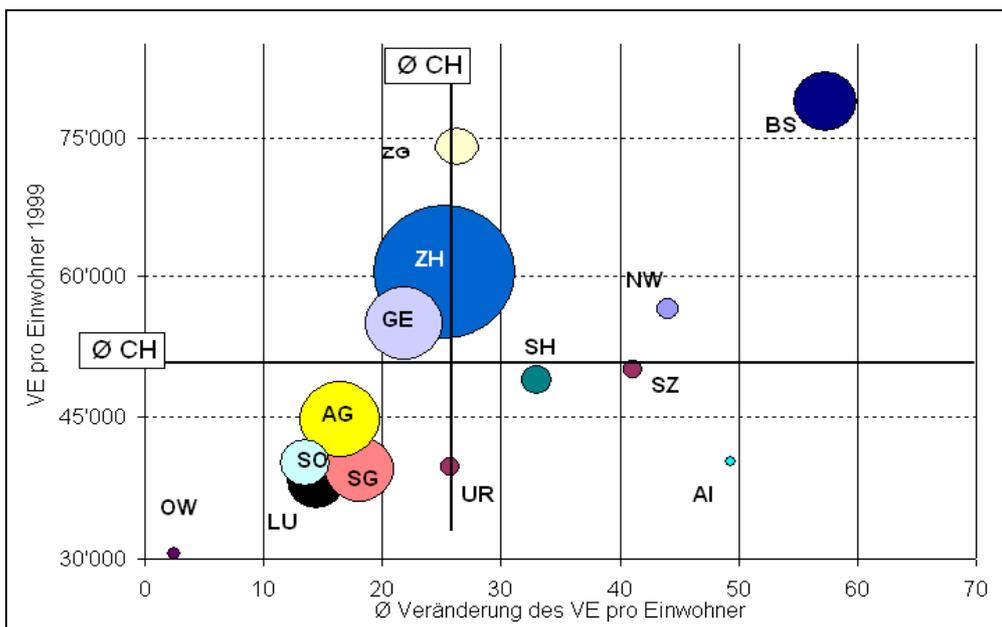
Trotz erfreulicher Situation ist es erforderlich, den gegenwärtigen finanzpolitischen Erfolg in seiner Struktur kritisch zu analysieren. Die Resultate der letzten vier Jahre sind vorwiegend auf unerwartete Steuererträge aus der Wirtschaft zurückzuführen.

So hat sich der Anteil der juristischen Personen am Gesamtsteuerertrag vom langjährigen Mittel von rund 12 Prozent auf über 30 Prozent erhöht. Dabei zahlten 10 Firmen bzw. Firmengruppen im Jahre 2002 73 Prozent davon. In unserer Ertragsstruktur bestehen somit erhebliche "Klumpenrisiken".

Entwicklungen der Wirtschaft und einzelner Firmen – positiver und negativer Art – sind durch die öffentlichen Institutionen kaum beeinflussbar. Die Internationalisierung der Wirtschaft, strukturelle Veränderungen sowie Umstrukturierungen bei Firmen führen dazu, dass die Bindung einer Unternehmung an den bestehenden Standort tendenziell abnimmt. Wenn man zudem weiss, dass die Steuererträge der natürlichen Personen stagnieren, sind diese Einnahmen mit erhöhter Vorsicht zu beobachten.

Ein von der Stadt lanciertes Projekt hat die bestehende Wirtschaftsstruktur untersucht. Aus den vorliegenden Resultaten ist ersichtlich, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Eigentlich hat der Standort Luzern, unter Berücksichtigung der attraktiven und zentralen Lage, eine gute Ausgangslage. Doch im interkantonalen Vergleich (siehe Grafik) weist der Kanton Luzern in Bezug auf das gesamte Volkseinkommen und die Veränderung des Einkommens pro Einwohner von 1990 bis 1999 schlechte Werte auf.

In der Tabelle nicht ersichtlich ist, dass Luzern innert 10 Jahren 8 Ränge verloren hat und nun auf Rang 22 von 26 Kantonen steht.



Quelle: Bfs 2002
Grafik BHP/FVLU

Alle politischen Kräfte müssen daran interessiert sein, unseren hohen Standard zu halten und punktuell zu verbessern. Dies ist nur möglich, wenn der wiedererlangte finanzielle Handlungsspielraum gehalten werden kann. Die Struktur des Steuerertrages muss breiter und besser abgestützt werden. Zwei Stossrichtungen sind erforderlich:

- Das bestehende Klumpenrisiko beim Steuerertrag der Wirtschaft ist durch Ansiedlung von weiteren Unternehmungen, welche eine überdurchschnittliche Wertschöpfung aufweisen, zu reduzieren. Grundvoraussetzung dafür ist, dass attraktive Raumangebote in Zentrumsnähe geschaffen und angeboten werden können. Damit erhöht sich die Wertschöpfung und der Anteil an wertschöpfungsintensiven Betrieben und Arbeitsplätzen. Das wiederum wird sich positiv auf die Entwicklung des Volkseinkommens von Stadt und Region auswirken. Im Vordergrund steht das Gebiet Bahnhof–Steghof.
- Der stagnierende Ertrag bei den natürlichen Personen kann nur dann erhöht werden,

wenn es gelingt, weitere attraktive Wohnangebote auf dem Stadtgebiet anzubieten. Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass die Stadt mit ihren Angeboten wieder im Trend liegt: Tribtschenstadt, Tivoli, Oberlöchli, Kreuzbuch.

"Dichter und gleichzeitig menschlicher bauen", postuliert die Charta für die Zukunft einer urbanen Schweiz des Vereins Metropole Schweiz. Luzern ist gefordert, beispielsweise im Stadtentwicklungsgebiet Bahnhof–Steghof inklusive Fläche über den Geleisen. Es braucht visionäre Ideen für die weitere Entwicklung. Mehr Dynamik ist notwendig, um im Wettbewerb der Regionen künftig zu bestehen. Dazu gehören hohe Investitionen in die Mobilitätsinfrastrukturen. Der heutige Zustand reicht für den Status quo nicht aus, geschweige denn für eine dynamische Entwicklung. Die Stadt und vor allem der Kanton sind gefordert. Das Agglomerationsprogramm des Bundes bietet Anreiz und Chance zugleich.

5.5.1 Rückblick / Gesamtübersicht / Ziele

- Leistungsauftrag und Globalbudgets beim HAS und TBA eingeführt sowie für zwei weitere Bereiche vorbereitet
- Bestehende Kostenrechnung beim HAS und TBA gefestigt sowie in zwei weiteren Bereichen eingeführt

Leistungsauftrag und Globalbudgets beim HAS und TBA eingeführt sowie für zwei weitere Bereiche vorbereitet

Im Vorjahr waren – basierend auf eigenen und fremden Erfahrungen mit den Instrumenten der ergebnisorientierten Verwaltungsführung – mit der Änderung des Finanzhaushaltreglements, der Finanzhaushaltsverordnung und des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates sowie mit der Ausgestaltung der Steuerungsinstrumente die Voraussetzungen für die definitive Einführung von Leistungsaufträgen mit Globalbudget geschaffen worden. Im Jahre 2002 wurden das ganze Tiefbauamt, die Heime und Alterssiedlungen sowie die Abteilung Weiterbildung der Gewerblichen Berufsschule definitiv mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt. Erste Erfahrungen wurden im Rahmen des unterjährigen Controllings durch die Verantwortlichen der Heime und Alterssiedlungen sowie des Tiefbauamts laufend ausgewertet. Die Erfahrungen sind positiv. Ihre volle Wirkung werden die neuen Führungsinstrumente entfalten, wenn sie über mehrere Jahre angewendet werden und so auch Entwicklungen deutlich werden und Vergleiche über die Zeit möglich sind. Die Instrumente und Abläufe werden – wo erforderlich – optimiert; die Erfahrungen werden auch in den Aufbau weiterer Leistungsaufträge mit Globalbudget einfließen.

Im Hinblick auf das Budget 2003 konnte entgegen der Zielsetzung kein weiteres Globalbudget vorbereitet werden, da sowohl bei den Gastrodiensten als auch beim GIS-Dienstleistungszentrum offene Fragen organisatorischer und/oder inhaltlicher Art nicht rechtzeitig beantwortet werden konnten. Die beiden Bereiche wurden deshalb vorerst zurückgestellt. Ob und wann in diesen Bereichen die Einführung von Leistungsaufträgen in Frage kommt, ist zurzeit noch offen.

Die Finanzverwaltung hat erste Vorbereitungen getroffen, damit die Instrumente Leistungsauftrag und Globalbudget in den Bereichen Volksschule und Liegenschaften Finanzvermögen eingeführt werden können. Bei der Volksschule sind die rechtlichen Voraussetzungen (Finanzierungsstruktur, Organisation) mit dem kantona-

len Gesetz über die Volksschulbildung gegeben, und bei den Liegenschaften des Finanzvermögens hat der Grosse Stadtrat bei der Behandlung des Berichts zur Liegenschaftenpolitik der Stadt Luzern (B+A 6/2002) sein grundsätzliches Ja zur Einführung eines Leistungsauftrags mit Globalbudget gegeben.

Bestehende Kostenrechnung beim HAS und TBA gefestigt sowie in zwei weiteren Bereichen eingeführt

Bereiche, die mit Leistungsauftrag und Globalbudget geführt werden, müssen über eine Kosten- und Leistungsrechnung verfügen. Diese kann in das bestehende Finanzinformationssystem der Stadt integriert werden oder mittels Schnittstelle über eine branchen- oder fachspezifische Applikation.

Die Kostenrechnung beim HAS musste im Verlaufe des letzten Jahres teilweise überarbeitet werden, damit die Anforderungen des KVG voll erfüllt werden können und die Vergleichbarkeit mit anderen Betagtenzentren gewährleistet bleibt.

Der Ausbau und die Anwendung der Kostenrechnung auf das ganze TBA erfolgte ohne Probleme.

Parallel zur Erstellung der Leistungsaufträge bei der Volksschule und den Liegenschaften des Finanzvermögens soll auch in diesen Bereichen die Kostenrechnung das Controlling unterstützen.

5.5.2 Rechnungsergebnis im Überblick

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 02	B 02	Abwei- chung	in %	R 02	B 02	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/ Min- derertrag	Minder- aufwand / Mehrertrag
<i>in Fr. 1'000.--</i>											
K611 Stab Finanz- direktion	911	908	3	0%	169	167	2	1%	(743)	2	
K612 Finanzverwaltung	1'644	1'813	-169	-9%	232	223	9	4%	(1'411)		179
K614 Steueramt	7'879	7'524	355	5%	4'453	4'594	-141	-3%	(3'425)	496	
K615 Teilungsamt	1'573	1'675	-102	-6%	966	1'243	-277	-22%	(606)	174	
K616 Prozesse und Informatik	7'297	7'442	-145	-2%	7'118	7'212	-94	-1%	(179)		51
K617 Gastrodienste <i>Spezialaufgaben</i>	10'548	9'788	760	8%	10'130	9'947	183	2%	(418)	577	
K623 Annuitäten PK-Schuld	2'817	3'023	-207	-7%	0	0	0		(2'817)		206
K624 Pensionierten- fürsorge	5'311	7'742	-2'431	-31%	0	0	0		(5'311)		2'431
K625 Wirtschafts- förderung <i>Adm. unterstellte Dienstabteilungen</i>	226	152	73	48%	0	0	0		(226)	74	
K631 Betreibungsamt	1'914	2'049	-135	-7%	2'319	2'110	209	10%	405		344
K632 Finanzinspektorat	646	677	-30	-4%	37	45	-8	-18%	(610)		22
K633 Friedensrichteramt	168	144	24	17%	62	55	7	13%	(106)	17	
K634 Amtsgericht	208	223	-15	-7%	0	0	0		(208)		15
Total	41'141	43'159	-2'018	-5%	25'486	25'596	-109	0%	(15'655)	1'340	3'248
Nettoverbesserung										1'908	

Die Finanzdirektion weist gegenüber dem Budget eine Nettoverbesserung von Fr. 1,9 Mio. aus. Die Einsparung liegt hauptsächlich bei der Pensioniertenfürsorge mit Fr. 2,4 Mio. Der Einkauf der Teuerungszulagen auf Renten betrug 0,8%, budgetiert waren 1,8%. Den Mehraufwendungen bei den Gastrodiensten von Fr. 0,6 Mio. und beim Steueramt von Fr. 0,5 Mio. stehen Verbesserungen beim Betreibungsamt von Fr. 0,3 Mio. und Fr. 0,2 Mio. bei der Finanzverwaltung entgegen.

Bei der Finanzverwaltung konnten durch Personenreduktionen und verzögerte Wiederbesetzung einer Stelle Fr. 35'000.– eingespart werden. Die Verrechnung von PIT-Kosten fiel um Fr. 128'000.– geringer aus, da zusätzliche User direkt bei den Dienstabteilungen belastet wurden.

Der Netto-Mehraufwand beim Steueramt von rund Fr. 496'000.– ist rund zur Hälfte mit höheren Kosten für Drucksachen und Porti wegen der einjährigen Veranlagung zu begründen.

Dazu erforderte der Fortschritt im Projekt Steueramt 2001 höhere Abschreibungen von Fr. 206'700.–.

Beim Teilungsamt führten weniger Erteilungen zu Gebührenaussfällen von Fr. 318'189.–. Dafür fielen die Unterhalts- und Betreuungskosten der PIT um Fr. 125'512.– tiefer aus. Die Gastrodienste rechneten im Budget insgesamt mit einem Gewinn von Fr. 158'800.–. Verschiedene Umstände führten jedoch zu einem Verlust von Fr. 417'676.–. Das Projekt Gastrodienste – Zentralküche ist in Bearbeitung. Die Wirtschaftsförderung hat das Projekt Wirtschaftsstandort Luzern lanciert und bisher rund Fr. 82'000.– dafür aufgewendet. Das Betreibungsamt konnte mit einem Mehrertrag von Fr. 405'000.– abschliessen. Personalmutationen und eine längere Zeit nicht besetzte Stelle ergaben Einsparungen von rund Fr. 160'000.–. Zusätzlich führten vermehrte Gebühreneinnahmen aus Spezialfällen über Fr. 176'000.– zu dem positiven Ergebnis.

5.5.3 Schwerpunkte / Hauptereignisse in den Dienstabteilungen

Finanzverwaltung

Das Jahr 2002 waren die Mitarbeitenden der Finanzverwaltung zusätzlich zu den Stammaufgaben im Tagesgeschäft in zahlreichen Projekten engagiert.

Für das *Budget 2003* galt es, den Übergang zum neuen Finanzausgleich –mit einer zweiphasigen Budgetierung– sicherzustellen sowie die vom Parlament verlangte Steuersenkung einzubauen und die Kantonalisierung der Gewerblichen Berufsschule zu berücksichtigen.

Der Bereich *Finanzmanagement/Tresorerie* wurde zusammen mit einem externen Spezialisten mittels eines "Fact Finding" analysiert. Die Bereiche Cash Management, Anlagen- und Finanzierungen (Corporate Finance) sowie das Finanzberichtswesen (Liquiditätsplanung und Risikocontrolling) wurden durchleuchtet und mögliche Verbesserungspotenziale aufgezeigt. Dabei zeigte sich, dass die in der Finanzverwaltung angewendeten Instrumente und organisatorischen Massnahmen den heutigen Anforderungen an ein modernes Finanzmanagement weitgehend entsprechen.

Die Empfehlungen der Berater wurden in Form von Treasury-Richtlinien, mit dem Aufbau einer Finanzdatenbank mit integriertem Berichtswesen sowie optimierten Planungsprozessen schrittweise umgesetzt.

Im Zusammenhang mit Finanzplanung und Budget zeigte sich, dass das Kostenwachstum zunehmend zu einem Hauptproblem der Finanzpolitik wird. Der Grosse Stadtrat und der Stadtrat wollen das Ausgabenwachstum in Grenzen halten (Ziel: Wachstum nicht grösser als BIP-Entwicklung). So ergeben sich neue Aufgaben im Bereich des *Ausgaben- und Kostenmanagements*. Im Berichtsjahr wurden dazu erste Überlegungen angestellt und Instrumente erprobt. Es handelt sich aber um eine Aufgabe, welche die Finanzverwaltung noch über längere Zeit beschäftigen wird.

Mit StB 1202 vom 30. Oktober 2002 hat der Stadtrat das Grobkonzept für das *Beteiligungscontrolling* in der Stadt Luzern zustimmend zur Kenntnis genommen und der Finanzverwaltung den Auftrag erteilt, das Beteiligungscontrolling aufzubauen. Die Instrumente des Beteiligungscontrollings sollen dem Stadtrat ermöglichen, die strategische Steuerungsfunktion gegenüber den ausgelagerten Leistungserbringern sachgerecht wahrzunehmen und die Beteiligungen der Stadt unter Berücksichtigung ihres Nutzens und ihrer Risiken regel-

mässig zu überprüfen. Ein wichtiger Schritt ist mit dem StB 1411 vom 18. Dezember 2002 bereits vollzogen worden, mit dem die gemeinsam mit den Führungsorganen jeder Gesellschaft erarbeiteten, provisorischen Eigentümerstrategien für die ÖKK, die ewl Holding und die vbl vom Stadtrat verabschiedet wurden.

Handlungsbedarf besteht weiter bei der Rollenklärung, der politischen Aufsicht und der Analyse der Informationen. Diese Fragen sollen in einer zweiten Phase beantwortet werden, in der ein umfassender Bericht bzw. voraussichtlich ein B+A erarbeitet werden sollen. Aus heutiger Sicht ist das Ziel, ein Reglement zu erlassen, mit dem die Abläufe, Instrumente und Kompetenzen im Beteiligungscontrolling generell festgeschrieben werden. Der Stadtrat will bei der Ausarbeitung des B+A im Jahr 2003 alle Betroffenen einbeziehen, insbesondere auch das Parlament.

Aufgrund der neuen GO und des Finanzhaushaltsreglements sollen vermehrt Aufgaben der finanziellen Führung an die Direktionen und Dienstabteilungen delegiert werden. Dies erfordert ein verstärktes Controlling auf dieser Ebene. Daher mussten von der Finanzverwaltung Instrumente zum *unterjährigen Finanz-, Leistungs- und Personalcontrolling* entwickelt und eingeführt werden. Im Rahmen des Controlling-Seminars des Stadtrats vom 26. Februar 2002 wurde das Projekt den anwesenden Controlling-Teams – Direktionsvorsteher/in, Stabschef und Verantwortliche/r für Finanzen und Controlling (VFC) – vorgestellt. Im Zentrum steht ein periodisches Berichtswesen der Dienstabteilungen, welches eine unterjährige Planung, Steuerung und Kontrolle auf den Ebenen Dienstabteilung und Direktion erlaubt. Das Direktionsziel der Finanzdirektion des Jahres 2001, in den einzelnen Direktionen ein unterjähriges, bedürfnisgerechtes und spezifisches Controlling-Instrumentarium zu schaffen, wurde im Verlaufe des Jahrs 2002 in allen Direktionen erreicht.

Ebenfalls engagiert war die Finanzverwaltung im B+A 6/2002, Liegenschaftspolitik der Stadt Luzern, der wichtige Grundlagen aufarbeitete und Aspekte der künftigen *Liegenschaftspolitik* sowie der Bewirtschaftung für das immobile Finanzvermögen aufzeigte. Basierend darauf sind erste Vorarbeiten für die Ausgestaltung des parlamentarischen und stadträtlichen Leistungsauftrages geleistet worden.

Im Weiteren engagierte sich die Finanzverwaltung in den PPP-Projekten KKL und REZ und arbeitete in zahlreichen Projekten anderer Dienstabteilungen mit, so bei der Vorlage zur Kantonalisierung der Gewerblichen Berufsschule, der familienergänzenden Kinderbetreuung und bei der Leistungsvereinbarung mit der Spitex.

Steueramt

Im Sommer 2002 war es endlich so weit: Sämtliche Abläufe und Informatiklösungen für die automatisierte Veranlagung waren erstellt und definitiv in Produktion genommen. Die Stadt Luzern hat als erstes (und zusammen mit der Stadt Winterthur als einziges) Steueramt der Schweiz eine vollständig auf informatikgesteuerten Prozessen basierende Lösung zur Veranlagung der Steuererklärungen in Betrieb genommen. Sämtliche Informationen, Akten und Daten, welche das Steueramt erreichen, werden digitalisiert und stehen sofort an allen Arbeitsplätzen zur Verfügung. Die Einschätzer werden bei ihrer Arbeit durch ein Regelwerk unterstützt, welches in einfachen Fällen sogar die gesamte Veranlagung vornimmt. Seit Oktober 2002 können pro Monat rund 12% der gesamten Jahresproduktion erstellt werden. Damit konnten die angestrebten Synergien und Produktivitätssteigerungen umgesetzt werden. Immer wieder können die Arbeiten auch einem interessierten Fachpublikum gezeigt werden. Sogar in Deutschland sorgte unsere Lösung für Interesse und wir durften Besucher aus Stuttgart in Luzern empfangen. Besonders gefreut hat uns auch die Anerkennung unserer Leistungen durch die Jury des Wettbewerbs eGov02: Das Steueramt erreichte mit seiner Gesamtlösung den 3. Rang von 33 teilnehmenden Gemeinden. Nachdem nun die Abläufe und Systeme eingeführt sind, wird das Jahr 2003 zum ersten Jahr der Bewährung werden. Die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden wird im fachlichen Bereich stattfinden, aber auch im Bereich der Zusammenarbeit mit der Kundschaft. In personeller Hinsicht hat sich die Situation weiter stabilisiert. Zahlreiche Reaktionen unserer Kundinnen und Kunden zeigen auf, dass wir im Bereich der Kundenfreundlichkeit auf dem richtigen Weg sind.

Prozesse und Informatik (PIT)

Um die Entwicklungsrichtung der städtischen Informatik zu überprüfen, wurde in Zusammenarbeit mit einem externen Berater die Strategische Informatik-Planung (SIP) erarbeitet. Diese gibt über den aktuellen Zustand der

Informatik Auskunft, zeigt mögliche Verbesserungspotenziale auf und definiert die Schwerpunkte für die zukünftige Entwicklung. Diese Massnahme war notwendig, da die laufende E-Government-Entwicklung in Zukunft die Informatikanwendungen in der Verwaltung entscheidend verändern wird.

PIT hat weiterhin einen massgeblichen Beitrag an die Informatik- und Organisationsprojekte im Steueramt und der Stadtpolizei geleistet. Neben diesen grossen Projekten war PIT in vielen kleineren Projekten involviert, die einen verbesserten Einsatz der IT-Mittel in den Dienstabteilungen zum Ziel hatten.

Die Schwerpunkte der Aktivitäten im Bereich Informatikbetrieb lagen im Ausbau der zentralen Server- und Speicherinfrastrukturen. Moderne Applikationen, wie z. B. die neu eingeführte Steuerlösung, stellen weit höhere Anforderungen an die Basisinfrastruktur. Höhere Anforderungen an PIT stellt auch der gesamte Betrieb und Support der Telefonie. Dementsprechend wurden die Betriebsprozesse weiter entwickelt. Damit soll sichergestellt werden, dass die internen Kunden gut und effizient unterstützt werden.

Zwischen den verschiedenen Dienstabteilungen und PIT bestehen viele Schnittstellen (PC-Anwendungen, Einkauf, Postdienst, Telefonie usw.). Zur Unterstützung der (neu eintretenden) Mitarbeitenden in den Dienstabteilungen und um einen effizienten Ablaufprozesse zu ermöglichen, wurden mehrere Benutzerhandbücher (Guides) erstellt. Diese sind auch im Informationssystem der Stadt Luzern (Intranet) elektronisch abrufbar.

Wirtschaftsförderung

Das Jahr 2002 geht als wenig erfreuliches Wirtschaftsjahr in die Geschichte ein. Das Umfeld war äusserst schwierig. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 zeigten auf, wie verletzlich die Wirtschaft auf äussere Ereignisse reagiert. Nicht nur die Schweiz und Europa, sondern die gesamte Weltwirtschaft leidet unter einer konjunkturellen Baisse und Verunsicherung. Überkapazitäten im Flugverkehr, mangelndes Vertrauen in das Management von (global-tätigen) Konzernen, Bilanzfälschungen, negative Kursentwicklungen an der Börse und vermeidbare Umweltkatastrophen im Bereich des Erdölhandels lassen Teile der Wirtschaft in einem kritischen Licht erscheinen. Es wäre falsch, aufgrund dieser Vorkommnisse eine nur negative Beurteilung vorzunehmen. Es bieten sich auch Chancen, da wieder vermehrt ethische Fragen, auch im Bereiche der Wirtschaft, gestellt und hoffentlich auch beantwortet werden. Es darf auch positiv

festgestellt werden, dass der überwiegende Teil unserer Schweizer Wirtschaft, bestehend aus Klein- und Mittelbetrieben, die Verantwortung als Teil der Gesellschaft korrekt wahrnimmt.

In der Stadt Luzern ist das überzeugende Ja zur Umzonung der Grundstücke an der Industriestrasse vom 2. Juni 2002 wirtschaftspolitisch ein gutes Signal. Die Bevölkerung will eine massvolle und kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung. Dass es gelungen ist, die internationale Sprachschule EF Education AG, gegen internationale Konkurrenz, in Luzern anzusiedeln, ist sehr erfreulich. Die städtische Wirtschaftsförderung unterstützte dabei erfolgreich die Bemühungen von Kanton und Rechtsvertreter.

Der Standort Schweiz und damit auch Luzern sind gefordert. Die Stärke des Schweizerfrankens gegenüber den Währungen der wichtigsten Partner im europäischen und amerikanischen Wirtschaftsraum stellt vor allem den Tourismus und die Exportindustrie vor schwierige Probleme, und das bei schwachem oder sogar negativem Wirtschaftswachstum. Das Wachstum der Luzerner Wirtschaft ist im schweizerischen Quervergleich unterdurchschnittlich, bedingt durch den Mangel an wertschöpfungsintensiven Arbeitsplätzen und Branchen. Die wirtschaftspolitische Ausrichtung und die Struktur der Wirtschaftsförderung von Kanton, Region und Stadt Luzern

5.5.4 Kennzahlen

Im Sinne der ergebnisorientierten Verwaltung werden die Kennzahlen einzelner Dienstabteilungen und Bereiche dargestellt.

sind deshalb zu hinterfragen. Im Berichtsjahr wurden durch Brugger, Hanser und Partner Analysen erarbeitet und Stossrichtungen aufgezeigt. Diese Arbeiten sind konsequent fortzusetzen, und es ist über einen Planungsbericht 2003 an das Parlament die Umsetzung einzuleiten. Der Kanton hat erfreulicherweise die von der Stadt ausgelöste Studie für sein gesamtes Gebiet übernommen und ausgedehnt. Für die Stadt ist ein Masterplan für Bereiche in Bearbeitung, welche kommunal angegangen werden können.

Betreibungsamt

Der Rückgang der Betreibungsbegehren von 17'391 auf 15'631 (Umstellung auf die Jahresbesteuerung brachte 1'800 Steuerbetreibungen weniger), konnte durch umfangreichere Betreuungsgeschäfte (Grundpfandgeschäfte, Retentionen, komplexere Betreuungsfälle) aufgefangen werden. Ebenso wurde der Aktenversand von 58'000 auf 63'000 gesteigert, was für einen Personalbestand von 14,5 Einheiten eine hervorragende Leistung ist. Im Jahr 2002 wurden durch das Betreibungsamt 15'631 Zahlungsbefehle über insgesamt Fr. 95,5 Mio. ausgestellt, 7'328 Pfändungen sowie 3'075 Verwertungen vorgenommen und insgesamt 5'306 Verlustscheine über Fr. 21,6 Mio. ausgestellt.

Die Auswahl blieb gegenüber dem Vorjahr unverändert.

5.5.4.1 Steuerveranlagungen und -bezug

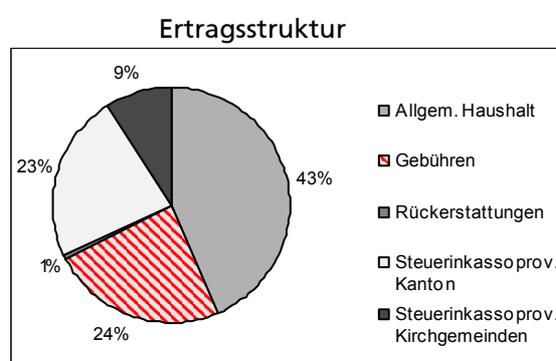
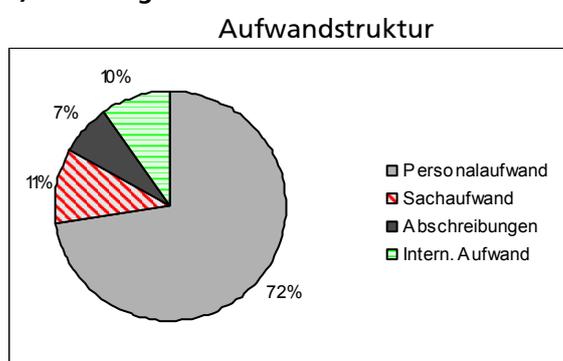
a) Aufgaben / Dienstleistungen

Im Steueramt sorgen 50 Mitarbeitende für die Feststellung der Steuerpflicht, die Veranlagung und den Bezug der ordentlichen Gemeinde- und Staatssteuern für die natürlichen Personen. Bei den juristischen Personen erfolgt das Inkasso durch das Steueramt, die Veranlagung erledigt die kantonale Steuerverwaltung. Zudem werden die Billettsteuern, die Liegenschaftssteuern und andere Sondersteuern veranlagt und bezogen. Das Steuerregister umfasst ca. 45'000 Personen und Gesellschaften.

b) Ergebnis

	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	7'712'689	7'878'619	7'523'700	354'919	5%	165'931	2%
Ertrag	4'243'261	4'453'357	4'594'400	-141'043	-3%	210'096	5%
Ergebnis	-3'469'428	-3'425'262	-2'929'300	-495'962	-17%	44'166	1%

c) Allgemeine Kennzahlen



d) Spezifische Kennzahlen

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Erledigte Veranlagungen	22'096	24'218	22'674	22'275	20'475	15'776	19'585
Offene Veranlagungen Selbstständigerwerbende (bis 1999 in Unselb. enthalten)					1'331	375	1'733
Offene Veranlagungen Unselbstständigerwerbende	14'291	30'883	11'708	27'881	10'384	3'166	13'992
Aufwand brutto pro Steuerpfl.	158	170	149	165	160	187	182
Aufwand netto pro Steuerpfl.	59	63	44	42	37	80	71
Total Steuerertrag pro Einheit in Fr. 1000	101'300	99'959	103'571	118'284	110'779	118'365	128'511

e) Kommentar

Gegenüber 2001 konnten die Kosten pro Kunde gehalten bzw. sogar leicht gesenkt werden. Der gegenüber dem Budget um rund Fr. 0,3 Mio. höhere Aufwand ist einerseits auf um Fr. 0,2 Mio. höhere Abschreibungen und andererseits auf höhere Kosten der Formulare zurückzuführen. Diese sind nach gesamtschweizerischem Musterkonzept im 4-Farben-Druck gestaltet. Dies ist sehr kundenfreundlich, aber andererseits eben auch teurer als der bisherige 2-Farben-Druck. Die Anzahl der Veranlagungen konnte gegenüber 2001 deutlich gesteigert werden. Allerdings ist hier zu beachten, dass in der Statistik 2001 die Jahressteuerfälle nicht enthalten sind. Gegenüber der mittelfristigen Planung weisen wir bei den Veranlagungen eine Verzögerung von knapp zwei Monaten auf, welche wir im Jahr 2003 aufholen werden. In den letzten drei Monaten des Jahres konnten pro Monat über 4'000 Veranlagungen erstellt werden: Dies entspricht rund 12% des Jahressolls pro Monat.

5.5.4.2 Teilungsamt

a) Aufgaben / Dienstleistungen

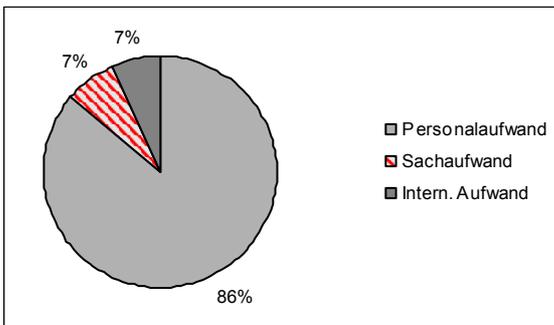
Das Teilungsamt erledigt die der Teilungsbehörde nach Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Darunter fallen Tätigkeiten wie Inventarisierungen, Erbenabklärungen, Testamentseröffnungen, Verhandlungen mit Erben, Erbenbescheinigungen und die amtliche Mitwirkung bei Erbteilungen. Gleichzeitig werden die Erbschaftssteuern für die Stadt und den Kanton veranlagt und bezogen. Das Teilungsamt ist Depositastelle für Testamente und nimmt als Steuerungsbehörde amtliche Steuerungen vor. Schliesslich werden bei genügend Kapazitäten auch freiwillige Erbteilungen im Auftrag der Erben vorgenommen sowie Auskünfte und Beratungen in Erbschaftsfragen erteilt. Im Teilungsamt sind 12 Mitarbeitende (11,70 Pers.-Einheiten) beschäftigt.

b) Ergebnis

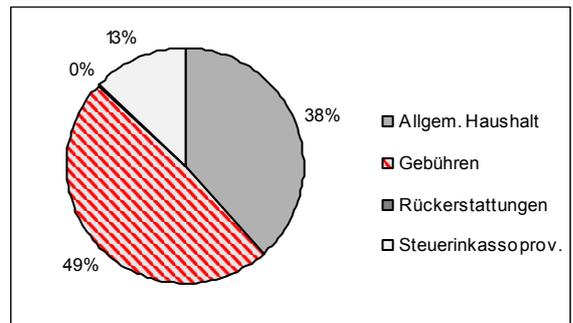
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	1'757'817	1'572'612	1'674'800	-102'188	-6%	-185'205	-11%
Ertrag	1'524'828	966'394	1'243'000	-276'606	-22%	-558'434	-37%
Ergebnis	-232'989	-606'218	-431'800	-174'418	-40%	-373'229	-160%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Anzahl neue Erbschaftsfälle	852	768	763	784	791	790	719
Anzahl pendente Erbschaftsfälle	683	588	574	697	652	536	493
Anzahl erledigte Erbschaftsfälle	802	863	777	661	836	906	762
Durchschnittswerte in Fr. je erledigten Erbschaftsfall:							
Aufwand	2'066	1'920	2'083	2'618	1'901	1'940	2'056
Ertrag (Gebühren)	1'618	1'646	1'859	2'033	1'248	1'683	1'268
Erbschaftssteuern	4'727	4'961	4'328	16'685	6'364	6'400	6'619

e) Kommentar

Gegenüber dem Vorjahr wurden die pendente Erbschaftsfälle um 43 reduziert. Deren Zahl liegt damit erstmals unter 500. Der Gebührenertrag liegt deutlich hinter dem Vorjahr zurück. Insbesondere der Ertrag aus Erbteilungen und Willensvollstreckungen entspricht nicht den Erwartungen. Dieser Ertrag ist nur sehr bedingt beeinflussbar.

Die Erbschaftssteuern sind mit Fr. 5,043 Mio. rund Fr. 0,7 Mio. höher ausgefallen als budgetiert.

5.5.4.3 Prozesse und Informatik

a) Aufgaben / Dienstleistungen

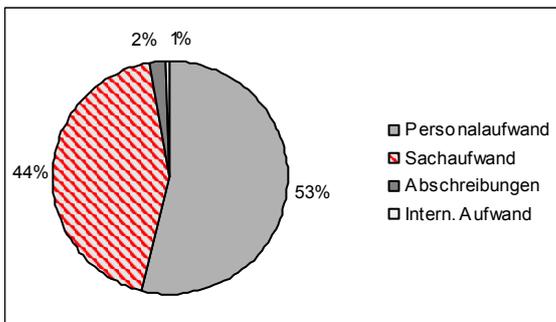
Die Abteilung Prozesse und Informatik berät die Dienstabteilungen der Stadtverwaltung bei der Lösung von Organisations- und Informatikaufgaben. Sie unterstützt die Anwender der vernetzten bürotechnischen Infrastrukturen, sie integriert und unterhält die technischen Instrumente, und sie betreibt ein Zentrum für Informationsverarbeitung (inkl. Reprodienste) und den Einkauf für die Stadtverwaltung. Seit 2000 gehören der Postdienst und der Betrieb der Telefonie-Anlagen ebenfalls zu den Dienstleistungen von PIT.

b) Ergebnis

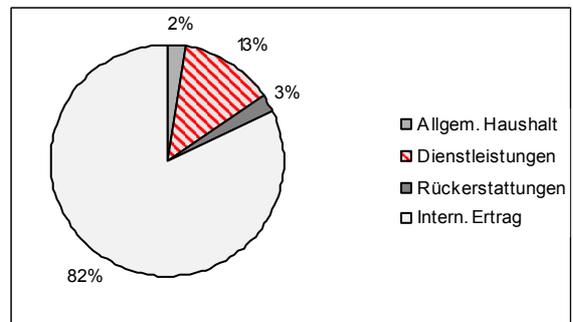
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	6'455'554	7'296'897	7'441'800	-144'903	-2%	841'343	13%
Ertrag	6'372'746	7'117'854	7'211'800	-93'946	-1%	745'108	12%
Ergebnis	-82'809	-179'043	-230'000	50'957	22%	-96'235	-116%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1998	1999	2000	2001	2002
Informatik-Ausrüstung:					
Mit Informatik ausgerüstet	683	746	1'036	1'076	1'042
Verrechnung pro PC-Arbeitsplatz/Jahr (Unterhalt, Betrieb, Netzwerk, Schulung)	3'500.-	3'500.-	3'500.-	3'300.-	3'300.-
Verfügbarkeiten:					
Gesamtsystem	99,4%	99,2%	98,9%	99,49%	99,77%
Von Ausfall Betroffene im Durchschnitt	51,3%	47,25%	31%	23%	20,3%
Helpdesk:					
Total gelöste Helpdeskfälle			5'835	5'760	5'230
Schulung:					
Kurse und Workshops	66	70	46	84	70
Total Kursteilnehmer	392	497	357	575	475
Projekte:					
Anzahl Projekte			110	124	77
Anzahl Stunden für Projekte			13'168	13'808	16'170
Stundenanteil PIT für Projekte			20,3%	21,5%	22,2%

e) Kommentar

Als Folge der verstärkten Bemühungen bei den Server und Speichersystemen hat sich die Verfügbarkeit weiter verbessert. Dies obwohl die Systeme immer komplexer betrieben werden müssen. Dank der abgeschlossenen MS Office-2000-Umstellung konnte der Schulungsaufwand reduziert werden. Mitunter ist die reduzierte Anzahl der Helpdeskfälle ebenfalls ein Effekt der Office-Schulungen. Dadurch, dass Kleinprojekte in Sammelprojekten zusammengezogen wurden, hat sich die Anzahl der Projekte leicht reduziert. Der Gesamtstundenaufwand bei den Projekten weist auf Aktivitäten auf hohem Niveau hin.

5.5.4.4 Gastrodienste

a) Aufgaben / Dienstleistungen

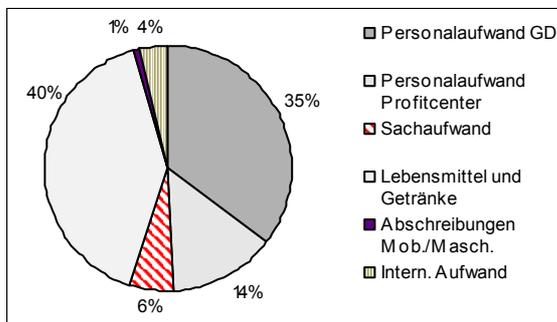
Die Gastrodienste sind ein Care- und Private-Catering-Unternehmen. Kernaufgabe ist die tägliche Versorgung der rund 1'000 Betagten und Jugendlichen in den Heimen und Pflegewohnungen der Stadt Luzern sowie Betagter im eigenen Haushalt mit Fertigmahlzeiten und Mahlzeitenkomponenten. Sie umfassen den Zentraleinkauf für Nahrungsmittel, Getränke und Nonfood-Artikel für die Hauswirtschaft, das Zentrallager und die Zentralküche, unterteilt in die Bereiche Produktion und Fertigung. Im Weiteren führen die Gastrodienste die Mensa des Mittelschulzentrums am Hirschengraben und, als voneinander unabhängige Profitcenter, die 4 Cafeterias in den Zentren Eichhof, Dreilinden, Wesemlin und Rosenberg sowie die Personalrestaurants Salü im Stadthaus und Siesta der Rhodia Industrial Yarns in Emmenbrücke. Überschüssige Kapazitäten der Zentralküche werden zur Belieferung von privaten Dauer- und Individualkunden zu marktconformen Konditionen ausgeschöpft. Der daraus resultierende Gewinn dient zur Reduktion der Verpflegungskosten im eigenen Kreislauf. Der Stellenplan umfasst seit 1998 unverändert 36,7 Personaleinheiten in den Bereichen Zentraleinkauf, -Küche und -Lager sowie neu 20 (bisher 16) Personaleinheiten in den Profitcentern.

b) Ergebnis

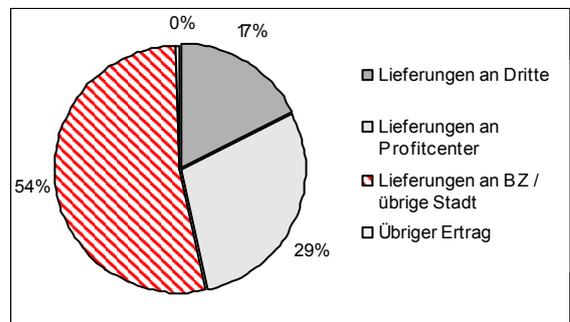
	R 2001	R 2002	B 2002	Abw. zu B 02 in Fr.	Abw. zu B 02 in %	Abw. zu R 01 in Fr.	Abw. zu R 01 in %
Aufwand	9'230'929	10'547'525	9'787'800	759'725	8%	1'316'596	14%
Ertrag	9'262'508	10'129'848	9'946'600	183'248	2%	867'340	9%
Ergebnis	31'579	-417'677	158'800	-576'477	-363%	-449'256	-1423%
GD-interner Umsatz	872'949	1'091'863	934'800	157'063	17%	218'914	25%

c) Allgemeine Kennzahlen

Aufwandstruktur



Ertragsstruktur



d) Spezifische Kennzahlen

	1999	2000	2001	2002	Veränd.
Anzahl Mahlzeiten					
Durchschnittliche Produktion/Fertigung pro Betriebstag (ohne Cafeterias und Profitcenter)	2'106	2'075	2'018	1'955	-63
- für Zentren, Heime, Siedlungen, Pflegewohnungen	1'800	1'770	1'719	1'640	-79
- für Mahlzeitendienst Pro Senectute	162	162	159	162	+3
- für private Dauer- und Individualkunden	140	143	140	153	+13
Umsätze in Franken des Gastrodienstes mit					
- Zentren, Heime, Siedlungen, Pflegewohnungen	3'636'709	3'702'046	3'689'711	3'597'475	-92'236
- Mahlzeitendienst Pro Senectute	599'441	600'010	600'277	586'395	-13'882
- Profitcentern	758'576	843'050	872'949	1'091'863	+218'914
- privaten Dauer- und Individualkunden	880'568	898'322	782'566	963'154	+180'588
Leistung/Umsätze pro Stelleneinheit/Jahr					
- bei den GD	159'372	162'898	158'451	171'398	+12'947
- in den Profitcentern	131'069	133'283	147'801	137'616	-10'185

e) Kommentar

Der Aufwandüberschuss resultiert aus rückläufigen Umsätzen mit den Zentren und Heimen, zu knapp budgetierten Warenkosten und fälligen, jedoch nicht realisierten Preisanpassungen in den Cafeterias im Hinblick auf deren Übernahme durch die Heime. Dank einem befristeten Catering Grossauftrag im Elisabethenheim konnte der Umsatz mit den privaten Dauer- und Individualkunden trotz zum Teil rückläufigen Tendenzen verbessert werden. Er setzt sich zusammen aus dem Verkauf von Menüs und Einzelkomponenten aus dem vielfältigen Cateringangebot. Zur Berechnung der Anzahl Mahlzeiten wird ein durchschnittlicher Wert von Fr. 17.20 pro Einheit angenommen. Durch die Übernahme des Personalrestaurants der Rhodia Industrial Yarns in Emmenbrücke werden bestehende Synergien in der Produktion besser genutzt. An der Attraktivierung des Betriebes wird mit Unterstützung der Unternehmensleitung gearbeitet. Für das Jahr 2003 wird ein positives Ergebnis erwartet. Die anhaltend schwierigen Verhandlungen mit den Heimen betreffend die zukünftige Einkaufs- und Produktionsorganisation im Bereich Verpflegung wirken sich hindernd und lähmend aus auf die Kreativität und den Elan der Gastrodienste. Vorgesehene Modernisierungen von Verfahrenstechniken, mit welchen die Belieferung der Heime optimiert und im Cateringbereich zusätzliche, Gewinn bringende Kunden akquiriert werden könnten, sind blockiert.

5.6 Beitragswesen

5.6.1 Rechnungsergebnis im Überblick

in Fr. 1'000.--

	Aufwand				Ertrag				Ergebnis		
	R 02	B 02	Abwei- chung	in %	R 02	B 02	Abwei- chung	in %	(Aufwand) / Ertrag netto	Mehrauf- wand/ Min- derertrag	Minder- aufwand / Mehrertrag
K870 Beiträge Allg. Verwaltung	92	88	5	6%	0	0	0		(92)	4	
K872 Beiträge Bildung	355	352	4	1%	0	0	0		(355)	3	
K873 Beiträge Kultur- und Freizeit	36'876	19'365	17'511	90%	1'046	625	421	67%	(35'830)	17'090	
K874 Beiträge Gesundheit	3'832	3'834	-3	0%	0	0	0		(3'832)		2
K875 Beiträge Soziale Wohlfahrt	1'935	1'972	-37	-2%	181	180	1	1%	(1'754)		38
K876 Beiträge Verkehr	14'510	14'507	3	0%	981	988	-7	-1%	(13'529)	10	
K877 Beiträge Umwelt- und Raumordnung	60	61	-1	-2%	0	0	0		(60)		1
K878 Beiträge Volkswirtschaft	657	605	52	9%	0	0	0		(657)	52	
Total	58'317	40'784	17'534	43%	2'208	1'793	416	23%	(56'109)	17'159	41
Nettover- schlechterung										17'118	

Der Nettoaufwand für das Beitragswesen übersteigt den Voranschlag um rund Fr. 17,1 Mio.

Mehraufwendungen erfolgten insbesondere in den Positionen: Einlage in Vorfinanzierung KKL für Sonderbeitrag Fr. 18 Mio., Beitrag an das Hallenbad für die Ablösung der PK-Schuld Fr. 167'200.–, Beitrag an den Zweckverband Öffentlicher Verkehr Fr. 93'200.–, Beitrag Rollstuhl Taxi Fr. 20'000.–, Beitrag Lucerne Event Fr. 100'000.–.

Mehraufwendungen konnten zum Teil mit Einsparungen in anderen Bereichen kompensiert

werden: Beispielsweise erhielten das Luzerner Sinfonieorchester Fr. 15'600.– und das Luzerner Theater Fr. 133'800.– weniger als budgetiert, da die Teuerung nicht im vorgesehenen Mass anstieg. Da der Betrieb des Kulturzentrums Boa im Hinblick auf den Umbau eingestellt wurde, konnten Fr. 45'500.– eingespart werden. Weniger Aufwendungen im Abschnitt Denkmalpflege von netto Fr. 869'500.– sind mit der geringeren Anzahl von Gesuchen 2002 als angenommen und mit der Auflösung von Rückstellungen aus alten, verfallenen Zusicherungen begründet. Der Beitrag Tarifverbund ÖV fiel um Fr. 101'200.– tiefer aus.

Antrag des Stadtrates

Der Stadtrat beantragt Ihnen,

- I.
folgende Nachtragskredite zu Lasten der Rechnung 2002 zu bewilligen:
 - a) Fr. 15'848'488.– zur Abschreibung der aktivierten Aufzahlungsschuld gegenüber der Luzerner Pensionskasse LUPK (Konto 1179.10);
 - b) Fr. 57'549'781.– zur teilweisen Abschreibung der aktivierten Aufzahlungsschuld gegenüber der Pensionskasse der Stadt Luzern (Konto 1179.11);
- II.
die Reserven für Marktöffnung ewl Holding AG (Konto 2390.12) in der Höhe von Fr. 45'398'268.91 zu Gunsten der Laufenden Rechnung 2002 aufzulösen;
- III.
den Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2002 zu genehmigen;
- IV.
die Jahresrechnung und die Verwendung des Ertragsüberschusses für das Jahr 2002 zu genehmigen.

Er unterbreitet Ihnen einen entsprechenden Beschlussvorschlag.

Luzern, 16. April 2003

Urs W. Studer
Stadtpräsident

Toni Göpfert
Stadtschreiber

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag X/2003 betreffend

Geschäftsbericht 2002,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission, welche einen besonderen Prüfungsbericht des Finanzinspektorats eingesehen hat,

in Anwendung von Art. 13 Abs. 1 Ziff. 2, Art. 30 Abs. 1 lit. a, Art. 60 Abs. 1, Art. 63, Art. 68 Ziff. 4 und Art. 69 lit. a Ziff. 2 der Gemeindeordnung vom 7. Februar 1999 sowie Art. 53 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

I.

Zu Lasten der Rechnung 2002 werden folgende Nachtragskredite bewilligt:

- a) Fr. 15'848'488.– zur Abschreibung der aktivierten Aufzahlungsschuld gegenüber der Luzerner Pensionskasse LUPK (Konto 1179.10);
- b) Fr. 57'549'781.– zur teilweisen Abschreibung der aktivierten Aufzahlungsschuld gegenüber der Pensionskasse der Stadt Luzern (Konto 1179.11).

II.

Die Reserven für Marktöffnung ewl Holding AG (Konto 2390.12) in der Höhe von Fr. 45'398'268.91 werden zu Gunsten der Laufenden Rechnung 2002 aufgelöst.

III.

Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2002 wird genehmigt.

IV.

Nachgenannte Rechnungsabschnitte, abgeschlossen auf den 31. Dezember 2002 werden genehmigt. Die Genehmigung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die Beschlüsse gemäss Ziff. I. a und I. b Rechtskraft erlangen.

1. Verwaltungsrechnung

Aufwand	Fr. 662'617'530.26
Ertrag	<u>Fr. 667'446'237.45</u>
Ertragsüberschuss	Fr. 4'828'707.19

Der Ertragsüberschuss wird wie folgt verbucht:
Fr. 4'828'707.19 Einlage ins Eigenkapital / Steuerausgleichsreserve

2. Vermögensrechnung

Der Vermögensausweis und die Bilanz, welche bei den Aktiven und Passiven beidseitig mit einem Totalbetrag von Fr. 624'226'573.43 abschliessen.

3. Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport

Die Jahresrechnung über den Fonds zur allgemeinen Förderung von Kultur und Sport, welcher einen Restbestand von

Fr. 120'051.30 für den Bereich Kultur und von

Fr. 176'974.57 für den Bereich Sport aufweist.

V.

Die Beschlüsse gemäss Ziff. I. a und I. b unterliegen je einzeln dem fakultativen Referendum.

Luzern,

Anhang

a) Gesamt-Organigramm per 1.1.2003

b) Separate Berichte

		erscheint
▪	Feuerwehr der Stadt Luzern Tätigkeitsbericht 2002	Februar 2003
▪	Pensionskasse der Stadt Luzern Jahresbericht 2002	April 2003
▪	ewl Holding AG, Luzern Geschäftsbericht 2002	Mai 2003
▪	Verkehrsbetriebe Luzern AG, Luzern Geschäftsbericht 2002	April 2003
▪	ÖKK Öffentliche Krankenkasse Luzern Geschäftsbericht 2002	Mai 2003
▪	Statistisches Jahrbuch 2003 der Stadt Luzern Die Herausgabe erfolgt durch das Amt für Statistik des Kantons Luzern im Auftrag der Stadt Luzern.	Mai 2003
▪	Behördenmitglieder-Verzeichnis Stadt Luzern Herausgegeben durch die Stadtkanzlei, laufende Aktualisierung auf der Internetseite der Stadt Luzern: www.StadtLuzern.ch/Behoerden/Stadtrat/Behoerdenverzeichnis_d.htm	Herbst 2004

c) **Berichte Regionaler Trägerschaften / Gemeindeverbände**

		erscheint
▪	Gemeindeverband für Abwasserreinigung Region Luzern (GALU) Jahresbericht 2002	April 2003
▪	Gemeindeverband für Kehrichtbeseitigung Region Luzern (GKLU) Jahresbericht 2002	April 2003
▪	Regionalplanungsverband Luzern Rechenschaftsbericht 2002	Mai 2003
▪	Zweckverband für den öffentlichen Regionalverkehr Geschäftsbericht 2002	Mai 2003